

Postvertriebsstück D 2841 F Gebühr bezahlt

Vertrieb, Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. (...) An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. (...) Wie sie das Land von der Stadt, hat sie die barbarischen und halbbarbarischen Völker von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht.“

Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. Veröffentlicht im Februar 1848, in: MEW 4, S. 466.

Redaktionsanschrift:

Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Postfach 50 09 36, 60397 Frankfurt/M., Tel./Fax: 069/53 05 44 06
Internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
E-mail: redaktion@zme-net.de

ISSN 0940-0648



Nr. 52, Dezember 2002

Fülberth - **Wahl der Wahrheit**

Imperialismuskussion

Krätke - **Mythen der Globalisierung**/Labica - **Lenin: Vom Imperialismus zur Globalisierung**/Binus - **Globalisierung ohne Großkapital?**/Perschewski - **Imperialistische Kräfteverhältnisse**/Panitch - **Neuer Imperialismus - neue Imperialismustheorie**/Wagner - **Irak als Vorspiel**/Taureck - **Monopolisierter Universalismus**

Deutsche Ideologien

Engelken/Gondermann/Hund - **Antisemitismus ohne Antisemiten?**/Diederich - **Ein Schritt aus dem „Zeitalter der Extreme“**

Und: Wehr - **Staat und Nation**/Neubert - **SED und SPD im Dialog**/Souza Porto - **Globalisierung und Arbeit in Brasilien**

Sowie: Berichte, Zuschriften, Buchbesprechungen

Beilage: Heinz Jung - **Bibliographie 1957-1996**

Imperialismuskussion

Einzelpreis 9,50 Euro



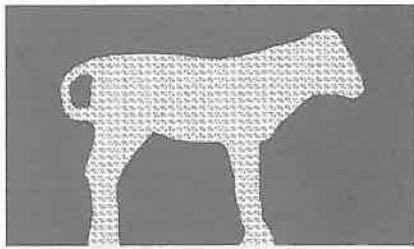
Malcolm Sylvers

Die USA - Anatomie einer Weltmacht

Zwischen Hegemonie und Krise



PapyRossa



Karl Georg Zinn

Wie Reichtum Armut schafft

Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel

PapyRossa

Malcolm Sylvers: Die USA - Anatomie einer Weltmacht
333 S.; EUR 16,90 - ISBN 3-89438-240-6

Die USA im Zeichen der Globalisierung: Wirtschaft, Gesellschaft, Innen- und Außenpolitik, Opposition

Karl Georg Zinn: Wie Reichtum Armut schafft
226 S.; EUR 14,80 - ISBN 3-89438-249-X

Überfluß und Mangel: Das Paradoxon kapitalistischen Wohlstands und seine Überwindung

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202, 50937 Köln - Tel.: (02 21) 44 85 45, Fax: 44 43 05 - mail@papyrossa.de



Gerhard Feldbauer

Marsch auf Rom

Faschismus und Antifaschismus in Italien

PapyRossa

Noam Chomsky, Ramsey Clark, Norman Paech, Scott Ritter, Hans v. Sponeck zu Embargo und Krieg
Göbel u.a.: Der Irak - Belagertes Land
243 S.; EUR 14,50 - ISBN 3-89438-223-6

Rüdiger Göbel, Joachim Grillhard, Michael Schiffmann (Hg.)

Der Irak

Ein belagertes Land



PapyRossa



Gottfried Stiehler

Mensch und Geschichte

Studien zur Gesellschaftsdiagnostik

PapyRossa

Gerhard Feldbauer: Marsch auf Rom
224 S.; EUR 14,80 - ISBN 3-89438-248-1

Faschismus und Antifaschismus in Italien von Mussolini bis Berlusconi und Fini

G. Stiehler: Mensch und Geschichte
162 S.; EUR 17,50 - ISBN 3-89438-252-X

Historische Notwendigkeit und Möglichkeit - Studien zur Gesellschaftsdiagnostik

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
13. Jahrgang
Heft 52 (Dezember 2002)

Herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Briefs
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heiningen
Prof. Dr. Jörg Huffschmid
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Dr. Wolfram Burkhardt, Dr. André Leisewitz,
Dr. Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch,
Dr. Reinhard Schweicher, Dr. Gerd Wiegel

5 Editorial

Georg Fülberth

8 Wahl der Wahrheit

Imperialismuskussion

Michael R. Krätke

16 Die Mythen der Globalisierung

Georges Labica

34 Vom Imperialismus zur Globalisierung
Anmerkungen zu Lenin

Gretchen Binus

50 Globalisierung ohne Großkapital?
Aspekte zur Imperialismus-Debatte

Rainer Perschewski

62 Imperialistische Kräfteverhältnisse
Die Entwicklung der EU im wirtschaftlichen Vergleich der Triade-Zentren

Leo Panitch

77 Neuer Imperialismus – neue Imperialismustheorie

Jürgen Wagner

87 Irak als Vorspiel
Die „Logik“ der US-Öl-Strategie

Bernhard H.F. Taureck

101 Imperialismus als monopolisierter Universalismus
Fragen und Thesen zu einem neuartigen politischen Großrisiko

Deutsche Ideologien

Dagmar Engelken, Thomas Gondermann, Wulf D. Hund

108 Antisemitismus ohne Antisemiten?
Der deutsche Antisemitismusstreit

Reiner Diederich

121 Ein Schritt aus dem „Zeitalter der Extreme“
Über Wolfgang Mattheuer

Weitere Beiträge

Andreas Wehr

133 Staat und Nation
Zu Domenico Losurdo (Teil II)

Harald Neubert

147 SED und SPD im Dialog
Ideologiegespräche zwischen 1984 und 1989

Marcelo Firpo de Souza Porto

156 Globalisierung und Arbeit in Brasilien

Berichte

Stephan Heidbrink/Stefan Schoppengerd

167 The Emergence of a New Euro Capitalism?
Konferenz 11./12. 10. 2002 in Marburg

Ewald Wehner

174 Solidarität statt Anpassung
5. Bundeskonferenz des „Netzwerks der Gewerkschaftslinken“

Ulrich J. Wilken

177 Für einen Politikwechsel – und der kommt nicht von oben
„Initiative für einen Politikwechsel“, Frankfurt/M., 19. 10. 2002

Diskussion/Kritik/Zuschriften

Jörg Goldberg

179 Nichts Neues aus Afrika?
Zu Dirk Krüger, Z 51

182 Buchbesprechungen

Der Krieg der USA gegen den „Internationalen Terrorismus“ (Hansgeorg Conert)

Chancen antikapitalistischer Selbstorganisation (Thomas Collmer)

Imperial Jihad (Dominik Labitzke)

Das vitale Interesse an der Politik (Ernst Körner)

Marx/Engels und der Krimkrieg (Georg Fülberth)

Gramsci und die Einheit von Theorie und Praxis (David Salomon)

Die Hypothek des kommunistischen Erbes (Jürgen Reusch)

KPD in Bremen (Bernd Hüttner)

Die KPD in der Weimarer Republik (Guido Speckmann)

Marxismus und „nationale Frage“ (Helmut Bleiber)

Marxistische Theorieansätze zu Nation und Nationalismus (Gerd Wiegel)

- 4 Impressum**
15 Vorschau
223 Autorinnen und Autoren, Übersetzer

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Dr. Wolfram Burkhardt, Dr. André Leisewitz, Dr. Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher, Dr. Gerd Wiegel.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 32,- Bei Bezug aus dem Ausland Euro 38,-. Das Einzelheft kostet Euro 9,50. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.10.2002

Editorial

Der Schwerpunkt des vorliegenden Heftes ist der aktuellen Diskussion um „Imperialismus“ gewidmet. Diese Diskussion hat durch die Hegemonialpolitik der USA – zuletzt durch die Kriegsdrohung gegen den Irak – neuen Anschub bekommen, ebenso durch die offenen Fragen der theoretischen Fassung der als Globalisierung bezeichneten Internationalisierungsprozesse. Letztere waren in den zurückliegenden Heften von „Z“ Gegenstand einer ganzen Reihe von Beiträgen mit z.T. sehr unterschiedlichem konzeptionellem Zugang. Auch in diesem Heft werden deutlich unterschiedliche Auffassungen zum Charakter des heutigen Imperialismus und zum methodischen Verfahren seiner Analyse vertreten.

Michael Krätke kritisiert die „Mythen der Globalisierung“. In der Geschichte des Kapitalismus hat es verschiedene Globalisierungsschübe gegeben. Insofern ist nach den Besonderheiten der gegenwärtigen Globalisierungswelle zu fragen. Er unterstreicht die global wachsende Ungleichheit (Einkommen und Reichtum) und wendet sich gegen den „Zentralmythos“ des Globalisierungsdiskurses, die Botschaft von der Handlungssohnmacht der Politik. *Georges Labica* empfiehlt, Lenins Imperialismus-Schrift neu und historisierend zu lesen. Der Begriff „Imperialismus“ ist weiterhin „Leitbegriff einer begrifflichen Konstellation, in der ... Kapitalismus, Ausbeutung, Eigentum, Klassen und Klassenkampf, soziale Demokratie, revolutionärer Übergang ihren ganzen Sinngehalt bewahren.“ Die Globalisierung der Gegenwart stellt in diesem Kontext einen „neuen, neuen Imperialismus“ dar, der zweifellos durch die „klassischen Merkmale“ gekennzeichnet ist, aber doch geprägt durch neu aufgetretene Phänomene: die Vorherrschaft des Finanz- bzw. spekulativen Kapitals, die technologische Revolution in den Informations- und Kommunikationstechnologien; den Zusammenbruch der sozialistischen Länder. *Gretchen Binus* sieht eine wesentliche Schwäche der aktuellen Globalisierungsdiskussion in der Nichtbeachtung der Rolle der international agierenden Konzerne als „Subjekte“ des Internationalisierungsprozesses. Sie gibt eine Übersicht zu den international führenden Konzernen und ihren Expansionsstrategien und betont das Moment der monopolistischen Konkurrenz. Globalisierung kann, so die Autorin, ohne Beachtung des Beziehungsgeflechts von (National-)Staat und Monopolen nicht erfasst werden. In die gleiche Richtung argumentiert *Rainer Perschewski*, der sich mit der Stellung der EU im Rahmen der Triaden-Konkurrenz beschäftigt. Er vergleicht die Entwicklung der „Stärke“ und Konkurrenzbeziehungen der drei Zentren anhand einschlägiger Wirtschaftsindikatoren; er misst dabei den transnationalen Konzernen aus dem EU-Raum eine gewachsene Bedeutung zu. Der kanadische Marxist *Leo Panitch* plädiert für eine neue Imperialismustheorie, die den kapitalistischen Staat als Urheber der Globalisierung identifiziert. Der Zustand des heutigen globalen Kapitalismus könne ohne die hegemoniale Rolle des US-amerikanischen Staates nicht verstanden werden. Die USA sind in dieser Sicht der prototypische Globalstaat. Die Stärke des heutigen Imperialismus sieht Panitch gerade in dem ho-

hen Maß an institutioneller und kapitalmäßiger Verflechtung zwischen den führenden kapitalistischen Staaten. *Jürgen Wagner* analysiert die Hintergründe der US-amerikanischen Kriegsdrohung gegen den Irak. Seiner Ansicht nach dominieren geopolitische, strategische Überlegungen zur Sicherung der Ölversorgung gegenüber den unmittelbaren Profitinteressen der beteiligten Konzerne. Ziel der USA ist die Kontrolle des Iraks als Hebel zur Schwächung der OPEC. *Bernhard Taureck* unternimmt den Versuch, die gegenwärtige und zukünftige Ausrichtung der Politik der USA zu fassen. Mit dem Begriff des „monopolisierten Universalismus“ beschreibt er vor allem eine mögliche ideologische Absicherung ihrer Hegemonialpolitik. Nicht alle geplanten Beiträge zu dieser „Imperialismus-Diskussion“ kamen für das laufende Heft zu stande; sie wird, der Brisanz des Themas wegen, auf jeden Fall fortgesetzt werden.

Das letzte Heft von „Z“ war Rechtstendenzen in Europa gewidmet. Mit dem Aufkommen rechter Tendenzen in Literatur und Kunst beschäftigen sich in diesem Heft die Aufsätze einer Hamburger Arbeitsgruppe (*Dagmar Engelken, Thomas Gondermann, Wulf. D. Hund*) zu Martin Walser. *Reiner Diederich* problematisiert die Frage des Zusammenhangs zwischen der politischen Welt-sicht des Malers Wolfgang Matheuer – seiner Affinität zu neurechten Positionen – und der Autonomie seiner Kunstwerke.

Unter „weitere Beiträge“ bringen wir den zweiten Teil von *Andreas Wehrs* Kommentaren zu Losurdo (Teil I in Z 49). *Harald Neubert* erinnert an Hand des soeben erschienenen Buches von Erich Hahn an die SED-SPD-Gespräche zwischen 1984 und 1989. *Marcello Firpo* gibt einen Einblick in die Lebens- und Klassenverhältnisse Brasiliens unter dem Einfluss der Globalisierung. Es folgen Berichte sowie Rezensionen; beide Rubriken enthalten eine Reihe von Beiträgen, die sachlich ebenfalls zum Schwerpunkt dieses Heftes gehören.

Z 53 (März 2003) wird aktuelle Politikfelder unter Krisenbedingungen thematisieren: Geplant sind u.a. Beiträge zum Berliner Bankenskandal, zu betrieblichen Diskussionen und Erfahrungen mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission und zur gesellschaftlichen Orientierung von Jugendlichen.

Die in Frankfurt/M. ansässige Heinz-Jung-Stiftung hat es möglich gemacht, eine Bibliographie der Veröffentlichungen von Heinz Jung zu erstellen. Mike Carrie und Mark Seeger haben sie zusammengestellt. Sie liegt diesem Heft bei. Wir sind sicher, dass sie das Interesse der Leserinnen und Leser von Z finden wird.

institut für sozia-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
ISW
**analysen
 fakten & argumente**

isw-report

erscheint vierteljährlich
 Jahresabo: 18 Euro /Ausland: 21 Euro)

Frauenenerwerbsarbeit in Deutschland

qualifiziert, unterbezahlt, abrufbar, flexibel
 (Nr. 50, März 2002), 2,50 EUR + Vers.

Arbeit und menschliche Würde

Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen
 (Nr. 51, Juli 2002), 3,00 EUR + Vers.

Globalisierung und Gewerkschaften

Doku des 10. isw-forums
 (Nr. 52, Sept. 2002), 3,00 EUR + Vers.

isw-spezial

Krieg ums Erdöl

(Nr. 15, Dez. 2001), 3,00 EUR + Vers.

ENRON – Pleite von Wall Street und Washington

(Nr. 16, Mai 2002), 2,50 EUR + Vers.

Entwicklung der Medienwirtschaft

Prognosen und Konsequenzen
 (Nr. 17, Juni 2002), 2,50 EUR + Vers.

isw-wirtschaftsinfo

Bilanz 2001 – Ausblick 2002

Fakten u. Daten zur wirtschaftl. Entwicklung
 (Nr. 33, März 2002) 3,00 EUR + Vers.

Pleite des Kapitalismus

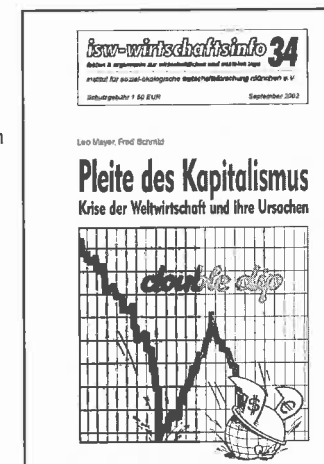
Krise der Weltwirtschaft u. ihre Ursachen
 (Nr. 34, Sept. 2002) 1,50 EUR + Vers.

Bestellungen, Gesamtprogramm

isw – institut für sozial-ökologische
 Wirtschaftsforschung e.V.
 Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München
 fon: 089-130041, fax 089-168 94 15
 email: isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Neu bei isw!



Wahl der Wahrheit

Der Hundertjährige Wahlkalender

Wahlen werden in der Bundesrepublik fast immer von der Regierung gewonnen. Es gibt bisher eine einzige Ausnahme: 1998.

1949 bestand scheinbar noch keine Regierung, die hätte bestätigt oder gestürzt werden können. In Wirklichkeit spiegelte das Direktorium des Vereinigten Wirtschaftsgebiets schon seit 1947 die Verhältnisse wider, wie sie dann bis 1966 herrschten.

1969 gewann nicht eine Opposition, sondern eine der beiden Regierungsparteien (SPD), und zwar nicht in erster Linie durch ihren eigenen Stimmenanteil, sondern durch einen Koalitionswechsel der FDP. 1982 wurde Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt, also nicht durch eine Bundestagswahl. Beim Urnengang 1983 siegte dann schon wieder die neue Regierung Kohl. Die hielt sich dann allerdings so lange – sechzehn Jahre –, daß 1998 ausnahmsweise einmal die Wählerinnen und Wähler eingreifen mußten. Das läßt sich dadurch erklären, daß sich im deutschen Parteiensystem seit dem Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 zwei Lager verfestigt hatten, wodurch die bis dahin übliche Form der Umgruppierung – Wechsel des Koalitionspartners (1966: CDU/CSU muß sich von der FDP trennen und geht zur SPD; 1969: SPD schwenkt aus der Großen Koalition zur FDP; 1982: FDP wechselt zur CDU/CSU) – blockiert war. Die FDP hatte ihre Funktion als Kanzler-Macherpartei verloren. Die Aufgabe, den Regierungschef zu bestimmen, lag also ausnahmsweise einmal beim Volk. Nachdem dies den ungewohnten Job erledigt hatte, kehrte es 2002 zur Regel zurück: Bestätigung.

Die Regierungstreue des deutschen Volks gibt es schon seit Bismarcks Zeiten. Im Norddeutschen Bund (1867-1871) und im Kaiserreich (1871-1918) erlaubte die Verfassung nicht die Wahl des Kanzlers durch den Reichstag. Der war nur für die Gesetzgebung zuständig. Der Kaiser ernannte den Kanzler, so daß die Wahlen für diese Personalie egal waren. Als man es 1919-1933 anders praktizierte, war das Ergebnis so entmutigend, daß nach 1949 das Volk von der Möglichkeit des Regierungswechsels per Stimmzettel fast nie mehr Gebrauch machte.

Insofern war das Ergebnis der Bundestagswahl 2002 schon relativ lange vor dem 22. September prognostizierbar. Es sieht so aus, als sei auf den Hundertjährigen Wahlkalender mehr Verlaß als auf die Fünf Institute, die anschließend ja auch von einem Katzenjammer befallen wurden.

Trends und Events

Angela Merkel hat die Schwachstelle der Union richtig erkannt: sie gewann zwar rechts – durch die CSU in Bayern –, aber nicht in der Mitte (vor allem nördlich der Mainlinie), und im Osten verlor sie.

Die SPD hat das umgekehrte Problem. Sie behauptete sich in der Mitte, verlor aber offenbar an die Nichtwähler, ein bißchen an die CDU, vor allem aber an die Grünen. Daß ihre Einbußen nicht stärker ausfielen, verdankt sie den Wechselwählern in der ehemaligen DDR. In der Alt-BRD ist sie geschwächt. In dieser Hinsicht erzielte Schröder ein ähnliches Ergebnis wie Kohl 1990.

Während die CDU auf eine Initiative von Merkel hin sofort mit einer Analyse ihrer Niederlage begann, hat in der SPD offenbar noch keine Auseinandersetzung mit den Ursachen ihrer Stimmenverluste eingesetzt. Die Affären in Nordrhein-Westfalen sind wohl nur ein Grund unter anderen, sozialpolitische Enttäuschungen ein zweiter.

Die Grünen konnten ihren Abwärtstrend erstmals seit 1998 umkehren. Im Zusammenhang mit dem Untergang der kommunistischen Bewegung als Massenphänomen – für die der Faschismus 1933-1945 und das KPD-Verbot von 1956 zwei Ursachen unter anderen sind, aber eben nicht die einzigen – und für den Wandel der SPD ist oft zu Recht von einem „Verschwinden eines Milieus“ gesprochen worden. Es war die Folge einer Klassen-Entwicklung. Doch sollte nicht übersehen werden, daß inzwischen ein neues und anderes Milieu entstanden ist: die soziokulturelle Vernetzung der Intelligenz als Massenschicht. Sie bildet das Fundament der Grünen Partei, strafft diese manchmal ab, stellt aber ein inzwischen gefestigtes Stammwähler(innen)-Potential.

Westerwelle hat Ähnliches versucht, als er die FPD zur Yuppi-Partei machen wollte. Sein Pech war, daß die von ihm angezielte Klientel gerade während des Wahlkampfes wenig zum Spaß aufgelegt war. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland“ veröffentlichte mitfühlende Artikel über junge Investmentbanker, die gerade gefeuert worden waren. Im Regionalfernsehen stellten sich arbeitslose Betriebswirtinnen und Betriebswirte vor. Eine Blase war geplatzt.

So drückten sich im Wahlergebnis durchaus sozialstrukturelle Trends aus. Sie sind wichtiger als einige Events, die es zwar ebenfalls gab, die aber dadurch wirkten, daß sie sich in Übereinstimmung mit Fundamentaldaten befanden.

Nehmen wir die Flut. Katastrophen bringen immer, so sagt man, die Stunde der Exekutive. Also half das Wasser nicht nur dem Kanzler Schröder, sondern auch der CDU, nämlich in Sachsen und Sachsen-Anhalt, wo sie den Ministerpräsidenten stellt. Dort schnitt sie besser ab als im sonstigen Osten. Flutgewinner waren aber ebenfalls die Grünen. Daß sie auch in anderen Zeiten den Klimaschutz propagiert haben, zahlte sich für sie zwar nicht unmittelbar im Katastrophengebiet aus, aber im Westen.

Wenn Schröder kurz vor dem Wahltermin mit seinem Nein zum Irak-Krieg

punktete, handelt es sich nicht um einen kurzfristigen Gag, sondern um die Fortsetzung einer außenpolitischen Linie, in die durchaus auch das Mitmachen beim Angriff auf Jugoslawien 1999 und die „uneingeschränkte Solidarität“ 2001 paßt. Das Prinzip lautet: Einflußsicherung in Regionen, die man ohnehin eher als eigenes Hinterland versteht (Balkan), in denen man als Juniorpartner der USA das Feld nicht der Konkurrenz allein überlassen will (Afghanistan) oder in denen man durch Distanzierung von den Vereinigten Staaten sich langfristige Vorteile erhofft (arabischer Naher Osten). Da das letztere Thema mittelfristig dominieren wird, werden wir Schröder auf abseh- oder gar unabsehbare Zeit als Friedenskanzler erleben. Hier wird sich sogar ein Kern rotgrüner außenpolitischer Identität herausbilden: nicht nur die linksliberale, sondern sogar ein Teil der konservativen Publizistik und Politikberatung empfiehlt einen „europäischen Weg“ (der also nicht nur ein „deutscher“ sein wird): Bereichsopposition gegen die USA, unterlegt mit eigenen Rüstungsanstrengungen zwecks Schaffung einer eigenen Interventionsfähigkeit, so daß dieses Geschäft nicht ausschließlich den USA zufällt. Daß eine solche Orientierung auch im Interesse des Kapitals liegt, läßt sich ausdenken. Zugleich hat sie eine Massenbasis: eine regierungsunabhängige Friedensbewegung wird es bald ebenso schwer haben, sich sichtbar zu halten, wie während der Ostpolitik von Brandt und Scheel. Ganz nebenbei hat Schröder im Wahlkampf durch seine Irak-Position auch Stimmen gewonnen, die Möllemann und die FDP sich selbst zugezogen hatten.

Angekommen

Die Wahlniederlage der PDS ist nicht in erster Linie Ergebnis kurzfristiger Umstände und katastrophaler Fehler (so zahlreich diese auch waren), sondern sie hat strukturelle Gründe.

Niemand wird behaupten können, der Partei des Demokratischen Sozialismus sei seit 1990 das Leben besonders schwer gemacht worden. Im Gegenteil: wichtige Machtfaktoren der alten BRD haben ihr ganz schön geholfen. Dies ist der Grund dafür, daß sie sich längere Zeit als sichtbare Größe halten konnte, ohne sich – im Unterscheid z.B. zur ehemaligen PVAP in Polen – zur offiziellen Sozialdemokratie zu transformieren.

An Letzterem wurde sie dadurch gehindert, daß die SPD es 1989/90 vorzog, in die damalige DDR einzumarschieren, ohne sich darum zu bemühen, erhebliche Teile der SED, dann PDS, ebenso freundlich zu übernehmen wie Kohl die Post-DDR-CDU. Hier mag die Spekulation eine Rolle gespielt haben, Gysis Partei könne schnell ruiniert werden. Daß es nicht dazu kam, dabei haben viele mitgeholfen:

- 1990 sicherte ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts der PDS die Chance, in den Bundestag einzuziehen zu können, wenn sie nicht in ganz Deutschland, sondern nur im Osten mehr als fünf Prozent erhielt. (Sie gewann damals nur ein Direktmandat.)

- 1994 hätte ihr die CDU das parlamentarische Lebenslicht ausblasen lassen,

wenn sie ihre aussichtslosen Kandidat(inn)en in den Berliner Wahlkreisen, in denen die PDS eine Chance hatte, zugunsten der SPD zurückgezogen hätte. Dies geschah – trotz gleichzeitiger Rote-Socken-Kampagne – nicht.

- 1998 allerdings kam die PDS aus eigener Kraft über fünf Prozent. Dabei half ihr – neben anderen Gründen – die Gewißheit der Wählerinnen und Wähler, daß ihre Stimme nicht verloren war, denn mindestens drei Berliner Direktmandate waren sicher.

Daß 2002 die Wahlkreise neu eingeteilt wurden, kann nicht als eine besonders böartige Benachteiligung der PDS gelten. Sie hat selbst zugestimmt, denn sie wollte ja wieder mehr als fünf Prozent Zweitstimmen erhalten, und die Umfragen standen für sie gut. Inzwischen hat der stellvertretende Bundeswahlleiter, Schmollinger, ausgerechnet, daß selbst unter Beibehaltung der alten Wahlkreise die PDS nur zwei Direktmandate gewonnen hätte.

Gysis Rücktritt, Schröders Flutbonus, seine Absage an die US-amerikanischen Kriegspläne: diese Ereignisse haben der PDS zwar geschadet – zum Debakel aber konnten sie nur deshalb beitragen, weil sie auf eine inzwischen offenbar schon anfällige Struktur trafen.

Die hilflose Wahlkampfführung und die panischen Manöver einiger Funktionäre und Vordenker sind weniger Ursache als Folgen einer seit August allmählich als hoffnungslos zumindest geahnten Situation gewesen.

(Eine Erörterung der Entschuldigungs-Kampagnen der PDS-Führung unterbleibt hier aus Geschmacks-Gründen. Sie haben keine Stimmen gebracht, wohl aber einige Mitglieder verscheucht. Zuweilen sind PDS-Genossinnen und -Genossen zwar ausgetreten, haben aber doch noch ihre bisherige Partei gewählt. Für das Stimmergebnis sind diese Kapriolen der Parteispitze aber wohl nur marginal gewesen.)

Um die strukturellen Gründe der Niederlage zu finden, kann man sogar mit einer Randerscheinung beginnen:

Die PDS hat im Westen gegenüber 1998 nichts hinzugewonnen. Sie ist dort in der Fläche nicht präsent. Die Zusammensetzung ihrer winzigen Mitgliedschaft in den alten Bundesländern ist – um es höflich auszudrücken – problematisch. Die Wahlergebnisse sind diejenigen der Deutschen Friedens-Union in den sechziger Jahren – und dies trotz großer Medienpräsenz der PDS seit 1990. (Daß ab 1972 die DKP noch schlechter abschnitt, sollte ja wohl kein Trost sein.)

Das Projekt einer gesamtdeutschen Sozialistischen Partei ist seit 1990 also nicht vorangekommen, die PDS ist ein ausschließliches Ostphänomen geblieben. Deshalb mußten die Einbrüche in den Ländern der ehemaligen DDR und in Berlin zur Wahlniederlage führen.

Die Gründe für diese Verluste stehen sogar in einem Verhältnis mit der fast fürsorglichen Pflege durch Bundesverfassungsgericht, CDU und viele Medien. Wenn heute gefragt wird, wozu die PDS noch „gebraucht“ werde, so war die Antwort in den neunziger Jahren klar: zur Förderung des Prozesses

der „inneren Wiedervereinigung“. Teile der alten DDR-Eliten und andere Verlierer(innen) der Transformation wurden durch sie in einer Art antagonistischer Kooperation in die BRD integriert.

Wie die Arbeitsmarktdaten zeigen, hat eine Angleichung des Ostens an den Westen noch immer nicht stattgefunden. Doch diese Tatsache könnte sich inzwischen in doppelter Weise gegen die PDS wenden:

- Wo sie Opposition ist, mögen Teile ihres bisherigen Anhangs zu dem Ergebnis gekommen sein, es habe ihnen letztlich zu wenig gebracht, daß sie sie in der Vergangenheit immer wieder wählten.

- Wenn die PDS in eine Regierung ging (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern) eintrat oder sich tolerierend verhielt (Sachsen-Anhalt), waren die Ergebnisse enttäuschend. In Berlin ist die Partei des Demokratischen Sozialismus überdies dabei, ihre Glaubwürdigkeit im Kernbereich „Soziale Gerechtigkeit“ nachhaltig zu ruinieren.

In diese Lücke konnte Schröder in der „Stunde der Exekutive“ während der Flut hineinstoßen. Daß auf den Dämmen die PDS so wenig zu sehen war, hat nicht nur mit medienpolitischem Versagen und falscher Bescheidenheit zu tun, sondern offenbar auch mit struktureller – soll man sagen: bürokratischer? – Unbeweglichkeit.

Zu erklären bleibt, weshalb die PDS trotz sich akkumulierender Defekte bei der Europawahl 1999 und bei allen Landtags- und Kommunalwahlen bis 2001 ständig dazugewann und bis in den Sommer 2002 hinein in den Umfragen deutlich über fünf Prozent (manchmal sogar bis sieben) lag.

Sie hat längere Zeit von den Mängeln rotgrüner Politik auf sozial- und friedenspolitischem Gebiet profitiert. Es handelte sich bei den Zugewinnen sozusagen um Abfall-Stimmen (und -Stimmungen), während die PDS eine eigene Stammwählerschaft zumindest im Westen nicht hatte (und hat). Da sie zugleich darauf bedacht war, aus Gründen der Akzeptanz die SPD möglichst nicht anzugreifen, unterblieben alle Versuche, tatsächlich dauerhaft in deren Wählerschaft (und diejenige der Grünen) einzubrechen. Die Probleme in Berlin seit dem Eintritt in den Senat und die Tatsache, daß man es hinnahm, wenn der Kanzler seine friedenspolitische Glaubwürdigkeitslücke vordergründig schloß, haben dazu geführt, daß die Abfallstimmen wieder an ihre Ausgangsparteien zurückgingen.

An der Tiefe der strukturellen Krise sind die Therapien zu messen, die gegenwärtig in einer Papierflut angeboten werden.

Teilweise wird eine Rückkehr zu marxistischer Politik gefordert, etwa im Sinne des „Entwurfs II“ (Lieberam/Menzner/Winfried Wolf) zum Parteiprogramm. Eine Wahlpartei über fünf Prozent auf dieser Basis wird in Deutschland in absehbarer Zeit nicht möglich sein, allenfalls eine Minderheitsströmung in einer breiteren Organisation. Insofern wäre es eine Lebenslüge gewesen, hätte sich die PDS mit dem Entwurf II ein Programm zugelegt, das gleich mehrere Nummern zu groß für sie ist.

Neuere Äußerungen von André Brie – nicht nur sein gemeinsam mit Gregor Gysi verfaßter Brief an Oskar Lafontaine – lassen darauf schließen, daß er, zusätzlich wohl angeregt durch Erfahrungen im Europäischen Parlament, sich für Deutschland eine Art skandinavisches Parteiensystem wünscht, mit einer bemerklichen Linkspartei – in diesem Fall also der PDS – neben der offiziellen Sozialdemokratie. Allerdings läßt sich derlei weder in der Retorte herstellen (Manfred Coppel und Karl-Heinz Hansen haben es Anfang der achtziger Jahre vergeblich versucht), noch läßt sich eine real existierende Partei des Demokratischen Sozialismus in dieser Weise umklonen. Ein weiterer Hinderungsgrund dürfte die Existenz einer anders als in Skandinavien profilierten Grünen Partei mit Ströbele-Alibi sein.

Die Sozialistische Volkspartei in Dänemark und die Linkspartei in Schweden wurden durch zwei Kämpfe nachhaltig geprägt:

- Erstens – als KP – gegen den Kapitalismus, gegen Isolierung im Kalten Krieg und im dänischen Fall auch gegen faschistische Okkupation.

- Zweitens: nach 1956 durch einen mühsamen und langwierigen Prozeß der Emanzipation von der KPdSU.

Hier gewannen sie Selbstbewußtsein.

Zur raison d'être der skandinavischen Linksparteien gehört ihre klare Abgrenzung von der offiziellen Sozialdemokratie und deren zwar faire, aber scharfe Bekämpfung. Sie haben SP-Minderheitsregierungen immer wieder einmal ausgeholfen – und dabei Ärger in ihrer eigenen Mitglieder- und Wählerschaft produziert –, dies aber nie als ein strategisches „Mitte-Links-Bündnis“ verkauft.

All dies ließe sich auch für den Partito della Rifondazione Comunista sagen.

Die hier aufgezählten Voraussetzungen für eine Linkspartei skandinavischen (oder italienischen) Typs fehlen der PDS, leider. Dies mag erklären, weshalb im von André Brie, Michael Brie und Dieter Klein vorgelegten Programm-entwurf von den Impulsen, die in diese Richtung zielen, so wenig spürbar ist und der Text fahrig wirkt.

So ist es wahrscheinlicher, daß die PDS irgendwann doch auch offiziell als das zu scheinen wagt, was sie de facto von Anfang an war: eine ostdeutsche Regionalpartei. Wenn nicht neue Katastrophen eintreten (diese sind allerdings immer denkbar), dann wird sie 2004 in Thüringen und Sachsen weiter oberhalb von fünf Prozent abschneiden und vielleicht sogar an einer Regierungsbildung beteiligt sein. Ihre parlamentarische Existenz in einigen Bundesländern ist dann bis Ende des gegenwärtigen Jahrzehnts gesichert.

Im Westen bliebe sie unverändert belanglos. Hier hat sie heute weniger organisatorische Grundlagen als die DKP in ihren etwas besseren Zeiten. Die Zahl ihrer Kommunalmandate dürfte die der Deutschen Kommunistischen Partei von damals nicht oder nicht wesentlich übersteigen. Anders als diese hat sie keine Betriebs- und nur vereinzelte Hochschulgruppen.

Ein PDS-„Aufbau West“ hätte von diesen Tatsachen auszugehen. Vielleicht wäre die Bildung eines Extra-Vorstandes für die Diaspora ein Weg. Dabei sollte man sich auch um finanzielle Autonomie bemühen. Die manchmal zu hörende Ansicht, ein PDS-Aufbau im Westen müsse von der kommunalen Ebene ausgehen, erscheint im Lichte der DKP-Erfahrungen nicht sehr realistisch.

Dies alles ist nicht schön, aber vielleicht noch lange nicht das Letzte. Mittlerweile hat sich in Berlin eine Art „Generation Danach“ gemeldet. Ihr Positionspapier enthält den Satz: „Die PDS ist, wie die SPD, eine demokratische und soziale Reformpartei.“

Das ist wohl wahr. Wer dasselbe Produkt anbietet wie die SPD, wird sich auf dem Markt nur behaupten können, wenn dieses besser, billiger und begehrter ist als deren Erzeugnis. Dazu benötigt man eine überlegene Forschungs- und Entwicklungsabteilung sowie höhere Effizienz des Produktions- und Distributionsapparats. Es ist also absehbar, wie die Konkurrenz zweier inhaltlich gleicher Parteien ausgehen muß.

Durch den Geraer Parteitag sind die hier skizzierten absehbaren Entwicklungen nur scheinbar gestoppt, in Wirklichkeit aber wohl beschleunigt worden. Vordergründig mag es so aussehen, als wiederhole sich, was 1903 mit Bebels Sozialdemokratie und 1984 mit Ebermann/Tramperts Grünen passiert war: radikale Parteitage einerseits, Rechts-Abmarsch der Praxis andererseits. Daß links geblinkt werden muß, wenn man in die andere Richtung abbiegt, haben die Revisionisten und Realos letztlich dankbar zur Kenntnis genommen. In der PDS fehlt es an dieser zynischen Weisheit.

Ein weiterer Unterschied zur Frühgeschichte von SPD und Grünen besteht darin, daß eine solche Gabelung in einer Aufschwungphase dieser Organisationen erfolgte. Durch ihren praktischen Realo-Kurs wurden SPD und Grüne damals sogar stärker (wenngleich unter Aufgabe ihrer ursprünglichen Substanz). In der PDS erfolgt die Auseinanderentwicklung bei gleichzeitiger Schwächung beider Teile: der zentralen Parteiorganisation und der von ihr abweichenden Landesverbände. Es ist ein Streit nach einer gemeinsamen Niederlage. Bartsch und Claus haben nicht gegen Gabriele Zimmer verloren, sondern – ebenso wie diese – gegen Schröder, Fischer, Merkel, Stoiber und Westerwelle. Die Vorsitzende behielt ihr Amt nicht in erster Linie deshalb, weil sie sich durchsetzte, sondern weil niemand diesen Job an der Spitze einer plötzlich erfolglosen Partei wirklich wollte.

Es mag dahinstehen, welchen praktischen Wert eine von Gabriele Zimmer ausgegebene Losung haben wird: „Mitte-Unten-Bündnisse“. Die erste Ortsangabe möchte man am liebsten gleich vergessen. Willy Brandt hatte eine Linke Mitte, Gerhard Schröder hat eine Neue. „Unten“ könnte bedeuten, daß die PDS sich als die Interessenvertreterin aller versteht, die in dieser Gesellschaft nichts zu sagen und wenig zu verlieren haben. Damit gewinnt man ebenfalls keine fünf Prozent. Aber die Unverwechselbarkeit der Partei wäre gesichert. Bedeutet „Mitte“ eine Interessenvertretung von „Lower Middle

Class“, die mit der Schicht „darunter“ kombiniert werden soll, dann haben wir etwas Vorstellbares, das aber in der Formel von Gabriele Zimmer nicht – oder noch nicht – gemeint sein wird.

Die bisherige Vielstimmigkeit der PDS wäre ein Vorteil, wenn die einzelnen Komponenten bereit wären, beisammen zu bleiben. In diesem Fall findet sich an der Spitze auch immer ein geeigneter Kommunikator (oder eine geeignete Kommunikatorin) bzw. den Personen, die qua Amt diese Aufgabe wahrnehmen müssen, wachsen die wenigen hierfür nötigen Fähigkeiten leicht zu. Streben aber, wie gegenwärtig im Fall der PDS, die einzelnen Teile auseinander, wird dies nicht möglich sein.

Vorher – Nachher

Manchmal wird gefragt, wozu Wahlen denn gut seien, wenn sie doch nichts ändern. Antwort: indem sie bestehende Zustände bestätigen, machen sie diese häufig erst sichtbar, lassen Varianten erkennen und machen deutlich, womit auf absehbare Zeit und mit formal-demokratischer Legitimation zu rechnen ist. Insofern brachte der 22. September eine Stunde der zwar alten, nun aber runderneuerten Wahrheit.

Z - Nr. 53

erscheint Anfang März 2003

mit dem Schwerpunkt

Linke Politik unter Krisenbedingungen

Das Heft enthält Beiträge zum Schwerpunkt u.a. von Jan Engelhardt, Peter Förster, Stephan Krull, Kurt Neumann, Anne Rieger, Birger Scholz, Harald Werner

Weitere Beiträge von Domenico Losurdo (Drei Lesarten der Geschichte der kommunistischen Bewegung); Steffen Dörhöfer („Immaterielle Arbeit“ – Zur „Empire“-Diskussion); Werner Seppmann (Die Aktualität der Klassenfrage); Emmerich Nyikos (Bild der Welt und Ideologie); Karl Unger, Psychologie und Politik; Andreas Wehr (EU-Konvent)

Z 54 (Juni 2003)

hat voraussichtlich zum Schwerpunkt

„EU-Osterweiterung“

Die Mythen der Globalisierung

1. Alle reden von der Globalisierung

Kein Thema und kein Konzept hat die sozialwissenschaftliche und die politische Sprache weltweit so rasch erobert und beherrscht sie gegenwärtig so gründlich wie das der „Globalisierung“. „Die Globalisierung“ ist zur Kurzformel für die eine, die alles umfassende Realität der heutigen sozialen Welt geworden, in der alles mit allem zusammenhängt und in der eine unerbittliche Logik, eine „eherne“ Notwendigkeit am Werk ist. Daher kann sie auch als Erklärung und Entschuldigung für fast alles herhalten. „Die Globalisierung“ ist mittlerweile zur Allzweckwaffe im politischen Alltagsgeschäft geworden. In dieser Realitätsdeutung kommt es auf Details, auf Genauigkeit und Stimmigkeit gar nicht mehr an – schon die einigermaßen komplexen Phänomene der heutigen Weltwirtschaft werden in der Regel auf ein paar Schlag- und Stichworte verkürzt.

Im Sprachgebrauch vieler Journalisten und Politiker ist die „Globalisierung“ hingegen erheblich weniger ambivalent und erheblich eindimensionaler als es der Erfahrung vieler einfacher Leute entspricht. In der Wahrnehmung vieler Gewerkschafter z.B. ist Globalisierung eine Art Sammelname für eine ganze Reihe von durchaus verschiedenartigen Prozessen mit sehr unterschiedlichen Auswirkungen. Die Globalisierung besteht aus einem Bündel von Globalisierungstendenzen oder -prozessen, die keineswegs automatisch verlaufen, die keineswegs allesamt in dieselbe Richtung gehen und die unterschiedliche Chancen und Risiken bieten. Im Vergleich zu solch einer differenzierten Sicht ist die heute in der offiziellen Publizistik und Politik vorherrschende Vorstellung von „der Globalisierung“ recht einfältig.

Natürlich gibt es einen Zusammenhang mit dem, was man als Neoliberalismus bezeichnet. Für die neoliberale Weltsicht ist die Globalisierung eine Art von Gottesgeschenk, das einen radikalen Wandel der Argumentation erlaubt: Man braucht nicht länger den Markt als den Inbegriff des wahren Edens, des Guten und Gerechten, des Reichs der Freiheit auf Erden moralisch zu rechtfertigen. Denn siehe: Das Gute und Gerechte geschieht schon, der Markt setzt sich unaufhaltsam und weltweit durch. Als Weltmarkt zwingt er mit unwiderstehlicher Gewalt, bei Strafe des ökonomischen Untergangs alles und jeden, wo auch immer auf der Welt, zur Unterwerfung unter und Anpassung an die ehernen Gesetze der ökonomischen Vernunft – und das zum Vorteil aller und zum Besten des Fortschritts.

Die politische Ladung, d.h. die mehr oder minder deutlich ausgesprochene Botschaft im heute vorherrschenden Globalisierungsdiskurs lautet so: Regierungen in allen entwickelten kapitalistischen Industrieländern, ganz gleich welcher parteipolitischen Couleur und Zusammensetzung, können machen, was sie wollen. Sie haben keine Chance gegen die Macht des neuen Levia-

than, des globalen Kapitals. Regierungen regieren, aber das globale Kapital herrscht. Und es zwingt den Regierungen aller Länder einen Einheitsstil der Politik auf: Alle müssen tun, was den Herren des globalen Kapitals, insbesondere den Herren der Finanzmärkte gefällt. Der Witz besteht darin, dass diese Botschaft heutzutage nicht von patentierten Vulgärmarxisten, sondern von Konservativen, Liberalen und vielen Sozialdemokraten geglaubt und verkündet wird.

Leute mit Überblick, Differenzierungsvermögen und Augenmaß wie die leider vor kurzem verstorbene Susan Strange sehen das etwas anders: Der Staat verschwindet keineswegs, und er ist heute auch alles andere als handlungsunfähig. Er muß allerdings damit leben, dass ihm seine traditionellen Monopole – vom Gewalt-, Rechts-, Geld-, bis hin zum Steuermonopol, nicht zuletzt auch das Monopol auf bindende kollektive Entscheidungen – von einer wachsenden Zahl nicht-staatlicher Akteure streitig gemacht werden, von denen viele formell private Organisationen sind – wie z.B. die großen Multi- oder Transnationalen Konzerne. Politische Macht wird heute in wachsendem Maße von nicht-staatlichen Akteuren ausgeübt, die den Staaten bzw. viele Staaten zugleich auf ihrem ureigensten Terrain herausfordern. Oder, in Abwandlung eines beliebten Zitats des Bundeskanzlers: Politik findet heute in wachsendem Maße in der Wirtschaft statt. Fragt sich nur, mit welchen Folgen. Und fragt sich auch, ob sich der Staat bzw. die Staaten – sowie auch andere nicht-staatliche politische Akteure, wie etwa die Gewerkschaften – diese Herausforderung einfach gefallen lassen müssen. Die Globalisierungsdebatte dreht sich also um die alte, immer wieder neue und aktuelle Kernfrage der Politischen Ökonomie: Wie verhalten sich Ökonomie und Politik im modernen Kapitalismus? Und wie verhalten sie sich heute, nach den Strukturveränderungen der kapitalistischen Weltwirtschaft, die in den letzten 20 Jahren stattgefunden haben?

2. Was ist neu an der Globalisierung?

Der moderne Kapitalismus ist von Anfang an ein Weltsystem, wenn auch die kapitalistische Welt – die des frühen Welthandels nämlich – zu Anfang außerordentlich begrenzt ist, trotz enormer räumlicher Ausdehnung. Weltmärkte zu schaffen, die verschiedenen sozialen „Welten“ in einem Marktsystem zusammen zu bringen, letzten Endes die gesamte ökonomische Welt in einen Markt zu verwandeln, auf und durch den alle natürlichen und produzierten bzw. reproduzierbaren Reichtümer in Waren verwandelt werden, das ist eine Tendenz, die dem modernen Kapitalismus von Anfang an angehört. Karl Marx war einer der ersten, der diese Tendenz klar gesehen hat.

Dennoch braucht die Entstehung und Entwicklung des modernen Kapitalismus lange Zeit. Von Naturwüchsigkeit oder gar Naturnotwendigkeit kann in diesem langen historischen Prozeß keine Rede sein. Märkte überhaupt und insbesondere die speziellen Märkte für „fiktive Waren“ wie menschliche Arbeitskraft, Boden bzw. Natur, für Geld und Kapital, für Wissenschaft und In-

formation, die Märkte also, die den modernen Kapitalismus auszeichnen, werden allesamt gemacht und sind allesamt von Anfang an umkämpft. Es gibt in diesen Kämpfen immer wieder Wendepunkte, historische Entscheidungen, die zumindest für einige Zeit dem Lauf der ökonomischen Entwicklung eine bestimmte Richtung gaben. Marx, der sich für den real existierenden Kapitalismus seiner Zeit heftig interessierte, hat einige davon genau studiert und gründlich analysiert - so den Kampf um den Freihandel, den Kampf um die Fabrikgesetzgebung und den Kampf um den Goldstandard.

Es hat so nicht eine ungebrochene, aufsteigende Entwicklung der zunehmenden „Globalisierung“, sondern verschiedene Wellen oder Schübe von Globalisierungen in der Geschichte des modernen Kapitalismus gegeben. Die Historiker und Sozialwissenschaftler streiten sich, ob es sinnvoll ist, zwischen drei, fünf oder sechs historischen Phasen der Globalisierung in der Geschichte des modernen Kapitalismus zu unterscheiden. In diesen Streit muß man sich gar nicht mengen, wenn man sich über die tatsächlichen Neuheiten der jüngsten Globalisierungswelle verständigen will. Es genügt völlig, sich die letzte große Globalisierungswelle, von etwa 1890 bis 1914 anzusehen. Dennoch ist es nützlich, sich daran zu erinnern, dass es in der Vergangenheit nicht nur verschiedene Globalisierungsphasen oder -schübe gab, sondern dazwischen immer wieder auch Phasen gegenläufiger Entwicklungen, Perioden der De-Globalisierung, in denen der Welthandel und Weltverkehr deutlich abnahmen und das bereits erreichte Ausmaß der weltwirtschaftlichen Integration deutlich zurückgenommen wurde.

Die meisten Leute reagieren heute mit Unglauben und Verwunderung, wenn man ihnen sagt, dass die weitaus meisten Phänomene der gegenwärtigen Globalisierungsphase nichts völlig Neues und nichts Einmaliges darstellen. Das ist zum Teil eine Folge der Kurzatmigkeit und Kurzsichtigkeit heutiger politischer Debatten, auch auf der Linken, die ja einmal stolz darauf war, mit langem Atem und langer Perspektive Politik zu machen. Wer aber an das lautstark verkündete „Ende der Geschichte“ nicht glaubt, kommt um einige historische Reminiszenzen nicht herum. Der Zweck dieser Übung besteht nicht darin, die Neuheiten oder Eigenarten der gegenwärtigen Globalisierungsphase einfach abzustreiten, wie der heute beliebteste Vorwurf aller Globalisierungs-enthusiasten gegen die Skeptiker lautet. Er besteht darin, diese Neuheiten und Eigenarten überhaupt erst scharf in den Blick zu bekommen. Einige dieser Neuheiten werden im Folgenden kurz benannt:

- Die heutige Globalisierung findet auf dem vorläufigen Höhepunkt der (national)staatlichen Entwicklung statt. Und das in mehrfacher Hinsicht. Zum ersten Mal herrscht nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Zerfall Jugoslawiens die Staatsform des territorialen, souveränen Nationalstaats unangefochten und konkurrenzlos. Der zweihundertjährige Aufstieg des Nationalstaats hat sich in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts in einen wahren Siegeszug verwandelt, und dieser Siegeszug hat nun seinen Gipfelpunkt erreicht. Zum zweiten ist die Handlungskapazität der Nationalstaaten in den

entwickelten kapitalistischen Industrieländern heute weit größer als vor 50 oder vor 20 Jahren. In der jüngsten Vergangenheit haben die meisten Nationalstaaten im reichen „Norden“ die früher immer wieder verkündeten „ökonomischen Grenzen der Staatstätigkeit“ mühelos überschritten. Sie sind in den letzten Jahrzehnten fiskalisch, administrativ, militärisch, polizeilich nur immer stärker geworden und sie leisten heute effektiv weit mehr als je zuvor (dafür gibt es eine Vielzahl von Indikatoren). Die Stärke der Nationalstaaten beruht heute natürlich auf anderen Faktoren als der schieren Größe (Fläche, Qualität des Bodens, Naturreichtümer, Lage, Bevölkerungszahl und -struktur sind heute nicht mehr die einzigen, schon gar nicht die ausschlaggebenden Faktoren, die die Stärke oder Schwäche von Staaten bestimmen). Die Globalisierung heute findet in einer Welt statt, die von Nationalstaaten beherrscht wird.

- Schneller noch als die Zahl der Nationalstaaten hat in der Nachkriegsperiode die Zahl sowie die durchschnittliche Größe und Reichweite internationaler Organisationen zugenommen, die in der internationalen Politik neben und mit den Nationalstaaten eine Rolle spielen. Die Zahl der so genannten IGOs (intergovernmental organizations) hat sich seit 1960 mehr als verdoppelt (auf heute ca. 300), die Zahl der INGOs (inter- and non-governmental organizations) hat sich im gleichen Zeitraum mehr als verfünffacht (auf heute über 5500); ihre Diversität und Spezialisierung hat eine ähnliche Entwicklung genommen wie bei ihren amtlichen, mehr oder minder staatlichen Widerparts. Gleichzeitig haben die Zahl, die Reichweite und die Häufigkeit der internationalen Kontakte, Beratungen, Abkommen und Verträge, Konferenzen, an denen die Staaten, aber eben in wachsendem Maße auch IGOs und INGOs teilnehmen, enorm zugenommen.

- In der heutigen Globalisierung spielen die Staaten eine deutlich andere Rolle als etwa in den Hochzeiten des Imperialismus. Sie sind nicht mehr die zentralen, treibenden Kräfte, die Vorreiter der Expansion, die für ihr „nationales Kapital“ auswärtige Märkte öffnen bzw. schaffen. Sie haben - sehr oft im Zusammenspiel mit bzw. nur über IGOs - die Wege gebaut und geebnet, für den Weltverkehr ebenso wie für den Welthandel und die globalen Geld- und Kapitalbewegungen. Aber mittlerweile sind sie eher Getriebene als Antreiber. Es sind die jeweiligen Weltmarktakteure, die nationalen Weltmarktindustrien bzw. die nach wie vor stark national und regional verorteten MNCs (multinational corporations) und TNCs (trans-national corporations), die ihre jeweiligen nationalen Autoritäten vorschicken, um ihnen Hindernisse aus dem Weg zu räumen bzw. ihre Interessen in Verhandlungen über die Regulierung oder Deregulierung von Teilen der Weltwirtschaft zu vertreten.

- Der heutige Welthandel konfrontiert die politischen Ökonomen mit einigen Paradoxa: Er ist gleichzeitig sehr viel stärker „liberalisiert“ und sehr viel stärker und intensiver reguliert als je zuvor. Wir befinden uns mitten in der bisher längsten Freihandelsperiode in der Geschichte des modernen Kapitalismus.

Die fortgesetzte Zollsenkungspolitik im Rahmen des GATT hat in einigen großen Schüben in der Tat die Zölle in allen wichtigen Handelsnationen auf ein historisch beispiellos niedriges Niveau heruntergebracht. Dadurch ist aber die Handelspolitik insgesamt keineswegs liberaler oder weniger protektionistisch geworden. Alle großen Welthandelsländer haben sich in rasch wachsendem Maße auf so genannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse verlegt (wie z.B. technische Standards, Sicherheitsstandards, neuerdings auch Umweltstandards usw.). Dadurch ist der Regulierungsbedarf und -aufwand allerdings sprunghaft gestiegen. Und genau auf dieser deutlichen Zunahme der Regulierungen, die notwendig sind, um so etwas wie Freihandel auch bei Mini- oder Nullzöllen zu realisieren, beruht der späte und folgenreiche Schritt vom GATT zur WTO in den neunziger Jahren. Sich den außerordentlich diversen Qualitätsstandards auf den verschiedenen Außenmärkten der kapitalistischen Welt anzupassen ist nicht leicht und vor allem recht kostspielig. Daher haben in den 70er und 80er Jahren auch Nicht-Multis in wachsender Zahl die Strategie verfolgt, statt im eigenen Land für den Export zu produzieren, die Exportwaren lieber gleich im Zielland herzustellen. Dagegen sind die weltweit sinkenden Transportkosten zu einem guten Teil dadurch wieder wettgemacht worden, dass die Handelsketten erheblich länger und weiter verzweigt wurden als je zuvor. Wer bei dieser fortschreitenden Öffnung neuer Märkte mithalten, wer auf dem sich erweiternden Weltmarkt präsent sein wollte, der musste logistische Kosten in Kauf nehmen, die mittlerweile bei vielen Welthandelswaren die reinen Transportkosten weit übersteigen. Kurz und bündig: In der Globalisierung des Welthandels ist es heute die Handelspolitik, die im Konzert der Welthandelsnationen gemacht wird, wo die Musik spielt. Die Transport- und Kommunikationstechnologie bzw. deren Neuerungen kommen erst unter ferne liefern.

- Nach wie vor ist der Welthandel stark regionalisiert, auch wenn es eine wachsende Neigung bei großen wie bei kleineren und mittleren Unternehmen gibt, sich überregional zu betätigen. In der Regel heißt das aber eben nicht weltweit, keineswegs auf allen Weltmärkten, sondern nur in einem etwas vergrößerten Radius, der heute, dank der verfügbaren Transport- und Kommunikationstechnologie, zugänglich ist. In EU-Europa sind das in der Regel nicht mehr als einige Hundert Kilometer - wohlgemerkt, innerhalb der am besten entwickelten Freihandelszone der heutigen Welt, der EU. Die Regionalisierung bezieht sich allerdings auf die ökonomischen Großregionen der so genannten Triade (Europa, Nordamerika, Südostasien). Man kann diese Konzentrationstendenz des Welthandels beispielsweise daran ersehen, dass sich heute und nach wie vor der weitaus größere Teil des internationalen Handels innerhalb der Triade-Regionen abspielt statt zwischen ihnen. Die intraregionale Handelsintegration übertrifft die interregionale in aller Regel und im Blick auf alle drei Triadezonen. Dabei gibt es natürlich Unterschiede, aber selbst für einen der notorischen Exportweltmeister wie die BRD sind die Märkte in den EU-Nachbarländern bei weitem wichtiger als alle übrigen Märkte im Reiche der Triade zusammen (schon aus dem einfachen Grund, dass die intraregiona-

le Handelsintegration innerhalb EU-Europas heute weit höher ist als irgendwo sonst auf der Welt).

- Verschwunden bzw. verdrängt worden ist eine Sorte des Kapitals, die in früheren Zeiten eine große Rolle spielte: das Welthandelskapital, die auf Welthandelsgeschäfte spezialisierten Handels- und Bankunternehmen. Derartige Spezialisten gibt es eigentlich nur noch im internationalen Transportgewerbe, nicht mehr unter den Banken und Händlern. Das heißt aber nur, dass heute so gut wie alle großen Handelsunternehmen und Banken sich auch ganz selbstverständlich in grenzüberschreitenden, internationalen Handels- und Bankoperationen betätigen. Die Unterschiede zwischen Welt- und Fernhandel und Handel auf dem Binnenmarkt bzw. innerhalb einer relativ überschaubaren Region, die in der Geschichte des Kapitalismus eine gewichtige Rolle gespielt haben, sind heute weitgehend verschwunden.

- Die Globalisierung der Produktion, die zu ganz neuartigen „globalen Produkten“ und „globalen Fabriken“ führen soll, gibt es in der Tat. Sie ist auch etwas ganz Neues, was die heutige Globalisierung von früheren Phasen der Globalisierung unterscheidet. Gemeint ist eine Unternehmensstrategie, durch die verschiedene Teile einer Wertschöpfungskette auf verschiedene Betriebe an Standorten in vielen verschiedenen Ländern verteilt werden. In der Regel sind nur Großkonzerne dazu in der Lage. Die „globale Produktion“ ist auch eine Domäne der MNCs und TNCs. Aber selbst bei ihnen ist sie eine - branchenspezifische - Ausnahme, keineswegs die Regel, nicht einmal als Projekt oder langfristige Strategie dominant.

- Eine weitere wesentliche Neuheit der gegenwärtigen Phase der Globalisierung besteht darin, dass wir zum ersten Mal die Verwandlung von Dienstleistungen aller Art in Exportartikel und Welthandelswaren erleben. Für einige Arten von Dienstleistungen gibt es heute in der Tat so etwas wie Weltmärkte. Dazu gehören auch Großunternehmen, in der Regel MNCs oder TNCs, die mehr oder minder auf Dienstleistungen, z.B. finanzielle oder Beratungsdienste, spezialisiert sind und diese in vielen Ländern - wenn auch in der Regel nur in den großstädtischen Zentren - anbieten. Kreditkarten, die von großen, multi- und transnationalen Finanzunternehmen (in der Regel Bankkonglomeraten) weltweit angeboten werden, sind ein typisches Beispiel für eine zumindest in den Zentren der westlichen, industrialisierten Welt und an allen Knotenpunkten des Weltverkehrs nutzbare Dienstleistung, deren Gebrauchswert gerade darauf beruht, dass sie im Prinzip jederzeit und überall genutzt werden kann.

- Der heutige globale Kapitalmarkt hat nicht mehr ein einziges, hegemoniales Zentrum, das die Normen setzt und alle internationalen Geld- und Kapitalbewegungen ordnet und kontrolliert. Er ist multipolar, besteht aus drei miteinander vernetzten Zentren (die Finanzmärkte in London, New York und Tokio), zusammen mit einer Vielzahl kleinerer regionaler Finanzmärkte in allen Teilen der Welt, die mit den großen Drei, aber allesamt auch - in wachsendem

Maße - direkt untereinander vernetzt sind. Daher die Rede von den „internationalen Finanzmärkten“.

- Die so genannte „Globalisierung“ der Finanzmärkte hat in den 70er Jahren begonnen und war das Resultat eines Zusammenspiels von nationalen Regierungen in einigen westlichen Ländern und nationalen Banken, die sich in verschiedenen Auslandsgeschäften stärker engagieren wollten. Das klassische Vorbild für diese harmlosen Anfänge bildete die britische Regierung, die es Anfang der 60er Jahre einigen britischen Banken ermöglichte, in London offshore-Märkte für Eurodollars einzurichten. Andere europäische Länder folgten dem britischen Beispiel und am Ende war, ohne dass es irgend jemand gewollt oder vorausgesehen hatte, ein vollständiger, großenteils unregulierter Parallelmarkt für Dollardevisen entstanden, an dem nicht die europäischen Großbanken, sondern internationale Devisenspekulanten den Ton angaben. Nach dem Zusammenbruch und der offiziellen Aufkündigung des Bretton-Woods-Systems 1974/75 waren es wiederum einige Nationalstaaten bzw. deren Regierungen, die damit begannen, ihre nationalen Finanzmärkte bzw. einige Transaktionen auf diesen Märkten zu deregulieren. Die Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen war zunächst nur eine logische Folge des Endes des Systems fester Wechselkurse. In wenigen Jahren artete sie zu einem wahren Deregulierungswettbewerb aus, an dem sich eine wachsende Zahl von Ländern beteiligte. Allerdings wurde den Banken und sonstigen Finanzunternehmen, sobald sie von der neuen grenzenlosen Freiheit des Kapitalverkehrs Gebrauch machten, sehr bald klar, dass die reale Welt der Finanzmärkte nach wie vor alles andere als global ist. Daher der neue und ständig wachsende Deregulierungs- und Reregulierungsbedarf, der bis heute keineswegs ab-, sondern eher zugenommen hat. Selbst auf der Ebene der simpelsten, nicht-spekulativen Transaktionen, des reinen Geldzahlungsverkehrs nämlich, haben wir bis zum heutigen Tag nicht weniger als 29 verschiedene Clearing-Systeme weltweit. Von einer „globalen“ Geldordnung kann keine Rede sein. Auch von einer Konvergenz hin zu einem globalen Kapitalmarktregime kann im Ernst keine Rede sein. Die Finanzmärkte, wie weltweit und international vernetzt sie heute auch sind, bleiben dennoch im wesentlichen nationale Institutionen mit national, bzw. im europäischen Fall auch supranational, durch EU-Recht, geprägten Regelungen.

- Die internationalen Kapitalströme haben ihre Richtung in den letzten 25 Jahre durchaus geändert, aber die Verteilungsstruktur des international verfügbaren Surpluskapitals ebenso wie dessen Anlageformen sind überaus klar. In den siebziger Jahren, den Hochzeiten der Euro- und Petrodollars, gab es eine kurzzeitige Trendwende: Einige Jahre lang wurde Surpluskapital - zum großen Teil Petrodollars, die dank der sogenannten Ölpreis-Schocks aus den OPEC Ländern zurück auf die europäischen und amerikanischen Finanzmärkte strömten - aus den reichen Ländern des hochindustrialisierten Nordens bzw. Westens mit Hilfe der westlichen Banken in die so genannten Entwicklungsländer des „Südens“ transferiert. Nachdem dort eine Situation der dauerhaften Überschuldung zustande gebracht war, änderte sich der Lauf der internationa-

len Kapitalströme während der 80er Jahre wieder deutlich: In wachsendem Maße konzentrierte sich das für Auslandsinvestitionen verfügbare Surpluskapital in den drei Großregionen der Triade (EU, SO-Asien, Nordamerika). Der Anteil der armen oder Entwicklungsländer des Südens fiel bis Ende der 80er Jahre auf praktisch Null und hat seither nur minimal wieder zugenommen. Die Masse des weltweit exportierbaren Kapitals, insbesondere der Löwenanteil an den ausländischen Direktinvestitionen (über 80 Prozent) geht heute von den reichen, hochindustrialisierten Ländern der Triade-Regionen in andere reiche, ebenso hochentwickelte Länder - und zwar überwiegend innerhalb derselben Triade-Region.

- Die heutige Weltökonomie ist stärker als je zuvor eine Schulden- und Kreditökonomie. Langfristig gesehen hat eine deutliche Strukturveränderung stattgefunden: Weg von den Bankkrediten und hin zur Finanzierung über die Kapitalmärkte, obwohl die Banken sich in den vergangenen 25 Jahren ebenso kräftig „internationalisiert“ haben wie die Kapitalmärkte. Da alle möglichen Arten von Schuldpapieren heute auf den internationalen Finanzmärkten gehandelt werden, findet eine internationale Verflechtung der Schuldenökonomien vieler kapitalistischer Länder statt. Nicht die zunehmend auch internationale Verschuldung der Nationalstaaten ist hier die große Neuheit, die gab und gibt es schon seit Jahrhunderten, seit der Erfindung der modernen Staatsschuld und der Etablierung der ersten überregionalen und internationalen Finanzmärkte im 17. und 18. Jahrhundert. Neu ist vielmehr die Internationalisierung der Privatschulden, insbesondere der Konsumentenkredite. Neu ist auch die Internationalisierung (keineswegs Globalisierung) der Hypothekenkredite bzw. der Immobilienspekulation. Heute ist es leicht möglich, sich von Europa aus an der Immobilienspekulation beispielsweise in New York oder Los Angeles zu beteiligen, das nötige Kleingeld vorausgesetzt. Dennoch bleiben auch diese neuen Phänomene vorerst marginal: Die große Masse der Privatschulden, der Konsumentenkredite, der Hypotheken etc. befinden sich nach wie vor innerhalb von fest umgrenzten nationalen Räumen. Das gilt selbst innerhalb von EU-Europa.

- In der heutigen Weltökonomie ist „Kapital“, soweit es nicht in Form von Geld und/oder fikтивem Kapital besteht, keineswegs mobiler als früher, eher im Gegenteil: Der Anteil des fixen Kapitals hat bei so gut wie allen industriellen Investitionen deutlich zugenommen. Allerdings scheint die durchschnittliche Investitionszeit gesunken zu sein. Von dieser Regel sind auch die reinen Dienstleistungs- und selbst die reinen Finanzunternehmen nicht ausgenommen - auch diese haben nämlich fixes Kapital, und diejenigen unter ihnen, die in der Tat grenzüberschreitend, in mehreren Ländern der Erde zugleich dauerhaft operieren, haben davon absolut und relativ besonders viel, in der Regel deutlich mehr als die auf einen begrenzten nationalen Markt gerichteten Dienstleister bzw. Banken/Versicherungen.

Bei steigendem Anteil des fixen Kapitals hängt aber die Mobilität des Kapitals davon ab, wie rasch dieses fixe Kapital umschlägt, bzw. ob und wie dieser

Umschlag künstlich beschleunigt werden kann. Das ist in so gut wie allen entwickelten Industrieländern der Fall: Als Beschleuniger wirken hier Steuer-subsidien (insbesondere Abschreibungsregeln, die zum Großteil noch aus der Wiederaufbauphase der 50er Jahre stammen). Daraus folgt aber in einer Situation, die von dauerhaften Überkapazitäten in so gut wie allen Industriezweigen charakterisiert wird, dass grenzüberschreitende Kapitalanlagen in wachsendem Maße in der Form von Firmenaufkäufen, Übernahmen und Fusionen stattfindet. Die weitaus meisten ausländischen Direktinvestitionen hängen heute in der einen oder anderen Form mit solchen Fusionen und Übernahmen zusammen; auf diesem Markt für Kapital, nämlich Firmkapital, spielen Aktien längst die Rolle eines Zahlungsmittels, mit dem einige Kapitalisten anderen Kapitalisten ihr Kapital abkaufen. Solche Fusionen und Übernahmen haben den einen, entscheidenden Vorteil, dass die Beteiligten (in aller Regel Großunternehmen, meistens MNCs und TNCs) sich einen langen und kostspieligen Konkurrenzkampf sparen und sofort mit dem Abbau von Überkapazitäten beginnen können. Was sich in diesen Fällen aber über die Grenzen bewegt, sind nur Gelder (in der Regel Kredite) und Eigentumstitel und das überwiegend zwecks Kapitalvernichtung, meistens an mehreren Orten zugleich.

- Ein so gut wie vergessenes Kapitel der heutigen Globalisierung ist der Wiederaufstieg der internationalen Kartelle, die in der Globalisierungsphase vor dem Ersten Weltkrieg eine überaus prominente Rolle spielten. Es gibt sie heute wieder, und zwar größer als je zuvor, aber sie passen natürlich absolut nicht ins offizielle Weltbild aller Globalisierungsenthusiasten. Hierüber wird ebenso hartnäckig geschwiegen, höchstens einmal gemunkelt, wie über einige der am stärksten globalisierten Märkte - die schwarzen oder grauen Weltmärkte für Drogen, Waffen, für Menschenhandel in allen Formen, für Schwarzgeld nämlich.

- Im klaren Gegensatz zu früheren Perioden der Globalisierung spielt heute die grenzüberschreitende Migration, die Wanderungsbewegung von Arbeitskräften zwischen Ländern und Kontinenten, nur noch eine geringe Rolle. Heute spielt die Migration, obwohl sie weit globaler ist als je zuvor, nur eine Nebenrolle. Allerdings treffen die Zuwanderer aus den armen Ländern des Südens in ihrer großen Mehrzahl genau auf die Sektoren bzw. Segmente der Arbeitsmärkte - im Wesentlichen die für unskilled labour - in den reichen Ländern, die sich ohnehin schon, auch ohne jede Zuwanderung, in einer strukturellen Krise befinden. Im Blick auf die Emigrationsländer findet heute, anders als vor 100 Jahren, eine Kombination von brain-drain und creaming of the poor statt: Die jungen Leute, die aktivsten, die am besten ausgebildeten kommen. Daher verlieren die Länder des Südens bei dieser heutigen Form der Migration und gewinnen per Saldo die Einwanderungsländer und -regionen des Nordens.

- Schließlich: Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat im Laufe des letzten Jahrzehnts bereits zu einer partiellen De-Globalisierung der Politik geführt,

was insbesondere in vielen Ländern der vormals Dritten Welt fühlbar geworden ist. Trotz ihrer peripheren Lage waren sie in den Zeiten des Ost-West-Konflikts doch Arenen der Weltpolitik. Heute sind sie - politisch und ökonomisch - vergessene Randzonen. Das gilt auch für einige große Regionen der vormals realsozialistischen Welt, die außer Rohstoffen nichts zu bieten haben.

3. Gewinner und Verlierer: Wie bedrohlich ist die heutige Globalisierungswelle?

Die Frage nach den Gewinnern und Verlierern der heutigen Globalisierungsprozesse ist nicht einfach und vor allem nicht immer eindeutig zu beantworten. Viele Leute sind beides zugleich und viele sind im Zeitverlauf bald das eine, bald das andere. Lohnarbeiter können zu den Globalisierungsgewinnern gehören und Unternehmer bzw. Kapitaleigentümer zu den Globalisierungsverlierern. Nach wie vor sind die eigentlichen Weltmarktsektoren (gleich ob Industrien, Dienstleistungszweige, ob im Handels-, im Transport-, im Kredit- und Bank- und Versicherungsgewerbe) relativ klein. Einige Länder, wie in Europa die Bundesrepublik (aber auch einige kleinere Länder), haben relativ große Weltmarktsektoren, die nach wie vor in die regionale bzw. nationale Ökonomie stark integriert sind. Andere wieder haben Weltmarkt- oder Exportsektoren, die stark in ihre jeweiligen Weltmärkte, aber nur schwach in ihre regionale oder nationale Ökonomie integriert sind. Daher kann man in einigen Ländern, je nach der Art ihrer weltwirtschaftlichen Verflechtung, recht genau angeben, wer die Gewinner einer bestimmten Globalisierungstendenz sind und wo man diese Gewinner finden kann. Leider treten die Gewinner und Verlierer nicht paarweise auf. Wenn wir in einigen Fällen die Gewinner kennen - z.B. Yuppies-Börsianer in der Londoner City -, dann kennen wir nicht automatisch die dazu gehörigen Verlierer. Bei den sehr oft nur über indirekte und lange Kausalketten mit etlichen Mittelgliedern entstehenden Gewinnen und Verlusten der diversen Globalisierungen gibt es leider keine klare Symmetrie. Dieselben Leute, die die Annehmlichkeiten von Ferienreisen per Flugzeug in ferne Länder genießen, können auch unter den Folgen eines rasch wachsenden Flugverkehrs zu leiden haben. Opfer und Verlierer der Globalisierung von Finanzmärkten sind z.B. auch Leute, die keineswegs ihren Job verlieren, die möglicherweise sogar als Arbeitnehmer vom Boom in einer Weltmarktindustrie profitieren, dennoch die Folgen der grenzüberschreitenden Immobilienspekulation in ihrem Wohnviertel in Gestalt rasant steigender Mieten zu spüren bekommen. Damit soll nicht gesagt sein, dass sich die Gewinner und Verlierer nicht ermitteln lassen. Aber was man bei diesem mühsamen Geschäft findet, das sind eher verschiedenartige Risikogruppen als festgefügte soziale Klassen oder statistisch abgrenzbare Schichten, Gruppen also, die man im Blick auf wahrscheinliche Chancen, im positiven wie im negativen Sinne, bestimmen muss. Nach dem Muster: welche Arbeitnehmer haben eine deutlich größere Chance, ihren heutigen Job infolge konkurrierender Importe aus Billiglohnländern zu verlieren, als andere? Nach wie vor gibt es dabei Arme und Reiche, oben und unten, nach wie vor sind

diese Chancen sehr ungleich verteilt, aber die gesamte Gemengelage ist für die Sozialwissenschaftler ebenso unübersichtlich wie für die direkt Beteiligten und Betroffenen.

Man muss eine Reihe von scheinbar ganz einfachen Fragen immer wieder stellen, Fragen, die politisch hochbrisant sind, aber außerordentlich schwer eindeutig zu beantworten. Also, gibt es einen kausalen Zusammenhang zwischen Globalisierungsprozessen und wachsender bzw. anhaltender Massenarbeitslosigkeit in vielen Industrieländern des „Nordens“? Welchen Einfluß haben Globalisierungsprozesse auf die wachsende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in den OECD-Ländern und weltweit? Beide Phänomene sind, allen statistischen Schwierigkeiten und allen Schwierigkeiten des internationalen Vergleichs zum Trotz, im großen und ganzen unbestritten. Über die Wiederkehr der Massenarbeitslosigkeit in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern seit Mitte der 70er Jahre braucht man keine Worte mehr zu machen - obwohl das tatsächliche Ausmaß der Unterbeschäftigung in so gut wie allen Ländern, nicht nur in Großbritannien, systematisch unterschätzt und geschönt wird. Seit Ende der 70er Jahre sind die Einkommensungleichheiten in der kapitalistischen Welt, nachdem sie einige Jahrzehnte lang zurückgingen, wieder deutlich angestiegen, dramatisch und schnell in Ländern wie den USA und Großbritannien, erheblich moderater in den meisten anderen westlichen Ländern. In einigen wenigen westlichen Ländern (Canada, Dänemark, Irland z.B.) ließ sich in den 80er Jahren kein klarer Wandel in der persönlichen Einkommensverteilung konstatieren. Der relativ neue Trend wachsender Einkommensungleichheiten in den reichen Ländern des kapitalistischen „Nordens“ bzw. „Westens“, der in den 80er Jahren in Gang gekommen ist, hat sich in den 90er Jahren bislang ungebrochen fortgesetzt. Da dieser Trend so gut wie überall mit stagnierenden bzw. nur außerordentlich langsam wachsenden durchschnittlichen Realeinkommen einherging, war die unvermeidliche Folge, dass die - statistisch mess- und vergleichbare - Armut in all diesen reichen Ländern erheblich zugenommen hat, absolut wie relativ.

Hängt diese sehr ähnliche Entwicklung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Industrieländern nun mit ein und derselben Ursache, genannt „Globalisierung“ zusammen? Wenn ja, wieweit sind die Ausweitung des internationalen Handels, die Zunahme der internationalen Mobilität des Kapitals, internationale Wanderungsbewegungen und die Extensivierung und Intensivierung der internationalen Konkurrenz dafür verantwortlich zu machen? Und gibt es einen ähnlichen Zusammenhang für die zunehmende Ungleichheit der Vermögensverteilung, ebenfalls ein deutlicher Trend in den 80er und 90er Jahren in allen entwickelten kapitalistischen Ländern? Kann man also in der Tat mit Fug und Recht behaupten, dass die Reichen reicher und die Armen mehr und ärmer werden wegen „der Globalisierung“?

Die Antwort ist leider nicht eindeutig zu geben. Der Zusammenhang, so weit er sich statistisch feststellen lässt, ist ironischerweise an der Spitze der Einkommenspyramide weit deutlicher und ausgeprägter als in den darunter lie-

genden Zonen, wo die Masse der weniger Verdienenden sich befindet. Im Blick auf die in der Tat wachsende Ungleichheit der Löhne und Gehälter, soweit diese mit den Unterschieden zwischen qualifizierter und un- bzw. wenig qualifizierten Arbeitskräften zusammen hängen, ist der Einfluss von Importen aus Billiglohnländern (wo in den wenigen Exportindustrien in der Tat vorwiegend unqualifizierte Arbeiter eingesetzt werden) in den meisten Ländern der Triade marginal. Dennoch ist und bleibt natürlich richtig, dass es un- oder niedrig qualifizierte Leute (in der Regel auch ohne Berufsausbildung, d.h. überwiegend Jugendliche) sind, die am ehesten eine Konkurrenz aus Billiglohnländern zu fürchten haben. Wichtiger ist das schlichte Faktum, dass die zunehmenden Ungleichheiten von Löhnen und Gehältern keineswegs immer und überall eindeutig mit Qualifikationsunterschieden zusammenhängen. In etlichen europäischen Ländern haben in den 80er Jahren gerade die Lohnunterschiede zwischen den verschiedenen Qualifikationsgruppen abgenommen, während sie innerhalb der gleichen Qualifikationsgruppen deutlich zugenommen haben. Im Blick auf die oberen Ränge der Einkommenspyramide ist soviel klar: Seit Ende der 70er Jahre sind die Anteile von Dividenden und Zinsen an den Haushaltseinkommen in allen OECD-Ländern ganz erheblich gewachsen und dieser Zuwachs konzentriert sich vor allem bei den Besserverdienenden. Von 1980 bis heute sind in so gut wie allen OECD-Ländern auch die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen weit überproportional gestiegen, ebenso wie die Einkommen in den oberen und mittleren Rängen des Management. Auf längere wie auf kürzere Sicht lässt sich eindeutig eine starke positive Korrelation zwischen der Höhe des Anteils der Kapitaleinkommen am Volkseinkommen und der Ungleichheit der Einkommensverteilung feststellen. Da wird die linke Intuition durch die internationale Statistik voll bestätigt.

Schwieriger wird es allerdings, wenn man diese unbestreitbaren statistischen Fakten, die Zunahme der Kapitaleinkommen und die wachsende Einkommensungleichheit überhaupt mit Globalisierungsprozessen in Zusammenhang zu bringen versucht, beispielsweise mit der Zunahme der grenzüberschreitenden Kapitalströme, die von vielen als Indikator für eine wachsende Mobilität des Kapitals gesehen wird. Ein solcher Zusammenhang lässt sich jedenfalls statistisch nicht nachweisen. Und in der Nachkriegsgeschichte gibt es auch Entwicklungen, die gegen einen solchen Zusammenhang sprechen: In den 50er und 60er Jahren nahmen die internationalen Kapitalströme ebenfalls zu, wenn auch nicht so rasch wie in den 80ern, während die Einkommensungleichheiten in den meisten OECD-Ländern tendenziell zurückgingen. Dagegen hat die internationale Migration einen gewissen, nicht sonderlich großen Einfluss auf die Einkommensungleichheit, aber eben nur am unteren Ende der Lohn- und Gehaltspyramide, im Segment der unqualifizierten und ungelerten Arbeiter.

Die Schlussfolgerung lautet vorläufig so: Globalisierungsprozesse und wachsende Einkommensungleichheit hängen in den reichen Ländern des entwickelten Kapitalismus mit mehr oder minder starker Weltmarktintegration nur auf

sehr indirekte Weise zusammen. Etwa in dem Sinne, dass die in einigen Branchen der Weltmarktindustrien für die meisten Unternehmen tatsächliche merkbare Intensivierung der internationalen Konkurrenz die Bereitschaft fördert, den Vorbildern der ausländischen (japanischen, koreanischen und amerikanischen) Konkurrenten nachzueifern und beschleunigt zu automatisieren, zu „flexibilisieren“ bzw. ähnlich wie die Japaner auf Subunternehmer zurück zu greifen usw. Das führt zu wachsender Unsicherheit der Beschäftigung, zur Aufspaltung der Belegschaften in besondere, negativ und positiv privilegierte Gruppen mit sehr unterschiedlichen Beschäftigungs- und Entlohnungsverhältnissen, kurz in erster Instanz zu wachsender Ungleichheit unter den Arbeitern in einigen Zweigen der Weltmarktindustrien. Da diese Unternehmen auch in den übrigen Industrien als Vorbilder und Speerspitzen des technologischen und organisatorischen Fortschritts betrachtet werden, werden derlei Operationen auch von den Unternehmen nachgeahmt, die unter keinem direkten Konkurrenzdruck aus dem Ausland, geschweige denn der ganzen kapitalistischen Welt stehen. So kann sich die wachsende Ungleichheit unter den Lohnarbeitern ausbreiten, auch dann, wenn die große Mehrzahl der beteiligten Unternehmen keineswegs global player sind und keinerlei Globalisierungsstrategien verfolgen. Wiederum muss man sich vor übereilten Behauptungen hüten. Partielle Deindustrialisierung und gleichzeitige Expansion des Dienstleistungssektors kann in einigen Ländern - Paradebeispiel sind die USA - in der Tat eine rasche Zunahme der Ungleichheit von Löhnen und Gehältern bedeuten, in anderen, vor allem europäischen Ländern dagegen nicht. Schließlich darf man die Regierungen der meisten OECD-Länder nicht vergessen, die durch ganze Serien von Eingriffen in die öffentlichen Sozialleistungssysteme ganz erheblich zur wachsenden Einkommensungleichheit beigetragen haben - und zwar im Sinne einer politisch gemachten, wenn auch nicht immer gewollten, fortschreitenden Verarmung großer Gruppen von Sozialleistungsempfängern. Die Regierungen standen und stehen unter keinem direkten Konkurrenzdruck - Staaten konkurrieren ohnehin nicht miteinander. Sie, ihre Beamten, die politische Klasse in ihrer Mehrzahl glauben aber, sie müssten ihren Unternehmen in der Weltmarktkonkurrenz beispringen und sie müssten den Arbeitnehmern und vor allem den Arbeitslosen in ihrem Land helfen, die sich angeblich in einer internationalen Konkurrenz mit Billiganbietern von Arbeitskraft befänden. Der Irrglaube macht's, der zwar keine Berge versetzt, aber die europäischen Wohlfahrtsstaaten ganz erheblich beschädigt hat.

4. Politik mit der Globalisierung

Mit dem Schreckgespenst der Globalisierung, mit den vermeintlichen oder tatsächlichen Bedrohungen durch die Globalisierung wird ebenso Politik gemacht wie mit den Erwartungen einer neuen, langen und diesmal weltweiten Prosperität im Zeichen des globalen Freihandels. Beide Argumentationslinien konvergieren in einem Punkt: Man, d.h. die heutige Politik, kann ohnehin nichts tun; und nichts zu tun, gar nicht zu versuchen, regulierend und steuernd in die Globalisierungsprozesse einzugreifen, ist auf längere Sicht auch das

Vernünftigste, was man - wiederum die heutige Politik - tun kann. Die politisch wichtigste Aussage, gleichsam der Zentralmythos des Globalisierungsdiskurses, ist die Botschaft von der wachsenden Handlungsunfähigkeit und schließlich Ohnmacht des Staates. Diesem Mythos vom machtlosen Staat gilt es in guter alter Aufklärungsmanier entgegen zu treten. Ebenso wie dem vor allem auf der Linken beliebten Kontrastmythos, „die Globalisierung“ sei das Projekt, und zwar das erfolgreich ins Werk gesetzte Projekt einiger grosser Akteure - sei es der Multinationalen Konzerne, sei es der „USA“ bzw. des US-Kapitals.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, das zu tun. Man kann *erstens* zeigen und nachweisen, dass die heutige Globalisierung in allen Phasen und in jeder Hinsicht - insbesondere aber auf den berühmten Finanzmärkten - durch staatliche Aktionen und politische Entscheidungen zustande gebracht worden ist. Die Weltmärkte sind eine politische Schöpfung oder Erfindung und an ihrer Ausgestaltung und Regulierung wird ständig gearbeitet. Wenn das natürlich auch nach kurzer Zeit nicht mehr ausschließlich durch Nationalstaaten, sei es in bi-, sei es in multilateralen Beziehungen geschieht, sondern heute durch IGOs und INGOs.

Man kann *zweitens* im historischen Vergleich zeigen und im einzelnen nachweisen - im Blick auf eine ganze Reihe von Indikatoren, mit denen sich staatliche „Stärke“ oder „Handlungsfähigkeit“ messen lässt -, dass die Nationalstaaten früher, also etwa um 1950 oder um 1970, keineswegs stärker waren als heute. In aller Regel ist das Gegenteil der Fall. Und das gilt insbesondere für den angeblich so schwachen Steuerstaat. Man kann *drittens* ganz in der Gegenwart bleiben und im Detail vorführen, dass gerade die großen und starken Nationalstaaten - man denke z.B. an Japan, die BRD und Frankreich in den letzten Jahren - auf sehr vergleichbare Herausforderungen, die sich aus dem hohen Maß der weltwirtschaftlichen Integration und der starken, im Fall Japan und BRD sogar führenden, Stellung dieser Länder in der Weltökonomie ergeben, keineswegs in der gleichen Weise reagiert haben. Es gab und gibt keine Konvergenz der nationalen Politikstile, die Unterschiede, wenn man von der heutigen Einheitsrhetorik der politischen Klassen aller Länder einmal absieht, bleiben ganz erheblich und deutlich ausgeprägt. Einige dieser Länder - wiederum sind Japan und auch Korea gute Beispiele - haben gerade in jüngster Zeit eine außerordentlich aktive, interventionistische Politik betrieben, die im Gegensatz zu allen gängigen, angeblich modernen Politikrezepten steht. Ihrem Erfolg auf den Weltmärkten hat das nicht geschadet. Mythen, die heute von Journalisten und vielen Sozialwissenschaftlern eifrig nacherzählt werden, soll man kritisieren, aber nicht glauben.

Viertens kann man, wiederum ganz in der Gegenwart, die Diversität der Handlungskapazität der nationalen Staaten in verschiedenen Regionen der Welt systematisch vergleichen. Dann wird man finden, dass es in der Tat einige Länder oder Nationalstaaten gibt, die erheblich schwächer oder handlungsunfähiger geworden sind bzw. die im Vergleich zu den starken Staaten nur

noch dem Namen nach ein Staat sind und im Blick auf die nicht-staatlichen politischen Akteure (von den diversen Mafias bis zu den MNCs und TNCs) bestenfalls noch ihre Ohnmacht verschleiern können.

Daraus folgt aber nun einiges, was politisch wichtig ist. Es ist schlichter Unsinn, im Namen der Globalisierung das Ende der Politik und die Ohnmacht des Staates schlechthin zu verkünden. Es ist ebenso blanker Unsinn, in den Refrain aller Erzdogmatiker einzustimmen: *There is no alternative*. Das mag für eine Reihe von Ländern gelten, die man früher gern als Bananenrepubliken bezeichnete, es gilt sicher nicht für die Bundesrepublik. Noch weniger gilt es für EU-Europa. Die neoliberale Vorstellung von ökonomischer Globalisierung, in der die schlichte Größe des öffentlichen Sektors zum einzigen bzw. zentralen Problem erklärt und die Lösung aller Probleme ausschließlich in radikalen Schrumpfkuren für den gesamten öffentlichen Sektor gesehen wird, ist falsch, die gesamte Rezeptur schlicht unnötig. In aller Regel hat das Befolgen dieser Rezeptur nur dazu beigetragen, die bereits vorhandenen Probleme, vor allem die der Beschäftigung, aber auch die Finanzprobleme der öffentlichen Haushalte noch zu verschlimmern. Vom Standpunkt einer angeblich notwendigen „Standortkonkurrenz“ ist sie schlicht widersinnig, da in dieser Konkurrenz nachweislich ganz andere Prioritäten gesetzt werden als in der neoliberalen Rezeptur. Sicher ist es schwierig, den Verführungen der fürchterlichen Vereinfacher mit ihren schönen Weltformeln wie „der Staat ist zu groß“ oder „die Steuern sind zu hoch“ zu widerstehen; und nicht weniger schwierig ist es, das Umkippen ins schlichte Gegenteil zu vermeiden. Kurz und sachlich: Ohne einen starken Staat ist es noch nie in der modernen Geschichte einem Land oder einer Region gelungen, in Globalisierungsperioden eine andere Rolle als die des Opfers und puren Ausbeutungsobjekts zu spielen. Die heutige Globalisierungswelle, die in den 50er Jahren mit einer erneuten raschen Expansion des Welthandels begann, beruhte auf erfolgreichen Aktionen einiger Nationalstaaten - vor allem damals der auf Kredit- und Marktexpansion gerichteten Weltwirtschaftspolitik der USA - und ging problemlos mit dem gleichzeitigen Auf- und Ausbau dessen einher, was wir seither den Wohlfahrts- und Interventionsstaat nennen. Nach wie vor besteht ein seit Jahrzehnten immer wieder bestätigtes statistisches Faktum: Es gibt eine außerordentlich starke positive Korrelation zwischen dem Grad der Offenheit oder der Weltmarktintegration einer nationalen Ökonomie und der Größe des öffentlichen Sektors in demselben Land. Jede erfolgreiche Welthandels- und Exportnation hatte und hat bis heute einen großen und hochdifferenzierten öffentlichen Sektor. Den nicht zu haben, können sich nach aller Erfahrung nur Länder leisten, für die die Weltwirtschaft nur eine Nebenrolle spielt.

5. Wege, Auswege und Strategien

Die politische Debatte auf der Linken wird geradezu gelähmt durch die Erwartung des in absehbarer Zeit unweigerlich folgenden großen Kladderatsch, der nächsten großen Weltwirtschaftskrise. Ironischerweise erwarten dieselben Leute auf der Linken, die an eine vollständige Abkopplung der in-

ternationalen Finanzbewegungen von der „realen“ Ökonomie glauben, dass die nächste große Krise durch einen weltweiten Börsenkrach ausgelöst werden wird, der bei der Instabilität der heutigen internationalen Finanzmärkte fast jederzeit kommen könne.

Wenn man sich auf historische Analogien verlassen könnte, wäre die Sache recht einfach. Die Linke hätte in der Tat nur laut und deutlich und unverdrossen vor den nächsten Weltkrisen zu warnen, die unweigerlich kommen müssen, um sich dann an die Spitze der ebenso unvermeidlichen Gegenbewegung, des Globalisierungsbacklash, zu setzen. Diesen historischen Moment abwarten, der vielleicht kommt, vielleicht auch nicht, reicht wohl nicht aus. Eine große Koalition der Globalisierungsverlierer zustande zu bringen, ist auch nicht so einfach und nicht so ohne weiteres empfehlenswert. Nicht nur, weil sich diese Verlierer kaum je eindeutig bestimmen lassen. Auch die historische Analogie stimmt in diesem Fall ganz und gar nicht. Denn die alte Arbeiterbewegung war in allen europäischen Ländern ja keineswegs eine Bewegung von Verlierern der Industrialisierung, ganz im Gegenteil. Sie war in vieler Hinsicht eine Allianz von Eliten, die sich durchaus nicht als Verlierer sahen, vielfach soziale Aufsteiger waren und von denen nicht wenige den sozialen Aufstieg innerhalb der oder dank der organisierten Arbeiterbewegung erreichten. Schröders gab es viele in der europäischen sozialistischen Bewegung. Dennoch war dies eine Solidarbewegung, die eine langfristige Strategie verfolgte, eine Solidarstrategie, die in ihren Hochzeiten weit über die Grenzen der Klassensolidarität hinaus ging. In dieser Tradition versteht sich Solidarität mit den Verlierern der Globalisierung eigentlich von selbst. Aber das ist noch keine Strategie, nur ein - allerdings notwendiger - moralischer Ausgangspunkt.

Die wichtigste Aufgabe der Linken besteht im Moment darin, der weit verbreiteten und bewusst geschürten Angst vor der Globalisierung entgegen zu treten, einer Angst, die auch die Linke zu lähmen droht. Die Angst vor der drohenden Handlungsunfähigkeit des Staates, an der gegenwärtig viele leiden, ist nur eine Spielart davon. Denn erst angesichts der angeblichen Allmacht der internationalen Finanzmärkte erscheint ein stark verschuldeter Staat, der überdies, wie die BRD heute, zu über 25 Prozent Auslandsschulden hat und dessen Schuldpapiere zu einem noch weit höheren Prozentsatz mittlerweile international gehandelt werden, als ein schwacher Staat. Dieser Angst programmatisch begegnen, heißt soviel wie eine linke Utopie entwerfen gegen die gegenwärtig vorherrschende schwarze Utopie des entfesselten globalen Marktes, wie sie die Neoliberalen verkünden. Wenn man weiß, dass es „die Globalisierung“ nicht gibt, sondern dass wir es mit einer Vielzahl von Globalisierungstendenzen zu tun haben, die sich in verschiedenen Teilen der Welt sehr unterschiedlich bemerkbar machen und auf die verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Globalisierungsstrategien reagieren, folgt daraus, dass die der Sache angemessene programmatische Antwort einigermaßen komplex sein wird. Die eine Gegenstrategie gibt es nicht. Im Unterschied zur Einfalt des neoliberalen Weltbilds hat eine Linke, die sich ein einigermaßen realistisches Bild von den ablaufenden Globalisierungsprozessen macht, eine ganze

Reihe von Alternativen vor sich. Es kommt darauf an, diese Alternativen zusammen zu bringen und es kommt auch darauf an, sich zwischen manchen dieser Alternativen zu entscheiden.

Es gibt heute wieder einen sogar weitreichenden Konsensus darüber, dass ein Minimum an Regulierung und Steuerung der Weltwirtschaft notwendig ist. Der Krisenängste wegen, die die Asien-Krise von 1997-98 samt ihren Fortsetzungen in Rußland und Brasilien hervorrief, gab es sogar eine kurzlebige Bereitschaft, über eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte zumindest nachzudenken. Über die Formen, die ein neues „Bretton-Woods“, eine neue Weltwährungsordnung, die gleichzeitig eine neue Ordnung der internationalen Geld- und Devisenmärkte wäre, annehmen müsste, wird mittlerweile selbst in den „höchsten Kreisen“ laut nachgedacht. Initiativen, Konzepte, Vorschläge für eine neue Weltwirtschaftsordnung gibt es mittlerweile reichlich, ebenso wie allein in Europa einige Dutzend Organisationen (Attac, Gruppe von Lisbon, Gruppe von Kopenhagen, Weltforum der Alternativen usw. *usf.*), die diese Konzepte propagieren. Keiner dieser Vorschläge geht in die Richtung einer Abkopplung von oder Abschottung gegen die Weltwirtschaft oder den Weltverkehr. Derartige panische, von Angst bestimmte Reaktionen gibt es im Moment - und zwar auf der Rechten, in Europa wie in Nordamerika (auch in einigen asiatischen Ländern). Die Renationalisierung der Politik betreiben gelegentlich selbst Parteien und Gruppen der respektablen, bürgerlichen und keineswegs antidemokratischen „Mitte“. In der Regel richtet sie sich gegen die momentan schwächste und am wenigsten bedrohliche Globalisierungstendenz, gegen die Migrationsbewegung aus den armen in die reichen Länder. Attacken gegen „ausländische“ Waren und „ausländisches“ Kapital bleiben im Moment noch der äußersten Rechten vorbehalten (insbesondere in den USA). Linke Strategien erfordern im Vergleich dazu einen erheblich größeren Begründungsaufwand. Sie haben, so weit ich sehe, einen gemeinsamen Nenner, der „Reregulierung“, Ordnung, Kontrolle, Einbindung der diversen Globalisierungstendenzen in instutionalisierte, demokratisch legitimierbare und kontrollierbare Formen, die - *faute de mieux* - im Moment und auf absehbare Zeit von staatlichen-nationalen und/oder supra- oder transnationalen Autoritäten getragen und durchgesetzt werden müssen. Damit gerät man aber unweigerlich immer wieder in das Dilemma des „linken Protektionismus“. Ein Einwanderungsgesetz und eine einheitliche Einwanderungspolitik für die gesamte EU bedeutet z.B. gleichzeitig Öffnung und Schließung des EU-Arbeitsmarkts. Viele werden abgewiesen, einige werden zugelassen. Eine EU-Handelspolitik, die auf soziale und Umweltstandards setzt, bedeutet unweigerlich eine Schließung des EU-Marktes für Importe aus vielen Ländern, darunter vielen Schwellenländern. Eine EU-weite Regulierung des Kapitalverkehrs bedeutet die Schließung zahlreicher off-shore Märkte innerhalb der EU selbst, was die Liechtensteiner, die Luxemburger, die Bewohner der britischen Kanalinseln und noch einige mehr nicht freuen wird. Eine EU-weite Regulierung von Börsengeschäften bedeutet zum Beispiel, dass die Kompetenzen der europäischen Zentralbank erweitert werden müssen, dass eine neue EU-Börsenaufsicht ge-

schaffen werden muss, es bedeutet auch, dass einige amerikanische und japanische Finanzdienstleistungsunternehmen (vor allem die so genannten rating agenzien) mit eigenen europäischen oder EU-Einrichtungen (de facto öffentlichen Unternehmen) konkurrieren müssen. Die EU-Europäer können sich das leisten, aber die Folge wird unweigerlich eine wachsende Ungleichheit zwischen den ökonomischen und politischen Großregionen der Welt sein. Die EU-Europäer könnten das sogar glaubwürdig betreiben, vorausgesetzt dass sie einige völlig überholte und ökonomisch wie politisch unsinnige Formen des Protektionismus gleichzeitig aufgeben würden, insbesondere den skurrilen Agrarprotektionismus der CAP, der den Handelsbeziehungen zu unseren Nachbarländern im Süden, in Afrika wie im Nahen Osten ganz erheblich schadet.

Da es auf absehbare Zeit keine Weltregierung geben kann und geben wird, einigen sich die meisten Analytiker auf das einigermaßen vage Konzept der „global governance“ (gemeint ist etwa: eine weltweite Steuerung ökonomischer Prozesse, die nicht auf staatliche Autoritäten allein beruhen soll und kann). Kann und sollte die europäische Linke versuchen, die Rolle der Opposition im System der global governance zu spielen? Nun, zum Teil tut sie es schon. Nicht wenige der schon genannten INGOs sind von ihrer Zielsetzung und Wertorientierung her durchaus „links“, nicht nur der Internationale Gewerkschaftsbund, und sie mischen bereits heute kräftig mit in der Weltpolitik. Die EU ist heute eine der stärksten IGOs, und die Linke ist in den Institutionen der EU durchaus nicht ohne Einfluss. Alle Erfahrung der internationalen Politik der letzten zwei Jahrzehnte zeigt, dass sich nationale Regierungen die moralische Unterstützung durch einige INGOs gern gefallen lassen, dass andererseits INGOs dann am erfolgreichsten operierten, wenn sie zumindest einige Nationalstaaten bzw. deren Regierungen hinter sich hatten. Für die europäische Linke ist die EU die bei weitem wichtigste Ebene, auf der über die Regulierung und mögliche Steuerung der gegenwärtigen Globalisierungsprozesse entschieden wird. National und patriotisch ist die Linke lange genug gewesen. Es ist an der Zeit, dass sie europäisch wird.

Georges Labica

Vom Imperialismus zur Globalisierung*

Anmerkungen zu Lenin

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss, erschien 1917 und ist, wie Lenin uns mitteilt, im Frühjahr 1916 in Zürich geschrieben worden. Die Schrift antwortet auf ein dringliches Erfordernis, nämlich die Natur des gegenwärtigen Weltkriegs in Gedanken zu fassen, um seine charakteristischen Merkmale herauszustellen und, davon ausgehend, die Haltung der Sozialisten ihm gegenüber zu bestimmen.

Die zentrale These

Der Krieg entspricht der neuen Etappe, die der Kapitalismus erreicht hat; es ist die imperialistische Etappe, und ihre objektiven Bedingungen stellen „das Vorspiel der sozialistischen Revolution“ dar. Dies ist die von Lenin verteidigte These. Es ist eine ökonomische These, denn sie behauptet, dass der Imperialismus das Produkt der Entwicklung des Kapitalismus und nicht eine „Politik“ ist, die ihm entgegensetzen wäre, und zugleich eine politische These, denn sie denunziert den vom Einverständnis mit der Bourgeoisie getragenen Sozialchauvinismus, der nicht nur den Sozialismus verrät, sondern sich auch als unfähig erweist zu begreifen, dass der Krieg dem Proletariat eine Möglichkeit zu siegen bieten kann. Die Analyse weist jede Neutralität zurück. Im Gegenteil, sie diagnostiziert eine „Spaltung des Sozialismus“, indem sie die reformistischen Strömungen, symbolisiert durch die herausragende Gestalt Karl Kautskys, Führer der deutschen Sozialdemokratie und Bewahrer des Engelschen Erbes, dem revolutionären Flügel entgegensetzt, dessen Unnachgiebigkeit trotz gewisser Missgriffe durch Rosa Luxemburg repräsentiert wird. Die Theorie bildet den Ansatzpunkt der Artikulation eines vielgestaltigen ideologischen und strategischen Kampfes, der mit der Oktoberrevolution seine höchste Zuspitzung erreichen wird. D.h., sie bündelt Lenins gesamte Interventionen, handele es sich um die Besonderheit der Kriege, die nationale Frage und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, die Bedingungen der sozialistischen Revolution und die „integrale Demokratie“¹ oder die Teilung der Welt

* Einleitung zu V. I. Lénine, *L'impérialisme stade suprême du capitalisme* (Essai de vulgarisation), LE TEMPS DE CERISES, Paris 2001. Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt. Den im Französischen geläufigeren Begriff „mondialisation“ übersetzen wir mit dem vom Autor auch synonym verwendeten Begriff „Globalisierung“; Übersetzung: Reinhard Schweicher.

¹ „Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, dass der Kampf um die Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben, zu verhüllen und dergleichen. Im Gegenteil, wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie

in „zwei Parteien“² und den Internationalismus. „Von einer konkret-historischen Einschätzung des gegenwärtigen Krieges kann selbstverständlich keine Rede sein, wenn diese nicht auf einer vollständigen Klarlegung sowohl des ökonomischen als auch des politischen Wesens des Imperialismus beruht.“³ G. Lukács ist der erste, der 1924 feststellen wird: „Lenins Überlegenheit besteht darin – und dies ist eine theoretische Großtat ohnegleichen –, dass es ihm gelungen ist, die ökonomische Theorie des Imperialismus restlos mit allen politischen Fragen der Gegenwart konkret zu verknüpfen; die Ökonomik der neuen Phase zu einer Richtschnur für sämtliche konkrete Handlungen in der so entscheidenden Umwelt zu machen.“⁴

Methode, Vorarbeiten, Quellen

Die Bescheidenheit des Untertitels des Werks, „Gemeinverständlicher Abriß“, sollte nicht zu einer Unterschätzung der enormen Vorbereitungsarbeit führen, der Lenin sich unterzogen hat. Sie ist niedergelegt in den *Hefen zum Imperialismus*, denen die etwa 900 Seiten des Bandes 39 der *Werke* gewidmet sind und die nur die Periode 1915-1916 umfassen. Diese Notizhefte, nummeriert von „alpha“ bis „omikron“, vervollständigt durch einige thematische Hefte (z.B. „Über Marxismus und der Imperialismus“ oder „Materialien über Persien“) und „Einzelne Aufzeichnungen“, enthalten kommentierte Auszüge aus fast 150 Werken und aus 240 in 49 verschiedenen Zeitschriften erschienenen Artikeln in deutscher, französischer, englischer und russischer Sprache, ebenso wie umfangreiche bibliographische Listen, die hauptsächlich auf den Beständen der Bibliothek von Zürich basieren, die Lenin damals regelmäßig frequentierte.⁵ In mehreren Anläufen erarbeitet Lenin hier den Plan zu *Der Imperialismus als höchstes Stadium ...*⁶, ebenso den zu *Der Imperialismus und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung*⁷ und den zu *Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus*⁸. Er arbeitet alles heraus, was die Entwicklung der Trusts betrifft (Elektrizität, Erdöl, Kohle, Eisen, Kino ...), die Konkurrenzkämpfe um Hegemonie, die Banken, die verschiedenen Imperialismen, das Kolonialsystem.

nicht führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten.“ (*Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen*, 1916, in: Lenin, *Werke*, Bd. 22, S.145)

² „In der ganzen Welt gibt es jetzt faktisch zwei Parteien. Es gibt jetzt faktisch schon zwei Internationalen.“ (*Spaltung oder Verwesung?*, 1916, ebd., S. 185).

³ Vgl. „Vorwort zu N. Bucharins Broschüre *Weltwirtschaft und Imperialismus*“, 1915, ebd., S. 101.

⁴ Siehe G. Lukács, *Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken*, Neuwied und Berlin 1967 (Erstausgabe im Verlag der Arbeiterbuchhandlung, Wien 1924), S.38.

⁵ Siehe auch „Imperialismus und Sozialismus in Italien“, wo Lenin die Arbeiten von R. Michels und T. Barboni untersucht (*Werke*, Bd. 21, S. 361ff.).

⁶ Siehe unter anderen Passagen die Seiten 96f., 219ff. und 793.

⁷ Ebd., S. 768-776.

⁸ Ebd., S. 790. Es ist festzuhalten, dass der Band 39 alle Referenzen zu den Werken des Bandes 22 angibt, der die Hauptinterventionen zum Imperialismus enthält.

Eine besondere Sorgfalt widmet er zwei Werken, die seine Hauptquellen sind: das ist zuerst das Buch von J. A. Hobson, *Imperialismus*, erschienen in London 1902, dem das Heft „kappa“ seine längste Notiz widmet (S. 406-441). Er hebt insbesondere Beispiele für „ökonomischen Parasitismus“ hervor – England, das in Indien den Krieg von Eingeborenen führen lässt (S. 421). Er hält fest, dass der herrschende Staat bemüht ist, die Fügsamkeit seiner unteren Klassen durch Bestechung zu erkaufen, dass die „weißen Rassen“ die schwere Arbeit von sich abwälzen und „als eine Art Weltaristokratie von der Ausbeutung der niederen Rassen“ leben (S. 423) oder dass „China erwachen kann“ (S. 432). Er notiert, dass, während die Arbeiterschaft von internationaler Zusammenarbeit redete, das Kapital sie verwirklicht hat (S. 432), dass der Imperialismus seine ökonomische Überlegenheit nutzt, um die Entwicklung der beherrschten Länder zu verhindern (S. 434), oder dass die Ungleichheit zwischen den Ländern „die ökonomische Hauptquelle des Imperialismus“ ist (S. 437, Hervorheb. im Orig.).

Aber am nächsten steht Lenin dem Buch des deutschen Marxisten R. Hilferding, *Das Finanzkapital*, in Moskau 1912 erschienen, und ihm schuldet er das meiste. Er verweist ständig darauf. Wenn er ihm in dieser oder jener Lektion ausdrücklich zustimmt, wie etwa: „Die Antwort des Proletariats auf die Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals, den Imperialismus, kann nicht der Freihandel, kann nur der Sozialismus sein“ (S. 335), hebt er nicht weniger seine „Fehler“ hervor, die sein eigener *Imperialismus* berichtigen wird: den theoretischen Fehler in bezug auf das Geld; das (fast) vollständige Ignorieren der Aufteilung der Welt; das Ignorieren des Zusammenhangs zwischen Finanzkapital und Parasitismus und des Zusammenhangs zwischen Imperialismus und Opportunismus.⁹ Im Hinblick auf seine zentrale Beschäftigung mit dem Imperialismus greift Lenin auch auf bestimmte Schriften von Marx und Engels zurück, Schriften zu Europa, Russland, zur nationalen Frage, zum Internationalismus, zur Kommune oder zu Irland.¹⁰ Wohlgermerkt, unter den Marxisten, deren Texte genauer untersucht werden, behält er Kautsky mit der Ausarbeitung des Plans für die Broschüre, die er ihm widmen wird, einen besonderen Platz vor.¹¹ Hobson, sagt er, hat das Verdienst, „die Verlogenheit des Kautsky-anertums“ in der Frage des Imperialismus „aufzudecken“ (S. 96). Kautsky unterliegt einem doppelten Irrtum. Auf der einen Seite denkt er, dass man den Bankmonopolen und der kolonialen Unterdrückung einen „gesunden, friedlichen Kapitalismus“ entgegenstellen kann, anders gesagt, einen „spießbürger-

lichen Reformismus für einen fein säuberlichen, geschniegelten, gemäßigten und akkuraten Kapitalismus“ (ebd.), der also aufhöre, den Imperialismus als eine „Wirtschaftsphase“ anzusehen (ebd., S. 260); auf der anderen Seite hielte er mit seiner These über *den Ultra-Imperialismus* die Illusion einer dank der Vereinigung der Kapitalisten friedlichen Zukunft aufrecht.

Beschränken wir uns hier darauf, die Beispielhaftigkeit der Arbeitsmethode Lenins hervorzuheben. Sie unterscheidet sich in nichts von derjenigen, die er einige Jahre vorher bei der Vorbereitung seiner Broschüre *Staat und Revolution* ins Werk setzte. Ich schrieb darüber: „Praktische Arbeit: Kampf gegen den Krieg auf den Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal. Theoretische Arbeit: Thesen über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, über den Sozialismus und den Krieg, den Zusammenbruch der Zweiten Internationale, den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Öffentliche Tätigkeit und Schreibtischarbeit: Dieser Propagandist, dieser militante Kämpfer ist eine sich durch die Bibliotheken wühlende Leseratte, die Heft um Heft mit Lektürenotizen füllt ... Konkrete Analyse der konkreten Situation, in der die leninistische politische Praxis die wissenschaftlichen Instrumente einer Weltveränderung im strengsten Sinne schmiedet, was bedeutet, dass unser Engagement hier immer gefordert ist. Das ist etwas anders als das Waffengegöse, das die den kapitalistischen Produktionsverhältnissen inhärente Gewalt kenntlich macht, selbst die Arbeiterbewegung mit sich fortreibt und ihre besten Häupter mit Blindheit schlägt.“¹² Dies war schon die Lektion des *Kapitals*.

Terminologisches

Schließlich ist eine Präzisierung nötig, um ein schon klassisch gewordenes Missverständnis zu vermeiden. Der Terminus „höchstes“ im Titel der Leninischen Imperialismusanalyse darf nicht als „letztes“ oder „äußerstes“ im, sagen wir, ontologischen Sinne verstanden werden. Es bedeutet ganz einfach „modern“ oder „aktuell“. Der Autor selber hat das mehrere Male präzisiert. In der Unterbreitung seines Titels schrieb er „Der Imperialismus als das höchste (moderne) Stadium des Kapitalismus“ (Heft „beta“, S. 186). An anderer Stelle sagt er: „... des modernen (neuesten) Kapitalismus (seines neuesten Stadiums)“ (S. 219). Er nimmt tatsächlich den Untertitel des *Finanzkapitals* wieder auf: „die jüngste Entwicklung des Kapitalismus“ (S. 330)¹³

Wir werden sehen, dass in diesem Sinne die Globalisierung auch sehr wohl als dem Stadium des Imperialismus zugehöriges Merkmal oder als Darstellung seines neuen Ausdrucks betrachtet werden kann. In einer analogen Bedeutung hat Lenin beim Exzerpieren eines Satzes von Hobson den „neuen Imperialismus“ herausgestellt, um die Periode, die er analysiert, zu charakterisieren: Der *neue*

⁹ Diese „Fehler“ werden vermerkt im Heft „beta“ oder sind nach ihren Themen aufgeführt in „Zur Frage des Imperialismus“ (ebd., S. 186). Die eigens so genannte Analyse des Hilferding'schen Werks findet sich am Anfang des Hefts „theta“, S. 330ff., siehe auch „Hilferding (Kautskyanische Anschauungen)“, S. 629-631.

¹⁰ Über diese letzteren Fragen stellt Lenin selber die Beziehung zu seiner eigenen Reflexion über *Marxismus und Staat (Das Blaue Heft)* her; vgl. ebd., S. 619.

¹¹ Siehe *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*, 1918, in: *Werke*, Bd. 28. Aber mit Kautsky setzt er sich nicht nur hier, sondern auch durchgängig in allen Arbeiten der vorangehenden Periode auseinander.

¹² Siehe Vladimir Ilitch Lénine, *Le Cahier bleu (Le marxisme quant à l'État)*, édition établie de G. Labica, traduit du russe par B. Lafite, Bruxelles, 1977, S. 5.

¹³ Vgl. auch: „... des modernen (NB Begriff) Imperialismus“, S. 423 (Hervorh. v. Lenin) und das Vorwort zur Broschüre von Bucharin, a.a.O., Bd. 22, S. 101 und weiter unten.

Imperialismus unterscheidet sich vom alten erstens dadurch, dass er an Stelle der Bestrebungen eines einzigen wachsenden Imperialismus die Theorie und Praxis *rivalisierender Imperien* gesetzt hat, von denen jedes von der gleichen Sucht nach politischer Expansion und kommerziellem Vorteil geleitet wird; zweitens durch die *Vorherrschaft* der Finanz- bzw. Investitionsinteressen über die Handelsinteressen.“ Das unterstreicht er mit dem „NB: Unterschied des neuen Imperialismus vom alten“¹⁴. In der Chronologie dieser Imperialismen folgt er diesmal dem Buch von E. Ulbricht, *Weltmacht und Nationalstaat (Eine Politische Geschichte 1500-1815)*: Danach wird der alte Imperialismus mit Napoleon auf St.-Helena zu Grabe getragen. Der neue entspricht der Gründung eines neuen Weltreichs durch Großbritannien, das die anderen Nationen nach sich zieht und zu wirtschaftlichem Wettkampfe der Völker auf der ganzen Erde führt.¹⁵

Lenins Charakterisierung des Imperialismus

Was sind nun nach Lenin die markantesten Züge des Imperialismus? Dessen explizitestes Tableau wird uns in *Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus* gegeben, das uns als Raster für die Lektüre der anderen Texte dienen kann. Hier die wesentlichen Merkmale:

1.) Der Imperialismus ist ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus, das Stadium des Monopolkapitalismus, das sich über fünf grundlegende Phasen ausdrückt:

- a) Kartelle, Kapitalistenverbände, Trusts, die durch die Konzentration der Produktion erzeugt werden,
- b) die großen Banken,
- c) die Besitzergreifung der wichtigsten Rohstoffquellen durch die Trusts und die Finanzoligarchie; – NB: das Finanzkapital = monopolisiertes Industriekapital + Bankkapital,
- d) die ökonomische Aufteilung der Welt durch die internationalen Kartelle; NB: an die Stelle des Warenexports, der den nicht monopolistischen Kapitalismus charakterisiert, ist der Kapitalexport getreten,
- e) die territoriale Aufteilung der Welt (in Kolonien) ist beendet.

Fügen wir hinzu, dass der Konstitutionsprozess des Imperialismus historisch zwischen 1898 und 1914 zum Abschluss gekommen ist (die wichtigsten Einschnitte: der spanisch-amerikanische Krieg von 1898, der Burenkrieg von 1899-1902, der russisch-japanische Krieg von 1904-1905, die europäische Wirtschaftskrise von 1900).

2.) Der Imperialismus ist ein *parasitärer* oder *faulender* Kapitalismus.

Diese Termini, die sich von den obigen darin unterscheiden, dass sie ein Werturteil auszudrücken scheinen, sind indessen ebenso ökonomische, aber sie lassen schon eine politische Konsequenz der Analyse erkennen. Man sieht:

- a) Die imperialistische Bourgeoisie ist trotz der oft rapiden Entwicklung bestimmter Industriebranchen in Fäulnis übergegangen, weil sie von einer republikanischen und demokratischen Bourgeoisie, die sie einmal war (im Kapitalismus der freien Konkurrenz), zu einer reaktionären geworden ist,
- b) die Herausbildung einer anwachsenden Schicht der Rentner, die vom „Kuponschneiden“ leben,
- c) den Kapitalexport, der ein „Parasitismus im Quadrat“ ist,
- d) die politische Reaktion ist dem Imperialismus eigen, sie ist Ursprung von Bestechlichkeit und Korruption und produziert „Panamas jeder Art“ (Anspielung auf den „Panamaskandal“, eine Korruptions- und Bestechungsaffäre im Zusammenhang mit dem Bau des Panamakanals, in die Hunderte französischer Politiker verwickelt waren – Anm. d. Übers.),
- e) die Ausbeutung der unterdrückten Nationen: Die „zivilisierte“ Welt lebt als Parasit auf dem Körper der nicht-zivilisierten Welt; – NB: Das gilt auch für eine privilegierte Schicht des Proletariats in Europa.

3.) Der Imperialismus ist ein *sterbender Kapitalismus, der den Übergang zum Sozialismus markiert*, da die Vergesellschaftung der Arbeit noch stärker als unter dem Kapitalismus hervortritt.

Halten wir noch einige Züge fest:

- Der Imperialismus ist ein notwendiges Produkt der kapitalistischen Entwicklung. Es gilt:

Kapitalismus = freie Konkurrenz = Demokratie,
Imperialismus = Monopolismus = Reaktion.

Man wird die enge Verbindung der beiden Ebenen bemerken, der ökonomischen (Status der Produktivkräfte) und der politischen (Natur der gesellschaftlichen Verhältnisse), die in ihrem Zusammentreten die Widersprüche manifest werden lassen, die zwischen Imperialismus und Demokratie zur Wirkung kommen. Lenin selbst leitet eine Konsequenz daraus ab: Die Außenpolitik von der Innenpolitik trennen zu wollen, wäre unwissenschaftlich, denn in jedem Falle sanktioniert der Imperialismus den Triumph der Reaktion.

- „Der Imperialismus ist ein Überbau über dem Kapitalismus“: Man findet diese Leninsche Formulierung in dem „Bericht über das Parteiprogramm“ (19. März 1919).¹⁶ Hier der Sinn der Demonstration: In der Wiederaufnahme des Urteils von Marx über die Manufaktur, von der er sagte, sie sei ein Überbau über der massenhaften Kleinproduktion gewesen (*Kapital*, Bd. I), stellt Lenin drei Behauptungen auf:

¹⁴ Hefte zum Imperialismus, a.a.O., S. 431f. (Hervorh. v. Lenin), auch *Der Imperialismus als höchstes Stadium ...*, Bd. 22, S. 273.

¹⁵ Vgl. ebd., Hefte ..., S. 623f.

¹⁶ In „VIII. Parteitag der KPR(B)“, in: *Werke*, Bd. 29, S. 154.

- 1.) Es gibt keinen Imperialismus ohne den alten Kapitalismus;
- 2.) wenn der Imperialismus „zerfällt, haben wir es mit dem Zerfall der Spitze und der Bloßlegung des Fundaments zu tun“;
- 3.) darum eben „muss unser Programm, wenn es richtig sein soll, aussprechen, was ist. ... In Wirklichkeit existiert der gewaltige Untergrund des alten Kapitalismus“.

Lenin hat sich, im Fall Russlands, seit seiner Arbeit *Entwicklung des Kapitalismus in Russland* und seitdem er die Verschränktheit unterschiedlicher Produktionsweisen als charakteristisches Merkmal der ökonomischen Struktur seines Landes analysierte, mit dieser Demonstration befasst. Der Terminus „Überbau“ soll seinerseits die Natur des Imperialismus spezifizieren, der sehr wohl, wie Henri Lefebvre schrieb, „gleichzeitig das untrennbar zusammengesetzte Ganze einer Form des Kapitalismus (ökonomisches Element), einer Form der Klassenaktivität der Bourgeoisie (soziales Element) und einer Staatsform ist“.¹⁷

Zur Aktualität der Leninschen Thesen

Wir werden uns hier nicht, denn da ginge es um etwas anderes, in der Darstellung der zahlreichen Debatten engagieren, die in jener Epoche zu den charakteristischen Merkmalen des Imperialismus und seiner Definition stattfanden. Bei den Beteiligten, wenn auch ausnahmslos Marxisten, mangelt es nicht an Divergenzen, einbegriffen der innere Kreis der „Linken“ mit Bucharin, dem Lenin hart zusetzt, obwohl er das Vorwort zu seiner Broschüre geschrieben hat;¹⁸ mit Rosa Luxemburg und ihrem Werk *Akkumulation des Kapitals*, selbst wenn dies auf indirekte Art geschieht;¹⁹ oder mit Anton Pannekoek, bei dem „die Frage des Reformismus falsch gestellt“²⁰ ist.

Stellen wir uns vielmehr die Frage nach der Aktualität der Leninschen Thesen, ohne indessen in die Koketterie zu verfallen, eine Antwort weiter hinauszuzögern, die der Leser schon längst geahnt haben wird: Unsere Mondialisierung/Globalisierung ist nichts anderes als Lenins „neuer Imperialismus“, angelangt in einem höheren Entwicklungsstadium.

Man sollte an postmodernen Verleumdern keinen Anstoß nehmen, die immer auf der Lauer liegen, jede Sprache, die nicht ihre eigene Unterwerfung unter die herrschende Ordnung reflektiert, als vorgeschichtlich zu qualifizieren.

¹⁷ *Pour connaître la pensée de Lénine*, Bordas, 1957, S. 236.

¹⁸ Kaum ein Jahr später sieht Lenin sich veranlasst, Bucharin zu kritisieren („Über die aufkommende Richtung des imperialistischen Ökonomismus“, August-September 1916, in: *Werke*, Bd. 23, S. 1ff.).

¹⁹ Siehe G. Labica, „Dialogue marxiste: Lénine et Luxemburg“, in: *Commune*, Nr. 18, Mai 2000.

²⁰ Vgl. *Hefte zum Imperialismus*, a.a.O., S. 263; es handelt sich um das Werk „Deckungsfrage (Deckung der Staatsausgaben) und Imperialismus“, erschienen in: *Neue Zeit*, 1913-1914. Umgekehrt scheint Lenin von dem Buch von Paul Louis, *Essay sur l'impérialisme*, Paris 1904, profitiert zu haben (*Hefte ...*, S. 240).

Vielmehr sollten wir darin übereinstimmen, dass dies eine der Bezeichnungen ist, deren Fähigkeit, den wirklichen Sachverhalt zu erfassen, nichts an Wirksamkeit eingebüßt hat. *Imperialismus* gehört dazu, denn er ist weiterhin der Leitbegriff einer begrifflichen Konstellation, in der ihrerseits *Kapitalismus, Ausbeutung, Eigentum, Klassen und Klassenkampf, soziale Demokratie, revolutionärer Übergang* ihren ganzen Sinngehalt bewahren. Analogien und Ähnlichkeiten, die freilich auf dieselben Wesenszüge abzielen, bleiben dabei nicht aus. Nach solchen, die wir schon bemerkt haben, führen wir einige neue an.

Die lebhaften Diskussionen, die heute über die Definition und Periodisierung des Globalisierungsprozesses geführt werden, erinnern an die Argumentationen, die zu Beginn des Jahrhunderts die Erkenntnis des Imperialismus begleitet haben: Beziehungen zum Kapitalismus, bestimmende Merkmale, Wechselspiel der Rollenverteilung zwischen Ökonomie und Politik, Wettbewerbsformen, wie sie in den sechziger Jahren früher oder später in Erscheinung treten, und sogar noch später – bis zu dem Punkt, dass von einigen einem Phänomen, das mit dem Kapitalismus faktisch deckungsgleich sei, jede Originalität abgesprochen wird. Gewiss, der Weltmarkt fällt zusammen mit der Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Marx und Engels heben das seit ihrem *Manifest*²¹ hervor. Und Marx kommt im *Kapital* darauf zurück: Die kapitalistische Produktionsweise schafft „den ihr entsprechenden Weltmarkt“, und dessen „Herstellung“ ist eine der „Haupttatsachen der kapitalistischen Produktion“.²² Was die Vorherrschaft des Finanzkapitals betrifft, hatte bekanntlich schon Marx gezeigt, dass „im zinstragenden Kapital ... das Kapitalverhältnis seine äußerlichste und fetischartigste Form (erreicht)“, nämlich G-G', es ist das, was er den „automatischen Fetisch“ nennt, „sich selbst verwertender Wert, Geld heckendes Geld“. „Es wird ganz so Eigenschaft des Geldes, Wert zu schaffen, Zins abzuwerfen, wie die eines Birnbaums, Birnen zu tragen“: Das ist „die Kapitalmystifikation in der grellsten Form“.²³ Jedenfalls ist immer – muss man überhaupt daran erinnern? – „der vom produktiven Kapital ausgehende Profit der Humus der Profite des Finanzkapitals“.²⁴

Globalisierung: Besonderheiten des „neuen Imperialismus“

Auf jeden Fall sollte die Besonderheit dieses neuen „neuen Imperialismus“, den die Globalisierung darstellt, nicht unterschätzt werden, wie fein die Nuancen auch sein mögen, mit denen man seine Definition oder seine Periodisie-

²¹ Karl Marx und Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, MEW, Bd. 4, S. 463 und 165f., Friedrich Engels, *Grundsätze des Kommunismus*, ebd., S. 374 und G. Labica, „Les leçons du Manifeste“, in: *Le Manifeste communiste, aujourd'hui*, Éditions de l'Atelier, 1988.

²² Vgl. *Das Kapital*, Bd. III, MEW, Bd. 25, S. 260 und 276f.; der Weltmarkt ist die Basis des Kapitalismus (vgl. ebd., S. 345).

²³ Vgl. *Das Kapital*, Bd. III, a.a.O., S. 404f.

²⁴ S. de Brunhoff, in: *Mondialisation*, Espaces Marx éd., Paris 1999, S. 141.

zung versieht. Zweifellos finden die von den ersten Theoretikern – Hobson, Hilferding, Lenin – bereits herausgearbeiteten Merkmale sich hier wieder versammelt, aber sie werden durch die beschleunigte Konjunktur dreier neu aufgetretener Phänomene akzentuiert: die Vorherrschaft des Finanzkapitals/spekulativen Kapitals, die technologischen Revolutionen, die im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien einzigartig dastehen, und der Zusammenbruch der „sozialistisch“ genannten Länder.

Zweifellos spielten die Kapitalströme seit dem Beginn des Jahrhunderts eine Rolle. Heute aber haben sie einen Stand erreicht, der eine permanente systemische Integration provoziert und es den Monopolen erlaubt, die Welt als globales Feld im Dienste ihrer Interessen zu betrachten – so sehr sie darin auch von internationalen Institutionen abgelöst worden sein und unter deren Kontrolle stehen mögen, die ihrerseits die Funktion einer weltweiten Regierung erfüllen sollen (IWF, Weltbank, WHO etc.).

Andererseits lässt das Ende allen Kampfs antagonistischer „Blöcke“, wie immer die Wirkungsweise dieses Antagonismus und ihre Formen beschaffen waren, einer einzigen Supermacht freie Hand, der der USA, deren Hegemonie auf allen Gebieten sich durchsetzt – ökonomisch, militärisch, strategisch, politisch, juridisch, wissenschaftlich, technologisch, sprachlich und kulturell. Ausgestattet mit einer zuvor von keiner Nation erreichten Allmacht, okkupieren die USA von nun an die Stellung, die zu anderen Zeiten von Großbritannien gehalten wurde. Gerade darin, dass Lenin die Rolle des letzteren herausstellte, ahnte er voraus, dass Großbritannien seine Macht werde übergeben müssen, sah er doch 1915 schon in den Vereinigten Staaten „das fortgeschrittenste Land des modernen Kapitalismus“, das „in vieler Hinsicht das Vorbild und Ideal unserer bürgerlichen Zivilisation“ ist.²⁵ Die Neuaufteilung der Welt²⁶ unterscheidet sich darin von der alten, dass die konkurrierenden Imperialismen, die der „Triade“ (USA, Europa, Japan), nicht in einem Gleichheitsverhältnis zueinander stehen, sondern in einer Beziehung der Subalternität der niederen gegenüber dem höheren, in der die ehemals herrschende Macht z.B. nur noch Subkontraktfunktionen übernimmt und vollständig zum Vasall verkommen ist.²⁷ So fällt Globalisierung mit Amerikanisierung zusammen oder

²⁵ Vgl. „Neue Daten über die Entwicklungsgesetze in der Landwirtschaft, I. Folge, Kapitalismus und Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika“, in: *Werke*, Bd. 22, S. 5.

²⁶ Lenin zitiert einen Satz aus dem 1915 erschienenen Werk von G. F. Steffen *Weltkrieg und Imperialismus*: „Die Welt ist jetzt beinahe ganz ‚aufgeteilt‘. Aber die Weltgeschichte lehrt uns ja, daß Imperien eine Tendenz haben, einander aufzuteilen, nachdem sie das mehr oder weniger ‚herrenlose‘ Land in allen Weltgegenden untereinander geteilt haben“, und er kommentiert am Rande: „gut gesagt!“ (*Hefte ...*, a.a.O., S. 251).

²⁷ „Man kann ohne Übertreibung sagen“ bemerkt z.B. G. de Bernis, „dass das total in amerikanische Lehnsherrschaft übergegangene englische Kapital England verlassen hat“ (*Mondialisaton*, a.a.O., S. 72).

vielmehr – um so schlimmer für den Barbarismus – mit *USAisierung* (*etatsunisation*).²⁸

Bei diesen komplementären Analogien dürfen wir die Rangordnungen des Politischen und des Ideologischen nicht vergessen. Einige kurze Bemerkungen werden hinreichend verdeutlichen können, was seit den frühen Stunden des Falls der Berliner Mauer ans Licht getreten ist, als der Liberalismus einen Sieg bejubelte, dessen Tage gezählt waren.

Für das erstere – das Politische – wären drei Elemente zu bedenken:

a) Die „Reaktion“, die, wenn auch in verdeckten Formen, weit davon entfernt ist, einen Rückgang staatlicher Vorrechte zu konstatieren, macht den Staat zum Dienstboten der Multinationalen, ob es darum geht, in fortwährender Verminderung staatlicher Aufgabenbereiche zu privatisieren, zu flexibilisieren, zu verschlanken und zu finanzieren oder darum, die für die ökonomischen (Wettbewerbsfähigkeit) und politischen Konzentrationsbewegungen (Europäische Union) notwendigen Abtretungen von Souveränitätsrechten zu erzwingen.

b) Die Unterordnung der Sozialdemokratien und, neueren Datums, kommunistischer Parteien unter die Geschäftsführung des Kapitalismus, Parteien, die, wenn auch in verdeckten Formen, weit davon entfernt sind, die „sozialen Errungenschaften“ zu verteidigen, und sich ohne zu zögern der Suche nach einem „staatsbürgerlichen“ Konsens widmen. Kautsky würde seinen Augen nicht trauen.

c) Die Niederlage und in ihrer Folge der Zerfall der revolutionären (Arbeiter-, sozialistischen) Bewegung unter der doppelten Einwirkung der Globalisierung und des Zusammenbruchs des „sozialistischen Lagers“, die nicht mehr eine offensive „Spaltung“ des Sozialismus zu rechtfertigen scheinen, wie in den Jahren 1915-1916, sondern eher das Ende einer Hoffnung anzeigen.

Was das letztere – das Ideologische – betrifft, so spiegelt es „Demokratie“ bloß vor, eine Demokratie, die als „Modell“ angedient wird (insbesondere den osteuropäischen Ländern – von denen man weiß, was sie daraus gemacht haben) und die an den Markt assimiliert wird, ebenso wie der Rechtsdiskurs – „Rechtsstaat“, „Menschenrechte“, „Internationales Recht“, neuerdings ausstaffiert mit dem „Einmischungsrecht“ –, dessen einziges Ziel die Einschärfung des Reichs des TINA (*There is no alternative*) ist, die thatcherianische Göttin, die Abrichtung zur Unterwerfung unter die Schicksalhaftigkeit des Neoliberalismus.

Die Kehrseite der Medaille, die in Wirklichkeit nur ihr Widerhall ist, trägt die Namen „Politikverdrossenheit“, „Rückzug ins Religiöse und Völkische“, „Bejahung von Identität und Gemeinschaft“. Dabei ist ganz zu schweigen von der täglichen Verschärfung der keinen Bereich verschonenden Ungleichheiten,

²⁸ Es ist ein völlig verinnerlichter und banalisierter Effekt der Hegemonie, die USA mit dem Terminus *Amerika* zu bezeichnen und seine Nationen mit *Amerikaner*, Bezeichnungen, die die Gesamtheit der anderen Nationen der Missachtung preisgeben, wenn nicht zur Nichtexistenz verurteilen.

von den Einkommen über die Bildung bis zum Gesundheitswesen. Offensichtlich hat das Geschenkpaket, in dem dies alles zusammengeschnürt ist, eine ganz andere Bestimmung, die der „glücklichen Globalisierung“, wie es darauf patentierte Propheten versichern, die zumindest *virtuell* (das ist so Mode) das Wachstum für alle, den Respekt vor den Unterschieden, die Förderung des Sozialen, den freien Zugang zur Information und die ungehinderte Zirkulation in der „planetarischen Stadt“ garantieren soll. Bis zu dem Punkt, dass manch einer, guten oder schlechten Glaubens, zu denken beginnt und so weit geht zu behaupten, dass, da das Spiel noch nicht zu Ende ist, eine Wahl zwischen schlechter und guter Globalisierung möglich bleibe. Es genüge, „das Gewicht im Sinne des Guten zu verlagern“ und sich „links“ von den Regierungen „zu verankern“, solange alles noch unentschieden sei.²⁹

Und wo stehen wir heute? Im Sinne des Empire, das schon für Rom galt,³⁰ wie im Sinne des „neuen Imperialismus“ unseres Jahrhunderts – am Anfang dieses Jahrhunderts, am Ende und danach – scheint die Lektion nachdrücklich genug erteilt worden zu sein. Das ist gewiss nicht ein Zbigniew Brzezinski, der mit der Arroganz des Meisters, ohne es zu wollen, „aus der Schule plaudert“. Halten wir uns nur an einige Kostproben, die uns unter offenem Himmel geboten werden: „Die Niederlage und der Fall der Sowjetunion haben den rapiden Aufstieg der USA zur einzigen und in der Tat ersten wirklichen Weltmacht vollendet“; „Amerika verkörpert bald da bald dort die Zukunft einer exemplarischen Gesellschaft, die Nachahmung erzwingt“; „In der abrupten Terminologie früherer Reiche wurden die drei großen geostrategischen Imperative auf die Formel gebracht: heimliches Einverständnis zwischen Vasallen vermeiden und sie im Zustand der Abhängigkeit halten, die ihre Sicherheit rechtfertigt; die Fügsamkeit der Protegierten kultivieren; die Barbaren daran hindern, offensive Allianzen zu bilden“; „das Auftauchen neuer Weltmächte in der Weise steuern, dass sie die amerikanische Suprematie nicht gefährden“; „die Erweiterung Europas und der NATO werden auf kürzere wie auf längere Zeit das Ziel der amerikanischen Politik abgeben“.³¹

„Die Globalisierung“ ist nur eine mystifikatorische Bezeichnung für den Imperialismus,³² „die ungleichgewichtige Verbreitung des Kapitalismus auf pla-

²⁹ Dies ist die These, man wird es erraten haben, der FKP bei ihrem letzten Kongress; siehe P. Lévy, *Bastille, République, Nation. La mutation du PCF: cette étrange défaite*, préface de G. Labica, Michalon, Paris 2000

³⁰ Siehe die Anspielung von Lenin, in: *Hefte ...*, S. 622

³¹ *Das große Schachbrett*, mit dem Untertitel versehen *Amerika [sic!] und der Rest der Welt*, Bayard, Paris 1997, übers. von M. Bessièrre und M. Herpe-Voslinsky; das Vorwort von G. Chaliand trägt den Titel „Das letzte Universalreich“; die Zitate, die nur eine kleine Blütenlese darstellen, entstammen der Reihe nach den Seiten 23, 33, 68, 253, 255. Die Aggression der NATO gegen Jugoslawien bringt neues Beweismaterial für diese Hegemonie bei (vgl. *Maîtres du monde? Ou les dessous de la guerre des Balkans*, Les Temps des Cerises, Paris 1999).

³² Siehe Bernard Gerbier, in: *Mondialisation et citoyenneté*, L'Harmattan, Paris 1999, S. 47.

netarischem Niveau“.³³ Die um eine Reanalyse unserer Zeit bemühten Spezialisten haben nicht nur keine Bedenken, auf den Terminus Imperialismus zurückzugreifen,³⁴ sondern viele erweisen auch ausdrücklich den Leninschen Thesen ihre Referenz. S. de Brunhoff und W. Andreff betonen das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung.³⁵ D. Collin schreibt: „Der Neoliberalismus ist nicht der Ausdruck für eine Wiederbelebung des Kapitalismus der freien Konkurrenz des vorigen Jahrhunderts, er ist vielmehr in erster Linie die Theoretisierung und die Legitimierung dessen, was man mit voller Berechtigung Imperialismus im Sinne Hilferdings und Lenins nennen muss“.³⁶ A. Catone bemerkt seinerseits: „Alle von Lenin herausgearbeiteten charakteristischen Aspekte des Imperialismus haben eine enorme Entwicklung durchgemacht: Die Monopole, die Kartelle, die Trusts haben sich zu Megamonopolen ausgewachsen“.³⁷ Sträubt man sich gegen den „Parasitismus“? „Was die polypenartige Entwicklung einer weithin parasitären Finanzoligarchie betrifft, so braucht man nicht Lenins *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* zu lesen, um sich davon zu überzeugen. Georges Soros, der berühmte Spekulant, erklärt es selbst in seinen Werken.“³⁸ Nimmt man Anstoß an der „Fäulnis“? Sie ist dennoch offensichtlich in „den kapitalreichen Ländern“, so G. de Bernis, wo man eine Bremsung des technischen Fortschritts konstatieren, wo man zahlreiche Rentner finden kann, die immer noch vom „Kuponschneiden“ leben, wo „Rentnerstaaten“ die „Schuldnerstaaten“ niederhalten. „Es ist nicht erstaunlich, dass die gegenwärtigen Manifestationen des ‚Faulens‘ des Kapitalismus zahlreicher und tiefgreifender sind als diejenigen, die Lenin am Ende der (relativen) Stabilitätsperiode des Kapitalismus beobachtete.“³⁹ Versagen wir uns nicht eine Anspielung auf unser schönes Land, wenn Lenin die folgende Formulierung von M. Sembat exzerpiert: „Würde die Finanzgeschichte des zeitgenössischen Frankreichs jemals wahrheitsgetreu geschrieben, es wäre die Geschichte vieler einzelner Raubzüge, von denen jeder der Ausplünderung einer eroberten Stadt gleichkäme.“⁴⁰

³³ Siehe J.-P. Michiels und D. Uzinidis, ebd., S. 11. Erna Bennet notiert ihrerseits, dass die verschärften Ungleichheiten der Gegenwart „schon von Lenin in seinem Buch von 1917 über den Imperialismus beschrieben worden sind“ („Where do we go from Kosovo“, in: *Australian marxist review*, Nr. 41, November 1999).

³⁴ Siehe z.B. J. Magniadas, *Mondialisation et citoyenneté*, a.a.O., S. 117, F. Chesnais, S. Amin oder P. Bourdieu (vgl. P. Bourdieu und L. Wacquant, „La nouvelle vulgate planétaire“, in: *Le Monde Diplomatique*, Mai 2000).

³⁵ *Mondialisation*, a.a.O., S. 142. und 216.

³⁶ „Néolibéralisme ou keynesianisme rénové: la fausse alternative“, in: *L'Homme et la société*, Nr. 135, 2000/1, S. 51.

³⁷ „Rediscutere di imperialismo“, in: *L'Ernesto*, Novata, Nr 1/2000, Dossier Imperialismus.

³⁸ D. Collin, ebd.

³⁹ „Aspects économiques de la mondialisation“, in: *Nord-Sud*, XXI Genf, Nr. 13 (1), 1999, S. 60ff.

⁴⁰ Es handelt sich um das Werk von Marcel Sembat, *Faites un Roi sinon faites la paix!*, Paris 1913 (*Hefte ...*, S. 443; Randbemerkung: „NB“).

Man muss unglücklicherweise in dieser Charakterisierung einen Schritt weitergehen und vorbringen, dass die von unserem „neuen Imperialismus“ geschaffene Situation schlimmer ist als die in den Jahren um 1910. Wie wir gesehen haben, konnte man noch eine relative Stabilität beschwören, von der in der gegenwärtigen Krise nicht mehr die Rede sein kann und die Lenin daran hinderte, von Arbeitslosigkeit oder Massenelend zu sprechen. Im übrigen hatte nicht nur das Phänomen der Multinationalen nicht „diese Allgegenwärtigkeit, die es heute erreicht hat“.⁴¹ Andere Züge haben sich beträchtlich verschärft und an Gewicht gewonnen, ob es sich um den Staat handelt, dessen soziale Regulierungsfunktionen immer weiter zurückgenommen werden, oder um den Nationalstaat, der nicht mehr mit dem am Vorabend des Ersten Weltkriegs verglichen werden kann, um die Unternehmenskonzentrationen und -fusionen, die Zirkulation der Kapitale und die Rolle der Börsen.⁴² Eine Lektüre des Leninschen Textes, die ihn auf den neuesten Stand bringen könnte, bestünde darin, die Befunde, die er anführt, durch die zu ersetzen, die uns heute zur Verfügung stehen. Das Resultat gäbe Aufschluss darüber, wie „durch die Monopolinhaber ... alle diejenigen abgewürgt (werden), die sich dem Monopol, seinem Druck, seiner Willkür nicht unterwerfen“ (210), über das „Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt“ (211), die die Monopole mit sich bringen, über die „Verbindungen“, über die Banken, über das Verwachsen des Bankkapitals mit dem Industriekapital (226), über die Finanzoligarchien, die Aktiengesellschaften und die Illusion ihrer „Demokratisierung“ (231f.), über die Durchdringung der Politik und aller anderen Gebiete des öffentlichen Lebens durch die Monopole (241), über den Kapitalexport und die Verschuldung (247), über den Kampf um die Rohstoffe (266), über die Abhängigkeit formal selbständiger Länder (267), über die interimperialistischen Rivalitäten, über das Projekt der Vereinigten Staaten von Europa⁴³, über die „zunehmende Einwanderung (Zustrom von Arbeitern und Übersiedlung) ... aus rückständigeren Ländern mit niedrigeren Arbeitslöhnen“ in die imperialistischen Länder (287) oder über die Verteidigung des Imperialismus durch „bürgerliche Gelehrte und Publizisten“ (291).

Fügen wir hinzu, dass die Bezifferung dieser Befunde nach den offiziellsten Statistiken auf ihre Weise berauschende Spannweiten zum Vorschein brächte.

⁴¹ Siehe W. Andreff, *Mondialisation*, a.a.O., S. 206.

⁴² Wie bereits Lenin bemerkte, zieht die Ablösung des „alten Kapitalismus“ durch die Monopole eine „sinkende Bedeutung der Börse“ nach sich (*Der Imperialismus als höchstes Stadium* ..., Bd. 22, S. 221f.; die folgenden Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf diesen Band).

⁴³ Die Frage kann hier nur angedeutet werden. Lenin verhält sich ablehnend gegenüber einer solchen Perspektive, die die Vorstellung der von Hobson vorausgesagten Etablierung einer den Rest der Welt ausbeutenden Aristokratie provozieren könnte (vgl. *Hefte* ..., S. 463f; auch gegen Kautsky, S. 382; gegen Bauer, S. 635). Indessen hält er, in geradezu prophetischer Weise, für bemerkenswert, dass eine der vor allem von Hildebrand den Vereinigten Staaten von Europa zugeteilten Aufgaben der Kampf gegen die „große islamistische Bewegung“ sei (siehe *Hefte* ..., S. 91, wieder aufgenommen in: *Der Imperialismus* ..., S. 286 und weiter unten). Vgl. auch „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“, in: *Werke*, Bd. 21, S. 342-346.

Nehmen wir nur ein einziges Beispiel, das spekulative Kapital, das bekanntlich im Zentrum der „globalisierten“ Szene steht: Nach der Aufkündigung des Bretton-Woods-Abkommens und dem Ende des auf der Goldwährung beruhenden Geldsystems sind die damals schon als beunruhigend hohe Summe betrachteten 50 Mrd. Eurogelder von 1969 auf 8.000 Mrd. angewachsen, die ihrerseits nur „einen schwachen Teil der Weltfinanzen“⁴⁴ ausmachen. Wenn man schließlich die ignorierten, weil ganz einfach nicht existenten Elemente des alten „neuen Imperialismus“ in Rechnung stellt, zumindest einige gleichen Maßstabs wie die Schuldenlasten unter der Kontrolle der internationalen Geldinstitutionen, die zum Ruin eines ganzen Kontinents (Afrika) geführt haben, so sehe ich nichts Unredliches daran: Man fürchtet sich ja auch nicht, die atomare Bedrohung, die Umweltverschmutzung, die vorhersehbare Wasserverknappung, die bis zum Organhandel und zur massiven Kinderprostitution getriebene Verwandlung der Dinge in Waren eine wahrhaftige „Kriminalisierung der Weltökonomie“⁴⁵ zu nennen. Der Drogenhandel – ein anderes Element, das ignoriert wird – gelangt an die Spitze des Welthandels, die Betäubungsmittel sind die Ware mit den höchsten Profiten. Folglich sind es nicht allein die platzgreifenden ökonomischen Netzwerke vom Typ „künstliche Paradiese“ und auf Geldwäsche spezialisierte Banketablisements, es ist das gesamte ökonomische System, das von innen zerfressen wird. Trotz ihrer moralischen Verurteilungen und ihrer scheinheiligen Repressionsmaßnahmen (Zerstörung der Pflanzungen) protegieren die entwickelten, d.h. reichen und mächtigen Länder die Dealer-Ringe, deren große Wohltäter sie sind, da das Manna auf ganz legale Weise integraler Bestandteil der Verkehrsformen höchst offizieller Kreise ist. Seither ist das „schmutzige“ Geld ununterscheidbar geworden von dem „sauberen“. Vom Rande her durchdringt die Korruption alle Schaltstellen des sozialen Körpers, insbesondere die Politik, die hier eines der Motive ihrer Diskreditierung finden könnte.⁴⁶

Imperialismus und Sozialismus

Letzte Frage: Wie steht es um die herkömmliche Beziehung zwischen Imperialismus und Übergang zum Sozialismus? Ist dies nicht der Punkt, an dem alle Theorie verfällt, wenn man aus gesicherter geschichtswissenschaftlicher Er-

⁴⁴ Siehe Gérard de Bernis, a.a.O., S. 31.

⁴⁵ Der Ausdruck findet sich u.a. bei Jacques Chonhol, *Hacia dónde nos lleva la globalización? Reflexiones para Chile*, Universidad Arcis éd., Santiago 1999, S. 22. In Lateinamerika, lehrt uns derselbe Autor, hat die Politik „struktureller Anpassung“ die Zahl der Armen in den achtziger Jahren von 136 Mill. auf 196 Mill. ansteigen lassen. Jean-Louis Levert seinerseits schreibt: Diese Kriminalisierung der Ökonomie wird ein Rückgrat des internationalen ökonomischen und Geldsystems ... ein Werkzeug der Regulierung des weltökonomischen Systems.“ (In: *Mondialisation*, a.a.O., S. 356)

⁴⁶ Mehr Details und die neuesten Informationen findet man im Dossier von *Le Monde Diplomatique*, Mai 2000, zu dem Thema „Dans l'archipel planétaire de la criminalité financière“ im einzelnen in der Studie von Christian de Brie, bei dem allein der Titel „États, mafias et transnationales commes larrons en foire“ ein perfektes Resümee der laufenden Prozesse gibt.

kenntnis weiß, dass der 1917 in Angriff genommene revolutionäre Prozess seine Versprechungen nicht halten können und dass er selbst 1989 mit dem Sowjetsystem gescheitert ist? Und dass es auf der anderen Seite dem Kapitalismus gelungen ist, eine unvermutete Vitalität an den Tag zu legen, seine Krisen zu überwinden und mit seiner Globalisierung ein Gleichgewicht wiederherzustellen, das es ihm gestattete, seinen Auftrag zu erfüllen, und ihm eine uneingeschränkte geostrategische Herrschaft eintrug.

Nichtsdestoweniger scheint das Argument nicht zu halten zu sein, zieht man eine Reihe eng miteinander verbundener Gründe in Betracht. Zunächst gilt die notorische Feststellung, dass die Globalisierung ein unabgeschlossener Prozess, ihre Entwicklung keineswegs vollendet und schwer vorherzusehen ist; dass dieser gesamte Prozess von Widersprüchen durchzogen und den von Märkten, die den Ökonomen aus dem Ruder geraten, her wohlbekanntem „Überraschungen“ ausgesetzt ist; macht die „unsichtbare Hand“ am Ende der Rechnung doch das, was sie will (von der mexikanischen bis zur asiatischen Krise und zum Krach der Nasdaq [Börsenkrach der „New Economy“ im Jahr 2000 – Anm. d. Übers.]). Ebenso wirken sich auf diesen Prozess auch weniger die inneren Rivalitäten der Triade als vielmehr diejenigen Kräfte aus, die von den sogenannten „aufsteigenden“ Ländern – von Brasilien bis China – ausgehen können.⁴⁷ Z. Brzezinski persönlich hat wohl weniger die Machtausübung über die „unverzichtbare Nation“ im Auge als die über „wenigstens eine Generation“, und er steht nicht an einzugestehen, „dass eine wahrhaft vorrevolutionäre Situation Form anzunehmen im Begriff steht“.⁴⁸

Wenn es andererseits wahr ist, dass Lenin in Bezug auf den alten Kapitalismus der Konkurrenz zwischen kleinen und mittleren ökonomischen Einheiten viel von der durch den Imperialismus beschleunigten Vergesellschaftung erwartete, wenn er davon, nicht ohne harte Kämpfe, die Eröffnung einer revolutionären Periode zugunsten des weltweiten Klassenkampfes erwartete,⁴⁹ wenn er selber eine – schnell berichtigte – Schwäche für die politische Lösung der Vereinigten Staaten von Europa⁵⁰ zeigt, so kann dies nicht irgendeinem in seinem Temperament prädisponierten Optimismus zugeschrieben werden. Lenin war noch ein Mann der Aufklärung, ihrer Herrschaft der Vernunft noch näher, als wir es sind, wir Zeugen und Erben eines Jahrhunderts von Blut, Massakern und Ruinen, eines Zeitalters, dessen Voraussetzungen er allenfalls

⁴⁷ Hinsichtlich der Widersprüche, die den Neoliberalismus von innen her unterminieren, und zwar bis zu dem Punkt, dass sie ihn daran hindern, an seinen selbstgesetzten Zielen festzuhalten, kann man sich an der eingängigen und unbestreitbaren Beweisführung von Susan George in ihrem jüngst erschienen letzten Buch, *Le rapport Lugano*, orientieren (französische Übersetzung von W. O. Desmond und der Autorin, Fayard, Paris 2000).

⁴⁸ Vgl. *Le grand échiquier*, a.a.O. (siehe Fußnote 31), S. 150f.

⁴⁹ Diese Vorstellung liegt der Imperialismusschrift zugrunde. Sie ist ein Echo auf den Enthusiasmus des *Manifests* angesichts der permanenten Revolution der Produktionsverhältnisse unter dem Kapitalismus und eine noch teleologische Vision des Fortschritts.

⁵⁰ Vgl. „Über die Lösung ...“, a.a.O.

gesehen hat, das wir aber kaum noch „Moderne“ zu nennen wagen können und das uns zwingt, auf alle Kampfformen von unüberschaubarer Tragweite zu verzichten, und seien sie revolutionär. Es bleibt uns nichts geringeres als die Aufgabe, diesen Pessimismus, wenn man es so nennen will, in seinem Kontext zu verankern. Er ist der Reflex dieses Imperialismus der Hoffnungslosigkeit, die die Globalisierung ist. Denn auch dann, wenn positive Virtualitäten sich abzeichnen mögen, wird die Erwartung einer klar erkennbaren Perspektive durch die unfassbare Übermacht des dem System inhärenten Negativen konfisziert.

Aber genau deswegen behält die Leninsche Diagnose, einschließlich ihrer Schlussfolgerung einer *Alternative*, paradoxerweise ihre Triftigkeit. Denn es handelt sich sehr wohl um ein System, und dieses System, der *Kapitalismus*, ist seiner Natur nach dasselbe geblieben, vom Marxschen *Kapital* bis zu seinen *imperialistischen* Verwandlungen. Diese haben im Verlauf und im Rhythmus der von ihnen beförderten gewaltigen Umwälzungen, denen auch die Art und Weise unserer Weltsicht unterworfen war, das Unheil dieses Systems nur bestätigt und die Notwendigkeit es zu verändern umso dringlicher und spürbarer werden lassen. Die Neuartigkeit ist nicht anderswo zu suchen. Und sie ist radikal. So schwer auszumachen, so zerstreut die Gegenkräfte auch sein mögen, sie haben es darum nicht weniger mit derselben Aufgabe zu tun. In jüngster Zeit sich häufende Symptome deuten darauf hin, dass Konvergenzen sich herstellen und wirksam werden, deren Programm gewiss nicht ohne weiteres verfügbar, deren Zielgerichtetheit aber nicht zur Debatte steht.

Sollte die wirkliche Globalisierung, die, von der aller Internationalismus geträumt hat, nicht zu erringen sein? Das Urteil Rosa Luxemburgs, für die der Imperialismus keine Geheimnisse mehr hatte, kommt auf uns zu wie eine erhobene Faust: Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, die Globalisierung zu verwirklichen, denn seine inneren Widersprüche werden ihn, bevor es dazu kommt, verschlingen. Allein dem Sozialismus wird das gelingen können.⁵¹

⁵¹ „Mit der Tendenz, zur Weltform zu werden, zerschellt er (der Kapitalismus) an der inneren Unfähigkeit, eine Weltform der Produktion zu sein. Er ist ein lebendiger historischer Widerspruch in sich selbst, seine Akkumulationsbewegung ist der Ausdruck, die fortlaufende Lösung und zugleich Potenzierung des Widerspruchs. Auf einer gewissen Höhe der Entwicklung kann dieser Widerspruch nicht anders gelöst werden als durch die Anwendung der Grundlagen des Sozialismus – derjenigen Wirtschaftsform, die zugleich von Haus aus Weltform und in sich ein harmonisches System, weil sie nicht auf die Akkumulation, sondern auf die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der arbeitenden Menschheit selbst durch die Entfaltung aller Produktivkräfte des Erdrundes gerichtet sein wird.“ (*Die Akkumulation des Kapitals*, in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 5, Berlin [DDR] 1985, S. 411)

Globalisierung ohne Großkapital? – Aspekte zur Imperialismus-Debatte

Die Literatur zur Globalisierung hat einen außerordentlichen Umfang erreicht. Zu dieser Erscheinungsform des heutigen Kapitalismus arbeitete in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1999 bis 2002 eine parlamentarische Enquête-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“. Ihr war die Aufgabe gestellt worden, die Gründe zu untersuchen, die zur Globalisierung der Weltwirtschaft geführt haben, ihre Auswirkungen in wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereichen zu beschreiben und Handlungsoptionen für die nationale und internationale Gemeinschaft vorzuschlagen, um auf die weitere Entwicklung einzuwirken.¹ Globalisierung ist, wie in der Einleitung der Kurzfassung ihres Abschlußberichtes vermerkt wird, zu einem Schlagwort mit höchster Medienwirksamkeit geworden, weil alle Streitfragen unserer Zeit im Zusammenhang mit der Globalisierung diskutiert werden. Nach Angaben der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) wurde das Wort Globalisierung allein in ihrer Ausgabe 1993 34mal und 2001 bereits 1136mal genannt.² In der wissenschaftlichen Literatur häufen sich in letzter Zeit die Theorien, die den Ursprung der Globalisierung als Entwicklungsprozess der weltweiten Vernetzung ökonomischer Aktivitäten in der Menschheitsgeschichte nachzuweisen suchen, ohne ihn historisch an den Kapitalismus und seine Herrschaftsstrukturen zu binden. In Veröffentlichungen linksorientierter Zeitschriften wird neben der Darstellung vielfacher Erscheinungen des heutigen Kapitalismus mit Bezug auf die Globalisierung derartigen historischen und philosophischen Erörterungen losgelöst von den Triebkräften des kapitalistischen Systems nachgegangen. Erfreulich ist jedoch, dass es in der aktuellen Diskussion um die Globalisierung jetzt auch eine Rückbesinnung auf die klassische Imperialismustheorie und überhaupt auf den Begriff Imperialismus gibt, allerdings mit ganz unterschiedlichen Aspekten. Das „revival“ reicht von der notwendigen Aufarbeitung der bisherigen Entwicklung und der Erkenntnisse der Imperialismustheorie³ über die Sicht auf neue Entwicklungsprozesse des Kapitalismus – einschließlich der Prägung neuer Begriffe zur Charakterisierung ihrer gegenwärtigen Phase wie „transnationaler“ und „kollektiver“ Kapitalismus⁴ –

¹ Deutscher Bundestag, Drs. 14/9200 vom 12. 6. 2002; Ulla Lötzer/Jörg Hüffschmid, Globalisierung im Bundestag, in Z 48, Dezember 2001.

² Deutscher Bundestag, Enquête-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“, Kurzfassung des Abschlußberichtes, 24. Juni 2002, S.9.

³ Vgl. John Bellamy Foster/Horst Heining, Geschichte der Imperialismus- und Monopoltheorie, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2002, Hamburg 2002, S.1-24.

⁴ Leo Mayer, Ein Beitrag zur Analyse des heutigen Imperialismus, Referat auf dem Hearing der Programmkommission der DKP, 3. März 2001, Berlin.

bis hin zu dem im Jahr 2000 erschienenen und bereits viel diskutierten sowie rezensierten Buch von Michael Hardt und Antonio Negri „Empire“. In ihm wird die zentrale These vertreten, dass mit der Globalisierung eine neue Herrschaftsordnung als Empire entstanden sei, mit der der Imperialismus überwunden sei.⁵ Mit ihrem Versuch, die politische Form des globalisierten Kapitalismus zu erfassen, grenzen sich die Autoren von klassischen Imperialismuskonzepten und den verschiedenen Periodisierungen des heutigen Kapitalismus ab.

Völlig berechtigt wird deshalb die Frage gestellt, ob die Probleme der Globalisierung mit der klassischen Imperialismustheorie überhaupt fassbar sind. Angesichts der Vielfältigkeit der Widersprüche in der heutigen Welt, des vorherrschenden „theoretischen Tohuwabohu“ zur Charakterisierung des gegenwärtigen Kapitalismus, wie es Peter Ruben nannte⁶, und auch der politisch äußerst heterogenen Ansichten der Globalisierungskritiker kann es daher nur nützlich sein, auf grundlegende Erkenntnisse der marxistischen Imperialismustheorie zur Einschätzung der Weltherrschaft des Kapitals zurückzugreifen. Diese Theorie erfasst den engen Zusammenhang zwischen ökonomischer Basis und Politik im Kapitalismus und sieht die Wurzeln der Aggressivität des Imperialismus in der kapitalistischen Ökonomie begründet. Natürlich sind die Realitäten heute anders als vor hundert Jahren, und man muss im Hinblick auf die vielfältigen neuen Prozesse und komplizierten Zusammenhänge festgefügte Aussagen dieses Theoriegebäudes auf ihren Bestand überprüfen. Dennoch haben sich in dieser Weltordnung des Kapitals wesentliche Merkmale und Triebkräfte nicht gewandelt, auch wenn sich ihre Erscheinungsformen verändert haben. Vor allem aber sollte der Forderung nach einer analytisch gestützten Klärung der Entwicklungstendenzen in der Welt des Kapitals explizit nachgegangen werden.

Monopole und ihre Interessen

Eine entscheidende Grundaussage der marxistischen Imperialismustheorie ist dabei stärker in den Mittelpunkt zu rücken – das ökonomische Monopol als „Kern der ganzen Sache“. Es ist das entscheidende Merkmal des Kapitalismus, prägt die nationalen und internationalen Wirtschaftsbeziehungen, wirkt auf Politik und Klassenverhältnisse ein und bildet eine Grundlage für Aggressivität und Kriege. In vielen Literaturbeiträgen sind ökonomische Bezüge zu globalen Strategien ganz ausgeklammert, in anderen wiederum wird zwar auf die transnationalen Monopole und ihr Agieren hingewiesen, aber es fehlt insgesamt an einer konkreten Analyse der Interessen der Kapitalgruppen, der Konkurrenz- und Herrschaftsverhältnisse sowie der expansiven Strategien, die aus dem ökonomischen Monopol dieses Systems heute erwachsen.

Gegenwärtig ist der Kapitalismus von einem gewaltigen Umbruchprozess ge-

⁵ Michael Hardt/Antonio Negri, Empire: die neue Weltordnung, Frankfurt/M. 2002.

⁶ Neues Deutschland vom 14. Juni 2002, S.13.

kennzeichnet. Nach wie vor aber ist er Monopolkapitalismus, denn große Konzerne beherrschen dieses jetzige historische Stadium der Entwicklung und zwar mit weitaus größerer Macht und Wirkung als je zuvor. Damit hat der Kapitalismus keinesfalls auch seine imperialistische Phase überwunden. Die Globalisierung des Kapitals ist untrennbar mit der wachsenden Monopolisierung über die Konzentration und Zentralisation von Kapital im Weltmaßstab verknüpft, was sich in Stagnationstendenzen der Zentren des Kapitals, in Rivalitäten zwischen den entwickelten Ländern und im Expansionsdrang zur Ausbeutung anderer Länder widerspiegelt. Die Monopolisierung ist ein Schlüsselprozess für die „geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“ (Marx) und bestimmt die ökonomische Gesamtstruktur, die Politik und das gesamte soziale Leben dieser Gesellschaft. Ihre Entwicklung ist deshalb genau zu beachten, denn es geht bei diesem Prozess eben nicht nur um Steigerung der Produktivkraftentwicklung, der Umwälzungen in der Technologie, um Wachstum, sondern auch um Kapitalverfügung, Aneignung und Macht, um Herrschaft über entscheidende Produktionsressourcen und Produktionsbedingungen.

Ein Erklärungsansatz für die Globalisierung ist daher die Herrschaft der Monopole als ihre wesentliche Grundlage. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass in der marxistischen Imperialismustheorie das Monopol keineswegs nur als eine Organisationsform von Großunternehmen aufgefasst, sondern als das entsprechend den neuen historischen Bedingungen weiterentwickelte Kapital- und Eigentumsverhältnis – als Ausdruck neuer Bedingungen der Vergesellschaftung der Produktion unter der Herrschaft des Kapitals. Dieses Monopol ist gegenüber anderen zeitgeschichtlichen Epochen zum beherrschenden Phänomen dieses Systems geworden. Es verkörpert u.a. mit dem Anwachsen des Aktienkapitals und der Zahl der Aktionäre zur notwendigen Kapitalmobilisierung das monopolkapitalistische Eigentumsverhältnis; denn zum weiteren Wachstum der Akkumulation müssen ständig die Schranken des Privatkapitals durchbrochen und die Verfügungsmacht über gewaltige gesellschaftliche Kapitalien ausgedehnt werden. Über solche Marktformen wie Konzerne, Banken, Versicherungen, Investmentfonds realisiert sich das Monopol durch die Beschneidung aller anderen Eigentümer in ihren Profit- und Einkommensansprüchen. Im grandiosen Maßstab werden das Einkommen der arbeitenden Klasse und kleinerer Unternehmen sowie die Ressourcen anderer Völker zugunsten des Großkapitals umverteilt. Entscheidende Instrumente sind Marktpositionen, die verschiedensten Formen der Konkurrenz und Staatsinterventionen.

Die von der UNCTAD veröffentlichte Statistik (vgl. Tab. 1) vermittelt einen Eindruck vom Machtpotenzial des Großkapitals. Die 100 nach der Größe des Auslandsumsatzes erfassten Industriekonzerne erreichten 1999 mit 13,6 Millionen Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 4295 Mrd. Dollar. Der von ihnen auf dem Weltmarkt realisierte Auslandsumsatz machte mehr als 50 Prozent aus. Damit verfügten diese wenigen Industriegiganten – das sind etwa 0,25 Prozent der international tätigen Konzerne – mit 2040 Mrd. Dollar etwa über ein Drittel des Gesamtbestandes an Auslandsinvestitionen.

Tab. 1: Ökonomisches Gewicht der 100 umsatzgrößten Industriekonzerne der Welt

Jahr	Umsatz/ Mrd. Dollar	Beschäftigte/ Millionen
1960	150,6	8,0
1970	344,2	12,3
1980	1590,5	12,6
1992	3142,2	13,3
1999	4294,9	13,6

Quellen: IPW-Forschungshäfte, Die Wirtschaft kapitalistischer Länder in Zahlen, Berlin 1/82, S. 68, und 1/87, S.63; Ernst Lüdemann, Die Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert. Eine statistische Übersicht, IMSF Forschung & Diskussion 13, Frankfurt a. M. 1996, S. 188ff.; UNCTAD, World Investments Report 2001, Geneva/New York, 18. September 2001.

Auf nationaler Ebene sieht die Machtzusammenballung bei den wenigen Konzernen ähnlich aus. Das ökonomische Gewicht des Großkapitals in Deutschland lässt sich aus dem Monopolgutachten ablesen. Die von der Monopolkommission erfassten „100 Größten“ hatten im Jahr 2000 mit einem Umsatz von 273,8 Mrd. Euro einen Anteil an der Wertschöpfung aller Unternehmen in der Bundesrepublik von 20,01 Prozent.⁷ Sie überziehen die Wirtschaft mit einem engen Netz von Abhängigkeiten, indem sie ihre monopolistische Eigentumsstruktur weit über ihren Konzernbereich ausdehnen. Mit umfangreichen Beteiligungen und gegenseitigen Verflechtungen beherrschen die großen Konzerne das gesamte Spektrum der Ökonomie. Die Monopolkommission hat auf der Basis von rund 3,3 Mio. Unternehmen mit Sitz in Deutschland rund 1,3 Mio. Tochterunternehmen identifiziert. Insgesamt bestehen in Deutschland 137.000 Unternehmensgruppen. Unter Berücksichtigung dieser Gruppenbildung zeigt sich empirisch ein weit höherer Konzentrationsgrad der Wirtschaft. Für 1997 z.B. macht dadurch der Umsatzanteil der zehn größten Konzerne im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) nicht 16,5, sondern 45 Prozent aus. Im Lebensmittelhandel erreicht der Umsatzanteil der 10 größten Einheiten nach Berücksichtigung der Handelskonzerne und -ketten nicht 25, sondern rd. 85 Prozent.⁸ Diese „Gruppenbildung“ erstreckt sich zugleich auch auf den Weltmarkt. Von den 321 Tochtergesellschaften des Chemiekonzerns Bayer sind 191 ausländische Tochterunternehmen in den Konzernabschluss 2000 mit einbezogen.⁹

Nationale und internationale Kapitalkonzentration sind generell Ergebnis der Profitinteressen des Großkapitals. In der Verfolgung seiner Interessenlage zeigen sich im Verlaufe des Monopolkapitalismus aber Veränderungen. Sie

⁷ Vierzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2000/2001, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/9903, 28.08.2002, S. 189, 190.

⁸ Ebenda, S. 25, S. 516.

⁹ Bayer AG, Finanzbericht 2000.

stehen im Zusammenhang mit den objektiven Bedingungen für die Akkumulation des Kapitals, wirken wesentlich auf Art und Gestaltung der Internationalisierung der Wirtschaft ein und bestimmen die Richtungen in der internationalen Expansion der Konzerne. Die Aufteilung der Märkte unter die Monopole, die zwischenimperialistischen Widersprüche und Konflikte in der Welt nehmen dadurch ihren spezifischen Charakter an. In der heutigen Zeit geht es dem Großkapital um „weltweite Präsenz“, Erschließung neuer Märkte, Optimierung von Produktionskosten, Minimierung der Transportkosten, Reduktion der Informations- und Kommunikationskosten und nach wie vor um Rohstoffquellen zur Erzielung von Höchstprofiten. Als Rosa Luxemburg 1913 den Imperialismus als den „politischen Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus“ charakterisierte¹⁰, war das aggressive Vorgehen der Monopole und imperialistischen Staaten überwiegend auf Absatzmärkte und Rohstoffquellen orientiert. Mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts richtete sich der Kampf der Großkonzerne um Weltmarktpositionen nach den internationalen Kapitalverwertungsbedingungen für Produktion und Realisierung ihrer technologisch hochentwickelten Erzeugnisse. Seit Jahrzehnten sind daher mit der gewachsenen Rolle des Kapitalexports gegenüber dem Warenexport die Industrieländer auch Anlagensphäre von Kapital. Die internationale Expansion der Konzerne ist mit 90 Prozent der jährlichen Direktinvestitionen auf sie ausgerichtet, überwiegend auf die Triade USA, Europäische Union und Japan, während das Gros der Länder der Welt – bis auf einige wenige Gebiete – von diesen hochtechnologischen Konzernstrategien nicht erfasst wird. Seit dem Zerfall des sozialistischen Systems gewinnt der Kampf um die „Gebiete des nichtkapitalistischen Weltmilieus“ von China und Osteuropa an Bedeutung, und Interessenkonflikte zwischen den mächtigen Monopolen und ihren Staaten sind dabei angesagt. Außerdem zeigt sich gegenwärtig erneut ein Wandel in der Interessenlage der Monopole, vor allem durch die sichtbaren Bestrebungen der amerikanischen Erdölkonzerne nach neuen Rohstoffquellen. Den Hintergrund bildet die nahende Erdölverknappung am Weltmarkt. „Früher glaubten die Experten“, so schreibt Jeremy Rifkin¹¹, „wir könnten noch gut vierzig Jahre mit einer billigen Erdölversorgung rechnen. Inzwischen sagen jedoch einige führende Erdölgeologen, die weltweite Förderung werde ihren Höhepunkt möglicherweise schon Ende dieses Jahrzehntes erreichen und dann stark zurückgehen, so dass die Ölpreise in die Höhe schießen. Die nicht zur OPEC gehörenden Förderländer nähern sich schon heute dem Höhepunkt ihrer Förderkapazität; bald wird daher der größte Teil der Erdölreserven im politisch instabilen Mittleren Osten liegen.“ Mehr als Dreiviertel der Ölreserven lagern zwischen dem Kaspischen Meer und der Golfregion und nur 5 Prozent

¹⁰ Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, in: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1975, S. 391.

¹¹ Jeremy Rifkin, Wasser marsch, FAZ v. 24. August 2002.

davon stehen unter der Kontrolle der Länder der G-7. Angesichts der Tatsache, dass der Ölverbrauch der USA ein Viertel des Weltverbrauchs ausmacht, wird klar, dass die dem Erdöl-Clan zugehörige Bush-Administration mit der Losung „Krieg gegen den Terror“ einen Ressourcen-Krieg zur Sicherung der Ölversorgung im Interesse ihres Großkapitals in Gang setzt (vgl. dazu den Beitrag von Jürgen Wagner in diesem Heft).

Rasche Veränderungen in der „globalen Lokalisierung“ der internationalen Expansion der Monopole zeugen in der jetzigen Phase des Kapitalismus davon, dass die Aufteilung der Welt unter die großen Kapitalverbände in einer ständigen Bewegung ist und massive wirtschaftliche Störungen und politische Konflikte zu erwarten sind. Deren Interessen sind einerseits die Interessen des Gesamtkapitals, wenn es generell um die Sicherung des Systems, der Ausbeutung der Arbeitenden und breiteren Schichten selbst der nicht mehr Tätigen, um Sicherung der Position der entwickelten Industriestaaten durch Ausplünderung der Ressourcen anderer Völker geht. Auf der anderen Seite trägt die Interessenlage zugleich immer die Namen der Stärksten, und das drückt sich in Konflikten zwischen den Konzernen und Rivalitäten ihrer Staaten um Rohstoffe, Marktanteile und Herrschaftssphären aus. Unter dem Mantel „moralischer Intervention“ zeigen sich gegenwärtig sehr deutlich die imperialistischen Züge des globalisierten kapitalistischen Systems mit dem Anspruch der stärksten imperialen Macht USA, als „stabilisierende Führungsmacht“ eine neue Weltordnung unter ihrem Diktat durchzusetzen.

Polarisierende monopolistische Konkurrenz

Im Zusammenhang mit dieser Interessenlage ist als weiterer methodologischer Erklärungsansatz für die Globalisierung die monopolistische Konkurrenz in ihren Formen genauer zu erfassen. Die massive Verschärfung der Ungleichheit, der sozialen und ökologischen Folgen in der Welt ist ohne Zweifel ein Ergebnis ihrer heutigen Ausprägung. Marx hat die Konkurrenz als die „innere Natur des Kapitals“ bezeichnet¹², Lenin als die „Grundeigenschaft des Kapitalismus“¹³, die das Wachstum und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit entsprechend den Bedürfnissen des Kapitals bewirkt. Das bedeutet, dass das Kapital in der Wechselwirkung vieler einzelner Kapitale aufeinander erscheint. Das Monopol negiert diese Konkurrenz nicht, sondern reproduziert sie als monopolistische Konkurrenz. Als eine neue Kategorie ist sie erbarmungsloser Konkurrenzkampf mit Hilfe ökonomischer und außerökonomischer Gewalt. „Die Konkurrenz geht jetzt zwischen den Riesenkapitalien vor sich, sowohl im Rahmen der kapitalistischen Staaten als auch im internationalen Maßstab, die Konkurrenz setzt sich *innerhalb* der mehr oder weniger fest-

¹² K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858, Berlin 1953, S. 450.

¹³ W.I.Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Band 22, Berlin 1960, S. 270

gefügt Kapitalzusammenballungen fort, die Konkurrenz vollzieht sich immer schärfer im Hinblick auf den Einfluss auf den Staat.“¹⁴ Die Synthese von Monopol und Konkurrenz, ihre Verkopplung erklärt auch, dass der Kampf zwischen führenden Unternehmensgruppen auf das Schärfste geführt wird, dass ständig neue Großkapitale als Rivalen entstehen, kleine und mittlere Kapitale in der monopolistischen Sphäre existieren können und zugleich neben den Lohnabhängigen eine immer breitere Basis der Ausbeutung für das Großkapital bilden.

Sichtbarer Ausdruck für neue Konstellationen im Gefüge der Großkapitale und damit für einen weiteren verschärften monopolistischen Konkurrenzkampf ist die Zuordnung der 100 größten Industriekonzerne nach Ländern. Bemerkenswert ist, dass sich im Verlauf von vierzig Jahren die Anzahl der USA-Konzerne unter ihnen verringert hat und zugleich immer mehr Industriekonzerne der „übrigen Länder“ – dazu zählen u.a. die Schweiz, Spanien, Schweden, Hongkong, Australien, Kanada – in die Klasse der 100 Größten hineingewachsen sind. Das bedeutet, dass mit den Megafusionen und der Tendenz zum Supermonopol in einzelnen Branchen keineswegs die Konkurrenz der Großkapitale gegeneinander aufgehoben ist. Kapitalkonzentration und Verdrängungskampf der Konzerne um Führungspositionen bilden eine widersprüchliche Einheit der Kapitalakkumulation auch unter den heutigen Bedingungen der Globalisierung.

Tab. 2: Verteilung der 100 größten Industriekonzerne führender Industrieländer (gemessen am Umfang der Auslandsanlagen)

	Anzahl der Konzerne				
	1960	1970	1980	1992	1999
USA	69	63	47	30	26
Japan	3	8	8	20	18
Deutschland	11	10	15	15	12
Frankreich	2	3	11	8	13
Großbritannien	11*	8*	10*	7*	8*
Italien	1*	3	4	5	4
Niederlande	3*	3*	5*	3*	4*
Übrige Länder		2		12	17

* Doppelzählung von multinationalen Konzernen aus zwei Herkunftsländern. Quelle: s. Tab. 1.

Ein wichtiger Bereich, der in der Globalisierungsliteratur weitgehend unterbelichtet bleibt, ist die Stellung der kleinen und mittleren Kapitale im heutigen kapitalistischen System. Dabei ist gerade dieser Unternehmenssektor ganz

¹⁴ H.Heiniger, P.Hess, Die Aktualität der Leninschen Imperialismuskritik, Berlin 1970, S. 31/32.

wesentlich für die expansive Strategie der Monopole und gleichzeitig eine wachsende Grundlage, zu deren Lasten das Agieren des Großkapitals im weltweiten Maßstab geht. Wie Peter Hess schrieb¹⁵, besteht der Kern des Monopolbegriffs in einem auf ökonomischer und außerökonomischer Macht beruhenden und für die weitere Akkumulation notwendigen Enteignungsprozess, in einer mehr und mehr zentralisierten Verfügung über das kapitalistische Eigentum. Und dieser Prozess der massenhaften Enteignung für Monopolkonstellationen in neuen Größenordnungen verläuft immer stärker im Rahmen der monopolistischen Konkurrenz. Der verschärfte Wettbewerb sowohl zwischen den nichtmonopolisierten Kapitalen gegeneinander und gegen die Grossunternehmen ordnet sich hier ein. Das Erfassen des Enteignungsprozesses und der wachsenden Verfügung über Kapitaleigentum des sogenannten mittelständischen Sektors durch das Großkapital ist deshalb von großer Wichtigkeit für die Erklärung des verschärften Konkurrenzkampfes unter den monopolistischen Bedingungen der Gegenwart. Konkurrenz und Monopol sind keine Antipoden, sondern sich gegenseitig stimulierende Seiten eines Mechanismus.

Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) werden von der deutschen Bundesregierung als „eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft“ bezeichnet. Die 3,3 Millionen Unternehmen stellen 70 Prozent der Arbeitsplätze, 80 Prozent der Ausbildungsplätze und erwirtschaften 45 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.¹⁶ In den 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beschäftigen die 18 Millionen KMU¹⁷ rund 66 Prozent der im privaten Sektor tätigen Personen und erwirtschaften einen Anteil von 55 Prozent des Umsatzes dieser Länder.

Was die Position der KMU im heutigen Globalisierungsprozess betrifft, unterstehen sie mit ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung und trotz ihrer Präsenz als individuelle Kapitale der von den Unternehmen des Großkapitals dominierten Wirtschaft. Das betrifft nicht nur die KMU, die rechtlich oder finanziell an eine Unternehmensgruppe gebunden sind, sondern auch die noch unabhängigen Unternehmen. Ihre gesamtgesellschaftliche Akkumulation, deren Bedingungen und Richtungen werden von den marktbeherrschenden Konzernen bestimmt. In der Realität laufen die Beziehungen zwischen KMU und Großkonzernen über die Konkurrenzmechanismen auf die Einbettung der mittelständischen Unternehmen in die Netzwerke der großen Konzerne hinaus. Neben den Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen für die kapitalistische Großproduktion gewinnen die KMU als Anwender neuer Technologiefelder aus Großforschung an Bedeutung. Es entstehen neuartige technologische Abhängigkeiten, oft ohne juristische oder Kapitalverflechtung. Zum anderen

¹⁵ Peter Hess, Zur Aktualität der Imperialismustheorie, in: Z 4, Dezember 1990, S. 73f.

¹⁶ Jahreswirtschaftsbericht 2002 der Bundesregierung, Deutscher Bundestag, Drs. 14/8175, S.41.

¹⁷ Unternehmen in Europa, Fünfter Bericht, Europäische Kommission, Eurostat, Luxemburg 2000. Erfasst werden Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl bis 250.

nutzt das Großkapital ihre Finanzstärke zur Unterordnung und Ausbeutung des mittelständischen Sektors aus, entzieht ihnen Einkommen, treibt sie in eine sozial labile Lage. Kapitalmangel, knappe Finanzressourcen und damit auch Defizite in Forschung und Entwicklung und im Zugang zum internationalen Markt bedrohen ihre Existenz. So stellte die Enquête-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ fest, dass die KMU auch in Zukunft mehrheitlich ihre Geschäftspolitik an ihrem regionalen und nationalen Umfeld ausrichten werden, sie gleichwohl von den Auswirkungen der Globalisierung, ihren Chancen und Risiken unmittelbar beeinflusst sind.¹⁸ Auf dem deutschen Markt spiegelt sich diese Entwicklung in einer anschwellenden Insolvenzflut wider, der größten Insolvenzwelle in der Nachkriegszeit. In zehn Jahren, von 1992 bis 2001, verdoppelte sich die Anzahl der jährlichen Insolvenzen von über 15.000 auf mehr als 32.000. Für das Jahr 2002 werden mehr als 40.000 Insolvenzen erwartet, verbunden mit einer ungeheuren Entwertung des Kapitals – der volkswirtschaftliche Schaden wird auf 40 Mrd. Euro geschätzt – und überdimensionierter Arbeitsplatzvernichtung. Es zeigt sich also, dass der Verdrängungswettbewerb durch die Monopolkonstellation unter den Bedingungen der Globalisierung an Dynamit gewonnen hat und der grundlegende Bewegungsmechanismus des Kapitals in der Konkurrenz durch das Monopol keineswegs aufgehoben, sondern verstärkt wird.

Interdependenzen zwischen Monopol und Politik

Im Mittelpunkt der Globalisierungsliteratur steht der dramatische Souveränitätsverfall der Nationalstaaten oder das Verschwinden des Nationalstaates. Zunehmend wird jedoch darauf verwiesen, dass im Rahmen der Globalisierung der Märkte nationale Grenzen noch bedeutsamer werden und die Rolle des Nationalstaates bei der Aufrechterhaltung und Entwicklung der kompetitiven Vorteile für die Unternehmen nicht beseitigt wird, sondern seinen Charakter verändert. Der italienische Politikwissenschaftler Stefano G. Azzarà betont in seinen Ausführungen über Globalisierung und Imperialismus, dass die Rolle der nationalen Basis im „globalen Wettbewerb“ mit ihren Unterschieden in den nationalen ökonomischen Strukturen, in den Werten und Kulturen und auch in der Politik der Regierung mit ihren Maßnahmen noch bedeutsamer wird.¹⁹

In der Tat hängen die Wirkungen der gnadenlosen Konkurrenz zwischen den Kapitalen, die Konflikte und Rivalitäten zwischen den imperialistischen Staaten mit den Verflechtungsbeziehungen zwischen Staat und Monopolen eng zusammen. In der marxistischen Imperialismustheorie ist den Beziehungen von Monopol und Politik in der Analyse des Kapitalismus und der Kapitalismuskritik eine besondere Bedeutung beigemessen worden, denn der Übergang des Kapitalismus zu seinen staatsmonopolistischen Formen stellte eine

¹⁸ Schlussbericht der Enquête-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“, a.a.O., S. 129.

¹⁹ Stefano G. Azzarà, Globalisierung und Imperialismus, in: Z 45, März 2001, S. 40ff.

Zäsur in der Entwicklung dieses gesellschaftlichen Systems dar. Dem Inhalt nach geht es bei der Charakterisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus um die Ausdehnung des ökonomischen Monopols mit Hilfe des Staates, um den Einsatz der „ökonomischen Potenz“ des Staates zur Sicherung der Kapitalverwertung. Der Staat übernimmt wichtige Funktionen der Kapitalmobilisierung zur Aufrechterhaltung und Erweiterung der Produktion, zu denen das Großkapital aufgrund der Grenzen des kapitalistischen Eigentums nicht mehr in der Lage ist. Diese staatsmonopolistischen Formen des Kapitalismus haben sich mit dem Entstehen der Monopole herausgebildet, sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in allen Industrieländern zu einem permanenten Grundzug entwickelt und mit der raschen Internationalisierung der Wirtschaft auch internationalen Charakter angenommen.

Eine fundierte Einschätzung der Globalisierung der Weltwirtschaft mit ihren politischen und sozialen Konsequenzen kann es in der heutigen Zeit ohne Beachtung des Beziehungsgeflechts zwischen Staat und Monopolen nicht geben. „Es ist ja nicht so“ schreibt Ingo Schmidt²⁰, „dass die Stamokap-Theorie durch ein realitätstauglicheres Konzept zur Analyse von kapitalistischer Entwicklung und Monopolisierung abgelöst wurde; vielmehr hat eine weitgehende Nichtbeachtung dieses Zusammenhanges alle Strömungen der Linken erfasst.“ Globalisierung aber ist das Ergebnis des Zusammenwirkens von Ökonomie und Politik, getragen von wirtschaftlichen Interessen und politischen Kräften. Das Verhältnis von Monopolen und Staat ist daher auch heute ein tragendes Element der Gesellschaft.

Wie auch zu früheren Zeiten wird die jeweilige Form dieses Beziehungsgeflechts durch die konkreten Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus geprägt, und es gibt deshalb auch eine Reihe neuer Erscheinungsformen, die den jetzigen Anforderungen des Großkapitals gerecht zu werden suchen. Zugleich trägt dieses Verhältnis zwischen Monopolen und Staat ambivalenten Charakter. Es ist abhängig vom politischen Kräfteverhältnis in der Gesellschaft. Strukturelle Veränderungen in der monopolistischen Basis müssen nicht unvermittelt in Politik umschlagen oder zwangsläufig zu einer imperialistischen Politik führen. Dies auszuloten wäre Aufgabe linker Kräfte, um Einfluss auf die Richtung der Politik nehmen zu können.

Die Beziehungen zwischen Großkapital und Politik sind heute ganz offensichtlich, wenn man nur an die zum politischen System gehörenden Parteispenden- und Schmiergeldaffären denkt. Dahinter verbirgt sich jener Prozess der Staatsintervention, Politik zugunsten der Verwertungsbedingungen des Großkapitals zu gestalten und in den monopolistischen Konkurrenzmechanismus für die internationale Expansion der Konzerne einzugreifen. Gerade angesichts des raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der wachsenden Internationalisierung der Wirtschaft, des Entstehens vielfältiger und

²⁰ Ingo Schmidt, Monopoly der Großkonzerne: Viel Publicity, wenig Relevanz, in: Sozialismus, Hamburg, H. 5/2000, S. 14.

neuer sozialer Konflikte geht das ökonomische Wirken des Staates zu immer umfassenderen Formen von Interventionen über. Die staatliche Regulierung ökonomischer und sozialer Beziehungen wird unter dem Begriff der notwendigen „Rahmenbedingungen“ vom Großkapital akzeptiert, aber ein „Rückzug des Staates“ verlangt, wenn regulierend im gesamtgesellschaftlichen Interesse Positionen des Großkapitals bedroht sind. Tatsache ist, dass das Großkapital durch seine Machtstruktur auf die Gestaltung der Politik zu seinen Gunsten einwirkt. Es kann staatliche Maßnahmen initiieren, für seine Interessen ausnutzen, unterlaufen und unwirksam machen. „Allein die Drohung mit Kapitalverlagerung veranlasst Regierungen, sich auf einen ‚Standortwettbewerb‘ einzulassen, bei dem Schritt für Schritt soziale und demokratische Fortschritte im Namen der Standortattraktivität geschleift werden“, heißt es im Minderheitenvotum der PDS.²¹

Auch in der Gegenwart, in dieser Phase der forcierten internationalen Expansion der Großkonzerne, kann der Kapitalismus nicht ohne „nationalstaatliche“ Interventionen funktionieren. Es gibt ein ganzes Arsenal an staatlichen Maßnahmen zugunsten der Kapitalverwertung. Sie reichen von der Steuerpolitik über Subventionen bis zur Gestaltung der Rahmenbedingungen, die die Konkurrenzfähigkeit und die Expansion der Konzerne stützen und fördern. Neue Schwerpunkte in den nationalen Regulierungsmechanismen werden vor allem im Hinblick auf die Globalisierung gesetzt, wie z.B. durch die Technologiepolitik oder die Außenwirtschaftsförderung. Eine Analyse des ifo Instituts verweist darauf: „Die Außenwirtschaftsförderung muss eingebettet sein in eine umfassende, auf Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Wirtschaftspolitik.“²² Es kann also keine Rede davon sein, dass die nationalen staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismen an Bedeutung verlieren. Sie werden modifiziert und entsprechend den neuen konkreten Entwicklungsbedingungen dieses Gesellschaftssystems umgestaltet. Sie gewinnen an Gewicht und werden zu einem integralen Bestandteil der wachsenden Internationalisierung des Kapitalismus. Dabei kommt hinzu, dass sich das Verhältnis von Staat und Monopolen durch die Internationalisierung der Produktion und Kapitalverflechtung, der Rolle der internationalen Finanzmärkte und internationalen Organisationen zunehmend auch über die nationalen Grenzen auf die Ebene der „Zwischenstaatlichkeit“ ausdehnt, allerdings mit anderen Formen und Konflikten.²³

Welche Bedeutung der nationale staatliche Regulierungsmechanismus für das Großkapital noch hat, ist beispielsweise daran zu ermesen, dass dessen Interessen als Forderungen an „ihre“ Regierung herangetragen werden. Im Juni

²¹ Minderheitenvotum der PDS-Arbeitsgruppe zum Endbericht der Enquête-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“, a.a.O., S. 539.

²² Außenwirtschaftsförderung im internationalen Vergleich – Implikationen für Deutschland, ifo Schnelldienst, München 16/98, S. 13ff.

²³ Vgl. Horst Heininger/Lutz Maier, Internationaler Kapitalismus, Berlin 1987.

2002, also ein Vierteljahr vor der Bundestagswahl, veröffentlichte der Bundesverband der Deutschen Industrie „10 Kernforderungen des BDI an die nächste Bundesregierung“. Darin werden die Probleme des Großkapitals benannt, Ziele gestellt und Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung formuliert. Sie laufen alle darauf hinaus, die Profitbedingungen für die Unternehmen durch Strukturreformen in der Sozialversicherung, Begrenzung der Arbeitgeberbeiträge und andere Maßnahmen der Umverteilung von unten nach oben günstiger zu gestalten.²⁴ Dieser nationalstaatliche Anlaufpunkt des Großkapitals zur Durchsetzung seiner Strategien lässt sich vor allem dadurch erklären, dass die Konzerne trotz ihres erreichten hohen Internationalisierungsgrades durch ihre Kapitalanlagen im Ausland immer noch national orientiert sind. Das ergibt sich nicht so sehr aus der relativ langsam anwachsenden multinationalen Eigentumsstruktur der Konzerngesellschaften. Von den 100 umsatzstärksten Großunternehmen in Deutschland befanden sich elf zu 100 Prozent im ausländischen Besitz, darunter neun, die wie die Auto- und Erdölkonzerne schon über Jahrzehnte im Monopolgefüge Deutschlands fest verankert sind.²⁵ Eher sind wohl die dispositiven Faktoren, d.h. die nationale Lokalisierung des zentralen Managements oder des Stammsitzes maßgebend. Strategische Entscheidungen über Produktion und Beschäftigung werden zunehmend unter Beachtung der Möglichkeiten gefällt, die der staatliche Regulierungsmechanismus für die Kapitalverwertung bietet. Dabei spielt das Engagement des Staates als Vertreter von Monopolinteressen in supranationalen Organisationen eine beachtliche Rolle. Das dominierende Großkapital stützt sich wesentlich auf das bestehende Staatensystem, auch wenn es international flexibel agieren kann.

²⁴ BDI – Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., 10 Kernforderungen des BDI an die nächste Bundesregierung, Berlin, Juni 2002.

²⁵ Vierzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission, a.a. O., S. 219ff.

Imperialistische Kräfteverhältnisse

Die Entwicklung der EU im wirtschaftlichen Vergleich der Triade-Zentren

Für die aktuelle imperialismustheoretische Diskussion ist die Analyse der ökonomischen Kräfteverhältnisse der „Triade“-Zentren und der darin zum Ausdruck kommenden ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus ein zentraler Aspekt. Nachstehende Betrachtung beschränkt sich auf die Analyse der ökonomischen Entwicklung der Europäischen Union (EU) im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und Japan. Da die EU im Mittelpunkt steht, werden einige Angaben und Bemerkungen zu ihrer Vorgeschichte und den Bedingungen ihrer Formierung vorangeschickt. Daran anschließend wird auf die Entwicklung wichtiger Kennziffern der EU im Vergleich zu den anderen Triade-Zentren eingegangen: Bruttoinlandsprodukt und Produktivität; Welthandelsanteile; Direktinvestitionen; Konzentrationsprozesse; Bedeutung der transnationalen Konzerne. Zum Schluss wird noch einmal auf die aktuelle Selbst-Verortung der EU im Rahmen der Triade-Konkurrenz eingegangen.

Die politische und ökonomische Ausgangssituation

Der Wechsel vom neunzehnten zum zwanzigsten Jahrhundert war von einem grundlegenden Wandel der ökonomischen Bedingungen in den damaligen Nationalökonomien geprägt. Aufgrund des rasanten Wachstums in der Industrie des damaligen Europas vollzog sich ein Prozess der Konzentration der Produktion zu immer größeren Betrieben, in dessen Folge der erhöhte Finanzbedarf der entstandenen Monopole durch das Zusammenwirken mit den Banken gedeckt wurde. Somit stiegen im weiteren die Möglichkeiten für höhere Kapitalüberschüsse und Spekulationen. Aufgrund fehlender rentabler Anlageformen im eigenen Land wurde mit den vorhandenen Mitteln als neue Anlagemöglichkeit Kapitalexport betrieben. Nach dem ersten Weltkrieg 1918 und mehr noch nach dem Ende des zweiten Weltkrieges 1945 waren die Staaten Europas zerstört. Beide Male war das Eingreifen der USA entscheidend für den Ausgang des Krieges. Im Ergebnis standen sich zwei Machtblöcke mit unterschiedlichen Wirtschaftssystemen gegenüber, wovon sich der eine unter dem Einfluss der Sowjetunion dem kapitalistischen Markt entzog. Diese Entwicklung entschied über das Ausmaß des Engagements der USA in Europa. Mit Hilfe des „Marshall-Planes“¹ versuchten die USA ihren Einfluss in Euro-

¹ Der Marshallplan ist benannt nach dem damaligen US-Außenminister George C. Marshall, welcher im Juni 1947 ein wirtschaftliches Hilfsprogramm der USA für Europa verkündete. Die beteiligten Staaten erhielten bis 1951 Unterstützung durch Kredite und Zuschüsse im Werte von 13 Mrd. Dollar, mit deren Hilfe die im Kriege zerstörten Industrieanlagen wiederherge-

pa zu sichern. Die als „Kalter Krieg“ bezeichnete Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus forcierte damit nicht nur den Aufbau Westeuropas, sondern bildete die Grundlage für die Restaurierung der kapitalistischen Systeme in (West-)Europa und damit die Entwicklung der potentiellen Konkurrenten der USA auf dem Weltmarkt. Nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz durch den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch der sozialistischen Staaten (ab 1990) und damit des gemeinsamen Hauptgegners ist eine wichtige Klammer gemeinsamer Interessen der westliche Staaten entfallen und somit ist die Verfolgung eigener Interessen innerhalb der kapitalistischen Welt eine durchaus realistische Prognose.

In den letzten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts ist wiederum eine Veränderung der ökonomischen Bedingungen zu beobachten, die gemeinhin als Globalisierung bezeichnet wird. Hierunter ist eine zunehmende Internationalisierung der Produktion zu verstehen, welche durch einen massiv steigenden Welthandel mit Gütern und Dienstleistungen, weltweite Direktinvestitionen, den wachsenden Finanzmarkt und wachsenden Einfluss und steigende Anzahl transnational operierender Unternehmen gekennzeichnet ist. Eine Ursache ist, neben der oben beschriebenen veränderten weltpolitischen Lage, die zunehmende Liberalisierung des Welthandels und der Abbau von Handelshemmnissen.

Bildung der EU als ökonomisches Kalkül ?

Der Grund für den rasanten Wiederaufbau der (west-)europäischen Staaten nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ist vor allem in der massiven Unterstützung der USA durch den Marshallplan zu suchen. Insbesondere der Aufstieg Westdeutschlands, trotz der verheerenden Niederlage als Verursacher des zweiten Weltkrieges, wird als Produkt des „Kalten Krieges“ betrachtet.² Die USA nutzten aber nicht nur die Chance, ihre Position in Europa zu festigen; die amerikanische Industrie benötigte auch die Absatzmärkte einer funktionierenden Weltwirtschaft. In den USA wurden während des Krieges riesige Produktionskapazitäten aufgebaut und demzufolge hatten sich entsprechende Kapitalüberschüsse gebildet, so dass sich Auslandsinvestitionen förmlich anboten.³ In den herrschenden Kreisen Westeuropas wurden jedoch schon frühzeitig weiterführende Gedanken zur Neuformierung eines Nachkriegseuropas formuliert. Zwar überwogen in der öffentlichen Diskussion der ersten Nachkriegszeit Ideen für eine Europakonzeption, welche aus den Kreisen des europäischen Widerstandes gegen den Faschismus entwickelt wurden, jedoch wurden diese bald aufgrund der aufkommenden Gegnerschaft zur Sowjetuni-

stellt werden konnten. Die Waren mussten in den USA gekauft werden und gleichzeitig mussten Investitionen von US-Firmen zugelassen werden.

² Ernest Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa - Amerika, Frankfurt/M., S. 9 ff.

³ Ebd.

on ad acta gelegt.⁴ Die neue Motivation: Um nach wie vor eine maßgebliche Rolle in der Weltpolitik spielen zu können, müsse Europa seine Ressourcen zusammenlegen und einen dritten weltpolitischen Machtblock bilden.⁵

Die Ausgangssituation Europas war somit geprägt von der absoluten Dominanz der USA in politischer, militärischer und ökonomischer Hinsicht. Der Europäische Unternehmerverband UNICE⁶ beschreibt die ökonomische Seite noch Ende der 60er Jahre wie folgt:⁷

- 1964 waren von den 100 größten Gesellschaften der Welt 65 nordamerikanisch, 11 britisch und 5 japanisch; nur 19 kamen aus dem EWG-Raum.

- Volkswagen als größter PKW-Produzent der EWG produzierte ein Fahrzeug gegenüber fünf des größten Produzenten der Vereinigten Staaten, obwohl die Produktion in der EWG bereits 70 Prozent der USA ausmachte.

- Der größte US-amerikanische Stahltrust hatte einen Umsatz, der 3,5 mal über dem des größten Stahltrusts der EWG lag.

- Unter den 500 weltweit größten Unternehmen stand das erste der EWG – die Phillips-Werke in Holland – an 33. Stelle, das erste westdeutsche – Volkswagen – an 34. Stelle, das erste französische – Rhone-Poulenc – an 74. Stelle.

- Die 20 größten nordamerikanischen Gesellschaften hatten einen Umsatz, der dem Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschlands entsprach. Der Umsatz der fünf größten Unternehmen war so groß wie das Bruttoinlandsprodukt Italiens.

Deutlich werden hier die damaligen Größenunterschiede und die Nachteile europäischer Unternehmen in der Weltmarktkonkurrenz:

- Im Unterschied zu den USA besteht die Spezifik des westeuropäischen Zentrums in seiner staatlichen Vielfalt und damit verschiedenen staatlichen Reglementierungen.

- Der Binnenmarkt der nordamerikanischen Konzerne umfasst ein Potential von der Größe Gesamteuropas.

- Aufgrund ihrer Größe verfügen die nordamerikanischen Konzerne über eine höhere Profitmasse, können somit mehr für Forschungszwecke ausgeben und höhere Risiken eingehen.

- Hinzu kommen die durch die permanente Hochrüstung garantierten Gewinne, welche vom Staat gewährleistet werden und höhere staatliche Subventionen.

⁴ Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa*, 3. Auflage, Göttingen 1996, S. 28 ff.

⁵ Ebenda. Die deutsche (Europa-)Politik wurde schon ab 1943 neu angedacht und die europäische Wirtschaftsgemeinschaft der Nachkriegszeit geplant. Vgl.: Reinhard Opitz, *Europastrategie des deutschen Kapitals 1900 - 1945*, 2. Aufl., Bonn 1996, S. 954 ff.

⁶ Union des Industries de la Communauté Européenne (Union der industriellen Vereinigungen Europas).

⁷ Entnommen aus: Mandel, a.a.O., S. 22.

Für das Kapital in Europa, welches sich unter diesen Bedingungen der Konkurrenz auf dem Markt stellen musste, ergab sich damit die notwendige Konsequenz, sich mit anderen Kapitalien zu verbinden. Aus der Konkurrenz wuchs der Zwang zur Konzentration und folglich zu einer internationalen Kapitalverflechtung. Was zunächst – aufgrund der unterschiedlichen nationalen und internationalen Rechtsgrundlagen – im wesentlichen nur als internationale Kooperation möglich war, wurde ab 1958 mit Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) durch den gemeinsamen Wirtschaftsraum wesentlich erleichtert. In der Folge erhöhten sich erwartungsgemäß auch die Firmenzusammenschlüsse in der EWG.⁸ Hinzu kamen staatliche Unterstützungsmaßnahmen, welche bestimmte Industriezweige subventionierten, um diese gegenüber der US-amerikanischen Konkurrenz zu erhalten. Beispiele sind die europäische Flugzeugindustrie (Concorde, Airbus), die Raumfahrt- oder die Stahlindustrie.

Dennoch verlief der Einigungsprozess in Europa in den ersten Jahrzehnten sehr schwierig und zähflüssig: Nachdem 1957 die „Römischen Verträge“ unterzeichnet wurden, dauerte es weitere zehn Jahre, bis sich die damals sechs Mitgliedsländer auf die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft durch die Zusammenlegung der Organe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) einigen konnten. Mit der Vollendung der Zollunion 1968 fielen die Binnenzölle innerhalb der Gemeinschaft und es wurden gemeinsame Außenzölle eingeführt. Nach Begründung des Europäischen Währungssystem (1979) dauerte es bis 1986, bis der Vertrag für die Schaffung eines einheitlichen Europäischen Binnenmarktes mit dem Ziel unterzeichnet werden konnte, diesen bis 1993 umzusetzen. Erst die politischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa brachten auch Dynamik in den Einigungsprozess. Mit dem Vertrag von Maastricht 1991 beschloss die inzwischen auf 12 Mitglieder angewachsene Gemeinschaft eine grundlegende Neuordnung der Gründungsverträge und bildete die Europäische Union mit ihren „drei Säulen“ (Europäische Gemeinschaften, gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik und Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres) und vereinbarte die Währungsunion. 1993 tritt der gemeinsame Binnenmarkt in Kraft, 1995 wächst die Mitgliedszahl auf nunmehr 15 Staaten und 1998 wird der Start der Währungsunion auf den 1.1.1999 festgelegt.

Mit der Einführung der gemeinsamen Währung 1999 in 11 der 15 Mitgliedsstaaten begann zweifelsohne ein neuer Abschnitt der europäischen Staatengemeinschaft. Sie kennzeichnet auch einen Schnittpunkt des zähen Prozesses auf dem Weg der ökonomischen Integration. Der gemeinsame Binnenmarkt mit dem freien Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr ist im Wesentlichen umgesetzt, die weltpolitischen Veränderungen durch den Zu-

⁸ Mandel, a.a.O., S. 32 ff. Der Abschnitt „Internationale Kapitalverflechtung in der EWG“ enthält eine Zusammenfassung der Konzentrationsprozesse in den 60er Jahren.

sammenbruch der sozialistischen Staaten und die damit verbundene Integration der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) konnte bewältigt werden, die ökonomischen Perspektiven durch den hinzu gewonnenen Markt in Osteuropa sind eher positiv.⁹

Die EU im Vergleich zu den USA und Japan

Die ökonomischen Größenverhältnisse werden an der Summe der produzierten Güter und Dienstleistungen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), deutlich. Die Weltwirtschaft ist in den letzten vier Jahrzehnten massiv gewachsen. Wird das Weltbruttoinlandsprodukt gleich 100 gesetzt, entwickelten sich die Anteile an der Wirtschaftsleistung der Europäischen Union (EU)¹⁰ von 26,6 Prozent (1958) auf 27 Prozent (1999), die der Vereinigten Staaten von 45,8 Prozent auf 30,2 Prozent und die Japans von 3,2 Prozent auf 14,3 Prozent. Deutlich wird das ökonomische Gewicht dieser drei Zentren: Sie vereinigen über 70 Prozent des Welt-BIP auf sich.

Um dieses Bild noch weiter zu differenzieren, ist eine Bewertung des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf der Einwohner des jeweiligen Landes sinnvoll, da sich so die unterschiedlichen Größenordnungen der Bevölkerung auf der Basis der durchschnittlichen nationalen Produktivität aller Branchen betrachten lassen. Wird dazu die EU gleich 100 gesetzt, ergibt sich folgendes Bild:¹¹

- Japan erreicht bis 1980 in etwa die Produktivität der Europäischen Union und überholt die EU bis 1995 um 15 Punkte, was sich aber bis zum Jahr 2000 wieder auf 6 Punkte reduziert.

- Die USA verlieren bis 1990 ca. 20 Punkte, holen dieses aber bis zum Jahr 2000 wieder auf, so dass der Verlust nur 6 Punkte beträgt.

Somit ist die Produktivität in der EU und in Japan in etwa gleich, während die Produktivität der USA die der EU um das 1,5-fache übersteigt.¹² Zusammenfassend kann aber festgestellt werden, dass die Wirtschaftskraft der Europäischen Union und auch Japans im Verhältnis zu den USA zugenommen hat.

Die Bedeutung der EU für den Welthandel

Das weltwirtschaftliche Gewicht einer Volkswirtschaft kann unter anderem an dem Anteil der exportierten Güter und Dienstleistungen gemessen werden. Im

⁹ Diese Bewertung bezieht sich allein auf die ökonomische Situation des Kapitals. Soziale Kriterien sind nicht Gegenstand dieses Artikels. Vgl. hierzu: Wolfgang Däubler, Die Soziale Dimension des Vereinigungsprozesses; in: W. Weidenfeld, Europa Handbuch, Bonn 1999, S. 522 ff.

¹⁰ Die herangezogenen Statistiken der UNCTAD sind vom Verfasser jeweils auf die Daten der 15 Mitgliedsländer berechnet worden.

¹¹ Quelle: Europäische Kommission, Europäische Wirtschaft - Nr. 70, Luxemburg 2000, Tab. 9.

¹² Allerdings ist hierbei der unterschiedliche Konjunkturverlauf in den USA und der EU zu berücksichtigen, welcher in den letzten Jahren den USA ein höheres Wirtschaftswachstum bescherte, während dieses in der EU erst später einsetzte. Ein genauere Bewertung müsste anhand der Entwicklung einzelner Branchen vorgenommen werden.

Folgenden soll daher die Entwicklung der Anteile der drei Zentren mit dem Welt-Gesamtexport verglichen werden, ebenso deren globale Importanteile. Hierzu ist folgendes festzustellen¹³:

- Die EU steigert ihren Anteil am Weltexport von 30,7 Prozent (1950) auf 35,2 Prozent (2000). Der Anteil am Gesamtimport sinkt dagegen von 36,2 Prozent (1950) auf 34,3 Prozent (2000).

- Die USA verzeichnen 1950 einen Anteil von 16,2 Prozent und 2000 12,3 Prozent. Der Importanteil steigt von 15,1 Prozent im Jahr 1950 auf 19,3 Prozent im Jahr 2000.

- Japan steigert den Anteil von 1,3 Prozent (1950) auf 7,6 Prozent (2000). Der Importanteil steigt etwas geringer an, von 1,5 Prozent (1950) auf 5,8 Prozent (2000).

Zu berücksichtigen ist aber, dass der Export für die USA aufgrund der enormen Größe des Binnenmarktes lange Zeit keine so große Rolle spielte. Als Importland war es dagegen für die EU und Japan interessant. Japan hat zudem die eigene Volkswirtschaft nach außen abgeschottet, so dass Exporte nach Japan u.a. aufgrund von Zöllen wenig attraktiv waren. Der Anteil der EU muss relativiert werden, da in den Statistiken wegen der staatlichen Souveränität der einzelnen Mitgliedsstaaten der Handel innerhalb der EU als Export gezählt wird. Wird dieser EU-Intrahandel herausgerechnet, hat die EU dennoch den größten Anteil am Welt-Gesamtexport. Deutlich wird in der Gesamtbetrachtung auch hier, dass die genannten Wirtschaftszentren einen dominierenden Einfluss auf die Weltwirtschaft haben. Jeweils knapp 60 Prozent der Exporte der Importanteile gehen aus den oder in die drei Zentren.

Diese Gesamtzahlen deuten zunächst nur an, dass die drei Wirtschaftszentren den Welthandel stark beeinflussen. Eine genauere Aussage ermöglicht die Betrachtung nach Regionen, da hier die Bedeutung der Exporte und damit der Wirtschaftsbeziehungen für diese Regionen deutlich wird. Wiederum im Vergleich ergibt sich folgendes Bild¹⁴:

- Der Export in die Entwicklungsländer insgesamt hat für alle drei Wirtschaftszentren relevante Größenordnungen. Der Anteil der EU-Exporte zwischen 1980 und 1999 sank von 26,3 Prozent auf 19,4 Prozent, während die US-Exporte von 16,4 Prozent auf 18,3 Prozent stiegen und die japanischen Exporte mit knapp 13 Prozent stabil blieben.

- Eine Aufteilung der Entwicklungsländer nach den verschiedenen Regionen verändert die jeweilige Bedeutung der drei Zentren für die Regionen. In Westasien dominiert 1999 die EU mit 38,6 Prozent; während aus den USA 10,5 Prozent der Exporte in diese Region gelangen, sind es aus Japan lediglich 6,6 Prozent. In Mittel- und Südamerika dominieren die Exporte aus den USA

¹³ Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), Handbook of International Trade and Development Statistics, Geneva, div. Ausgaben 1969 - 2000.

¹⁴ Quelle: UNCTAD, Handbook of International Trade and Development Statistics, a.a.O.

mit 44,6 Prozent der Gesamtexporte. Dieser Anteil konnte zwischen 1980 und 1999 um 14,5 Prozent gesteigert werden. Die EU-Exporte blieben um 18 Prozent und die Japans um 6 Prozent relativ stabil. Die Entwicklungsländer Afrikas beziehen 1999 ihre Importe zu 50 Prozent aus der EU (1980: 54 Prozent), zu 7,4 Prozent aus den USA (1980: 7,5 Prozent) und zu 3,8 Prozent aus Japan. Relativ gleich sind die EU und die USA 1999 in der Region der ‚anderen asiatischen Entwicklungsländer‘ (unter anderem China) vertreten, mit jeweils gut 12 Prozent. 1980 waren hier die Exporte aus Japan mit 21 Prozent führend, die EU war mit 12 Prozent und die USA mit 15,7 Prozent beteiligt.

- In Mittel- und Osteuropa dominiert 1999 mit Abstand die EU mit über 58,3 Prozent (1980: 16,5 Prozent). Die Exportanteile aus den USA (1980: 3,3 Prozent bzw. 1999: 2,5 Prozent) und Japan (1980: 2,5 Prozent, 1999: 1,0 Prozent), spielen zu dem Zeitpunkt eine untergeordnete Rolle.

Eine weitere Vergleichsmöglichkeit ergibt sich aus der Bedeutung des Handels der Wirtschaftszentren untereinander, da so die Relevanz des jeweiligen Marktes für die eigene Produktion deutlich wird. Hier fällt auf, dass die Europäische Union 1999 über 60 Prozent ihres Exportes innerhalb der Mitgliedsstaaten abwickelt. Auf die USA entfallen 8,7 Prozent, auf Japan 1,7 Prozent der Exporte. Für den Export der USA stellen die Länder der EU einen Anteil von 22,1 Prozent und Japan von 8,4 Prozent. Japan liefert dagegen fast die Hälfte seiner Exporte in die USA (27,5 Prozent) und in die EU (15,8 Prozent). Allerdings weisen lediglich die japanischen Exporte vorzeigbare Steigerungen auf, während der Anteil der Exporte der USA in die EU sinkt und der Export nach Japan nur geringfügige Steigerungen aufweist.¹⁵

Die Europäische Union hat nach dem vorliegenden Datenmaterial – trotz eines stark dominierenden Intra-Handels – relativ und in absoluten Zahlen eine gefestigte Position auf dem Weltmarkt und kann damit wesentlich auf die Gestaltung der Verhältnisse Einfluss nehmen.

Entwicklung der Direktinvestitionen

Die Entwicklung der Direktinvestitionen wird als ein wesentliches Merkmal der Globalisierung der Wirtschaft betrachtet.¹⁶ Bei den Direktinvestitionen handelt es sich um Kapitalexport im Wesentlichen durch Unternehmen in ein anderes Land mit dem Ziel, dort ‚Betriebsstätten oder Tochterunternehmen zu errichten, ausländische Unternehmen zu erwerben oder sich an ihnen mit einem Anteil zu beteiligen, der einen entscheidenden Einfluss auf die Unternehmenspolitik gewährleistet.‘¹⁷ Der Anteil der Direktinvestitionen aus den jeweiligen Ländern ist daher auch ein Indikator für die Kapitalmacht bzw. den

¹⁵ Quelle: UNCTAD, Handbook of International Trade and Development Statistics, a.a.O.

¹⁶ Gobert Derks/Axel J. Halbach, Direktinvestitionen weltweit auf Rekordhöhe - Sind Arbeitsplätze in Deutschland bedroht, gewinnt die Dritte Welt, in: IFO-Schnelldienst Nr. 30/96, München 1996, S. 24.

¹⁷ Gabler-Wirtschaftslexikon, CD-Rom, 14. Auflage, Wiesbaden 1998

Einfluss des jeweiligen Kapitals im Ausland. Für die Europäische Union zeigt sich folgendes Bild:¹⁸

- Der Anteil der EU an den ausländischen Direktinvestitionen sinkt von 51,6 Prozent in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auf 44 Prozent in der Mitte der 90er Jahre und steigt rasant auf 67,2 Prozent im Jahr 2000. Der Grund für das zeitweilige Sinken der Anteile ist in der massiven Abnahme der Direktinvestitionen vor allem Deutschlands zu sehen, was mit dem Anschluss der DDR im Zusammenhang steht.

- Aus den USA stieg der Anteil bis zu einem Höchststand 1993 auf 31,3 Prozent und sank bis zum Jahr 2000 auf 12,1 Prozent. In Japan sank der Anteil seit dem Beginn der 90er Jahre von 15,9 Prozent auf 2,8 Prozent im Jahr 2000.

Noch klarer als bisher wird hier die dominierende Stellung der Wirtschaftszentren EU, USA und Japan: Über 80 Prozent der weltweiten Direktinvestitionen kommen aus diesen Ländern.

Entsprechend den jährlichen ausländischen Direktinvestitionen entwickelte sich der weltweite Bestand an ausländischen Produktionsvermögen. Auch hier dominieren die Triade-Länder und konzentrieren 77,5 Prozent des Bestandes auf sich. Im Vergleich stellt sich folgende Entwicklung dar:¹⁹

- Die Unternehmen der EU steigern ihre Anteile zwischen 1980 und 2000 von 40,7 Prozent auf 52 Prozent.

- Die US-Konzerne verlieren im Weltmaßstab. Der Anteil sinkt von 42 Prozent auf 20,8 Prozent in dem genannten Zeitraum..

- Die japanischen Unternehmen steigern ihren Anteil geringfügig von 3,6 Prozent auf 4,7 Prozent.

Fusionen und Übernahmen - Konzentration in der EU

Direktinvestitionen haben in der Vergangenheit traditionell eher die Neuan siedlung von Unternehmen in anderen Ländern zum Ziel gehabt. Daher war es für die Volkswirtschaften attraktiv, Zielland dieser Investitionen zu sein, da hiermit z.B. auch neue Arbeitsplätze verbunden waren. Seit Mitte der 80er Jahre hat sich dies jedoch grundlegend gewandelt, die Bedeutung von Fusionen und Übernahmen hat rasant zugenommen.²⁰

Die erste große Fusionswelle in Europa fand im Zeitraum von 1958 bis 1970 statt und stand im Zusammenhang mit dem Abbau der Handelsschranken nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Der Beschluss des EG-

¹⁸ Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), World Investment Report - Trends and Determinants, New York and Geneva, Jahrgänge 1997 und 2001.

¹⁹ Quellen: UNCTAD, World Investment Report 1997 und 2001, a.a.O.

²⁰ Heidemarie Sherman, Globalisierung: Transnationale Unternehmen auf dem Vormarsch, in: IFO-Schnelldienst Nr. 23/96, München 1996, S. 3 ff.

Ministerrates, von 1986 bis Ende 1992 den gemeinsamen Binnenmarkt einzuführen und dessen Umsetzung zum 1.1.1993 zu realisieren, setzte eine zweite Welle von Fusionen und Übernahmen in Gang. Die Konzerne versuchten, sich einen möglichst großen Marktanteil am Binnenmarkt zu sichern. Symptome dafür waren die Beschleunigung der nationalen Konzentration, also der Zusammenfassung von Unternehmen auf nationaler Ebene. Allein in Deutschland lag die Zahl der Fusionen zwischen 1973 und 1986, also vor der Verkündigung des Binnenmarktes, im Jahresdurchschnitt bei 506 Fällen. In der Zeit von 1986 bis 1993 erhöhte sie sich auf 1384 im Jahresdurchschnitt.²¹ Während bis 1985 die Unternehmenskonzentration vorwiegend auf nationaler Ebene stattfand, änderte sich dieses mit der angestrebten Einführung des gemeinsamen Binnenmarktes.

Der Anteil der *nationalen* Fusionen und Übernahmen (F&Ü) steigerte sich bis zu einem Höchstwert 1987, um dann seit 1991 wieder zu sinken. Trotzdem stellen sie immer noch mehr als die Hälfte aller F&Ü. Die *inneregemeinschaftlichen* Konzentrationen von Unternehmen verzeichnen nach einem rasanten Anstieg bis 1990 zunächst Stagnation; seit 1994 steigen sie wieder langsam an. Der Anteil der *internationalen* Zusammenschlüsse, bei denen EU-Konzerne als Käufer auftreten, steigt seit 1992 stetig an. Ebenso steigt der Anteil der internationalen Zusammenschlüsse, bei denen EU-Konzerne übernommen werden bis auf 17 Prozent.²²

Bei Betrachtung der Weltwirtschaft ist zu beobachten, dass sich die Fusionswelle nicht allein auf den europäischen Raum beschränkt. Die nach Umfang der Werte bedeutendsten Fusionen fanden von jeher und finden nach wie vor in den USA statt.²³ Weltweit stiegen die Werte der F&Ü von 1994 bis 1999 von 500 Mrd. US-Dollar auf 3,4 Billionen US-Dollar, also auf das Siebenfache. Zirka 22 Prozent dieses Wertes entfallen auf die 10 größten Zusammenschlüsse.²⁴ Unter den 10 „Spitzenreitern“ des Jahres 1997 befinden sich z.B. sieben amerikanische, zwei schweizerische und eine britische Transaktion. 1998 folgten acht amerikanische und zwei Übernahmen von US-Firmen durch europäische Unternehmen.²⁵ Die Zunahme der Fusionen und Übernahmen ist somit nicht nur durch den Europäischen Binnenmarkt zu erklären.

Die Unternehmen konnten in den letzten Jahrzehnten ihre Gewinne massiv steigern, bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit und stagnierender Entwick-

²¹ Heinz-J. Bontrup, Konzentrationsprozesse in der Europäischen Union, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/1995, S. 1376 ff.

²² Europäische Kommission, Europäische Wirtschaft - Beiheft A, Nr.2/99 - Fusionen und Übernahmen, Brüssel 1999.

²³ Vgl. Sherman, a.a.O., S 10.

²⁴ Jörg Huffscheid, Mega-Fusionen und „neue Ökonomie“, in: J. Bischoff/P. Boccara/K.G. Zinn, Die Fusionswelle - Die Großkapitale und ihre ökonomische Macht, Hamburg 2000, S. 58 ff.

²⁵ Europäische Kommission, Europäische Wirtschaft - Beiheft A, Nr.2/99, a.a.O., S. 15.

lung oder nur gering steigenden Wachstumsraten. In dieser Situation machte es wenig Sinn, neue Produktionsanlagen zu erstellen, das heißt, die Gewinne wurden für den Aufkauf bestehender Anlagen genutzt. Es handelte sich zudem um Transaktionen, die eine Konzentration auf das Kerngeschäft beabsichtigten, bei gleichzeitigem Verkauf von Tochterunternehmen, die nicht zu diesem Kerngeschäft gehörten. Bisher war es üblich, vor- und nachgelagerte Produktionsstufen zu kaufen, um die eigenen Beschaffungs- und Absatzkanäle zu sichern.²⁶ Auch die Welle der Privatisierungen im Zuge der neoliberalen Politik in den europäischen Ländern hat zu vermehrten Übernahmen beigetragen. Durch eine Politik der Haushaltskonsolidierung durch den Verkauf von bisher staatlichen Unternehmen (z.B. Telekommunikation, Luftfahrt) öffneten sich neue Märkte für den Wettbewerb und die Sicherung von europaweiten Absatzmärkten der Konzerne.

Es besteht eine *Tendenz der Internationalisierung* von Fusionen und Übernahmen. Diese stellt aber noch nicht die Hauptrichtung dar. Weiterhin sind *nationale* Transaktionen vorherrschend und zielen darauf ab, die inländische Basis zum Schutz gegen Übernahmen von außen zu stärken. In der Regel kauft ein Großkonzern einen kleineren Konzern im Ausland. Spektakuläre Megafusionen beschränken sich auf wenige Bereiche.²⁷

Die Stellung und Förderung der europäischen Konzerne auf den internationalen Märkten wird von der Europäischen Kommission alljährlich einer Analyse unterzogen.²⁸ „Angesichts der Globalisierung bleibt die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen hoch und verbessert sich sogar in manchen Bereichen. Dieser Gesamtbefund bedarf allerdings einer Nuancierung, weil der Spezialisierungsgrad der europäischen Industrie Schwächen aufweist. Die europäischen Firmen machen auch weniger Gebrauch von innovationsfördernden Instrumenten (Forschung, Patente, Risikokapital und Allianzen). Regelung und Handhabung dieser Instrumente im Gemeinschaftsmaßstab sind verbesserungsbedürftig.“²⁹ In den genannten Bereichen befinden sich die europäischen Konzerne danach im Vergleich zu den US-Konzernen im Rückstand. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaft und angesichts der wenig risikobereiten Aktivitäten der europäischen Konzerne mahnt die Kommission eine Anpassung der Industriepolitik dahingehend an, innovationsfreudige Unternehmen zu fördern, welche „bereit sind und in der Lage sind, den Weltmarkt zu erobern.“³⁰ Unterstrichen wird hier noch einmal der Sinn und Zweck

²⁶ Huffscheid, a.a.O., S. 61 ff.

²⁷ Ebd.

²⁸ Europäische Kommission, Mitteilungen der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Wirtschafts- und Sozialausschuss: Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen angesichts der Globalisierung - Wie man sie fördern kann, Brüssel 1999.

²⁹ Ebd. S. 11.

³⁰ Ebd. S. 22.

des europäischen Binnenmarktes als Ausgangsbasis der europäischen Wirtschaft und wie dieser weiter ausgestaltet werden sollte.³¹ Diese Politik hat sich auch bis auf die nationale Ebene durchgesetzt. Mögliche Bedenken, dass durch die Konzentrationsprozesse marktbeherrschende Stellungen und damit auch politische Einflussnahme verbunden sein könnten, bestehen gemeinhin nicht mehr. Im Gegenteil, der Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland stellt hierzu in seinem Wirtschaftsbericht fest: „Die Wettbewerbspolitik hat die Aufgabe, solche Strategien (der Großfusionen) der Wirtschaft mit grenzüberschreitenden Regelungsmechanismen fördernd zu begleiten.“³²

Neben den Fusionen und Übernahmen verdeutlicht ein weiterer Punkt, in wie weit diese Prozesse inzwischen als Selbstverständlichkeit betrachtet werden. Zunehmende Bedeutung erlangen auch so genannte „grenzüberschreitende strategische Allianzen ohne Kapitalverflechtung.“³³ Dahinter steht nichts anderes als die Kooperation von Konzernen „um Synergien und Skalenvorteile auszuschöpfen und die Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Unternehmen zu fördern.“³⁴ Die Gründe liegen im „enormen Wettbewerbsdruck, der dazu zwingt, schnell und kostengünstig neue, auch unbekannte Märkte zu erschließen“³⁵ und damit die Wettbewerbsposition zu verbessern. Die Bildung von Kartellen und Monopolen ist somit politisch gewollt.

Transnationale Konzerne

Die Veränderungen der Weltwirtschaft lassen sich zunächst an einem massiv gestiegenen Anteil der weltweiten Exporte und der Direktinvestitionen festmachen. Diese allein könnten mit der Liberalisierung des Handels mit Gütern und Dienstleistungen oder des Kapitalverkehrs erklärt werden. In den letzten Abschnitten wurden allerdings schon Besonderheiten hinsichtlich der Veränderung der Weltwirtschaft deutlich. Sie äußerten sich zum Einen in dem Bestand an ausländischen Produktionsvermögen und zum Anderen an der zunehmenden Zahl von internationalen Fusionen. Beides sind Kennzeichen von zentralen Akteuren auf dem Weltmarkt, den Transnationalen Unternehmen³⁶. Transnationale Konzerne gibt es zwar schon seit langem, insbesondere seit der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, aber nicht im heutigen Ausmaß. Die rasant gestiegenen ausländischen Direktinvestitionen haben die Bildung von Trans-

³¹ Ebd. S. 28.

³² Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Wirtschaftsbericht 2000, Berlin 2000, S. 16.

³³ Sherman, Heidemarie C., Globalisierung: Transnationale Unternehmen auf dem Vormarsch, ebd. S. 12

³⁴ Ebd., S. 13.

³⁵ Ebd.

³⁶ Transnationale Unternehmen (oder Transnational Cooperations) bezeichnen grenzüberschreitend tätige Unternehmen, welche in ausgewählten wenigen Ländern mit Direktinvestitionen (Vertriebseinheiten, Produktionsstätten) tätig sind und sich durch regionale Differenzierung an die jeweiligen (Landes-) Gegebenheiten anpassen. Vgl. Gabler-Wirtschaftslexicon, a.a.O.

nationalen Unternehmen und deren Tochtergesellschaften geradezu forciert. Von 1969 bis 1993 nahm die Anzahl dieser Unternehmen von 7.000 auf 27.000 zu. 1997 waren es bereits 44.000, und bis 1999 stieg die Anzahl auf 60.000 Unternehmen mit über 800.000 Tochterunternehmen.³⁷ Die wichtigsten Herkunftsländer dieser Unternehmen sind die EU, die USA und Japan. Unter den 100 größten Transnationalen Unternehmen des Jahres 1995³⁸ haben 39 ihre Basis in der EU, 30 in den USA, und 18 in Japan. Zudem sind diese Konzerne nicht nur von der Dimension her groß, sondern auch stark konzentriert. Diese ‚Top 100‘ – also 0,25 Prozent – der Transnationalen Konzerne vereinigen 20 Prozent des ausländischen Kapitalstocks auf sich. Der Stellenwert dieser Konzerne für die Entwicklung der Weltwirtschaft wird zunehmend größer und somit deren Entwicklung zu einem der wichtigsten Faktoren des Wachstums der Weltwirtschaft.³⁹ Schon heute sind die Transnationalen Konzerne maßgeblich verantwortlich für den grenzüberschreitenden Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Finanzkapital und Technologie. So sind z.B. 40 Prozent des japanischen Außenhandels Intra-Handel zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften einzelner Konzerne. Ebenso in den USA: 80 Prozent der im Ausland verkauften US-Waren repräsentieren eigentlich keine Exporte, sondern Transaktionen zwischen Transnationalen Konzernen über Tochterfirmen oder konzerninternen Handel.⁴⁰

Ein wesentlicher Fakt, der den Stellenwert dieser Konzerne so massiv verändert, ist der technische Fortschritt vor allem in der Informations- und Kommunikationstechnologie. Während früher die Tochtergesellschaften weitgehend autonom agieren konnten und von ihren Konzernen mit Ressourcen und Spezialkenntnissen ausgerüstet wurden, stellen sich diese Konzerne heute als ein eng verbundenes – wie ein Nervensystem funktionierendes – Netzwerk dar. Die technische Entwicklung macht die Abstimmung einer Vielzahl von Aktivitäten möglich, die es den Konzernen erlaubt, die Strategien, Normen und den Austausch von Informationen und Ressourcen in eine gemeinsamen Wettbewerbsstrategie einfließen zu lassen.⁴¹ Für die einzelnen Nationalökonomien wird es dadurch zunehmend schwieriger, die jeweiligen Konzerne mit ihrem Umsatz, Kapital, Beschäftigung oder Handel überhaupt noch zu erfassen bzw. deren Situation zu beurteilen.

Gerade die Existenz transnationaler Konzerne nährt die Auffassung, dass es in

³⁷ United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), World Investment Report 1997, New York 1997; S. 3; World Investment Report 2001, New York 2001, S. 5.

³⁸ United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), World Investment Report 1997, a.a.O., Chapter I, Table I.7, S. 29. Eine neue Liste der 100 größten TNU ist im Report 2001 nicht enthalten. Lediglich die Angabe, dass 90 von den 100 aus den drei Wirtschaftszentren stammen. Banken sind im übrigen in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt.

³⁹ Sherman, a.a.O., S. 5.

⁴⁰ Fred Schmid, Transnationale Konzerne - Akteure der Globalisierung, in: ISW-Report Nr. 34, München 1998, S. 2.

⁴¹ Sherman, a.a.O.

der Entwicklung der Weltwirtschaft – und hier insbesondere der Wirtschaftszentren – zu einer immer engeren Verflechtung kommt, dass gerade „die Wirtschaftsräume Nordamerika und EU (...) zu einem transatlantischen Wirtschaftsraum und -block“⁴² zusammenwachsen. Die Bedeutung der Nationalökonomien und des Nationalstaates würden darüber hinaus abnehmen und „der Kurs in Richtung einer ‚Global Governance‘ unter dem Diktat der Multis“⁴³ gehen. Von dieser Annahme ausgehend ist es nicht weit, auch die Rivalitäten zwischen den Wirtschaftszentren zu negieren und im Wesentlichen eine gemeinsame kollektive Interessenlage der heutigen Großmächte zu sehen. Diese Auffassung ist aber umstritten. Wie in den vorherigen Kapiteln entwickelt, besteht nach wie vor eine Rivalität der Wirtschaftszentren auf den Weltmärkten. Insbesondere die im letzten Kapitel dargestellte gegenseitige Beobachtung der Fusionsprozesse und daraus folgende Maßnahmen widersprechen der genannten Auffassung. Noch deutlicher wird dieses bei einer genaueren Betrachtung der ökonomischen Rivalitäten auf einzelnen Märkten⁴⁴ und am Beispiel der Militärpolitik der EU⁴⁵ und der USA.

Fazit

In der Schlussklärung der Konferenz des Europäischen Rates vom März 2000 in Lissabon heißt es: „Die Union hat sich heute ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen.“⁴⁶ Gleichzeitig sieht sich die Europäische Union durch die Globalisierung mit einem „Quantensprung“ konfrontiert, welcher eine „tiefgreifende Umgestaltung der europäischen Wirtschaft“ erforderlich macht.⁴⁷ Diese Formulierungen machen deutlich, dass die Europäische Union ihre Position in einer sich veränderten Welt bestimmt. Die formulierte Zielsetzung, den „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum“ zu gestalten, assoziiert den Gedankengang, dass es bisher nur um ein Aufholen ging und jetzt das Überholen ansteht. Hierzu lässt sich folgendes feststellen:

⁴² Leo Mayer/Fred Schmid, Wirtschaftskrisen des globalisierten Kapitalismus, in: Garmreiter/Galbraith/Mayer/Schmid/Schuhler/Wolff, Krise und Krieg - Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V., ISW Report Nr. 49, München 2001, S. 9.

⁴³ Ebd., S. 11.

⁴⁴ Dies lässt sich zur Zeit am besten an dem Handelskonflikt im Stahlmarkt nachweisen. Letztlich versucht die US-Regierung, die US-Konzerne zu schützen, welche längst nicht mehr konkurrenzfähig sind. Hier vollzieht sich seit Jahrzehnten ein Niedergang der US-Stahlindustrie.

⁴⁵ Die EU-Mitgliedsstaaten sind bestrebt, eine relative Unabhängigkeit von NATO und den USA zu erreichen. Insbesondere Frankreich und Deutschland setzen auf einen eigenständigen militärpolitischen Kurs.

⁴⁶ Europäischer Rat, Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, S. 5, www.europa.eu.int

⁴⁷ Ebd. S. 1.

- Die Europäische Union ist derzeit der erfolgreichste Zusammenschluss von Staaten, welche die größten Fortschritte mit Blick auf die Gestaltung einer gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Vereinigung vollzogen haben. Andere Wirtschaftsblöcke, wie z.B. die NAFTA, befinden sich eher noch im Anfangsstadium.

- Die ökonomische Entwicklung der EU im internationalem Vergleich ist ebenfalls positiv zu werten. Die EU konnte trotz qualitativer Veränderungen in der Weltwirtschaft ihre Stellung behaupten. Zwar haben die USA im Verhältnis wenig von ihrer Wirtschaftskraft eingebüßt und Japan kann auf eine rasantere Entwicklung verweisen als die EU, dennoch „zwingt das Schwergewicht EU zu Anpassungsleistungen“, was die Bedeutung der EU für den Weltmarkt verdeutlicht.

- Mit der schrittweise geplanten Erweiterung der EU im Wesentlichen durch die Staaten Osteuropas kann sich die Ausgangslage weiter verbessern. Gestützt wird diese Annahme dadurch, dass der Handel mit Ost-Europa schon weitgehend durch die EU bestimmt wird, somit die Absatzmärkte gesichert sind und der Handel durch die vorgesehene Angleichung der Bestimmungen für den EU-Beitritt dieser Länder erleichtert wird. Dazu haben sich die EU-Konzerne durch den Aufkauf privatisierter, ehemals staatlicher Betriebe in Osteuropa eine starke Ausgangsposition gesichert,⁴⁸ wodurch die Marktherrschaft nicht gefährdet ist.

- Als neue Akteure auf dem Weltmarkt werden die Transnationalen Konzerne betrachtet. Auch hier haben die größten Konzerne ihre „Heimatbasis“ in der EU. Gemessen am Anteil des ausländischen Produktionsvermögens haben die EU-Konzerne eine führende Stellung in der Welt.

- Die politischen Veränderungen in den letzten 10 Jahren fördern jedoch auch die Rivalitäten der Wirtschaftszentren untereinander, wobei Japan eher die Rolle eines Juniorpartners einnimmt. Gemessen an den „Giganten“ EU und USA ist Japan – absolut gesehen – ökonomisch eher klein und beginnt erst seinen Einflussbereich auszubauen.

Im Vergleich der EU zu den USA werden die Größenverhältnisse sowohl hinsichtlich des Marktes als auch der Konzerne deutlich. Die Berichte der EU-Kommission zur Wettbewerbsfähigkeit machen aber deutlich, dass sehr genau auf die Stellung der Konzerne in der Weltwirtschaft geachtet wird. Die Förderung von Konzernen mit dem Ziel der Eroberung des Weltmarktes lässt erkennen, dass die Interessen der Konzerne die Handlungsweise der EU bestimmen. Dieses ist auch nur folgerichtig, wenn man berücksichtigt, dass die Transnationalen Konzerne als die treibenden Kräfte der Globalisierung betrachtet werden. Wurde bisher die ökonomische Macht auf nationalstaatlicher Ebene zur Durchsetzung der Konzernziele eingesetzt, bedarf es jetzt für einen transnational agierenden Konzern auch der Institutionen, welche auf internati-

⁴⁸ Huffschmid, a.a.O., S. 64.

onaler Ebene diese Interessen wahrnehmen. Daher kann die Europäische Union auch als die europäische Form der Globalisierung betrachtet werden.

Der wachsende Umfang des Welthandels macht eine internationale Koordination der Wirtschaftspolitik erforderlich. Diese Aufgaben werden durch die Abkommen über die Welthandelsorganisation (WTO) wahrgenommen. Konfliktlinien zeigen sich zum Einen in den Verhandlungen zu den einzelnen Abkommen deutlich, zum Anderen in den „Handelskriegen“, welche letztlich durch Institutionen der WTO geschlichtet werden müssen. Die Beispiele der letzten Jahre lassen durchaus unterschiedliche Interessen erkennen, welche schnell zu Missstimmungen zwischen den Wirtschaftszentren führen können.

Die beschriebene Entwicklung der EU und die Handlungen der Mitgliedstaaten sind an einem Wendepunkt angelangt. Bei der Gründung in den 50er Jahren war die heutige EU sicherlich im Wesentlichen ein Produkt des Kalten Krieges. Mit der Einbeziehung Deutschlands wollten die westeuropäischen Mächte vor allem ein wiedererstarkendes Deutschland unter Kontrolle behalten. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges standen bis in die 80er Jahre hinein die gemeinsamen Interessen gegen die sozialistischen Staaten im Vordergrund, während sich aber politisch und vor allem ökonomisch ein Gleichgewicht zwischen den USA und der EU entwickelte. Das Ende der Systemkonkurrenz markiert einen Einschnitt in diesen Beziehungen. Bei der Veränderung der Weltordnung und deren Gestaltung hat ein Kampf um die globalpolitischen Machtverhältnisse begonnen. Die kapitalistischen Systeme versuchen, sich ihre Einflussbereiche zu sichern. Interessenskonflikte hat es dabei auch früher gegeben, allerdings unter anderen Vorzeichen. Die erneute Aufteilung der Welt hat vor zehn Jahren begonnen und wird noch viel Zeit in Anspruch nehmen. Zudem existieren nicht kalkulierbare Unsicherheiten der weltwirtschaftlichen Entwicklung und damit auch der Machtverhältnisse. Einerseits werden ganze Regionen von der Entwicklung ausgeschlossen (z.B. Afrika), andererseits entwickelt sich im asiatischen Bereich unter Umständen mit China ein neuer wirtschaftlicher Gigant mit kaum absehbaren Folgen für die Veränderung der internationalen Machtverhältnisse.

Leo Panitch

Neuer Imperialismus – neue Imperialismustheorie

Am 18. 10. 2002 hatte die Redaktion Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem kanadischen Marxisten Leo Panitch, Herausgeber des „Socialist Register“, der sich zusammen mit Sam Gindin, dem ehemaligen Chefökonom und Vizepräsidenten der Canadian Auto Workers' Union, zu Forschungszwecken in der Bundesrepublik aufhielt. Beide hatten an der Marburger Tagung „Emergence of a New Euro Capitalism?“ teilgenommen (siehe den Bericht von Stephan Heidbrink und Stefan Schoppengerd in diesem Heft). Die Fragen stellten André Leisewitz und David Salomon. Übersetzung: Ingar Solty.

Kanadische Besonderheiten

Z: Leo Panitch, können Sie uns zunächst einen kurzen Überblick über ihren politischen und wissenschaftlichen Hintergrund geben? Woran arbeiten sie, warum sind sie nach Deutschland gekommen?

Panitch: Hintergrund ist natürlich ein sehr vager, weitreichender Begriff. Es ist aber interessant, daß Sie zunächst nach dem politischen und dann dem wissenschaftlichen Hintergrund fragen. Das ist sehr gut. Ich bin schon immer ein unabhängiger Marxist gewesen. Ich habe nie zu einer der sozialistischen, kommunistischen, trotzkistischen oder maoistischen Parteien gehört; das aber nicht einmal, um nicht Teil einer Partei zu sein. Meiner Generation der Linken der sechziger Jahre ist es nicht gelungen, effektive Massennachfolger der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterklasseparteien zu bilden; obwohl wir, den sowjetischen Typus einer sozialistischen Partei und die sozialdemokratischen Parteien ablehnend, in den sechziger Jahren zu SozialistInnen wurden. Und wir lagen richtig in unserer Einschätzung, daß beide gegen Ende des 20. Jahrhunderts den uns heute bekannten Weg eingeschlagen haben würden. Das wußten wir bereits seit den Sechzigern. Aber im Gegensatz zu früheren Generationen konnten wir keine bedeutsamen Alternativen bilden; und für mich sah es nie so aus, als würden die trotzkistischen und maoistischen Parteien diesen Weg nicht gehen. Teilweise, weil sie eine veraltete und bolschewistische Sprache sprachen, die nicht in diese Zeit paßte.

Das ist mein politischer Hintergrund. Trotz allem habe ich schon immer mit Gewerkschaften und mit unterschiedlichen politischen Organisationen zusammengearbeitet, die zwar alle kleinere Parteien waren, aber versuchten, größere Einheiten zu schaffen, woran sie aber scheiterten. Ich bin Herausgeber des „Socialist Register“, eine der bedeutenderen englischsprachigen marxistischen Zeitschriften, welche seit 1964 erscheint. Gegründet wurde sie von meinem Mentor, Professor Ralph Miliband von der London School of Economics, an der ich als junger kanadischer Student bis zu meinem ersten Abschluß studierte. Dort lebte ich dann auch von den späten sechziger Jahren bis zu den frühen siebziger Jahren und ging danach für politische sowie wis-

senschaftliche Aktivitäten zurück nach Kanada. Im Gegensatz zu so vielen Marxisten in Deutschland hatte ich das Glück, in einem ideologisch wenig gebildeten Land zu leben, nicht im unmittelbaren Gefahrenbereich des Kalten Krieges und nicht gefährdet durch staatliche Reaktionen auf eine militante, politisch militante Arbeiterklasse, auch wenn die kanadische Arbeiterklasse industriell (in Lohnkämpfen, d. Übers.) militant ist. Ein Marxist an der Universität zu sein war so etwas wie Mode; und als ein Marxist ist es mir gelungen, eine, was den kanadischen Staat anbelangt, völlig unumstrittene, unbehelligte Laufbahn hinzulegen. Je mehr Bücher ich über Marxismus, die Erneuerung des Marxismus, marxistische Analyse, die Notwendigkeit einer Theorie des Imperialismus, die Notwendigkeit einer Theorie des kapitalistischen Staates veröffentlichte, umso ehrenvoller wurde und werde ich behandelt und umso größer waren und sind die finanziellen Unterstützungen, die ich erhielt und immer noch erhalte. Auch diese Forschungsreise wurde so finanziert. Es ist sehr merkwürdig. Das bedeutete aber, daß im Gegensatz zu Deutschland – wie ich denke – es in Kanada weitaus mehr Freiräume gab, marxistische Lehrinstitute an den Universitäten, marxistische Forschungsprojekte, marxistische Zeitschriften zu schaffen. Zum Beispiel haben wir einen sehr großen, sehr linksgerichteten Fachbereich Politikwissenschaften, an dem ich unterrichte, so daß jetzt die besten Studierenden aus aller Welt, die höhere Abschlüsse (Postgraduate Degrees, d. Übers.) in Kritischer Politischer Ökonomie machen wollen, sich von uns angezogen fühlen.

Staat und Imperialismus

Z: Was ist der Hauptschwerpunkt ihrer Forschung?

Panitch: Seit jeher ist es die Arbeiterbewegung und ihre Beziehung zu den Gewerkschaften gewesen; die Widersprüche, die insbesondere in sozialdemokratischen Parteien bestehen, die gleichzeitig versuchen, den kapitalistischen Staat funktionsfähig zu machen und sich eine Verankerung in der Arbeiterklasse zu bewahren – die Konflikte, in die sie mit ihrer eigenen Basis geraten, wenn sie versuchen, Klassenharmonie in einer Gesellschaft zu forcieren, die immer noch auf Klassentrennung beruht, eine Gesellschaft, in der Klassenkämpfe immer noch auftreten. Das ist also ein Großteil dessen, mit dem ich mich beschäftige, wobei sich zumeist Überlappungen mit der politisch ökonomischen Analyse des spätkapitalistischen Staates ergeben. Im Moment, insbesondere seit den letzten zehn Jahren, habe ich, zusammen mit dem von mir herausgegebenen „Socialist Register“, eine besondere Aufmerksamkeit dem Verstehen des Wesens des Staates im Kontext des weltweiten Kapitalismus gewidmet. Insbesondere beschäftigen wir uns mit den Thesen, die von der Schwächung, der Handlungsunfähigkeit oder dem Machtverlust des Staates durch die Globalisierung sprechen, was – wie sie wissen – eine sehr weitverbreitete oberflächliche Ansicht hinsichtlich der Globalisierung ist. Ich habe in diesem Zusammenhang die These aufgestellt, daß die kapitalistischen Staaten vielmehr die Urheber der Globalisierung sind und nicht die Opfer. Ich gehe noch weiter und sage, daß es solche und solche Staaten gibt; und der Zustand

des heutigen Kapitalismus kann einfach nicht verstanden werden, ohne die hegemoniale Rolle des amerikanischen Staates zu verstehen. Und das umfaßt eben nicht nur die militärische Rolle, obwohl diese – wie wir heute beobachten können – von immenser Bedeutung ist, sondern vor allem die maßgeblich wichtige Rolle, die der amerikanische Staat seit den letzten zwanzig Jahren als eine treibende Kraft der Globalisierung spielte und spielt. Das heißt, daß der amerikanische Staat sich andere Staaten gleichordnet, sie sogar so in ihrer Struktur verändert, daß sie mit den Regulationen und Prozessen der Globalisierung in Einklang stehen. Globaler Kapitalismus ist solch ein chaotisches System, daß es bedeutender staatlicher Intervention bedarf, und zwar nicht in der von uns gewohnten Art, wie wir es noch aus dem keynesianistischen Wohlfahrtsstaat kennen, sondern als einer Art von ad-hoc „fire-fighting“ (Löschaktionen, d. Übers.), mittels deren das Funktionieren des System von einem Moment des Chaos zum nächsten garantiert wird. Und dies tun die Amerikanische Notenbank (Federal Reserve) und das amerikanische Finanzministerium (US Treasury) in Verbindung mit der Bundesbank, mit der Japanischen Bank und mit der Bank von England etc.

Neue Imperialismustheorie?

Z: Auf der Konferenz in Marburg sprachen Sie in diesem Kontext über die Notwendigkeit einer neuen Imperialismustheorie. Was sollte Ihrer Meinung nach im Mittelpunkt einer solchen Theorie stehen?

Panitch: Ich habe meinen Vortrag auf der Marburger Konferenz mit einem Kautsky-Zitat begonnen, der normalerweise nicht zu meinen Lieblingen zählt. Kurz vor dem Krieg schrieb Kautsky aber, daß es von großer Bedeutung sei, eine adäquate Definition von Imperialismus zu haben, und daß in den Debatten seiner Zeit der Imperialismusbegriff benutzt wurde, um die unterschiedlichsten Phänomene zu bezeichnen. Und wenn man sich nun anschaut, wie dieser Begriff benutzt wurde, dann kann man feststellen, daß er im Prinzip so gebraucht wurde, daß er Kapitalismus meinte. Alles, was die Menschen am Kapitalismus nicht leiden konnten, nannten sie „Imperialismus“. Und ich denke, daß Kautsky in diesem Punkt richtig lag: die Ausbeutung der Dritten Welt, kapitalistische Konkurrenz – alle, diese Dinge waren Imperialismus. Und das, was im klassischen Versuch, eine Imperialismustheorie zu formulieren, verlor ging, war jegliche spezifisch mit dem Staat gekoppelte Vorstellung von Imperialismus. Und das ist schon immer das Konzept von „Empire“ gewesen: das prämarxistische Konzept von Imperialismus. Stattdessen aber wurde der Begriff Imperialismus einer, der die Konzentration des Kapitals bezeichnete, und die Überproduktion in der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt, die dazu führte, daß man versuchte, Überschüsse in die Dritte Welt zu exportieren und dortige Rohstoffreserven herauszuholen. Darüberhinaus bezeichnete dieser Begriff auch die Konkurrenz zwischen den einzelnen Kapitalisten, aber eben nichts spezifisches: Der Staat war in allen existierenden Imperialismustheorien völlig abgeleitet – sogar bei Luxemburg. In unserer heutigen Zeit brauchen wir eine Theorie von „Empire“, eine Imperialismustheorie, die nun

aber nicht mit der Annahme beginnt, daß wenn man Imperialismus sagt, man automatisch Konkurrenz zwischen imperialen Blöcken, zwischenimperialistische Konkurrenz meint – angesichts der Hegemonie der USA und dem Grad, wie die EU anfang, in den Rahmen der Atlantischen und der NATO-Allianz zu passen und immer noch mehr paßt, als daß ein Bruch mit dieser Einbindung auszumachen ist. Wir brauchen eine Imperialismustheorie, die wirklich den amerikanischen Staat als einen prototypischen Globalstaat versteht, der seit 1945 langsam aufgetaucht ist. Selbstverständlich kann dieser Staat nur mit Hilfe von anderen Staaten und nicht alleine herrschen. Aber wir müssen lernen zu verstehen, wie andere Staaten dadurch integriert und koordiniert, ja noch vielmehr durchdrungen werden. Das können wir natürlich ganz offensichtlich in der Militärpolitik beobachten – es ist unmöglich, die deutsche Bundeswehr als von den USA unabhängig zu verstehen. Es ist unmöglich. Aber diese Durchdringung oder Beeinflussung existiert auch noch in vielen anderen Beziehungen. Nicht zuletzt in der Art und Weise der Koordination, wie sie von der Bundesbank seit 1974, seit der Abkopplungen der Währungen vom Wert des Dollars und dem ersten Bankversagen, mit der US-Notenbank und dem US-Finanzministerium unter dem Hauptaugenmerk, Liquidität in das System zu schießen, betrieben wurde; und wie sie dergestalt die konstante Instabilität des Finanzkapitals verwalteten, zeigt sich auch im Zusammenhang mit dem 11. September, als Duisenberg und Greenspan und etliche unter ihrer Leitung organisierte Komitees es sofort als ihre Aufgabe sahen, Liquidität ins Finanzsystem fließen zu lassen.

Lenin-Kautsky

Z: Sie bezogen sich eingangs auf Kautsky. In der Kontroverse Lenin-Kautsky ging es primär nicht um die Rolle des Staates, sondern um die Frage des Monopols. Imperialismus ist, so die Leninsche These, im Kern monopolistischer Kapitalismus. Was ist Ihr Standpunkt zu dieser Debatte?

Panitch: Ich denke, daß der hauptsächliche Unterschied darin bestand, daß Lenin der Ansicht war, daß die Monopolkapitalismen der einzelnen Staaten in Konkurrenz zueinander traten und dadurch Kriege untereinander hervorbrachten. Und Kautsky behauptete, daß dies in der Tat zum ersten Weltkrieg geführt habe, aber durchaus nicht unvermeidlich gewesen war, und daß als Resultat des 1. Weltkrieges es sehr wahrscheinlich sei, daß eine innerimperialistische Allianz entstünde, in der sich die herrschenden Klassen und die Monopolkapitale der einzelnen Staaten verbünden würden. Kautsky hatte in diesem Punkt Unrecht. Ich behaupte, daß das, was entstand, die Hegemonie des US-amerikanischen Staates ist, durch die Rekonstruktion Europas und Japans und deren Beeinflussung nach dem 2. Weltkrieg. Und was Gindin und ich schreiben – wir schreiben ein großes Buch mit dem Titel „Finance, Production and Empire – Class and State in the Making of Global Capitalism“ – ist, daß die erste Globalisierung, die – wie Marx das beschreibt – der Dynamik des Kapitalismus folgt, indem offensichtlich die nationalstaatlichen Grenzen überschritten werden, es zu einer Konzentration des Kapitals kommt, die Dritte

Welt ausgebeutet wird etc., daß diese erste Globalisierung bis zum 1. Weltkrieg in den beiden Weltkriegen und der großen Wirtschaftskrise zwischen diesen beiden Kriegen endet; und das zum großen Teil, weil noch kein Staat in Sicht war, der als Protostaat die verwaltenden Kapazitäten besaß, eine führende, lenkende Rolle einzunehmen. Denn um einen funktionsfähigen, relativ stabilen globalen Kapitalismus zu haben, muß ein Staat auftauchen, der in der Lage ist, die anderen Staaten anzuleiten, anzuführen, zu organisieren, und der fähig ist, sie zu beeinflussen. Das mußte natürlich nicht zwangsläufig so sein. Geschichte entwickelt sich nicht in einem funktionalistischen Sinne. Es passierte aber trotzdem; und damit wir als MarxistInnen das verstehen können, müssen wir die historischen Begebenheiten erkennen, unter denen die Besonderheiten des amerikanischen, institutionellen Apparats und die von den europäischen Staaten verschiedene Souveränität Amerikas sich entfalten konnten. Außerdem müssen wir die Art und Weise richtig beurteilen, in der es im letzten Vierteljahrhundert einen Wiederaufbau von Amerikas imperialen Kapazitäten gab. Zunächst entwickelte sich das innerhalb des Bretton-Woods-Systems, das aber sehr instabil wurde und dann auseinanderfiel. Die Amerikaner stolperten dann auf der Suche nach einer Lösung ein Jahrzehnt ein bißchen unbeholfen herum, und fanden diese dann während der Schockperiode der hohen Zinssätze der 80er Jahre im Neoliberalismus. Das war der Wendepunkt.

Ende der Bipolarität

Z: Wenn Sie über das globale System sprechen und die zweite Phase der Globalisierung nach dem 2. Weltkrieg, dann müssen wir sicherlich auch über den Kollaps der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten sprechen. Wie haben diese Ereignisse die Konstellation der Globalisierung beeinflusst?

Panitch: Der Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus öffnete Teile der Welt für die Kapitalakkumulation, die seit dem 1. Weltkrieg vor dieser geschlossen gewesen waren. Die Rekonstruktion dieser Staaten mit der Öffnung für Kapitalakkumulation entwickelte sich – ganz im Gegensatz zu von Gorbatschow gehegten Hoffnungen – bereits unter dem neoliberalen Globalismus, der sich bereits seit den frühen achtziger Jahren als ein Weg aus der Krise des Nachkriegsmodells vom Wohlfahrtsstaat im Bretton-Woods-System angedeutet hatte. Gorbatschow war der festen Überzeugung, die Sowjetunion entwickle sich zu einem Modell ähnlich der schwedischen Sozialdemokratie. Sein „Timing“ hätte falscher nicht sein können. Er verstand nicht, daß die schwedische Sozialdemokratie – im ursprünglichen Sinne – bereits kaputt war. Das schwedische Kapital, die sechzehn Familien, denen Schweden gehört, investierten bereits seit den frühen achtziger Jahren über 50 Prozent ihrer Profite außerhalb von Schweden; z.B. in Deutschland. Die Profite, die sie angesichts der Lohnzurückhaltung der deutschen Gewerkschaften machten, investierten sie dann z.B. in Italien, wo sie sich in die Elektrogüterindustrie einkauften. Dementsprechend hatte es bereits jetzt schon eine Verschiebung der Kontrolle des Kapitals gegeben. Bereits hier lassen sich die Bewegungen hin zu freien Kapitalmärkten ausmachen, die alle Elemente negierten, die den Weg des

schwedischen Wohlfahrtsstaates so begehbar gemacht hatten. Gorbatschows „Timing“ hätte nicht falscher sein können. Der springende Punkt ist allerdings, daß die – natürlich verschiedenartigen – Zusammenbrüche von sowjetischem Kommunismus und chinesischem Kommunismus zeitlich mit der zweiten Welle des amerikanischen Imperialismus zusammenfallen.

Hardt/Negri: „Schätze und Schund“

Z: *Im Moment läuft eine breite Diskussion über Hardts und Negris „Empire“. Sie haben auch in Deutschland eine Kritik zu diesem Buch veröffentlicht. Was ist Ihr hauptsächlichster Kritikpunkt?*

Panitch: Der Titel unseres Essays ist „Schätze und Schund“¹ und es gibt in diesem Werk tatsächlich eine Vielzahl von „Juwelen“ inmitten von einem Haufen zerbrochenem Glas. Es ist ein sehr konfuse Buch. Hauptsächlich ist es ein Buch über die Ideologie des späten 20. Jahrhunderts und den Kapitalismus und seine Legitimität im frühen 21. Jahrhundert. Es beinhaltet einige großartige Einsichten – Juwelen eben. Die erste bedeutende Einsicht ist die, daß es einen fundamentalen Unterschied zwischen dem alten Imperialismus vor dem 1. Weltkrieg und dem heutigen gibt. Was den alten Imperialismus angeht, nehmen Hardt und Negri eine sehr orthodoxe Interpretation auf, die sie direkt von Lenin und Luxemburg übernommen haben: Überproduktion, zwischenimperialistische Konkurrenz und die gleiche hiervon abgeleitete Rolle des Staates – dieser hat in diesem Konzept gar keine Autonomie. Das ist das, was sie für richtig halten und sie sagen: „Und das hat sich jetzt grundsätzlich verändert!“ Sie erkennen, daß das, was sich fundamental verändert hat, nicht nur das von uns als Globalisierung bezeichnete Phänomen und die damit verbundenen Prozesse sind. Im Übrigen überbewerten sie diese auch, indem sie der New Economy und der „Revolution“ im Kommunikationsbereich zuviel Bedeutung beimessen. Sie haben sich hierbei einer Vielzahl von oberflächlicher, bürgerlicher Literatur zugewandt. Wie dem auch sei, ihre bemerkenswerte Einsicht ist, daß diese Phase, die sie mit dem Begriff „Empire“ bezeichnen, ihre Wurzeln in der amerikanischen Souveränität hat, für die sie den Begriff der „network power“ entwickeln; eine Souveränität, die in der Gründung des amerikanischen Staates nach der amerikanischen Revolution ein bedeutend weniger zentralisiertes Konzept von Souveränität zum Inhalt hatte als es die absolutistischen Staaten in Europa entwickelt hatten. Nun argumentieren sie, ohne die dafür notwendigen empirischen Studien durchgeführt zu haben, im Prinzip wie der postmoderne Foucault, daß aus dem amerikanischen Konzept der „network power“ sich nun eine gestaltlose Art von Macht entwickelt hat, eine kapitalistische Macht, die ihre historischen Ursprünge zwar in irgendeiner Art und Weise in den USA hatte, die aber jetzt

¹ Sam Gindin, Leo Panitch, „Schätze und Schund“. Eine Rezension zu *Empire* von Michael Hardt und Antonio Negri, in: Ränkeschmiede. Texte zur Internationalen ArbeiterInnenbewegung, 5. Jhr., No. 3, Offenbach, Oktober 2002 (zuerst in: *Historical Materialism*, Vol. 10, No.2, 2002, S. 17-45).

jeden Winkel des Globus und jede Zelle unseres Seins durchdrungen hat; und das entspricht Foucaults Vorstellung von Macht. Sie hängt in der Luft. Eigentlich ist es wirklich ein sehr verworrenes Buch, denn zwangsläufig müssen sie sich an der einen oder anderen Stelle mit den realen Zusammenhängen in dieser Welt auseinandersetzen, und wenn die Autoren dies tun, dann beschreiben sie eine hierarchische Struktur von institutionellen Mächten mit Washington als Zentrum, oder amerikanische multinationale Konzerne werden im Zentrum verortet, oder europäische und amerikanische Staaten und multinationale Konzerne stehen dicht beisammen, wobei die Amerikaner sich zumeist an der Spitze befinden. Aber sie stellen die Behauptung auf, daß die Grenzen nicht länger existieren, daß das Empire kein Zentrum hat usw. usf.

Eine andere – sehr verwirrende und, meiner Meinung nach, verwirrte – Erkenntnis, die übrigens sehr mit Negri in Bezug zu bringen ist, ist die, daß er, Negri, der Ansicht ist, daß alles, was sich auf der Welt ereignet, von der Spontaneität der Arbeiterklasse angetrieben wird. Alles, was die Bourgeoisie tut: getrieben durch die spontane Militanz der Arbeiterklasse! Also wird das Auftauchen dieser Welle von „Empire“, die er mit den 70ern, 80ern und 90ern assoziiert, als das Resultat der Militanz gewöhnlicher Menschen der 60er-Jahre-Revolution von unten verstanden. Das, ganz nebenbei, definiert damit natürlich auch die Arbeiterklasse sehr weit. Die Masse dieser Menschen bezeichnen die Autoren mit „the multitude“ (im Deutschen unglücklich als „Menge“ übersetzt, d. Übers.). Manchmal sprechen sie auch vom Proletariat, sehr viel häufiger aber von „multitude“. Dabei verstehen sie die amerikanische Arbeiterklasse als die stärkste Arbeiterklasse, weil sie am wenigsten institutionalisiert ist. Dementsprechend sei sie mehr in der Lage, spontan aufzubegehren. Je organisierter du bist, umso kontrollierter bist du auch – das ist der Tenor! Nun gibt es hierbei eine Erkenntnis in dem Sinne, daß sie ein Moment einer bestimmten kulturellen Revolte einfangen, von dem wir oft denken, daß es eigentlich nur unter den Studierenden der sechziger Jahre existierte. Es existierte aber auch unter jungen ArbeiterInnen, die oft sagten, daß sie nicht in diesen gängelnden Arbeitsprozessen, unter diesen Produktivitätsbedingungen, in Arbeitsuniformen arbeiten wollen usw. usf. Hardt und Negri verorten die Antwort auf diese Bewegung in einem flexibleren Kapitalismus – ein Kapitalismus, der dich CDs hören läßt, während du arbeitest, der dir erlaubt, Jeans am Arbeitsplatz zu tragen. Sie kennen ja diese Orientierung hin zu einem flexibleren Kapitalismus. Hardt und Negri definieren diese Entwicklung als eine Antwort auf die kulturelle Revolte der Arbeiterklasse in den sechziger Jahren; und dies ist eine Einsicht, die eine Bedeutung hat. Sie sehen, was ich anfänglich meinte: hier und da findet man im Empire“ tatsächlich solche Juwelen, inmitten enormer Verwirrtheit.

Globalisierung – eine neue Stufe des Kapitalismus?

Z: Zurück zu Ihrer eigenen Arbeit: Was sind die Ausgangsfragen und die Ziele Ihrer derzeitigen Forschungen? Was genau machen Sie?

Panitch: Meine derzeitigen Forschungen betreibe ich mit Sam Gindin, dem ehemaligen Chefökonom und Vizepräsidenten der Canadian Auto Workers' Union. Wir machen den Versuch, die Globalisierung von einer ausgeweiteten marxistischen Perspektive zu verstehen. Wir nehmen die Globalisierung ernst. Wir sind der Ansicht, daß sie eine neue Stufe des Kapitalismus ist, die hauptsächlich von freien Kapitalströmen, einer integrierten Produktion und der neuen Revolution im Telekommunikationswesen gekennzeichnet ist. Als erstes wollen wir die maßgebliche Rolle verstehen, die Staaten – und insbesondere der US-amerikanische Staat – in der Rekonstruktion des Nachkriegskapitalismus spielen, um die Globalisierung möglich zu machen; die Globalisierung verstanden als ein Weg, den Widersprüchen des Nachkriegskapitalismus mit seiner Arbeiterklasse und den Wohlfahrtsstaaten in seinem Innern etc. zu entkommen. Aufbauend auf der bis dahin schon geschehenen Beeinflussung insbesondere der europäischen Staaten und der Beeinflussung von Dritte-Welt-Staaten in der Nachkriegsperiode, schreitet die Globalisierung fort, entwickelt sich weiter, indem sie die bereits geschaffenen Strukturen reintegriert. Das geschieht hauptsächlich durch die Rolle des Staates!

Zweitens wollen wir die Beziehung zwischen den Finanzmärkten und der Produktion begreifen. Die heutige Epoche scheint die der globalen Finanzmärkte zu sein: Du brauchst nur einen Knopf zu drücken, und eine Milliarde Dollar können von der Wall Street nach Singapore und zurück fließen, und so weiter; und viele Menschen begreifen das einfach als Spekulation. Wir sind da nicht so sicher. Wir sind der Ansicht, daß die Finanzmärkte in dieser Epoche insbesondere für das amerikanische Kapital eine mehr oder minder funktionale Rolle spielen. Die Finanzmärkte stellen Disziplin her, die der Staat sich von ihnen erwünschte und die er ihnen herzustellen half, mit dem Ziel, ein Aufrütern der amerikanischen Industrie herbeizuführen. Das hat diese wieder produktiv gemacht – zuvor war sie immer weitaus weniger produktiv als die japanische und die deutsche Industrie gewesen. Es kann durchaus sein, daß genau das es ist, was dem deutschen Kapital, der deutschen Industrie passieren muß, bevor sie wieder produktiv sein kann; das ist, was man alles über Flexibilität hört. Alles bewegt sich mehr in Richtung von freien Kapitalmärkten, anstelle von den üblichen Verbindungen zwischen deutschen Banken und der Industrie und so weiter. In diesem Zusammenhang wollen wir uns also mit den Beziehungen zwischen der Produktion und den Finanzmärkten beschäftigen; und weil Sam sich so hervorragend mit der Autoindustrie auskennt, und weil wir immer noch Materialisten sind und deshalb nicht denken, daß Akkumulation einfach so in der Luft hängt, finden wir, daß die genaue Betrachtung der Automobilindustrie mit all ihren Beziehungen zu den übrigen ökonomischen Bereichen, einschließlich der „New Economy“, sehr wichtig ist. Dementsprechend wollen wir uns die Beziehungen zwischen Automobilindustrie

und Finanzwesen, Automobilindustrie und „New Economy“ und zwischen dem Finanzwesen und der „New Economy“ genauer ansehen. Eine unserer Hypothesen, die uns bisher von all den bis jetzt gefragten leitenden Angestellten in der Automobilindustrie bestätigt worden ist, ist die, daß wir noch nicht am Ende der Revolution des neuen Marktes der „New Economy“, der computerdigitalen Revolution, sind. Die Integration der computerdigitalen Revolution in die Industrie ist gerade mal an ihrem Anfang. Sie hat hauptsächlich die Büroarbeit und die Industrie revolutioniert. Sie hat einige Arbeitsprozesse verändert: Büroarbeit, Verwaltung usw. Natürlich hat das auch einen Einfluß auf die Fließbandproduktion, aber die computerdigitale Revolutionierung hat noch einen weiten Weg vor sich – vor allem in Beziehung zu den Zulieferern: die Ausmaße, zu denen diese noch weiter digitalisiert und computerisiert werden können, sind kaum weiter als bis zu einem ersten Anfangsstadium ausgeschöpft. Und dies ist auch aus einer marxistischen Perspektive von hoher Bedeutung: Bewegen wir uns mit dem derzeitigen Niedergang, der Rezession, der Rentabilitätskrise tatsächlich auf eine massive kapitalistische Krise hin? Wir haben das Gefühl, daß dem nicht so ist. Wir denken, daß der Kapitalismus in dieser globalen Epoche weiterhin ziemlich dynamisch bleibt. Es gibt wirkliche Probleme insoweit, als die japanische und die deutsche Wirtschaft nicht zu einem bestimmten Grad des Wachstums zurückkehren; die Amerikaner können nicht der Motor für alle sein. Dennoch haben wir das Gefühl, daß wir uns nicht in einer ernsthaften kapitalistischen Krise befinden, daß – wie zum Beispiel Robert Brenner argumentieren würde – es keine fundamentale Rentabilitätskrise gibt. Und was das politisch für uns bedeutet, ist wahrscheinlich Glück, denn wenn es tatsächlich eine fundamentale Krise wäre, wäre im Moment das einzige Ergebnis, wenn es ein radikales Ergebnis geben würde, das einer radikalen Rechten, weil die Linke momentan nicht die Kräfte hat, zukunftsweisend zu sein. Es wird noch Jahre, Jahrzehnte, Generationen dauern, bis wir zukunftsweisende Kapazitäten wieder aufbauen können.

Neue zwischenimperialistische Rivalitäten?

Z: Gibt es eine neue Konkurrenz zwischen den drei großen Wirtschaftsblöcken, den Zentren des internationalen Kapitalismus?

Panitch: Wir gehen davon nicht aus. Wir sind der Ansicht, daß es zwar Spannungen gibt, daß aber der Grad von Beeinflussung und Integration derart ist, daß diese Spannungen strukturell nicht unmittelbar in einen zwischenimperialistischen Konflikt ausbrechen können. Ich nenne mal ein paar Beispiele und Gründe, warum: Es war faszinierend, als 1998 die Ostasienkrise ausbrach, im Hinterhof Japans. Dort war es das amerikanische Finanzministerium, das nach Korea reiste und die Umgangsweise mit der Krise diktierte, und das in Japans Hinterhof. Wie kam das? Es reflektierte ein Fehlen von Handlungsfähigkeiten auf Seiten des japanischen Staates im Vergleich zu Amerika. Oder werfen wir ein Auge auf Europa – und in diesem Zusammenhang auch auf Japan, aber insbesondere Europa: Es gibt zwei große Unterschiede zwischen der früheren

imperialistischen und globalisierten Epoche und der jetzigen. Einer ist, daß vorher die ökonomischen Interaktionen zwischen den führenden kapitalistischen Staaten – und derer gab es viele – sich hauptsächlich auf Kredite bezogen. Es gab damals sehr selten ausländische Direktinvestitionen auf beiden Seiten. In einer fortgeschrittenen kapitalistischen Welt, in der auf der einen Seite Salomon Brothers und Ford und auf der anderen Seite Siemens und Daimler-Chrysler etc. eine gegenseitige Verflechtung in einem solchen Maße vorantreiben, ist aufgrund dieses Maßes an Interaktion zwischen den maßgeblichen, herrschenden Klassen die Möglichkeit zwischenimperialistischer Konkurrenz begrenzt. Wir erhielten erst kürzlich die Information, daß Schremp Schröder anrief, um ihm mitzuteilen, daß er sich in Sachen Irak besser mal wieder abregen solle, denn wenn er das nicht täte, würde man nicht mehr in der Lage sein, Mercedes in den USA zu verkaufen.

Dann gibt es aber auch noch die direkte Durchdringung durch den Staat: Sollten die USA tatsächlich einen Krieg gegen den Irak führen, würden dann deutsche Flugbasen und Krankenhäuser nicht benutzt werden? Natürlich werden sie benutzt werden, auch wenn Deutschland und die USA verbal weiterhin nicht übereinstimmen. Alles andere würde einen Bruch im deutschen Staat bedeuten – Deutschland müßte sich von der NATO lösen. Wir sahen das im Kosovo-Konflikt, bei dem der wirkliche Grund für die amerikanische Kriegsbeteiligung der war, daß sie damit signalisierten, daß die NATO der Polizist Europas ist. Und das soll nicht heißen, daß die Amerikaner allein die NATO-Politik bestimmen. Die Europäer haben einen Einfluß auf die NATO-Politik; aber ohne eine grundlegende Veränderung in der staatlichen Struktur und der Klassenstruktur von Europa und Japan kann es keine zwischenimperialistische Konkurrenz geben. Das heißt jetzt aber nicht, daß das das Ende der Geschichte ist. In der Zukunft wird es fundamentale Veränderungen in Klassenstruktur und Staatstruktur geben, aber bis das passiert – und sie müssen in allen Staaten vonstatten gehen – werden wir die Zukunft nicht als einen großen Konflikt zwischen den existierenden, führenden kapitalistischen Staaten erleben. Vielleicht wird in fünfzig Jahren die chinesische kommunistisch-kapitalistische Elite als eine nationale, protoimperiale Bourgeoisie auftreten. Sie und ich werden dann schon tot sein; und das ist noch ein langer Weg bis dahin.

Zentrum-Peripherie

Z: Eine letzte Frage: Welche Rolle spielt die Beziehung zwischen den kapitalistischen Zentren und den Ländern der Peripherie in Ihrer Vorstellung? Bisher haben Sie ja nur über die Beziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern gesprochen.

Panitch: Ja, das ist sehr wichtig. Es ist klar, daß unsere Imperialismustheorie sehr verschieden ist von den alten Imperialismustheorien – und dem losen Gebrauch des Begriffs Imperialismus – zunächst einmal in dem Sinne, daß wir hauptsächlich von der engen Integration zwischen den führenden kapitalisti-

schen Staaten sprechen. Was die Stärke dieses Imperialismus kennzeichnet, ist das Ausmaß an institutioneller und kapitalistischer Verflechtung zwischen diesen führenden kapitalistischen Staaten. Normalerweise denkt man im Zusammenhang mit der Imperialismustheorie ja vor allem sofort an Kolonialismus, die Dritte Welt etc. Der Kern des Imperialismus besteht aus Nordamerika und Europa. Der Imperialismus ist eigentlich am schwächsten in Bezug auf die institutionellen Verbindungen zu DrittWeltstaaten und deren Durchdringung – zum Süden. Das heißt nicht, daß die Ausbeutung und die Ungleichheit nicht mehr so groß wie sonst auch sind; um das Wesen der imperialen Struktur aber zu durchschauen, muß man seine Stärke und seine Verflechtungen und seine institutionellen Verbindungen am Kern verstehen. In unserem Forschungsprojekt wollen wir die Widersprüche untersuchen, die mit den Versuchen zur Rekonstruktion des argentinischen, des brasilianischen und des indischen Staates verbunden sind; wie versucht wurde, diese und auch die südafrikanischen Staaten – sogar unter der ANC-Regierung – zu funktionierenden Verwaltern der Weltordnung zu machen. Das ist, wovon Welt-Bank etc. immer sprechen: „Wir brauchen eine institutionelle Struktur in den DrittWeltstaaten, die sie mehr in die Lage bringen würde, die freie Bewegung von Kapital zu verwalten, so wie dies zu tun die europäischen, amerikanischen und kanadischen Staaten besser in der Lage sind!“ Und während sie das versuchen, ist es – angesichts der sehr verschiedenen Klassenstrukturen und der gewaltigen Ungleichheit und Armut etc. – viel schwieriger, diese Staaten funktionsfähig zu machen für die Verwaltung des globalen Kapitalismus; und dies ist ein großer Widerspruch für das amerikanische „Empire“. Sie müssen mittels Staaten herrschen, und doch ist es sehr schwierig, diese Staaten als dem amerikanischen Staat oder europäischen Staaten ähnliche Staaten wiederaufzubauen. Pakistan zum Beispiel: sie versuchen, es wieder aufzubauen, aber sie haben Angst, daß sie Pakistan verlieren werden und daß der pakistanische Staat die Kontrolle über sein Nuklearwaffenarsenal verliert. Das ist die Welt, mit der wir momentan konfrontiert werden. Und das ist der größte Widerspruch für dieses imperiale „Empire“.

Irak als Vorspiel

Die „Logik“ der US-Ölstrategie

Bush-Doktrin – Die USA blasen zum Angriff

Mit der sogenannten Bush-Doktrin, die mit Veröffentlichung der Nationalen Sicherheitsstrategie inzwischen zur offiziellen US-Politik erhoben wurde, „übernahm der Präsident das Paradigma jener Befürworter einer hegemonialen, in der Tradition Reagans sich sehenden, auf ‚militärische Stärke und moralische Klarheit‘ setzenden globalen amerikanischen Führungsrolle, die als beste Garantie für ein stabiles internationales System angesehen wird.“¹

Diese Gruppe neokonservativer Hardliner um Vizepräsident Richard Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und dessen Stellvertreter Paul Wolfowitz forderte bereits 1992 in der *Defense Planning Guidance* eine Verewigung der US-Hegemonie, indem die hierfür erforderliche militärisch-ökonomische Führungsposition der Vereinigten Staaten rigoros ausgeweitet werden sollte. Mit der Bush-Doktrin gelang es ihnen, begünstigt durch die Terroranschläge des 11. September, ein Konzept zu entwickeln, mit dem jene rücksichtslose Interessenspolitik in die Praxis umgesetzt werden kann.

Die USA beanspruchen für sich inzwischen das Recht, Länder, die über Massenvernichtungsmittel verfügen oder auch nur in Verdacht geraten, an solche gelangen zu wollen, mittels Präventivschlägen anzugreifen. Der Grund hierfür liege in der Gefahr eines möglichen Angriffes mit ABC-Waffen gegen die USA sowie der Möglichkeit, dass solche Waffen an Terroristen weitergegeben werden könnten. Da solche Präventivkriege auch ohne klaren Beweis einer unmittelbaren oder auch nur nachweisbar bevorstehenden Aggression erfolgen sollen, haben sich die Hardliner hiermit einen Blankoscheck ausgestellt, jedes US-feindliche Regime mit dem Vorwurf, an Massenvernichtungsmittel gelangen zu wollen, anzugreifen zu können.

Auch der Krieg gegen den Irak wird mit diesem Konstrukt gefordert, was allerdings wenig glaubhaft ist. Im Gegenteil, ein jüngst veröffentlichter CIA-Report gibt an, Saddam Hussein werde auf keinen Fall Massenvernichtungsmittel einsetzen oder an Terroristen weitergeben, es sei denn sein Überleben sei, etwa durch einen Angriff der USA, in Gefahr.²

Trotzdem wird der Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein gerade von

¹ Peter Rudolf, „Die USA und die transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zum *Parlament (Apuz)*, 25/02, S. 7-13.

² „CIA undermines Bush over Iraqi chemical weapons“, *Times*, 10.10.02. Für eine ausführliche Kritik der offiziellen Kriegsgründe vgl. Jürgen Wagner, „Saddam muss weg“, in: *analyse und kritik*, Nr. 466/02.

den Neokonservativen, die Washingtons Außenpolitik weitgehend im Alleingang bestimmen, lauthals gefordert, eben weil die offizielle Version nichts mit den eigentlichen Kriegsgründen zu tun hat.

Ein entscheidender Faktor ist hierbei, dass für die Aufrechterhaltung der US-Hegemonie die Kontrolle von Öl eine notwendige Bedingung darstellt: „Oberflächlich geht es um Massenvernichtungsmittel. Kratzt man an der Oberfläche, ist es Öl. Gräbt man ein wenig tiefer sieht man den Hauptgrund für den nächsten Golfkrieg. Zu lang hat Amerika mit der Organisation Erdölexportierender Staaten (OPEC) und ihren künstlichen Produktionsquoten gelebt, die zu künstlich hohen Ölpreisen führten.“³

Am Ende dieses Weges soll die Unterwerfung der kompletten Region um den Persischen Golf stehen. Energiesicherung stellt in diesem Kontext ein zentrales Interesse dar, das sich nahtlos in das neoimperialistische Konzept einfügt.

Das Herzblut der modernen Ökonomien

Verschiedene Faktoren tragen zur zentralen Bedeutung des Öls bei: *Erstens* ist der Zugriff auf Öl entscheidend für die Entfaltung eines mächtigen Militärpotenzials, das elementar auf dessen gesicherter Versorgung basiert: „Seit der Einführung ölgetriebener Kriegsschiffe am Beginn des 20. Jahrhunderts wird Petroleum als essentiell für Erfolge im Krieg betrachtet.“⁴ *Zweitens*, benötigen die modernen Ökonomien den stetigen, ununterbrochenen Fluss billigen Öls. Jeder größeren Rezession in den Vereinigten Staaten gingen Ölpreiserhöhungen voraus.⁵ Und *drittens* leitet sich aus diesen Punkten gleichzeitig auch ab, dass eine eigene Kontrolle von Ölvorkommen andere auf diesen Rohstoff angewiesene Staaten in ein Abhängigkeitsverhältnis zwingt. Dieses kann im Konfliktfalle als mächtiger Hebel zur Durchsetzung der eigenen Interessen wirken, bis hin zu einem kaum zu überschätzenden Vorteil bei kriegerischen Auseinandersetzungen.⁶

„Die Kontrolle des Öls, oder zumindest der Zugang zu ihm,“ so Daniel Yergin, Verfasser der detailreichsten, wenn auch extrem unkritischen Geschichte der US-Ölpolitik, „war immer ein großes strategisches Ziel. Das Öl erlaubt den Nationen, Besitz anzusammeln, ihre Wirtschaft anzutreiben, Güter zu produzieren und zu verkaufen, Waffen zu kaufen oder herzustellen, Kriege zu gewinnen.“⁷

³ Dinkar Ayilavarapu, „OPEC in the line of fire“, *Asia Times Online*, 01.10.02.

⁴ Michael Klare, *Resource Wars: The New Landscape of Global Conflict*, New York 2002, S. 29.

⁵ Catherine Hoffmann/Winand von Petersdorf, „Die Tage des billigen Öls sind gezählt“, *FAZ Sonntagszeitung*, 35/02.

⁶ Vgl. Shibley Telhami, „The Persian Gulf: Understanding the American Oil Strategy“, in: *Brookings Review*, Spring 2002, Vol. 20, No. 2, S. 30-35.

⁷ Daniel Yergin, *Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht*, Frankfurt M. 1991, S. 964.

Ressourcenkriege – Paradigma des 21. Jahrhunderts?

Trotz der historisch wichtigen Bedeutung des „schwarzen Goldes“ deuten zahlreiche Entwicklungen darauf hin, dass sich die Auseinandersetzungen um seine Kontrolle im neuen Jahrhundert nochmals deutlich intensivieren werden. Die ausschlaggebenden Faktoren hierfür sind:

Eine dramatisch steigende Nachfrage

Angaben der Internationalen Energiebehörde (IEA) zufolge wird der weltweite Ölbedarf von gegenwärtig 72 Millionen Barrel pro Tag (mb/d) auf 115 mb/d im Jahr 2020 steigen.⁸ Viel hängt hier mit dem zunehmenden Bedarf in den aufstrebenden asiatischen Ökonomien, insbesondere China und Indien, zusammen, der sich deutlich überproportional erhöht. Aber auch die Vereinigten Staaten werden im Jahr 2020 etwa 33 Prozent mehr Öl verbrauchen als heute, so die *National Energy Development Group* (NEP).⁹

Knappheit, Versorgungsengpässe und längerfristige Erschöpfung

Der steigende Verbrauch an sich wäre – abgesehen von Umweltaspekten – nicht besorgniserregend. Umso mehr aber die Tatsache, dass bei diesen Wachstumsraten bereits kurzfristig mit einer Verknappung des Ölangebots und erheblich steigenden Preisen, mittelfristig mit drastischen Versorgungsengpässen und längerfristig mit totaler Erschöpfung der Ölreserven zu rechnen ist. Die derzeitige Reichweite der gesicherten Vorkommen beträgt etwa 40 Jahre. Die Frage ist nun, wann der Zeitpunkt eintritt, an dem das globale Ölpotenzial zur Hälfte abgebaut wurde. Spätestens von da an geht es, so weit besteht Konsens, mit der weltweiten Ölproduktion stetig bergab. Strittig ist allein, wann dieser „Höhepunkt“ (peak) erreicht ist. Während „Optimisten“, meist Politiker und Wirtschaftler, glauben, aufgrund immer neu entdeckbarer Vorkommen, technischer Innovationen, Einsparungen bzw. Effizienzsteigerungen, Substitution mit anderen Energieträgern und ähnlichem liege er in weiter Ferne, sehen die meisten Geologen die Sache deutlich pessimistischer.

Ihre Argumente sind stichhaltig: Während sich viele Ölfelder ihrem Ende zuneigen, wurde in krassm Gegensatz hierzu seit 1976 kein so genannter „Elefant“ (ein Ölfeld mit mehr als 1 mb/d) entdeckt. Zudem ist es ein zentrales Charakteristikum, dass Öl schwierig und derzeit überhaupt nicht substituiert werden kann. Selbst unter Aufbietung aller Kräfte wäre jede Alternative laut dem Geologen Kenneth S. Deffeyes frühestens in 10 Jahren verfügbar.¹⁰

Einerlei in welchem Jahr also genau der Abstieg beginnt, er ist nicht mehr all-

⁸ IEA, *Weltenergieausblick 2000*, Februar 2001, S. 36.

⁹ National Energy Policy, *Reliable, Affordable, and environmentally Sound Energy for America's Future*, Report of the National Energy Policy Development Group, May 2001, S. X. Im Text als NEP zitiert.

¹⁰ Fred Guterl, „When Wells Go Dry“, *Newsweek*, 15.04.02.

zu weit entfernt. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass er zwischen 2010 und 2020 eintritt. „Die Zeit des unbegrenzt verfügbaren und preiswert zu fördernden, konventionellen Rohöls wird dann Geschichte sein.“¹¹ Andere warnen allerdings, dass dieses Szenario noch weit früher eintreten könnte. „Amerikanische Geologen senden seit einiger Zeit drei einfache, wenngleich höchst beunruhigende Botschaften in die Welt: Erstens, die Ölproduktion wird aus geologischen Gründen nicht auf Dauer mit der mittelfristig steigenden Nachfrage mithalten können. Zweitens, wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt, wird das unvermeidbar zu steigenden Preisen führen. Drittens und schlimmstens: Dieser Tag ist nicht mehr fern. Schon 2003, sagt beispielsweise der renommierte Geologe Colin Campbell.“¹² Dies ist keinesfalls eine Minderheitenposition. Deffeyes gibt als Zeitpunkt hierfür 2004 an, was von vielen unterstützt wird.¹³

Lokalisierung in Konfliktgebieten

Hinzu kommt noch, dass sich die größten Ölreserven fast ausschließlich in extrem instabilen Gebieten, allen voran der kaspische Region und dem Persische Golf, befinden. Mit zunehmender Abhängigkeit von diesen Regionen steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Ölversorgung gefährdende Konflikte von außen militärisch beigelegt werden.

Diese Faktoren veranlassen zahlreiche Beobachter zu der Annahme, dass Auseinandersetzungen um Öl in der Zukunft deutlich zunehmen werden.¹⁴

Die USA hängen am Öltropf - Militärische Versorgungssicherung

Vor kurzem kam es zu erheblichen Störungen der kalifornischen Energieversorgung. „Amerika sah sich im Jahr 2001 den schwerwiegendsten Energieengpässen seit den Ölembargos der 1970er ausgesetzt,“ stellt die von Cheney verfasste Nationale Energiepolitik der USA (NEP: VIII) fest.

Alles deutet darauf hin, dass sich die Versorgungslage für die USA in Zukunft noch weiter verschlechtern wird. Mit steigendem Ölbedarf, aber kontinuierlich sinkender Eigenproduktion schlittern die Vereinigten Staaten in eine zunehmende Abhängigkeit von Ölimporten, die allein im Zeitraum von 1985 bis 2000 von 4,3 mb/d auf 10 mb/d stiegen (NEP: 1-10). Nach Angaben der US-Energiebehörde wird sich dieses Problem noch weiter verschärfen. Der Anteil

¹¹ Peter Kehrer, *Das Erdöl im 21. Jahrhundert - Mangel oder Überfluß?*, Vortrag im Erdölmuseum Wietze, 10.03.00.

¹² Hoffmann/Petersdorf, „Tage des billigen Öls“, a.a.O.

¹³ Kenneth S. Deffeyes, *Hubbert's Peak: The Impending World Oil Shortage*, Princeton. 2001, S. 14; Vgl. auch Colin J. Campbell/Jean H. Laherrère, „The End of Cheap Oil“, in: *Scientific American* (March 1998), S. 78-83. Dieser und zahlreiche weitere Artikel der Pessimisten findet sich unter www.hubbertpeak.com.

¹⁴ Vgl. z.B. Robert D. Kaplan, „The Coming Anarchy“, *The Atlantic Monthly*, February 1994.

der Einfuhren wird im Jahr 2020 bei deutlich höherem Gesamtverbrauch von heute 53 Prozent auf 62 Prozent steigen.¹⁵

Obwohl Öl schon lange eine wichtige Rolle in der amerikanischen Strategieplanung spielt, hat die zunehmende Abhängigkeit von Importen zur Folge, dass seine Bedeutung in den letzten Jahren weiter zunahm. Seit Ende der 80er Jahre taucht die Sicherung von Rohstoffen auch in offiziellen Strategiepapieren auf, was darauf hindeutet, dass man inzwischen verstärkt bereit ist, zur Ressourcensicherung auch militärische Mittel anzuwenden.¹⁶

Auch strukturell wurde dieser Veränderung Rechnung getragen. Im Oktober 1999 verlegte das Pentagon die rohstoffreiche Region Zentralasien vom Pacific Command in den Zuständigkeitsbereich des US-Central Commands (CENTCOM), welches bereits mit der Absicherung der Vorkommen am Persischen Golf beauftragt ist. Dies ist „Zeichen eines größeren Wandels im strategischen Denken der USA. [...] Hinter dieser Veränderung der strategischen Geografie steht eine neue Akzentuierung auf den Schutz der Versorgung mit vitalen Ressourcen, besonders Öl und Gas.“¹⁷

Dabei werden die Länder des Persischen Golfes mit etwa zwei Dritteln aller vorhandenen Ölreserven weiterhin von entscheidender Bedeutung bleiben.

Die US-Strategie am Golf

Schon während des Zweiten Weltkrieges entschlossen sich die Vereinigten Staaten dazu, die Rolle als Ordnungsmacht in der Golfregion für sich zu reklamieren. In der Folge setzten sie auf eine indirekte Kontrolle des Persischen Golfes über die Marionettenregime in Saudi-Arabien und im Iran. Während man die direkte militärische Kontrolle den Briten überließ, unternahmen die Vereinigten Staaten zur Interessenswahrung zahlreiche offene und verdeckte militärische Operationen. Nachdem sich Großbritannien Anfang der 70er aus dem Persischen Golf zurückzog, vor allem aber nach der iranischen Revolution 1979 und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, ging Washington mit der Carter-Doktrin dazu über, die offene militärische Kontrolle zu beanspruchen.

Seither versuchte man eine möglichst große Militärpräsenz aufzubauen, was aber erst mit dem ersten Golfkrieg dauerhaft gelang und sicher damals eines der zentralen Kriegsziele war. Washington will nicht nur Einmischungen von außen, sondern auch unwillkommenen Entwicklungen innerhalb der Golfstaaten mit Waffengewalt begegnen. Dies kann sich sowohl auf innergesellschaftliche, gegen US-Interessen gerichtete Oppositionsbewegungen beziehen, als auch auf potenziell den Ordnungsanspruch bedrohende Golfstaaten –

¹⁵ EIA, *Annual Energy Outlook 2002*, December 2001, S. 5.

¹⁶ Vgl. Donald Losman, *Economic Security A National Security Folly?*, CATO Policy Analysis No. 409, August 2001.

¹⁷ Michael T. Klare, „The New Geography of Conflict“, in: *Foreign Affairs*, May/June 2001, S. 49-61, S. 49f.

Kandidaten hierfür sind vor allem der Irak und Iran.

Das irakische Öl als wichtige Entlastung des Ölmarktes

Ein unmittelbares Interesse am Irak besteht natürlich darin, seine riesigen Ölvorkommen unter US-Kontrolle zu bringen. Wurden Bagdads Reserven früher auf 112 Mrd. Barrel geschätzt, gehen neuere Untersuchungen inzwischen von etwa 330 Mrd. Barrel aus – fast ein Drittel mehr als das bisher ölfreichste Land der Welt Saudi Arabien.¹⁸

Dabei ist es entscheidend zu wissen, dass der Irak aufgrund des gegen ihn verhängten UN-Embargos derzeit nur homöopathische Mengen auf den Weltmarkt liefert. Ein mit einem Krieg zusammenhängender Ausfall könnte somit relativ problemlos kompensiert werden. Erst ein länger andauernder und sich regional ausweitender Konflikt, wovon die US-Planer aber nicht ausgehen, hätte somit Folgen für die US-Wirtschaft.¹⁹ Seine immensen Vorkommen könnten den Irak nach dem Krieg und Beendigung der Sanktionen zu einem der wichtigsten Weltölvorsorger aufsteigen lassen, die angespannte Versorgungslage entschärfen und so die Preise senken. Dies jedenfalls ließ eine Studie des Think Tanks von Bush-Intimus James Baker wissen und forderte gleich noch eine härtere Gangart gegenüber Bagdad.²⁰

Die Profitinteressen der Öllobby

Auch die Öllobby macht kein Geheimnis aus ihrem Interesse. „Der Irak besitzt riesige Öl- und Gasreserven – ich würde es lieben, wenn Chevron Zugang zu ihnen bekommen würde“ sagte dessen Vorstandsvorsitzender bereits 1998.²¹ Zudem sind dort die Förderkosten mit unter einem Dollar pro Fass noch niedriger als in Saudi Arabien, was für die US-Konzerne riesige Gewinne abwerfen könnte.²² Bisher allerdings sind sie vom Irak ausgeschlossen, es dominieren dort russische und französische Firmen.

Mit einer neuen Regierung in Bagdad könnte sich dies ändern: „Wir werden all diese Vereinbarungen erneut prüfen“, sagte Faisal Qaragholi, Londoner Büroleiter der als Nachfolgeregierung bevorzugten irakischen Exilopposition (Iraqi National Congress). Deren Führer, Ahmed Chalabi, ging sogar noch weiter, indem er betonte, er bevorzuge ein US-geführtes Konsortium.²³ So lässt sich auch zum Teil die russisch-französische Opposition gegen den US-

¹⁸ Vgl. Clemens Ronnefeldt, „Ist ein US-Feldzug gegen den Irak noch vermeidbar?“, in: *Graswurzelrevolution*, Nr. 268/02.

¹⁹ Vgl. Friedmann Müller, *Das Öl des Irak*, SWP-Aktuell, September 2002, S. 1.

²⁰ Edward L. Morse/Amy M. Jaffe, *Strategic Energy Policy Challenges For The 21st Century*, New York 2001, S. 43.

²¹ Zit. nach James A. Paul, *Iraq: the Struggle for Oil By*, Global Policy Forum, August 2002.

²² Jürgen Krönig/Fritz Vorholz, „Der Traum vom Öldorado“, *Die Zeit*, 39/02.

²³ Dan Morgan/David B. Ottaway, „When it's over, who gets the oil?“, *International Herald Tribune (IHT)*, 16.09.02.

Krieg verstehen.

Allerdings scheint Washington bereit zu sein, im Austausch für die Zustimmung zum Krieg andere Länder ebenfalls an der künftigen Ausbeutung der irakischen Vorkommen zu beteiligen. Umgekehrt wird aber beispielsweise von Ex-CIA-Direktor James Woolsey unverhohlen gedroht, dass eine ablehnende Haltung zum Krieg mit dem Verlust von Konzessionen und bisherigen Investitionen bestraft werden wird.²⁴ Geopolitischen Erwägungen werden demzufolge also Priorität vor den Profitinteressen der Öllobby eingeräumt.

Here to stay – US-Protectorat im Irak

Ganz offensichtlich haben sich die Vereinigten Staaten dazu entschlossen, im Irak ein Protectorat zu errichten. Scott R. Feils gab als Sachverständiger gegenüber dem Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten an, nach dem Krieg würde im Irak für mindestens 5-10 Jahre eine dauerhafte Stationierung von 75.000 US-Truppen erfolgen.²⁵ Deutlich wird dies auch aus den Plänen, die künftige Zentralregierung einem US-Militärkommandeur zu unterstellen. Dieser US-Statthalter soll die vollständige Kontrolle über die irakischen Ölindustrrie ausüben.²⁶

Die mit diesen Truppenstationierungen verbundenen Interessen der USA gehen aber über die unmittelbare Kontrolle des irakischen Öls hinaus. Eine Studie, an der neben Cheney's heutigem Stabschef auch Wolfowitz und Rumsfeld beteiligt waren, betont: „Die Vereinigten Staaten versuchen seit Jahrzehnten eine beständigere Rolle bei der Sicherung des Golfes zu spielen. Während der ungelöste Konflikt mit dem Irak hierfür die unmittelbare Rechtfertigung liefert, geht die Notwendigkeit einer substantziellen amerikanischen Truppenpräsenz am Golf weit über die Frage des Regimes von Saddam Hussein hinaus.“²⁷ Der einflussreiche Neokonservative Donald Kagan gibt hierzu an: „Wir werden möglicherweise eine große Truppenkonzentration über einen langen Zeitraum im Mittleren Osten benötigen. Das wird seinen Preis haben, aber ich denke an die Kosten, nicht über sie zu verfügen. Wenn wir ökonomische Probleme haben, werden diese von Störungen unserer Ölversorgung verursacht. Wenn wir Kräfte im Irak stationieren, wird es keine Unterbrechungen der Ölversorgung geben.“²⁸

Diese Truppen sollen Druck auf die Golfstaaten ausüben, eine US-freundliche

²⁴ Vgl. Morgan/Ottaway, „When it's over“, a.a.O.

²⁵ Scott R. Feil, Post-Conflict Reconstruction in Iraq: Strategy and Resource Considerations, Senate Foreign Relations Committee, 01.08.02.

²⁶ James Dao/Eric Schmitt, „Bush aides split on calls for a provisional regime in Iraq“, *IHT*, 11.10.02.

²⁷ *Rebuilding America's Defenses*, A Report of The Project for the New American Century, September 2000, S. 14.

²⁸ Zit. nach Jay Bookman, „The president's real goal in Iraq“, *The Atlanta Journal-Constitution*, 29.09.02.

Politik zu verfolgen und die Möglichkeiten zur militärischen Abstrafung verbessern, falls dem nicht nachgekommen wird. Mit diesem Drohpotenzial verschaffen sich die USA einen Positionsgewinn in der fast unweigerlich anstehenden, kommenden Auseinandersetzung mit der OPEC.

Phönix aus der Asche – Die Rückkehr der OPEC

Das Kartell, ein Zusammenschluss von elf Förderstaaten, wurde ursprünglich gebildet, um den Ölerzeugern bessere Möglichkeiten zur Preisgestaltung zu verschaffen. Der wichtigste diesen Ländern zu Verfügung stehende Mechanismus hierfür sind die Förderquoten, die jedem Mitglied verbindlich vorschreiben, wieviel Öl es dem Weltmarkt zuführen darf. Entschließt sich das Kartell zu einer Reduzierung, hat dies, da der globale Ölmarkt den Gesetzen von Angebot und Nachfrage gehorcht, eine Verknappung und damit einen Preisanstieg zur Folge – zumindest in der Theorie.

Bereits die ersten beiden Ölkrisen, ausgelöst durch Embargos der OPEC, führten im Westen zu schweren Rezessionen. Hierauf wurde mit der Erschließung alternativer Quellen, insbesondere in Mexiko und der Nordsee reagiert, um die Macht des Kartells zu brechen, was auch weitestgehend gelang. Die Verknappung des Öls führte nicht, wie von den OPEC-Ländern angenommen, zu deutlich höheren Preisen, sondern dazu, dass andere Produzenten die freigeordneten Marktanteile übernahmen. Die Drohung, über die Ölwanne die westliche Politik entscheidend beeinflussen zu wollen, scheiterte ebenso wie der Versuch, dauerhaft höhere Ölpreise durchzusetzen. „Als die OPEC Anfang 1986 ihre Mengengrenzungen aufgab, stürzte [der Ölpreis] auf einen Wert von 12 \$. Es folgten 13 Jahre, in denen alte und neue Anbieter auf einem nunmehr wirklich freien Markt um Anteile an einer wachsenden Nachfragerängen. Der Ölpreis betrug im Durchschnitt 17 \$.“²⁹

Die Entwicklungen am Ölmarkt deuten aber darauf hin, dass die OPEC ihren verlorenen Einfluss zurückgewinnt, ja sogar noch ausweiten wird. Bei rasant steigendem Bedarf gehen die meisten Nicht-OPEC Förderquellen ihrem Ende zu. Falls die aktuelle Produktion beibehalten würde, reichen die Vorräte der USA noch 10,7 Jahre, die Europas (vor allem Nordsee) noch 7,8 und die Russlands 19,1 Jahre. Demgegenüber beträgt die Reichweite der OPEC-Vorkommen noch 76,6, des Mittleren Ostens gar noch 88,8 Jahre.³⁰

Trotz der krampfhaften Versuche, Nicht-OPEC Vorräte zu erschließen, wird der steigende Öldurst der Welt zunehmend durch die OPEC gestillt werden müssen, wie von der NEP (8-4) versichert wird: „Im Jahr 2020 wird angenommen, dass die Ölproduzenten am Golf zwischen 54 und 67 Prozent des Weltöls liefern werden. Somit wird die globale Ökonomie fast sicher weiterhin von der Versorgung aus OPEC-Ländern, insbesondere dem Golf, abhängen.“ Alle Nicht-OPEC Förderländer produzieren jetzt schon am Limit und

²⁹ Müller, *Das Öl des Irak*, a.a.O., S. 3.

³⁰ BP-Amoco, *Statistical Review of World Energy*, June 2002, S. 4.

ihre Liefermengen werden angesichts sinkender Vorräte eher sinken als steigen. „Im März 1999 wurde sich die OPEC bewusst, dass die Nicht-OPEC-Produzenten über keine Produktionsreserven verfügten, eine Mengengrenzung der OPEC daher nicht durch die Übernahme von Marktanteilen durch andere aufgefangen würde. Das Instrument der Mengengrenzung griff wieder. Der Preis stieg im Jahr 2000 auf über 30 \$. [...] Die in den 80er und 90er Jahren verlorene Herrschaft über die Ölpreissteuerung hat die OPEC 1999 im Prinzip zurückgewonnen.“³¹

In Zukunft wird kaum ein Weg an dem Kartell mehr vorbeiführen. „Wie immer man es dreht und wendet: Den politisch sensiblen Ländern am Persischen Golf wächst automatisch mehr Marktmacht zu – wenn sie sich alle einig sind.“³² Bisher überschritten einzelne Länder häufig die Förderquoten, was die gemeinsame Preispolitik unterlief. Allerdings scheint man sich in jüngster Zeit deutlich besser verständigen zu können. Inzwischen schreckt man auch nicht vor Schritten zurück, die in Washington als offener Affront betrachtet werden: Die OPEC „drosselte nach dem 11. September die Produktion wie nie zuvor. Und trieb den Preis nach oben.“³³

Demgegenüber lesen sich die Präferenzen der NEP (2-1), was steigende Ölpreise anbelangt, wie eine Kampfansage an das Kartell: „Steigende Ölpreise wirken wie eine Steuer durch ausländische Ölexporture. Sich ändernde Energiepreise verursachen ökonomische Kosten. [...] Diese Kosten können letztlich das ökonomische Wachstum beeinträchtigen.“ Noch gefährlicher wird es, wenn sich die OPEC-Staaten darauf einigen sollten, nicht nur höhere Preise zu verlangen, sondern das Kartell erneut als Waffe gegen die westliche Politik einzusetzen. Da heute kaum Alternativen bereitstehen, wären die ökonomischen Folgen fatal. Regierungsmitglieder aus dem Irak, Iran, Libyen und Saudi-Arabien haben einen solchen Schritt bereits angedroht und befürwortet.

Krieg gegen die OPEC und für billiges Öl

Die US-Ölstrategie richtet sich nicht nur auf die Stabilisierung der ölreichen Golfregion mittels der Truppenstationierungen im Irak, sondern auch gegen den zunehmenden Einfluss des Kartells. Einerseits soll dies über die Erschließung von Nicht-OPEC Reserven geschehen. Auf den anderen Pfeiler weist Roger Divan von der Fachzeitschrift *Petroleum Finance* hin: „Es gibt eine lang angelegte Strategie der US-Regierung die Marktmacht der OPEC zu schwächen, und ein Weg hierzu ist es, bestimmte Länder herauszulösen.“³⁴

Das US-Bestreben, die Ölreserven des Iraks außerhalb der OPEC-

³¹ Müller, *Das Öl des Irak*, a.a.O., S. 3.

³² Krönig/Vorholz, „Öldorado“, a.a.O.

³³ Hoffmann/Petersdorf, „Die Tage des billigen Öls“, a.a.O.

³⁴ James Dao, „Oil puts Africa in spotlight“, *IHT*, 20.09.02.

Preisbindung auf den Weltmarkt zu liefern, wäre diesbezüglich ein entscheidender Erfolg. „Seine riesigen Ölreserven könnten die saudische Dominanz als OPECs Ausgleichsproduzent wettmachen und den USA in Notzeiten ökonomisch helfen, indem durch eine Produktionserhöhung die Preise gesenkt werden.“³⁵ Rainer Hermann schreibt in der FAZ vom 2.9.2002: „Dieser neue Irak könnte aus der OPEC austreten, die Förderbeschränkungen des Ölkartells unterlaufen und die dominierende Rolle Saudi-Arabiens am Golf schwächen. Selbst wenn der Irak in der OPEC bliebe, brächen im Kartell erhebliche Spannungen aus.“³⁶ Die unter einem US-Protektorat agierende künftige irakische Regierung könnte sich diesem Wunsch Washingtons wohl kaum verwehren. Der Führer der Exilopposition kündigte bereits an, aus der OPEC austreten zu wollen. Hiermit würde dem Kartell ein schwerer Schlag versetzt werden. Für die US-Strategen wird dies um so notwendiger, da der bisherige Garant niedriger Ölpreise, Saudi Arabien, als mit Abstand wichtigstes Ölförderland der Welt der Kontrolle Washington zu entgleiten droht.

Saudi Arabien - Die zweite Säule wankt

Im Zentrum der Auseinandersetzung zwischen den USA und der OPEC stehen die amerikanisch-saudischen Beziehungen. Nachdem mit der iranischen Revolution eine der beiden US-Säulen einstürzte, gefährden die jüngsten Spannungen mit Saudi Arabien nun endgültig Washingtons Kontrollanspruch am Persischen Golf.

Vordergründig drehen sich die Konflikte um die saudische Unterstützung terroristischer Gruppen, bzw. die von Riad vorgebrachte Kritik an der einseitigen US-Politik im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Tatsächlich aber geht es noch um weit mehr. Im Zentrum steht die Infragestellung des US-Ordnungsanspruches in der Region und des damit verbundenen Einflusses auf die OPEC. Ungemach droht der USA aus zwei Richtungen. Einerseits könnte eine islamische Revolution das saudische Königshaus stürzen, was unmittelbar zu einer US-feindlichen Politik führen würde. Andererseits mehren sich aber zudem die Zeichen, dass innerhalb der Königsfamilie die anti-amerikanische Fraktion allmählich die Überhand gewinnt.³⁷ Washington wird versuchen beides mit allen Mitteln zu verhindern.

Verschiedene Schritte des saudischen Königshauses versetzen die US-Strategen derzeit in höchste Alarmbereitschaft. So hat Riad angedroht, die zur Machtprojektion unerlässlichen amerikanischen Militärbasen schließen zu lassen.³⁸ Sicher soll der Irak für den Fall eines dauerhaften Bruches hier ein-

³⁵ Charles Krauthammer, „No, keep the focus on Saddam“, *IHT*, 22.04.02.

³⁶ Zit. nach Dirk Eckert, „Das Öl und der Krieg“, in: *Volksstimme*, Wien 26.09.2002.

³⁷ Seymour M. Hersh, „Hersh King's ransom - How vulnerable are the Saudi royals?“, in: *The New Yorker*, 22.10.01.

³⁸ Vgl. David B. Ottaway/Robert G. Kaiser, „Saudis May Soon Ask U.S. Military to Leave“, *IHT*, 19-20.01.02.

springen.

Auch scheint ein System, das von Stan Goff, einem ehemaligen Lehrer an der Militärakademie von West Point, als „Petrodollar Imperialismus“ bezeichnet wurde, gefährdet zu sein. Er gibt an, dass Washington auf zwei Arten von seinem Kontrollanspruch am Golf profitiert. Einerseits durch die enormen Profite aus Waffenverkäufen an die dortigen Länder, die hiermit ihre Gewinne aus Ölverkäufen in die Vereinigten Staaten zurücktransferierten. Vor allem aber dadurch, dass das OPEC-Öl von allen Staaten in Dollars abgerechnet, aber primär in die USA reinvestiert wird. Jene Dollarabrechnung „hat es den USA ermöglicht, nicht nur die Entwicklungsländer, sondern auch die wichtigsten kapitalistischen Rivalen zu dominieren. Andere Länder müssen ihre Rechnungen in (Petro)Dollars zu einem höheren Wechselkurs als die USA bezahlen und diese Dollars kommen direkt zurück ins Land (über Saudi Arabien und andere). [...] Amerikanischer Imperialismus ist letzten Endes Petrodollar Imperialismus.“ Ein Rückzug des saudischen Kapitals aus dem amerikanischen Markt wäre demzufolge „ein vernichtender Schlag.“³⁹ Genau dies ist vor kurzem geschehen, als etwa 200 der insgesamt ca. 850 Mrd. Dollar saudischer Kapitalinvestitionen aus den USA abgezogen wurden.⁴⁰

Noch dramatischer ist aus US-Sicht, dass neben Venezuela, dem Irak und Iran⁴¹ nun auch Saudi-Arabien ernsthaft die Möglichkeit prüft, künftig sein Öl in Euros abzurechnen, was den Dollar mächtig unter Druck bringen und die USA wirtschaftlich enorm schädigen würde.⁴²

Zusätzlich ist es unerlässlich, dass zur Befriedigung des steigenden Ölbedarfs Saudi Arabien nach Angaben des US-Energieministeriums seinen Ausstoß von derzeit 11,4 mb/d auf 23,1 mb/d in 20 Jahren erhöhen muss. Deshalb sei es erforderlich „Saudi Arabien davon zu überzeugen, seinen [verstaatlichten] Ölsektor substanziellen Investitionen durch US-Ölfirmen zu öffnen,“ was aber ohne enormen Druck am Widerstand der saudischen Herrscherfamilie scheitern dürfte.⁴³

Diese Entwicklungen führten dazu, dass Saudi Arabien in zahlreichen Bush-nahen Zeitungen und Magazinen aufs schärfste angegriffen wird, was teilweise so weit geht, dass von Neokonservativen verschiedentlich die Besetzung oder Abspaltung der ölreichen Gebiete des Landes gefordert wird.⁴⁴ Ein Briefing vor dem das Pentagon beratenden *Defense Policy Board* könnte die neue Richtung vorgeben. Es „beschrieb Saudi Arabien als einen Feind der Verei-

³⁹ Stan Goff, „The Infinite War and its Roots“, From The Wilderness, 27.08.02.

⁴⁰ Rainer Rupp, „Riad bringt den Dollar ins Fallen“, *Junge Welt*, 23.08.02.

⁴¹ Charles Recknagel, „Iraq: Baghdad Moves To Euro“, *RFE/RL*, 01.11.00.

⁴² Josh Pollack, „Saudi Arabia and the United States, 1931-2002“, *Middle East Review of International Affairs*, Vol. 6, No. 3, September 2002, S. 77-102, S. 90.

⁴³ Michael T. Klare, „Global Petro-Politics“, in: *Current History*, March 2002, S. 99-104, S. 101.

⁴⁴ So etwa Max Singer, Gründer des Hudson Institute in der New York Sun. Vgl. Kevin McCauley, „Saudi Censored. Saudi Arabia Split“, *O'Dwyer's PR Daily*, 01.05.02.

nigten Staaten und empfahl, dass US-Offizielle ein Ultimatum stellen, die Unterstützung des Terrorismus einzustellen oder sich der Besetzung seiner Ölfelder gegenüberzusehen.“⁴⁵ Die Falken erhoffen sich von einem Krieg gegen den Irak eine erhebliche Verbesserung ihrer Position am Golf auch im Hinblick auf Saudi Arabien: „Diese Sichtweise, populär unter einigen neokonservativen Denkern, besteht darin, dass, wenn eine US-Invasion Saddam Hussein erst einmal von der Macht entfernt hat, ein freundliches Nachfolgeregime ein wichtiger Ölexporteur in den Westen werden wird. Dieses Öl würde die US-amerikanische Abhängigkeit von saudischen Energieexporten verringern und es somit aus diesem Blickwinkel erlauben, dass saudische Königshaus für ihre Unterstützung des Terrorismus zu konfrontieren.“⁴⁶

Tatsächlich geht es aber darum, die OPEC-Politik auf US-Kurs zu bringen. Aufgrund Saudi Arabiens entscheidender Rolle als Weltölversorger Nummer eins ist eine Eskalation wegen des hierauf erfolgenden Ausfalls saudischer Lieferungen gegenwärtig kaum zu verkraften. Die Kontrolle der irakischen Reserven ebnet so den Weg, Saudi Arabien vor die Wahl zu stellen: Befolgung der US-Vorgaben oder Ersetzung durch eine US-Interessen freundlicher gesonnene Regierung.

„Der Weg zum gesamten Mittleren Osten führt durch Bagdad“

Dieses Prinzip soll wohl auf die gesamte Region übertragen werden. Jedem Staat, der es wagen sollte den US-Ordnungsanspruch in Frage zu stellen, droht, so hat es derzeit den Anschein, ein Angriff durch die USA. So gehen einige Analytiker von einem Simultanschlag gegen Bagdad und Teheran aus.⁴⁷ Prominente Neokonservative wie etwa Michael Leeden oder Norman Podhoretz, gehen mit ihren Forderungen noch weiter. Nach dem Iran, Irak und Saudi Arabien müsse noch Syrien angegriffen werden, so Leeden. Podhoretz fordert zusätzlich noch als Minimum einen Regimewechsel im Libanon, Libyen, Ägypten, ebenso wie Veränderungen in der palästinensischen Autonomiebehörde.⁴⁸

Der Krieg gegen den Irak wird so nur ein erster Schritt zur Unterwerfung der gesamten Region sein. Ein neokonservatives Regierungsmitglied kommt folgerichtig zu dem Schluss, dass „der Weg zum gesamten Mittleren Osten durch Bagdad führt.“⁴⁹

⁴⁵ Thomas E. Ricks, „U.S. advisers see Saudis as enemies“, *IHT*, 07.08.02.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Sidney E. Dean, „Folgt Iran dem Irak auf der US-Zielliste?“, in: *Europäische Sicherheit*, 9/2002, S.31-32.

⁴⁸ Patrick J. Buchanan, „On to Baghdad – and beyond“, *WorldNetDaily Commentary*, 07.10.02.

⁴⁹ Zit. nach Ricks, „U.S. advisers“, a.a.O.

Ausbruch aus dem Energiedilemma

„Die Vereinigten Staaten bleiben Gefangene ihres Energiedilemmas.“⁵⁰ Dieser Satz, so wahr und eindeutig er ist, kann nur zwei Schlussfolgerungen nach sich ziehen. Entweder man begegnet diesem Energiedilemma mit verstärkten Militäreinsätzen, oder Washington versucht die Abhängigkeit seiner Volkswirtschaft von fossilen Brennstoffen durch eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien zu reduzieren.⁵¹ Zudem müssen Antworten gefunden werden, wie Energieverbrauch gerechter verteilt werden kann. Die USA verbrauchen bei 5 Prozent der Weltbevölkerung derzeit mehr als ein Viertel des gesamten Energiebedarfs.

Es sind schlicht und ergreifend nicht genug Reserven vorhanden, um mit Öl sowohl den zukünftig noch steigenden Verbrauch der westlichen Industrieländer, insbesondere der Vereinigten Staaten, zu decken und gleichzeitig den wachsenden Energiebedarf vieler anderer Staaten aufzufangen. Ein drastische Reduzierung des Energieverbrauches ist deshalb dringend notwendig, um künftige Auseinandersetzungen um das knapper werdende Öl zu vermeiden. Gegenwärtig verbrauchen die USA 7 Tonnen Öl pro Einwohner (Westeuropa ca. 4,3), während aber ein hoher Lebensstandard, ohne Einbuße an Lebensqualität bereits mit einem Verbrauch von 1,5 Tonnen zu erreichen ist.⁵²

Nur mit einer solchen Strategie der Entwicklung von Alternativen, der Einsparung und Effizienzsteigerung können die USA also wirklich ihrem Energiedilemma entkommen. Leider scheint es sehr wahrscheinlich, dass dieser Ansatz zugunsten der gegenwärtig zu beobachtenden imperialen Politik kaum Beachtung finden wird, da die Prioritäten auf dem Erhalt der US-Hegemonie und den Interessen der Öllobby liegen und offensichtlich auch wenig Interesse besteht, anderen Ländern Entwicklungschancen einzuräumen.

Bernhard H.F. Taureck

Imperialismus als monopolisierter Universalismus. Fragen und Thesen zu einem neuartigen politischen Großrisiko

Die folgenden Überlegungen gelten einer Möglichkeit von globaler Politik, als deren Akteur sich die Vereinigten Staaten definieren. Diese Möglichkeit ist mit dem, was die USA vermutlich wollen und was sie vermögen, jedoch nicht erkennbar identisch. Es besteht noch eine nicht auflösbare Differenz von möglichem Konzept und politischem Verhalten. Erst eine spätere Historie wird sie tilgen können. Uns bleibt lediglich der Versuch einer rationalen Vorgehensweise, verstanden als Präzision des Impräzisen.

Die allgemeine Paradoxie eines monopolisierten Universalismus

Wer mit seinem eigenen ethischen Universalismus einsam dasteht, gewinnt damit noch keine Monopolstellung. Ein einsamer Universalist wird sich leicht vorkommen wie ein Menschenfreund unter lauter eigensüchtigen Menschen. Würde er aus seiner Einsamkeit einen Monopolanspruch machen, so müsste er nach Wegen suchen, sich die anderen zu unterwerfen. Universalismus und Unterwerfung der anderen, ist dies jedoch nicht ein hölzernes Eisen? Im Bereich von Ethik und Moral zweifellos. Denn Universalismus meint hier ja die Forderung gleicher Rechte und Pflichten für alle Menschen unabhängig von der Lage, in der sie sich befinden. Damit ist ein Zwang gegen sie nicht vereinbar.

Zwei historische Typen von politischem Universalismus

Wie steht es dagegen im Bereich der internationalen Politik? Hier ist der Universalismus offenbar nicht mehr rein wie in der Ethik, sondern vermischt mit Interessen. Die Vermischung konnte auch als Legierung auftreten. Das den Staat definierende legitime Monopol der Gewaltausübung konnte das illegitime Monopol einer Vertretung des universell Richtigen und Falschen einschließen.

In Europa existierten einst zwei Ansprüche auf mehr als eine bloße Mischung von Interesse und Universalität, nämlich der von Experten des Wissens geleitete Staat Platons und später die römisch-katholische Kirche mit ihrem Anspruch auf bedingungslose Kontrolle politischer Herrschaft. In beiden Fällen, wie verschieden sie auch begründet und konzipiert waren, lag tatsächlich so etwas vor, was sich als politisch-monopolistischer Universalismus von Wertungen umschreiben lässt. Die Ausrichtung dieser Konzeptionen bestand in erster Linie in apodiktisch-veritativem Begründungen, aus denen sich räumliche und zeitliche Herrschaftsbefugnisse herleiteten. Die Neuzeit führte zu ei-

⁵⁰ Morse/Jaffe, *Strategic energy policy*, a.a.O., S. 34.

⁵¹ Vgl. New York Times Editorial, „New Thinking on Energy“, *IHT*, 23.10.01.

⁵² Vgl. Vaclay Smil, „Energy Resources and Uses: A Global Primer for the Twenty-First Century“, in: *Current History*, March 2002, S. 126-132, S. 131f.

ner Delegitimierung dieser Ansprüche. Aus diesem Grund waren die Imperien der Neuzeit (Spanien, England) politisch und interessengeleitet und – abzüglich einer unvermeidlichen Rhetorik – nicht etwa als Universalreiche konzipiert. Einen Schritt in eine moderne Re-Universalisierung der Politik betrieben im 19. und im 20. Jahrhundert Napoleon beziehungsweise Stalin. Sie legiti- mierten Expansionspolitik mit dem Argument, dass ihr staatliches Handeln Träger einer universell gültigen Idee (französische Revolution, proletarische Revolution) sei. Neben ihnen steht das Weltoberungsphantasma Hitlers, das auf jeglichen Universalismus verzichtete und allein an einer monopolistischen Rechtsdurchsetzung für eine „Rasse“ interessiert war.

In der historischen Rückschau gab es somit zwei Typen von politischem Universalismus: der apodiktisch-veritative Typus (Platon und die römisch-katholische Kirche) einerseits sowie der Typus des Ideenexports (Napoleon, Stalin) andererseits. Beide Typen dürften, wie Hitlers Wunsch nach Weltherrschaft, der Vergangenheit angehören. Ist das Thema der Verbindung von politischem Monopolismus und ethischem Universalismus damit ebenfalls rein historisch geworden? Oder scheint es angebracht, die Politik der Vereinigten Staaten damit in Zusammenhang zu bringen? Zumindest versuchsweise sollte dieser letzteren Frage nicht ausgewichen werden.

Drei Fragen

Es fehlt nicht an Versuchen, den USA imperialistische Optionen zuzusprechen. Sie reichen von Analogisierungen zur Historie der neuzeitlichen Imperien mit der Folge imperialer Überdehnung (P. Kennedy), von verborgenem Imperialismus eines Landes (Ch. Johnson) zu einem allgegenwärtigen, extranationalen Empire (Hardt und Negri) und schließlich zu dem Votum für eine konsensuelle und gutartige Hegemonie der USA über Eurasien (Brzezinski).¹ Soweit ich sehe, erscheint in keinen dieser vier interessanten Überlegungen ein Zug: nämlich die Möglichkeit, im Namen von ethischem Universalismus globalpolitischen Monopolismus zu beanspruchen.

Um uns der Sache eines möglichen monopolistischen Universalismus in einer gebotenen vorläufigen und hypothetischen Weise anzunähern, soll auf drei Fragen geantwortet werden:

1. Wie müssten die allgemeinen Bedingungen beschaffen sein, unter denen ein monopolistischer Universalismus eintreten könnte?
2. Wohin tendiert der Unilateralismus der Vereinigten Staaten?

¹ Vgl. P. Kennedy (2002): Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 – 2000. Fischer, Frankfurt am Main. Ch. Johnson (2001): Ein Imperium verfällt. Ist die Weltmacht USA am Ende? Goldmann, München. M. Hardt, A. Negri (2000): Empire. Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts/London. Z. Brzezinski (1997): The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives. Basic Books, New York.

3. Wie könnte die Zukunft eines monopolistischen Universalismus beschaffen sein?

Allgemeine Bedingungen für einen monopolistischen Universalismus

Wenn wir nach internen und externen Bedingungen unterscheiden, ließe sich – abstrakt – vielleicht so argumentieren: Interne Bedingungen sind die Verhältnisse in einer politischen Wertegemeinschaft (ein oder mehrere Staaten). Zu den internen Bedingungen eines künftigen monopolistischen Universalismus dürften gehören:

1. Kollektives Bewusstsein, dass andere Gemeinschaften als die eigene nicht bereit und nicht fähig sind, allgemeingültige Wertungen zu artikulieren und durchzusetzen.
2. Ein gemeinsames Bewusstsein einer gemeinsamen Geschichte der eigenen Wertungen, worin eine Selbsterhaltung oder Selbsterweiterung trotz erheblicher Bedrohungen dominiert.
3. Unvollständige Aufzählung und unvollständige Begründung der eigenen Wertungen, verstanden als Zeichen ihrer Unerschöpflichkeit und verbunden mit dem Ausdruck der Hoffnung auf eine außermenschliche Instanz der Lenkung der Geschichte im Sinn der eigenen Wertandeutungen.

Externe Bedingungen betreffen die Macht zu etwas. Zu ihr gehört:

1. Militärisches Potenzial, das es erlaubt, jeden anderen Staat und jede andere Koalition zu bedrohen und zu besiegen, ohne selbst besiegt zu werden.
2. Wirtschaftliche Autarkie oder globale Marktdominanz.
3. Instrumente zur Schaffung asymmetrischer globaler Machtverhältnisse über bloß nicht-symmetrische Bezüge hinaus.

Erläuterung zu 3: Nicht-symmetrische Machtbezüge bedeuten, dass es Situationen geben kann, in denen der andere sich meiner Macht entziehen kann und sogar Macht über mich erlangt. Machtbezüge dieser Art sind das, was faktisch als Machtverhältnis bekannt ist. Asymmetrische Machtbezüge beinhalten demgegenüber nicht die Unmöglichkeit der Machtgewinnung der anderen (die es nicht gibt), sondern lediglich ein Instrumentar wirksamer Kontrollen zur Verhinderung des Eintretens der Emanzipation der anderen. Zu diesen Instrumenten gehört neben Geheimdiensten zum Beispiel eine erweiterte Industriespionage.

Es gibt sicherlich noch weitere Bedingungen externer und interner Art für einen neuen monopolistischen Universalismus. Die genannten sechs Bedingungen erscheinen jedoch eine Art Grundstock notwendiger, wenngleich nicht hinreichender Bedingungen zu bilden. Hinreichende Bedingungen lassen sich, ohne *petitio principii* vermutlich auch gar nicht aussagen.

Das Jahrzehnt des amerikanisch beherrschten Planeten

Wohin tendiert der Unilateralismus der Vereinigten Staaten? Das 20. Jahrhundert war kein US-amerikanisches Jahrhundert. In seinen ersten 40 Jahren waren die USA dafür zu schwach und in den folgenden 50 Jahren stand ihnen die Sowjetunion gegenüber. Das amerikanische Jahrhundert ist erst gut 10 Jahre alt. In diesen 10 Jahren hatten die USA bereits einige Gelegenheiten, dem Globus zu zeigen, wie ein Globus americanus aussieht: Sie haben Teile des Nahen Ostens, Jugoslawien und Afghanistan verwüstet und teilweise unter militärische Kontrolle gestellt und schicken sich an, dem Nahen Osten (Irak und Jemen) nunmehr das gesetzlose Gesetz des Krieges aufzuzwingen. In Südamerika und im Fernen Osten laufen verdeckte militärische Operationen. In diesen 10 Jahren haben die Amerikaner alle Versuche einer Verbesserung des Völkerrechts sowie alle Versuche einer Rettung der natürlichen Lebensbedingungen be- und verhindert und bei der Globalisierung eine progressive Verelendung der Armen betrieben. Doch noch immer ist nicht klar, wohin diese Politik strebt und was ihr Ziel ist. Ist es ein Zustand, in welchem die Politik wieder – wie einst vor Clausewitz – als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln verstanden wird, oder sind Kriege nur Mittel zu einem anderen, noch nicht verratenen Ziel? Ein Hinweis auf Krieg als Primärzustand könnte in den von den USA und Großbritannien außerhalb der UNO erklärten Flugverbotszonen für den Irak gesehen werden. Hier nämlich ist der Kriegszustand das Gegebene – dauerhafte Bedrohung mit und Durchführung von Bombardierungen – und kriegsfreie Politik gar nicht zu erkennen. Ist es die Vernichtung anderer, der Feinde, später der Noch-Freunde und dann die Vernichtung (die Anthrax-Attentate wären dann eine Art Vorbote) ihrer selbst?

Zukunftsmöglichkeiten eines monopolisierten Universalismus

Vielleicht war das Ende der Sowjetunion nur der Anfang vom Ende der Vereinigten Staaten von Amerika. Vielleicht waren die Vereinigten Staaten nur im bipolaren Gegensatz eine Supermacht. Vermögen sie die Funktionen einer planetarischen Herrschaft weder offen noch verdeckt zu übernehmen?

Diese und ähnliche Fragen stammen aus dem Arsenal der Spekulationen über das Ende der USA. Statt sich auf dieses Thema zu konzentrieren, kann derzeit im Hinblick auf die Politik von monopolistischem Universalismus eine Dreiphasigkeit vermutet werden. Eine erste Phase betrifft den Aufbau eines universalistischen Monopols, eine zweite Phase seine politische Durchsetzung und eine dritte Phase beinhaltet die Selbstauflösung des monopolistischen Universalismus.

Die Aufbauphase besteht im Wesentlichen in der Erfüllung der sechs internen und externen Bedingungen. Es trifft nicht zu, dass monopolistischer Universalismus ausschließlich eine Sache der USA ist. Es gibt andere Staaten, die ebenfalls dazu neigen, die drei internen Bedingungen als erfüllbar zu betrach-

ten. Für so verschiedene Länder wie beispielsweise China, Indien, Frankreich oder Israel dürfte dies gelten. Doch in diesen Ländern besteht ein klares Bewusstsein, dass sie unter keinen heute absehbaren Umständen in der Lage wären, die drei externen Bedingungen zu erfüllen. Sie mögen sich daher idealiter als monopolistische Universalisten fühlen und gelegentlich öffentlich so darstellen. Weil sie die externen Bedingungen der militärischen Overkillkapazität, des ökonomischen Superlativs und der Asymmetrisierung der Macht nicht herstellen können, werden auch sie nicht Subjekte, sondern Objekte eines realen monopolistischen Universalismus sein.

Die politische Durchsetzung von monopolistischem Universalismus sollte nicht primär als Zugriff auf bestimmte Bodenschätze oder als Destruktion des modernen Völkerrechts, auch nicht als Kriegszustand beschrieben werden. Vielmehr sollte es darum gehen, eine mögliche operative Formel zu entwickeln, die dann eine Reihe von destruktiven Konsequenzen aufweist. Eine solche operative Formel könnte lauten: Ein einziger Staat als Gesetzgeber für alle, Richter über alle und Exekutor bei allen im Hinblick auf politisch und ethisch Richtiges und Falsches. Diese Formel bildet eine Schnittmenge aus der alten Formel für den moralischen Gott (als Schöpfer, Gesetzgeber und Richter der Welt) und aus der negierten Gewaltenteilung der neuzeitlichen politischen Theorie. Eine operative Formel dieser Art umschreibt zugleich auf planetarischer Ebene, was die Römer unter imperium verstanden, nämlich die uneingeschränkte Amtsgewalt eines Landes nicht nur über seine eigenen Bürger, sondern über die Bürger anderer Staaten. Diese Formel schließt ein, dass andere Staaten keine Befugnis besitzen zur Festlegung von Regeln der internationalen Ordnung. Sie schließt ebenso ein, dass sie sich der richtenden Instanz des Monopolisten zu unterwerfen haben. Und sie schließt am Ende ein, dass die Durchsetzung der Regeln von dem einen Staat betrieben wird, und zwar in unkalkulierbar Angst und Schrecken erzeugender Weise durch Androhung und tatsächliche Anwendung von Gewalt, gegen die es infolge der Overkillmöglichkeiten des Monopolisten keinen Schutz gibt.

Dass sich die Globalpolitik der USA als monopolistischer Universalismus entwickeln wird, folgt keiner unabwendbaren Evolution. Schwer bezweifeln lässt sich indes, dass eine Rhetorik monopolistischen Universalismus durch Regierungsvertreter und Medien in den USA fast bereits zur Normalität geworden ist. Die Ermächtigung des US-Präsidenten durch die dortige Legislative zum seinem Verfahren nach Gutdünken mit dem Irak wird vom Weißen Haus als Bestätigung gewertet, dass der Irak eine Bedrohung für die Welt und für die USA darstellt. Dass diese Anmerkung eine Umkehrung der allein zulässigen Argumentation darstellt, bilden unsere Medien leider nicht ab: Kein Beschluss eines Gremiums der gesamten Welt kann zu irgendeiner Zeit eine Bestätigung für eine Bedrohung ergeben. Was allein möglich bleibt, ist, dass Bedrohungen Grund für Beschlüsse werden können. Kausalbezüge sind und bleiben asymmetrisch. Wir können etwas beschließen, weil wir von X bedroht sind, doch wir sind nicht von X bedroht, weil wir etwas beschließen. Ob dies als Aussaat für ein monopolistisch-universalistisches Staatshandeln zu verste-

hen ist, kann noch nicht mit Sicherheit gesagt werden. Sobald eine solche Sicherheit jedoch besteht, gäbe es für diesen Staat wenig Chancen für ein Entkommen aus den selbstdestruktiven Implikationen des monopolistischen Universalismus.

Die Phase der Selbstauflösung eines Staates, der sowohl Universalist als auch Monopolist zu sein beansprucht, besteht in der politisch werdenden Widersprüchlichkeit dieses Anspruchs. Dagegen gibt es einen gewichtigen Einwand. Er lautet: Logische Konsistenz ist keine Bedingung für politischen Erfolg. Was politisch erfolgreich ist, bedarf kaum mehr als des Anscheins von Konsistenz. Dieser Einwand ist gültig, doch er trifft nicht eine bestimmte Konstellation des monopolistischen Universalismus. Sie besteht darin, dass der Monopolist die Berufung auf universell gültige Wertungen und Prinzipien stets öffentlich beansprucht. Die Menschenrechte, die das Recht auf Freiheit und Wohl aller Menschen beinhalten, werden von dem Monopolisten als Grundlage seines Staatshandelns beständig in Anspruch genommen. Interventionen werden dementsprechend mit der Sicherung von Menschenrechten gerechtfertigt. Daraus folgt jedoch irgendwann: Die monopolistische Beanspruchung von Universalismus findet eine pluralistische Antwort. Die Medien sind kein Bollwerk gegen dieses Offenkundigwerden einer Absurdität. Im Gegenteil. Da sie für die Verbreitung der universalistischen Rechtfertigung von Monopolismus sorgten, können sie in Windeseile ebenso dessen Absurdität verbreiten. So gehören Aufbau und Ende eines monopolistischen Universalismus zu den Möglichkeiten ein und derselben Mediengesellschaft.

Doch all dies enthält noch nicht das, was sich als „Präzision des Impräzisen“, verstanden als Status einer Voraussage, bezeichnen ließe. Um hier noch einen Schritt weiterzugehen, sei folgende Zuspitzung vorgenommen: Angenommen, der künftige monopolistische Universalismus wird international und medial als das Gebilde enttarnt, was er ist, nämlich eine perfide Täuschung anderer und sogar seiner selbst. Dazu wäre am Ende vielleicht gar nicht mehr nötig als die mediale und globale Präsenz des aufschlussreichen italienischen Sprichwortes *Belle parole e cattivi fatti ingannano savi e matti* (Schöne Worte und schlechte Taten täuschen Kluge und Dumme). Was aber dann? Die Beantwortung dieser Frage entscheidet über die letzte Phase des politischen Paradoxons eines monopolistischen Universalismus. Der monopolistische Universalist verliert seine Glaubwürdigkeit, und zwar im Namen eines glaubwürdigen, nicht monopolisierbaren Universalismus. Er wird ausgegrenzt, isoliert, geächtet und benachteiligt. Der nicht monopolisierbare Universalismus hat gesiegt. Das Wirkliche gibt Hegel doch noch recht: Es wird vernünftig. Doch vorsichtig, da ist noch die bis zum Asymmetrismus angewachsene Macht des Universalisten zu Zerstörung von allem und aller. Die Vermutung liegt nahe, dass auch der enttarnte Monopolist des Universellen noch den Ton angibt. Welchen? Wird er, wenn der Universalismus zerplatzt ist, auch den Monopolismus aufgeben? Wohl kaum. Die Spätphase dürfte eher darin bestehen, dass nunmehr jedem politischen Universalismus abgeschworen wird. Die internationalen Beziehungen erscheinen jetzt, als folgten sie einem Drehbuch, das

Neo-Realisten geschrieben haben. Es gibt nur noch nationale Interessen und Strategien ihrer Erhaltung. Die internationalen Beziehungen werden zwangsrealistisch. Die internationale Politik des 21. Jahrhunderts fällt zwangsweise in eine Politik des 19. Jahrhunderts zurück.² Dies und genau dies wäre wahrscheinlich der Tiefpunkt der bisherigen Geschichte der Neuzeit. Doch es wäre nicht ihr Horizont. Das Ende des monopolistischen Universalismus wäre nicht nur seine Demaskierung mit Zwangsrealismus als Folge. Denn das nationale Interesse ist nichts Tautologisches. Es schließt ökonomischen Erfolg ein. Dieser bleibt jedoch angewiesen auf internationalen Güteraustausch. Der ist ohne Rahmenbedingungen übernationaler Ordnungen nicht herstellbar. So folgt, dass selbst der mögliche Tiefpunkt der bisherigen Neuzeit den Horizont einer denkbaren Neukonstitution von Universalismus nicht überschritte.

² E.-O. Czempel vertritt die Hypothese, mit der Politik von Rumsfeld und G.W. Bush „tasteten sich [die USA] zurück in das 19. Jahrhundert, in dem jeder Staat soviel Macht anzusammeln versuchte wie möglich war.“ (E.-O. Czempel (2002): *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*. C.H. Beck, München, 132).

Dagmar Engelken, Thomas Gondermann, Wulf D. Hund

Antisemitismus ohne Antisemiten?

Der deutsche Antisemitismusstreit

Die „Verurteilung“ des Antisemitismus hält Jürgen Habermas für den Bestandteil einer „Wertorientierung, die in unserer politischen Kultur inzwischen verankert ist“. Dagegen registriert Micha Brumlik, „Judenhass“ sei „wieder zum anerkannten Bestandteil der politischen Kultur geworden.“¹ Die Debatte der letzten Zeit ist reich an solch unterschiedlichen Einschätzungen. Obwohl viel von einem neuen Antisemitismusstreit die Rede ist, soll der ohne Antisemiten stattfinden. „Antisemitismus ohne Antisemiten“ gilt dabei einerseits als „Paradox“. Andererseits wird versichert, es handle sich nicht um einen „Widerspruch“, denn es bedürfe „keiner Antisemiten, um den Antisemitismus am Leben zu erhalten.“² Gleichzeitig gilt noch einmal als ausgemacht, ob es überhaupt um Antisemitismus geht. Sowohl Jürgen Möllemanns populistische Aktion als auch Martin Walsers vorurteilsbeladener Roman sollen damit nach Einschätzung zahlreicher Kommentatoren nichts zu tun haben.

Im Zweifelsfall werden die Kritiker beschuldigt, die von ihnen inkriminierten Umstände inszeniert zu haben. Möllemanns Äußerungen würden erst durch „den Verdacht, dass hinter dem Gesagten noch etwas anderes, unsagbares lauere“, antisemitisch: „Hier pflegen politische Tiefenpsychologen den Dreck, den sie aufspüren möchten, selbst vorher zu hinterlegen.“³ Der „angebliche Antisemitismus“ in Walsers Roman wäre „externen Ursprungs“ und auf „verjauchtes Denken“ seiner Kritiker zurückzuführen.⁴ Auch kritische Stellungnahmen bescheinigen ihm, daß sein „bisheriges Werk“ nicht „durch antisemitische Topoi geprägt“, derlei bei ihm „bislang nun rein gar nicht zu Tage getreten“ sei.⁵

Überall wimmelt es von Besiegten

Der offene Brief, mit dem die Auseinandersetzung um Walsers neuen Roman begonnen hat, zeigt sich dagegen nicht auf der Höhe der aktuellen Rhetorik. Er kennzeichnet den Text als „Mordphantasie“ und „Dokument des Hasses“ und stellt fest: „das Repertoire antisemitischer Klischees ist leider unübersehbar.“⁶ Das ungewollte Eingeständnis diskreditiert nicht nur das als Literatur getarnte Ressentiment, sondern auch eine Literaturkritik, die die antisemitischen Motive in Walsers Werk bislang stillschweigend übersehen und eine Öffentlichkeit, die ungeniert die mit ihnen verbundene nationalistische Rendite eingestrichen hat.

Die Kolportage will wissen, daß Walser sein Manuskript am 8. Mai jener Zeitung übergab, die es wenig später skandalisierte.⁷ Zu diesem Zeitpunkt pflegte sie indessen noch bedenkenlos die guten Beziehungen, die in der Paulskirche mit der Laudatio ihres Herausgebers auf den Dichter einen medienwirksamen Höhepunkt erreicht hatten.⁸ Sie dokumentierte Walsers auf Einladung des Bundeskanzlers in Berlin gehaltene Rede und diskreditierte die an dieser Veranstaltung geübte Kritik.⁹ Die hatte nicht nur Walser der „Geschichtsklitterung“ und „Erneuerung von Vorurteilen [...] aus der Asservatenkammer der konservativen Rechten“ geziehen,¹⁰ sondern auch moniert, daß ausgerechnet er zu solchem Anlaß gebeten worden war und in diesem Zusammenhang auf zunehmenden Antisemitismus hingewiesen.¹¹

Zahlreiche Presseberichte taten diesen Vorwurf leichthin ab oder verkündeten mit wissenschaftlicher Unterstützung: „ein Antisemit ist Walser nicht“.¹² Von „keinem der Beteiligten“ sei eine „antisemitische Äußerung überliefert“; es müsse deswegen Schluß sein mit der „Gesinnungshygiene“, mit der sich vor allem Michel Friedman „besonders weit vorgewagt“ und damit „die Sehnsucht des Talkmasters nach Begrenzung der Meinungsfreiheit“ offenbart habe.¹³ Gegen den „politische[n] Alarmismus“ wurde die Freude über das „En-

⁶ Frank Schirmmayer, Tod eines Kritikers, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. 5. 2002.

⁷ Vgl. Thomas Steinfeld, Auslieferung eines Buches, in: Süddeutsche Zeitung, 26. 6. 2002.

⁸ Die Laudatio, Walsers Rede und Teile des anschließenden Streits sind dokumentiert in Frank Schirmmayer, Die Walser-Bubis-Debatte. Frankfurt 1999; eine detaillierte Analyse findet sich bei Lars Rensmann, Enthauptung der Medusa, in: Micha Brumlik, Hajo Funke, Lars Rensmann, Umkämpftes Vergessen. Berlin 2000, S. 28 - 126, der schon diese Debatte als „Antisemitismusstreit“ interpretiert, in dem „antisemitische Codes [...] unverhüllt öffentlich artikuliert“ werden (S. 119 f.).

⁹ Vgl. Martin Walser, Über ein Geschichtsgefühl u. Hubert Spiegel, Aus Erfahrung unklug, beide in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 5. 2002.

¹⁰ Hans Mommsen, Über ein Geschichtsgefühl, in: Die Zeit, 21, 2002.

¹¹ Vgl. „Das hat es seit 1945 nicht gegeben“ (Gespräch mit Paul Spiegel), in: Berliner Zeitung, 10. 5. 2002.

¹² Heinrich August Winkler, Die Fallstricke der nationalen Apologie, in: Der Tagesspiegel, 12. 5. 2002.

¹³ Thomas Steinfeld, Hygiene, in: Süddeutsche Zeitung, 7. 5. 2002.

¹ Jürgen Habermas, Tabuschränken, in: Süddeutsche Zeitung, 7. 6. 2002; Micha Brumlik, Gezielt und ohne Reue, in: Frankfurter Rundschau, 7. 6. 2002.

² Peter von Becker, Wahn und Scham, in: Der Tagesspiegel, 4. 6. 2002 und Michael Brenner, Deutsch oder doitsch?, in: Süddeutsche Zeitung, 14. 6. 2002.

³ Matthias Matussek, Recht auf Zorn, in: Der Spiegel, 22, 2002.

⁴ „Logisch nicht zu halten“ (Gespräch mit Joachim Kaiser), in: Junge Freiheit, 28, 2002.

⁵ Ingo Arend, Der Wunsch, Tabubrecher zu sein, in: Freitag, 25, 2002; Jan Philipp Reemtsma, Ein antisemitischer Affektsturm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 6. 2002. Nicht zuletzt deswegen kann Walser den Vorwurf des Antisemitismus empört zurückweisen und wagemutig darauf bestehen, es müßte sich dann doch früher „schon mal irgendwann bemerkbar gemacht haben“, daß bei ihm „etwas antisemitisch ist“ – „Ich bin kein Möllemann“ (Interview mit Martin Walser), in: Die Tageszeitung, 30. 5. 2002.

de der nationalen Verdrücktheit“ gesetzt, das „Vaterlandsliebe“ als „Sache des Herzens“ wieder möglich macht.¹⁴

Obwohl Walser in seinem neuen Roman die Verbindung von Nationalismus und Antisemitismus herstellt, kommt das in der Presse nur gelegentlich zur Sprache. Dann wird der Text als das begriffen, was er sein will, ein „Deutschlandbuch“, in dem ein deutscher Dichter einem jüdischen Kritiker unterliegt, eine „Parabel“ für den angeblichen Sieg der „Juden“ über die „Deutschen“.¹⁵ „Überall wimmelt es von Besiegten“, läßt Walser sein alter ego im Roman feststellen. Der jüdische Kritiker gehört dagegen in die „Kategorie: unbesiegt“. Ihm gegenüber gilt besiegt sein als ein Zustand, von dem man sich nicht mehr erholt: „Siehe doch Deutschland“.¹⁶

Statt sich intensiver mit diesem Geschichtsverständnis zu beschäftigen, ergeben sich die Feuilletons zum großen Teil ebenso aufgeregt wie abwiegelnd in Betrachtungen über die Berechtigung des Antisemitismusvorwurfs. Er drohe, „inflationär zu werden“, werde als „Antisemitismus-Keule“ benutzt, wirke wie ein „soziales Todesurteil“.¹⁷ Unter der Hand wird er zur Infamie erklärt, indem man immer wieder beteuert, daß Walsers Roman „kein antisemitisches Machwerk“ sei, „keinerlei Antisemitismus“ enthalte, mit diesem „nichts zu tun“ habe, weil „keine einzige Zeile [...] in die Rubrik ‚Antisemitismus‘“ gehöre.¹⁸ Schließlich findet sich „Antisemitismus“ gar als „kollektives Phantasma“ in den Bereich der Sinnestäuschungen und Trugbilder verwiesen.¹⁹ In solchem Umfeld kann Walser seine Kritiker verdächtigen, sich selbst „nah beim Nazi-Jargon“ zu befinden, „nichts anderes als Goebbels“ zu machen, selbst „antisemitisch“ zu sein.²⁰

Tatsächlich zeigt sein Roman das gesamte Spektrum antisemitischer Ressentiments. Dessen Facetten werden in der Debatte um den Text auch vereinzelt erwähnt. Doch führt das zu keiner Analyse des von ihm präsentierten antisemitischen Komplexes, der eben nicht das eine oder andere Vorurteil enthält,

¹⁴ Eckhard Fuhr, Lassen Sie sich bloß am Reden nicht hindern; ders., Schröder und Walser tun es, beide in: Die Welt, 8. 5. und 10. 5. 2002.

¹⁵ Ruth Klüger, „Siehe doch Deutschland“, in: Frankfurter Rundschau, 27. 6. 2002 und Hanno Loewy, There is no business like Antisemitismus, in: Der Tagesspiegel, 10. 6. 2002.

¹⁶ Martin Walser, Tod eines Kritikers, Frankfurt 2002, S. 126.

¹⁷ Hubert Spiegel, Der Müll und der Tod, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 6. 2002; Herbert Prantl, Das Dribbling mit den Vorurteilen, in: Süddeutsche Zeitung, 31. 5. 2002; Eckard Fuhr, Walser und die Möllemannisierung, in: Die Welt, 31. 5. 2002;

¹⁸ Heimo Schwilk, Ehrl-König im Blätterwald, in: Welt am Sonntag, 2. 6. 2002; Joachim Kaiser, Walsers Skandalon, in: Süddeutsche Zeitung, 5. 6. 2002; Harald Jähner, Unter Krawallschachteln, in: Berliner Zeitung, 1. 6. 2002; Fritz J. Raddatz, Das Treffen im Seichten, in: Die Zeit, 24. 2002.

¹⁹ Thomas Steinfeld, Die Rache ist mein, spricht der Autor, in: Süddeutsche Zeitung, 31. 5. 2002.

²⁰ „Der Autor ist der Verlierer“ (Gespräch mit Martin Walser), in: Der Spiegel, 23. 2002; „Der Pegel schwoll und schwoll“ (Interview mit Martin Walser), in: Weltwoche, 23. 2002; „Ich bin kein Möllemann“ (Interview mit Martin Walser), in: Die Tageszeitung, 30. 5. 2002.

sondern eine Vielzahl von Stereotypen systematisch verknüpft.²¹ Mit Unkenntnis läßt sich das nicht erklären. Offenbar sind zahlreiche Kritiker der Meinung, die hier versammelten Klischees gehörten zum legitimen Bestand der deutschen Ideologie.

Die Gewalt geht vom Opfer aus

Der „Tod eines Kritikers“ wird vor dem Hintergrund einer welthistorischen Konfrontation inszeniert, in die der Autor eine kleine Gruppe Ichsager von Seuse über Nietzsche bis zum Romanhelden Lach-Landolf gegen die Tradition des „jüdisch-christlichen Abendlandes“ treibt, als deren „Operettenversion“ der jüdische Kritiker Ehrl-König gilt. In Walsers säkularem Panoptikum wird Ehrl-König mit Zeus verglichen, während Lach-Landolf mit Saturn sympathisiert. Von ihm erhofft er sich eine Beendigung von „Jenseitslüge“, „Himmelsschwindel“ und der „Masche Gerechtigkeit“. Seine Verehrer bekunden, der „Unterschied, den Moral und Gesetz zwischen Tätern und Opfern machen müssen“, liebe sich „um so weniger“ begreifen, „je schlimmer die Tat ist“.²² Die Kritik sieht hierüber hinweg. Nur ausnahmsweise wird auf den darin enthaltenen Gegensatz der „jüdisch-christlichen Wurzeln der europäischen Kultur“ mit dem „Ureignen der deutschen Kultur“, dem „Germanischen“ verwiesen und gefolgert, daß hier das „Ressentiment kultureller Eliten“ zum Ausdruck gebracht wird, „die die christlich-jüdische Überlieferung für das nationale Unwohlsein verantwortlich machen“.²³

Daß der Protagonist solcher Zumutung Ehrl-König heißt, wird vom Feuilleton mit allerlei Sachkenntnis kommentiert. Der Name entstamme einem früheren Roman, wo ihn ein „jüdischer Kritiker“ führt, in dessen Umarmung „die Dichter und ihre Werke [...] sterben“.²⁴ Die Verbindung zwischen dem Kindstod in Goethes gleichnamiger Ballade und dem Tod der Literatur durch jüdische Kritik mit dem Ritualmordvorwurf mag niemand herstellen. Lediglich eine Schriftstellerin erklärt: „Deutlicher lassen sich antisemitische Phantasien bis hin zum Ritualmord in einem Namen kaum fassen“.²⁵ Auch die Verbindung

²¹ Daher bleibt auch die Verwendung antisemitischer Motive in Walsers früheren Romanen unerwähnt - vgl. dazu Wulf D. Hund, Der scheußlichste aller Verdächtige. Martin Walser und der Antisemitismus, in: Johannes Klotz, Gerd Wiegel (Hrsg.), Geistige Brandstiftung. Berlin 2001, S. 183 - 232.

²² Martin Walser, Tod eines Kritikers, a.a.O., S. 9, 214f., 69, 34, 45ff., 65, 201.

²³ Thomas Assheuer, In den Fesseln der westlichen Schuldmoral, in: Die Zeit, 24. 2002; dort wird auch auf die „neuheidnisch[e]“ Quelle dieses Programms (vgl. Martin Walser, Ich vertraue. Querfeldein, in: Neue Zürcher Zeitung, 10. 10. 1998) und auf seine Perspektive verwiesen, „dass der Weg zur selbstbewussten Nation erst dann frei wird, wenn die Erinnerung an Auschwitz in eine jüdische Sondererinnerung endgelagert wird“.

²⁴ Gustav Seibt, Warum Erlkönig?, in: Süddeutsche Zeitung, 1. 6. 2002; vgl. Martin Walser, Ohne einander. Frankfurt 1993, S. 15ff.

²⁵ Katharina Hacker, Offener Brief an Günter Berg, Suhrkamp Verlag, 6. 6. 2002 (www.perlen-taucher.de/artikel/426.html).

von Todesmetapher und Macht bleibt weitgehend unbelichtet. Walser behauptet, sein Buch handle davon, wie es „Autoren geht, wenn über sie Macht ausgeübt wird“ und verbindet das mit der Figur eines Kritikers, von dem es heißt, daß in „der ganzen deutschen Geistesgeschichte noch keiner mächtiger“ gewesen sei als er.²⁶ Nur gelegentlich wird erwähnt, daß solche Vorstellung mit dem antisemitischen Stereotyp korrespondiert, „die Juden“ wären „unumschränkte Gebieter der öffentlichen Meinung“.²⁷

Daß die mediale Allmacht des Kritikers mit seiner intellektuellen Sterilität einhergeht, ist der Mehrzahl der Presseberichte gleichgültig. Sie lassen sich auch von dem Hinweis nicht verwirren, hier werde der „wohl machtvollste Antisemitismus der an solchen Ausfällen nicht armen deutschen Geistesgeschichte“ bedient: „das Stereotyp des Juden, der selbst nicht schöpferisch ist“, vielmehr nur „leiht“, „ergaunert“, „kopiert“, „zusammenschnorrt“.²⁸ Es wird ergänzt durch Ehrl-Königs angeblich vier verschiedene Geburtsorte und seine „Doppelstaatsbürgerschaft“, die gleich zwei antisemitische Bilder transportieren, das vom ewigen Juden und das von der jüdischen Vaterlandslosigkeit.

Von der dem Kritiker zugeschriebenen Physiognomie lassen sich die meisten Beiträge zur Debatte ebenfalls nicht irritieren. Er ist „klein und häßlich“, hat ein „massives Haupt“ mit einem Mund „bis zu den Ohrfläppchen“ und „(großen roten Ohren)“, die „(vor jedem Auftritt blaßgepudert)“ werden müssen, sieht damit aus „wie sein Vater“, „eine schauderhafte (Un)Gestalt, klein, dicklich, große rote Ohren“, so, daß man in seiner Gegenwart nicht „Giftzwerg“ sagen darf, steht herum „(wie ein Behinderter oder) wie ein bössartiger und doch bedauernswerter Zurückgebliebener“ und wirkt an der Seite seiner großen, schlanken Mutter wie ein „geniale[r] Kretin“ neben einer „Klimtpuppe“ in „Stefangeorgepose“.²⁹ Von dieser Konstruktion aus dem Fundus antisemitischer Karikaturen behaupten zahlreiche Stimmen, der „Antisemitismus-Vorwurf [...] trifft nicht zu“, halten den Text für „eindeutig nicht antisemitisch“ oder bestehen darauf, daß jedenfalls gegenüber dem veröffentlichten Werk „der Vorwurf des Antisemitismus [...] nicht mehr aufrecht zu erhalten“ sei.³⁰

Größere Einigkeit herrscht bei der Auseinandersetzung mit der durchgehenden Sexualisierung des Kritikers, dessen Figur als „geiler Bock“ „einen sexuellen Beigeschmack“ hat. Sie werde mit „Penisfunktionen“ charakterisiert und

²⁶ „Ich bin doch nicht wahnsinnig“ (Interview mit Martin Walser), in: Die Welt, 30. 5. 2002 u. Martin Walser, Tod eines Kritikers, a.a.O., 93.

²⁷ Thomas Haury, Von der Leine gelassen, in: Frankfurter Rundschau, 31. 5. 2002.

²⁸ Elke Schmitter, Der verfolgte Verfolger, in: Der Spiegel, 23, 2002; vgl. Martin Walser, Tod eines Kritikers, a.a.O., S. 97, 108ff., 113; zum folgenden siehe a.a.O., S. 92f. u. 216.

²⁹ Martin Walser, Tod eines Kritikers, a.a.O., S. 72, 49, 43, 106, 108, 107 (die Passagen in Klammern sind im veröffentlichten Text getilgt und werden aus dem Manuskript ergänzt).

³⁰ Ulrich Greiner, Walser, der Spezialist des Undeutlichen, in: Die Zeit, 24, 2002; Joachim Helfer, zit. n. „Walser kommt“, in: Die Welt, 6. 6. 2002; Thomas Steinfeld, Auslieferung eines Buches, in: Süddeutsche Zeitung, 26. 6. 2002.

gehöre als „Bild vom geilen Juden“ zum „Kernbestand antisemitischer Stereotype“.³¹ Ehrl-König bevorzugt junge Frauen, am liebsten „Mädelchen“, erreicht sexuelle Höhepunkte aber nur vor der Kamera, „ejakuliert“ dort „durch die Goschen“, wenn er sich mit Kritik „aufgeilt“. Sein Nachfolger in einem bezeichnend ins Jahr „2084“ verlegten literarischen Quartett der Zukunft, das einen Preis namens Prick, Schwanz, verleiht, ist weniger zurückhaltend. Er tritt nackt auf und läßt, statt Kritik zu artikulieren, „sein Geschlechtsteil zoomen“, um die „Wirkung von Literatur“ zu zeigen.³²

Vor diesem Hintergrund träumt Walsers Protagonist mehrfach von einer literarischen „Figur“, „deren Tod man für vollkommen gerechtfertigt hält“. Mit „Hitleron“ droht er dem Kritiker: „Ab heute nacht Null Uhr wird zurückgeschlagen“ und skandiert „Licht aus, Messer raus, drei Mann zum Blutrühren“. Selbst angesichts solcher Phantasien finden sich noch Journalisten, die gegen eine „Hermeneutik und Philologie des Verdachts“ wettern und allen Ernstes behaupten, Walser habe derlei geschrieben, „um den latenten Antisemitismus bloßzustellen“.³³ Tatsächlich stilisiert Walser seinen Helden zum „Tyrannenmörder“ und betont, was der Antisemitismus seit je erklärt, „daß die Gewalt von dem ausging, der dann das Opfer war“.³⁴

Die Emanzipation der Demokraten

Während Walser nahezu alle antisemitischen Stereotype aktiviert, steht der „Antisraelismus“ im Zentrum der Auseinandersetzung um Möllemann. Ihm wird vorgeworfen, „Judenfeindschaft“ unter dem „Vorwand der Israelkritik“ zu artikulieren.³⁵ Er selbst sieht sich als Vorkämpfer der Meinungsfreiheit und erklärt „die Zeiten“ für beendet, „in denen man uns das Denken verbieten wollte“.³⁶ Für diese Position erhält er Unterstützung aus Presse und Politik. Mit dem „Gewicht von sechs Millionen Gemordeten“ wirke der „Antisemitismus-Verdacht“ als „Overkill im öffentlichen Raum“. Man akzeptiere deshalb keine „moralischen Monopole für bestimmte Fragen“ mehr. Würde „deutsche Vergangenheit“ benutzt, „uns jede Kritik zu verbieten“, käme das einem „Denkverbot“ gleich.³⁷

³¹ Hellmuth Karasek, Mordversuch um jeden Preis, in: Der Tagesspiegel, 31. 5. 2002; Ulrich Weinzierl, Eine verhängnisvolle Affäre, in: Die Welt, 31. 5. 2002; Jan Philipp Reemtsma, Ein antisemitischer Affektsturm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 6. 2002.

³² Martin Walser, Tod eines Kritikers, a.a.O., S. 111, 135, 202, 206; zum folgenden vgl. a.a.O., S. 66, 75, 132, 145, 144 (im Original kursiv), 135.

³³ Thomas Steinfeld, Die Meute der Deuter, in: Süddeutsche Zeitung, 4. 6. 2002; Ulrich Greiner, Walser, der Spezialist des Undeutlichen, in: Die Zeit, 24, 2002.

³⁴ Martin Walser, Tod eines Kritikers, a.a.O., S. 80.

³⁵ Fania Oz-Salzman, Der globalisierte Jude, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. 6. 2002 u. Wolfgang Benz, Antisemitismus ohne Antisemiten?, in: Jüdische Allgemeine, 14, 2002.

³⁶ Zit. n. Hans Peter Schütz, Die Liberalen und der „braune Dreck“, in: Stern, 22, 2002.

³⁷ Matthias Matussek, Recht auf Zorn, in: Der Spiegel, 22, 2002; Guido Westerwelle in: Rückt Deutschland nach rechts? ARD (Sabine Christiansen), 2. 6. 2002; „Der Vorwurf des Antisemi-

Das will sich Möllemann insbesondere gegenüber der „Politik der Regierung Scharons“ nicht auferlegen lassen. Darin, daß die „politische Klasse“ zu ihr schweige, sieht er einen wesentlichen Grund für die „Kluft“ zwischen dieser und „den Menschen in ihrem Volk“. Die dadurch verursachten Wahlerfolge des Populismus gelten ihm als „Emanzipation der Demokraten“. Es gehe nämlich „nicht mehr um Rechts oder Links“, sondern „nur noch darum, wer die tatsächlichen Probleme der Menschen ohne ideologische Scheuklappen erkennt“.³⁸

Demgegenüber wird gewarnt, „Menschen, die bisher ihre antijüdischen Gefühle nicht haben hochkommen lassen“, äußerten sie jetzt dadurch, „dass sie ganz massiv Israel verurteilen“ ohne einen „Unterschied zwischen der israelischen Regierung und den Juden“ zu machen.³⁹ Das sei der Versuch, das „Gewissen von der Last der Vergangenheit zu befreien“: „Endlich kann man wieder auf Juden zeigen und sie als die Bösen bezeichnen“. Die Erzeugung solcher „anti-jüdische[n] Stimmung“ gilt als „Schulterschluss mit den Antisemiten“.⁴⁰

Möllemann hingegen vermag selbst dann keinen Antisemitismus zu erkennen, als von einer „zionistischen Lobby“ die Rede ist, die „den größten Teil der Medienmacht der Welt“ inne habe.⁴¹ Wer derlei Äußerungen für antisemitisch hält, „missdeutet“ sie seiner Meinung nach. Dadurch werde eine „öffentliche Hetzjagd“ inszeniert und „Kritik an der Regierung Scharons als Antisemitismus diffamiert“.⁴² In diesem Zusammenhang schlägt er jene rhetorische Volte, die auch wohlwollende Kommentatoren irritiert, und bezichtigt Michel Friedman, schuld am Antisemitismus zu sein: Mit der „intoleranten und gehässigen Art“, durch die „aggressiv-arrogante“ Weise und „überhebliche, elitäre Arroganz“, mit der er „Kritiker der Politik Israels niedermacht“, „schürt er antiisraelische und antisemitische Ressentiments“ und „weckt [...] den Zorn und den Unmut vieler Menschen“.⁴³

tismus wird auch als Knüppel benutzt“ (Interview mit Norbert Blüm) (www.stern.de/politik/news/artikel/?id=244793).

³⁸ „Jetzt erst recht!“ (Auszüge aus Möllemanns Stellungnahme zu Karlis Brief), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 5. 2002; Jürgen W. Möllemann, In die neue Zeit, in: Neues Deutschland, 27. 5. 2002.

³⁹ Paul Spiegel, in: Deutschlandfunk, 12. 5. 2002 (www.dradio.de/cgi-bin/es/neu-interview-woche/263.html) u. Antisemitismus so schlimm wie noch nie (Gespräch mit Paul Spiegel), in: Welt am Sonntag, 28. 4. 2002.

⁴⁰ „Grenze zum Antisemitismus ist längst überschritten“ (Interview mit Alexander Brenner), in: Der Tagesspiegel, 3. 5. 2002; „Sind die Juden wieder die Bösen“ (Interview mit Julius H. Schoeps), in: Die Tageszeitung, 4. 4. 2002; „Kein Volk kann das aushalten“ (Gespräch mit Paul Spiegel), in: Die Welt, 5. 4. 2002.

⁴¹ „Fischer hat die Ideale der Grünen verraten“ (Interview mit Jamal Karli), in: Junge Freiheit, 19, 2002.

⁴² Streit um Kritik an Israel, in: Der Tagesspiegel, 7. 5. 2002; „Jetzt erst recht!“ (Auszüge aus Möllemanns Stellungnahme zu Karlis Brief), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 5. 2002.

⁴³ Jürgen W. Möllemann – zit. n. Timont Szent-Ivanyi, Regine Zylka, Wachsender Unmut über Westerwelle, in: Berliner Zeitung, 18. 5. 2002; „Jetzt erst recht!“ (Auszüge aus Möllemanns

Nur ausnahmsweise wird dieser Ausbruch von Idiosynkrasie unmißverständlich kommentiert und sein Urheber als „Prototyp des modernen Antisemiten“ bezeichnet, der das historische Selbstverständnis fortschreibt, mit dem „Antisemitismus“ sich seit jeher als „Notwehrbewegung“ begreift und der „Antisemit“ behauptet: „Er ist das Opfer, der Jude ist der Täter“.⁴⁴ Viele Beiträge zielen zwar in die gleiche Richtung, sehen ein „typisches [...] antisemitisches Verhaltensmuster“, „antisemitische Ressentiments“ oder gar einen „geistige[n] Brandstifter“.⁴⁵ Trotzdem wird davor gewarnt, den Vorwurf des Antisemitismus „inflationär“ werden zu lassen. Bis vor kurzem sei er „aus guten Gründen“ eine „rhetorische Höchststrafe“ gewesen.⁴⁶

Die Verteidigungsstrategie der Liberalen nützt diese Lage. Ihr Vorsitzender bezichtigt Friedman, die „Nazi-Keule“ zu schwingen um Kritiker der Regierung Scharon „in eine antisemitische Ecke“ stellen zu können.⁴⁷ Nach solcher Auffassung hat Möllemann höchstens „Anlass für Missverständnisse“ gegeben. Der „Antisemitismus-Vorwurf“ sei deswegen „ehrverletzend“ und „unberechtigt“. Demnach bedroht nicht Antisemitismus die Demokratie, sondern „Antisemitismus-Diffamierungen“ legen „die Axt an die Wurzel der Gemeinsamkeit der Demokraten“.⁴⁸ Ihren Gipfel findet solche Verkehrung mit der Betonung der angeblichen jüdischen „Paranoia“, die überall Antisemitismus wittert: „Das Weltverschwörungstereotyp richtet sich nicht mehr gegen die Juden, es richtet sich heute gegen alle Nicht-Juden“.⁴⁹

In der jüdischen Gemeinde macht sich angesichts solcher Argumente wachsende Sorge breit. Die „Hemmschwelle für Äußerungen antijüdischer Gefühle“ wird als „sehr niedrig“ eingeschätzt, „antisemitisches Gedankengut“ sei wieder „salonfähig“ und „Antisemitismus als Teil offizieller deutscher Politik wieder denkbar“ geworden.⁵⁰

Stellungnahme zu Karlis Brief), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 5. 2002; Möllemann bezeichnet Friedman als „übergeschnappt“, in: Die Welt, 22. 5. 2002; „Friedmanns (sic) unerträgliche Beleidigung muß vom Tisch“ (Interview mit Jürgen W. Möllemann), in: Die Tageszeitung, 24. 5. 2002; Möllemann startet weitere Angriffe, in: Frankfurter Rundschau, 29. 5. 2002.

⁴⁴ Henryk M. Broder, Ein moderner Antisemit, in: Der Spiegel, 22, 2002.

⁴⁵ „Antisemitisches Verhaltensmuster“ (Interview mit Otto Graf Lambsdorff), in: Der Spiegel, 22, 2002; Christian Bummarus: Antisemitismus als Geschäft, in: Berliner Zeitung, 22. 5. 2002; Heribert Prantl, Die Paulinchen-Partei, in: Süddeutsche Zeitung, 27. 5. 2002.

⁴⁶ Peter von Becker, Wahn und Scham, in: Der Tagesspiegel, 4. 6. 2002; Stefan Reinecke, Schluss mit dem Skandalspiel!, in: Die Tageszeitung, 1. 6. 2002.

⁴⁷ Westerwelle attackiert Friedmann (sic) und die Grünen, in: Die Welt, 22. 5. 2002.

⁴⁸ Dokumentiert. Erklärung der FDP, in: Berliner Zeitung, 1. 6. 2002.

⁴⁹ Christian Schüle, Die Entwertung des Antisemitismus, in: Bayern 2 Radio, 2. 6. 2002 (www.br-online.de/bayern2radio/manuskripte/kulturkr20020602.shtml).

⁵⁰ „Das hat es seit 1945 nicht gegeben“ (Gespräch mit Paul Spiegel), in: Berliner Zeitung, 10. 5. 2002; „Die Schamgrenze ist gefallen“ (Gespräch mit Michel Friedman), in: Hamburger Abendblatt, 28. 5. 2002; Grußwort des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, anlässlich des CDU-Parteitages am 17. 6. 2002 (www.zentralratjuden.de/down/020617_cdu.pdf).

Deutsche wehrt euch

Neben diesen Hinweisen auf ein aggressives antisemitisches Potential werden in den Medien wiederholt Studien angeführt, die sich mit der Haltung gegenüber Juden befassen. Mehrfach wird eine Umfrage erwähnt, der zufolge „jeder fünfte Deutsche [...] latent antisemitisch eingestellt“ ist.⁵¹ Nach einer repräsentativen Befragung teilen 28 Prozent Möllemanns Vorwurf, Friedman selbst befördere „antijüdische Haltungen“.⁵² Eine andere Untersuchung ergibt, daß 71 Prozent der Aussage zustimmen: „Viele trauen sich nicht, ihre wirkliche Meinung über Juden zu sagen“ und 29 Prozent meinen, daß „Juden auf der Welt zuviel Einfluss haben“.⁵³ Eine Erhebung unter Studenten kommt zu dem Ergebnis, daß immerhin 17 Prozent glauben, „Juden nutzten die Vergangenheit zu ihrem Vorteil aus“.⁵⁴ Einer weiteren repräsentativen Studie zufolge geben 36 Prozent an „es gut verstehen“ zu können, daß „manchen Leuten Juden unangenehm sind“.⁵⁵

Insgesamt deuten die Umfrageergebnisse darauf hin, daß nicht mehr als 50 Prozent der Befragten bereit sind, antisemitisch gefärbte Parolen entschieden abzulehnen. Der Aussage „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ stimmen 28 Prozent der Befragten zu; 32 Prozent finden sie teilweise richtig; lediglich 40 Prozent lehnen sie ab. Mit der These „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen“ identifizieren sich 23 Prozent; 30 Prozent sind bedingt mit ihr einverstanden; nur 47 Prozent weisen sie zurück. Der Behauptung „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ pflichten immerhin noch 20 Prozent bei; 30 Prozent halten sie für teilweise zutreffend; nicht mehr als 50 Prozent lehnen sie ab.⁵⁶

Das Satyrspiel zu diesem Drama kommt zu keinem anderen Ergebnis. Ein Satiremagazin startet einen Feldversuch, tarnt sich als Wahlkampfteam der FDP und stellt Plakate mit Aufschriften wie „Judenfrei und Spass dabei!“ oder „Deutsche wehrt euch! Wählt FDP!“ auf. Die Mehrheit der Angesprochenen beantwortet die Frage „Soll man Friedman in sein Heimatland zurückschicken“ mit „Ja“. In Eisenach findet sich der Kreisvorsitzende der FDP ein und

⁵¹ Torsten Schneider-Haase, Der ewige Antisemit, in: Die Woche, Neujahr 1999 (es handelt sich um eine Forsa-Studie vom Dezember 1998). Als sich Michel Friedman auf diese Zahlen bezieht, erklären ihm Wolfgang Schäuble und Guido Westerwelle, sie nicht glauben zu wollen (vgl. Rückt Deutschland nach rechts? ARD (Sabine Christiansen), 2. 6. 2002).

⁵² ZDF-Politbarometer, zit. n. Der Spiegel, 23, 2002.

⁵³ Nfo-Infratest, zit. n. Der Spiegel, 24, 2002.

⁵⁴ Klaus Ahlheim, Bardo Heger, Die unbequeme Vergangenheit. Schwalbach 2002; vgl. auch: Keine Ahnung, in: Süddeutsche Zeitung, 21. 5. 2002.

⁵⁵ Politische Einstellungen in Deutschland (Elmar Brähler, Horst-Eberhard Richter, Pressekonferenz, 14. 6. 2002); vgl. Anton-Andreas Guha, Ablehnung von Juden, Amerikanern und Arabern hat zugenommen, in: Frankfurter Rundschau, 15. 6. 2002.

⁵⁶ Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland (Oskar Niedermayer, Elmar Brähler, Pressekonferenz, 5. 9. 2002); vgl. Sigrid Aversch, Marlies Emmerich, Antisemitismus nimmt zu, in: Berliner Zeitung, 6. 9. 2002.

erklärt, er sei „froh“, daß Möllemann „mal ausspricht, was sich hier keiner zu sagen traut“. Die seriöse Meinungsforschung schreibt die Satire fort und behauptet, die Antisemitismusdebatte habe der Partei „nicht geschadet“. Bei der Bundestagswahl im September unterstützen die Wähler in Möllemanns Wahlkreis diese Auffassung.⁵⁷

Umfrageergebnisse zeigen, daß antisemitische Einstellungen weit verbreitet sind. Trotzdem werden sie in der Diskussion wenig beachtet und nur selten mit den Äußerungen Möllemanns oder Walsers in Zusammenhang gebracht. Dagegen erregt eine Untersuchung der Berichterstattung zum Nahen Osten heftigen Protest. Sie verweist auf die verbreitete Verwendung antisemitischer Bilder. Das gibt nur gelegentlich Anlaß zur Selbstkritik der Presse. Häufiger werden Zweifel an der Aussagekraft der Studie angemeldet, die bis zur Denunziation reichen.⁵⁸ Während sie angeregt oder aufgeregt, beschwichtigend oder besorgt lieber über die Berechtigung des Antisemitismusvorwurfs als die Ausmaße des Antisemitismus debattieren, weisen die Journalisten jeden Verdacht, sie könnten selbst in die Problematik verwickelt sein, zurück.

Wissenschaftliche Stellungnahmen werden gleichwohl durchaus eingeholt. Sie benennen das breite Spektrum des Antisemitismus und erklären, daß er als „vulgäres Ressentiment, irrwitzige Ideologie oder [...] mörderische Praxis auftreten“, vom „Unwillen, Juden in den Golfclub aufzunehmen über Theorien jüdischer Allmacht bis hin zu verletzenden Taten“ reichen kann.⁵⁹ Gleichzeitig betonen sie, daß früher „große Teile der Bevölkerung“ den „kompromißlosen Antisemitismus“ der Nationalsozialisten nicht geteilt hätten, „ihr traditioneller Antisemitismus“ aber „genügte, um die staatliche Verfolgungspraxis hinzunehmen oder sich an ihr zu beteiligen“.⁶⁰ Ihr Erfolg war nur möglich, weil sie auf eine vom alltäglichen Antisemitismus besorgte Akzeptanz rechnen konnte.

⁵⁷ Titanic, 7, 2002 u. Allensbach: FDP weiter im Höhenflug, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 6. 2002; siehe weiter Wie das Volk gewählt hat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. 9. 2002; im Wahlkreis Warendorf erhält Möllemann 10,6 % der Stimmen – im Vergleich zu 9,3 % und 7,4 % für die FDP in Nordrhein-Westfalen und auf Bundesebene.

⁵⁸ Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Die Nahostberichterstattung zur Zweiten Intifada in deutschen Printmedien, unter besonderer Berücksichtigung des Israel-Bildes. Kurzfassung (2002). Obwohl die Studie „antisemitische Stereotypen in der Presse“ belegt (Sensible Stimmung, in: Berliner Zeitung, 1. 6. 2002), werden ihr „Verschwörungstheorie“ oder „Hobbytheologie“ unterstellt (Stefan Reinecke, Christian Semler, Die Rhetorik des Verdachts, in: Die Tageszeitung, 1. 6. 2002; Matthias Drobinski, Überall und nirgends, in: Süddeutsche Zeitung, 1. 6. 2002), „anklagende Generalisierung“ oder „unverbindliche Generalproblematisierung“ vorgeworfen (Klaus Hartung, Überall lauert der Antisemit, in: Die Zeit, 23, 2002; Grob geschnitzt, in: Berliner Zeitung, 1. 6. 2002) und behauptet, sie arbeite mit „Voreingenommenheit“ und sei nicht „wertfreie[r] Wissenschaft“ verpflichtet (Michael Hanfeld, Unser Blick, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 6. 2002; Allianzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. 6. 2002).

⁵⁹ Micha Brumlik, Gezielt und ohne Reue, in: Frankfurter Rundschau, 6. 6. 2002.

⁶⁰ Werner Bergmann, Die Judenfeindschaft hat viele Gesichter, in: Der Tagesspiegel, 28. 5. 2002.

Dessen „Wiederauftauchen“ ist kein „Phänomen der extremen Rechten“. Als besorgniserregend gilt vielmehr, daß „allenthalben aus der respektablen Mitte der Gesellschaft [...] der Ruf nach Befreiung von einer als fremd [...] empfundenen Erinnerung“ erschallt und „die Konturen des Gerüchts über die Juden“ annimmt, „die Gestalt des Antisemitismus“. ⁶¹ Dem wird der „öffentlich“ benutzten antijüdischen Stereotype wegen eine „neue Qualität“ zugeschrieben, die das ganze Arsenal antisemitischer Bilder, insbesondere die von „Macht“ und „Medien“, enthält und gegen die sogar ein „neue[r] Antisemitenkatechismus“ empfohlen wird. ⁶²

Doch weder besorgte Stimmen aus der jüdischen Gemeinde, noch Statistiken über ein bedenklich hohes antisemitisches Potential, warnende Hinweise von Wissenschaftlern und kritische Artikel aus den eigenen Reihen veranlassen die Presse zu einer breiten Antisemitismuskonversation. Im Verein mit Populismus und Nationalismus kann sich der alltägliche Antisemitismus als kulturell und politisch akzeptable Option darstellen. Als wäre der Zusammenhang seiner Ressentiments mit Rassengesetzen und Vernichtungspolitik historisch nie virulent geworden, pocht er auf die Unschuld seiner Vorurteile. Gleichzeitig besteht er darauf, es sei beleidigend, ihn auf den Begriff zu bringen. Die öffentliche Diskussion läßt sich in großem Umfang darauf ein und verlegt den Schwerpunkt der Debatte auf die Frage nach der Berechtigung des Antisemitismusvorwurfs. In deren Schatten kann der alltägliche Antisemitismus nicht nur gedeihen, sondern versucht auch noch, sich das Alibi zu verschaffen, keiner zu sein.

Die Juden sind unser Unglück

Mehr als hundert Jahre zuvor wollte er schon einmal so unschuldig sein. Nach einer scheinheiligen Absage an die „Pöbelroheit“ der „Antisemitenvereine“ lobte Heinrich von Treitschke den „Instinkt der Massen“ und bescheinigte dem politischen Antisemitismus, eine zwar „brutale und gehässige, aber natürliche Reaction des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element“ zu sein. Indem er behauptete, ihn nur wiederzugeben, stimmte er anschließend den Ruf an: „die Juden sind unser Unglück!“. ⁶³ Zu dessen Begründung verwies er auf ein altes und ein neues antisemitisches Stereotyp, jüdischen Wucher und jüdische Meinungsmache, und verwahrte sich gegen „das unbillige Uebergewicht des Judenthums“ bei der Bildung der „öffentliche(n) Meinung“.

⁶¹ Andrei S. Markovits, Der salonfähige Antisemitismus, in: Die Tageszeitung, 11. 5. 2002; Dan Diner, Es redet aus ihnen heraus, in: Die Welt, 15. 6. 2002.

⁶² Jetzt sind Demokraten gefordert (Interview mit Wolfgang Benz), in: Frankfurter Rundschau, 28. 5. 2002; Überzeugt vom unbekanntem Vorurteil (Interview mit Wolfgang Benz), in: Süddeutsche Zeitung, 7. 6. 2002; Moshe Zimmermann, Eine Frage der Haltung, in: Süddeutsche Zeitung, 6. 6. 2002.

⁶³ Heinrich von Treitschke, Unsere Aussichten, in: Der Berliner Antisemitismusstreit, hrsg. v. Walter Boehlich, Frankfurt 1965, S. 5-12, hier S. 11; die vorstehenden Zitate finden sich a.a.O., S. 7 u. 11, das folgende Zitat steht S. 9f.

Der Bezug zu Treitschke wird in der Debatte um Möllemann und Walser nur angedeutet. Einen Leitartikel lang wird Möllemanns „Versuch, einen neuen Populismus der Mitte mit antijüdischen und antisemitischen Ressentiments zu würzen“, mit der Vorstellung verbunden, Walser wäre womöglich „der Beförderer eines tief in die bürgerlichen Schichten eindringenden neuen Bildungsantisemitismus“: „eine Art Treitschke redivivus“. ⁶⁴ Gelegentlich findet sich ein Hinweis auf „das massive Wiederauftauchen des guten alten europäischen Antisemitismus“ oder einen „Rückfall“ in „den guten alten Risches“, „die gemäßigte Judenverachtung weiter Bevölkerungsschichten aller Klassen“. ⁶⁵

Eine Auseinandersetzung mit solchen Überlegungen findet indessen nicht statt. Da paßt es ins Bild, daß ausgerechnet die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die bei ihrer Absetzbewegung von dem lange durch sie unterstützten Walser auf „leider“ unübersehbare antisemitische Klischees verweist und sich anschließend an der Diffamierung der kritischen Analyse zur Nahostberichterstattung beteiligt, einen „jüdischen Deutschen“ rhetorisch nach seiner Meinung zu Michel Friedman fragen läßt. Die Antwort ist „eindeutig: Friedman sollte sich diskreter verhalten. Statt mit zynischen und oft hämischen Bemerkungen [...] seine Gegner immer wieder vor den Kopf zu stoßen, sollte er sich mehr Zurückhaltung auferlegen“. Die „Lebensweisheit“ verlange, die „jüdische Frage“ nicht „selbstgefällig“ wie Friedman, sondern „sehr viel vorsichtiger“ zu behandeln, damit sie nicht zum „Brandherd“ werde. ⁶⁶

Solche Bereitschaft zur Anerkennung antisemitisch geprägter Schuldverkehungen ist selbst Indiz für deren Virulenz. Uneingestanden berichtet sie vom Druck diskriminierender Vorurteile, dem jüdische Bürger in Deutschland nach wie vor in erheblichem Maße ausgesetzt sind. Anstatt nach Hintergründen und Ursachen zu fragen und den Antisemitismus tatsächlich zur Debatte zu stellen, versagt ein großer Teil der Presse nicht nur bei der inhaltlichen Diskussion antisemitischer Rhetorik und Stereotype. Sie behandelt die Problematik auch wie jeden beliebigen Skandal und bricht ihre Berichterstattung nach einer Phase längerer Erregtheit abrupt ab.

Tatsächlich gibt das plötzliche Abflauen der öffentlichen Debatte um Walser und Möllemann eher Grund zur Sorge als Anlaß zur Entwarnung. Während die Presse das Thema nahezu schlagartig absetzt, wird es an Stammtischen und in Bücherstuben fortgesponnen. Walsers Roman findet seine Käufer und gelangt auf die Bestsellerlisten. Möllemann setzt seine Attacken in zahlrei-

⁶⁴ Eckhard Fuhr, Walser und die Möllemannisierung, in: Die Welt, 31. 5. 2002.

⁶⁵ Andrei S. Markovits, Der salonfähige Antisemitismus, in: Die Tageszeitung, 11. 5. 2002 u. Ruth Klüger, „Siehe doch Deutschland“, in: Frankfurter Rundschau, 27. 6. 2002.

⁶⁶ Heinz Berggruen, Was sagen Sie zu Michel Friedman?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. 6. 2002. Während des Antisemitismusstreites im deutschen Kaiserreich hatte Treitschke die jüdische „Selbstgerechtigkeit“ und ihren „freche[n] und hämische[n] Ton“ angeprangert. Sie würde verhindern, zu fragen, „ob die Haltung des Judenthums selber nicht vielleicht doch einige Mitschuld trägt an dem Unfrieden des Augenblicks“ - Heinrich von Treitschke, Herr Graetz und sein Judenthum, in: Der Berliner Antisemitismusstreit, a.a.O., S. 31-45, S. 32 u. 42.

chen Wahlveranstaltungen fort. Erst als er sie in einer breit gestreuten Postwurfsendung an zahlreiche Haushalte verteilt und gleichzeitig einmal mehr fordert, Michel Friedman müsse sich bei ihm entschuldigen, wird sein antisemitisches Programm von den Medien wieder beachtet.⁶⁷

Dabei verfolgen sie ihre bisherige Strategie weiter. Schon in den zurückliegenden Monaten hatten sie immer wieder die Berechtigung des Antisemitismusrwurfs mit dem Hinweis bestritten, die Deutschen hätten aus Auschwitz ihre Lehren gezogen. Diese Reduktion des Antisemitismus auf die Zeit der „nationalsozialistischen Barbarei“ wird mit der Versicherung fortgesetzt, es bestünde keine „Gefahr einer Wiederholung dessen, was sich zwischen 1933 und 1945 in Deutschland abspielte“.⁶⁸ Die Tendenz, den Antisemitismus völlig mit dem Mord an den europäischen Juden zu identifizieren, führt nicht nur dazu, den Antisemitismusrwurf zur ebenso unbegründeten wie unerhörten Beleidigung zu erklären. Sie hat auch analytische Blindheit hinsichtlich der Vielschichtigkeit antisemitischer Demagogie und Diskriminierung, ihrer Traditionen und Kontinuitäten zur Folge.

So richtig es ist, daß die Verurteilung des Antisemitismus zur politischen Kultur der Bundesrepublik gehört, so deutlich hat sich gezeigt, daß diese auch Judenhaß umfaßt. Angesichts eines in Umfragen zutage tretenden hohen Maßes an Idiosynkrasie und des Versuches breiter Teile der Presse, die Diskussion des Antisemitismus durch ein Lamento über den Antisemitismusrwurf zu umgehen, kann solches Nebeneinander nicht als das einer großen geläuterten Mehrheit neben einem kleinen unbelehrbaren Haufen interpretiert werden. Der deutsche Lernprozeß zum Antisemitismus war anscheinend nicht nur regressiv, weil neben den Juden nicht auch andere Opfer der faschistischen Vernichtungspolitik in ihn einbezogen wurden.⁶⁹ Er war offenbar auch selektiv, weil die Einsicht in das Unrecht der Judenverfolgung nicht von der in den rassistischen Charakter antisemitischer Stereotype begleitet worden ist. Deren unbefangene Verwendung in Literatur und Politik sowie die sich daran anschließende teils hilflose, teils prinzipienlose und weitgehend theorielose Debatte zeigen, daß der deutsche Antisemitismusrstreit nicht etwa vorbei ist, sondern überhaupt erst geführt werden muß.

⁶⁷ Vgl. Spiegel online, Kultur, Belletristik, 38, 2002; SWR Bestenliste, August 2002; Peter Carstens, Am Montag wird abgerechnet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 9. 2002; Möllemann: Friedman soll sich entschuldigen, in: Süddeutsche Zeitung, 18. 9. 2002; Corinna Emundts, Kurz vor der Wahl haut Möllemann noch einmal auf die rechte Pauke, in: Frankfurter Rundschau, 17. 9. 2002; Wahlkämpfer Möllemann. Stimmenfang mit neuer Friedman-Attacke, in: Spiegel online, 18. 9. 2002.

⁶⁸ Ernst Cramer, „Schöner ist doch unsereiner!“, in: Die Welt, 19. 9. 2002.

⁶⁹ Vgl. Werner Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989. Frankfurt, New York 1997, S. 510f.; siehe dazu auch Wulf D. Hund, Das Ende der Weißheit. Rassismustheorie und historische Rassismuskforschung, in: Soziologische Revue, 23, 2000, 4, S. 403-413, S. 409f.

Reiner Diederich

Ein Schritt aus dem „Zeitalter der Extreme“

Über Wolfgang Mattheuer

An dem Leipziger Maler Wolfgang Mattheuer und seinem Werk scheiden sich die Geister. Nicht erst seit dem Ende der DDR. Vorher galt er im Westen als stiller Dissident, dessen vieldeutige Symbolbilder sich immer haarscharf an der Grenze des von der Partei- und Staatsführung noch eben Tolerierten bewegten. Nachher als einer der Hof- und Staatskünstler, die, wie Bernhard Heisig, Willi Sitte und Werner Tübke, Westdevisen erwirtschaften halfen und dafür Privilegien genossen. Das hatte auch mit dem Versuch zu tun, die im zweiten deutschen Staat der Nachkriegszeit erbrachten kulturellen Leistungen aus dem Gedächtnis zu löschen, und vor allem damit, sich nach der „Wiedervereinigung“ unliebsame Konkurrenz auf dem Kunstmarkt und im Kulturbetrieb vom Leib zu halten.

Zupass kam denen, die Mattheuers Werk in den 90er Jahren nicht zur Kenntnis nehmen wollten, dass der Künstler sich in einem Leserbrief an die „rechtskonservative“ Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz beobachtet wird, für deren Gedanken- und Publikationsfreiheit eingesetzt hatte. Wie ja auch versucht worden ist, das Wandbild zur deutschen Geschichte von Bernhard Heisig im Berliner Reichstagsgebäude mit der Ausgrabung des Eintritts des Neunzehnjährigen in die Waffen-SS zu verhindern, da die SED-Mitgliedschaft als Argument nicht reichte.

Für viele schien sich so noch nachträglich die beliebte These aus den Hochzeiten des Kalten Krieges zu bewahrheiten, dass die gegenständliche und figurliche Kunst der DDR und ihre Protagonisten Anklänge und Affinitäten zu den kulturellen Vorstellungen der rechten Antimodernisten und zur Nazizeit aufweisen würden. Schließlich war doch auch Willi Sitte Schüler des NS-Malers Werner Peiner gewesen. Die Absage seiner lange geplanten Ausstellung im Nürnberger Germanischen Nationalmuseum im letzten Jahr wurde allerdings mit angeblich neuen Vorwürfen wegen Sittes Tätigkeit als Vorsitzender des Verbandes bildender Künstler der DDR begründet.

In diesem Jahr ist Wolfgang Mattheuer 75 Jahre alt geworden. Für einen Künstler seines Ranges normalerweise Anlass für eine große Retrospektive in einem der führenden Museen des Landes. Doch außer einer Ausstellung der Kunstsammlungen Chemnitz mit 130 Gemälden, Zeichnungen und Plastiken aus fünf Jahrzehnten gab es nur Fernsehsendungen als größere öffentliche Würdigungen. Die „Zeit“ illustrierte einige Wochen lang ihre Seiten mit farbigen Abdrucken von Mattheuer-Gemälden, und die Kunstzeitschrift „art“ brachte in ihrem Juliheft ein reich bebildertes Porträt des Künstlers, in dessen redaktionellem Vorspann es hieß: „Wolfgang Mattheuer, der streitbare Realist aus Sachsen, hat in Ost und West für Kontroversen gesorgt. Als einziger Ma-

ler wurde er von beiden deutschen Staaten hoch dekoriert.“ In der Tat erhielt er 1984 den Nationalpreis der DDR und neun Jahre später das Bundesverdienstkreuz.

Leben, Werk, Wirkung

Wolfgang Mattheuer wird 1927 im vogtländischen Reichenbach, einem kleinen Industriestädtchen des Mittelgebirges, als Sohn eines Buchbinders geboren. Nach Kriegsverwundung und Flucht aus sowjetischer Gefangenschaft besucht er die Kunstgewerbeschule in Leipzig. Während der Lehrzeit als Lithograf entstehen erste Aquarelle und Druckgrafiken. An der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst studiert er 1947-51 Buch- und Schriftgrafik. Zum Maler und Grafiker entwickelt er sich als Autodidakt. 1956-74 Lehrtätigkeit an der Hochschule für Grafik und Buchkunst. In den 60er Jahren halten sich das grafische und das malerische Werk etwa die Waage. Anfang der 70er Jahre entdeckt Mattheuer für sich auch die Plastik als Ausdrucksmittel. Bis heute besteht er mit handwerklichem Stolz darauf, ein „Bildermacher“ zu sein, will nicht „im Topf der Maler verrührt werden“.

Seit 1958 nimmt Mattheuer an allen zentralen Kunstausstellungen der DDR in Dresden teil. 1977 ist er zusammen mit Bernhard Heisig, Willi Sitte und Werner Tübke auf der 6. documenta in Kassel mit Bildern vertreten. 1981 ist er an der Ausstellung „Meisterwerke deutscher Kunst“ in Tokio beteiligt; 1982-84 an der Ausstellung „Zeitvergleich – Malerei und Grafik aus der DDR“, die in mehreren Städten der Bundesrepublik gezeigt wird; 1984 als Vertreter seines Landes an der 41. Biennale in Venedig; 1986-87 an der Ausstellung „Menschenbilder – Kunst aus der DDR“ in Bonn, Münster und Saarbrücken. Nach 1989 wagt kein westdeutsches Museum eine repräsentative Einzelausstellung zum Werk des Künstlers.

Auftragskunst war nie Mattheuers Sache. Es gibt keine Wandbilder von ihm, und seine Plastiken standen zu DDR-Zeiten nicht auf öffentlichen Plätzen. Sein Bildbeitrag für den Palast der Republik, „Spaziergang am Abend“, zeigt ihn und seine Frau, die Malerin Ursula Mattheuer-Neustädt, auf einer Anhöhe mit Blick über Leipzig. Das steinerne Häusermeer und die Luftbelastung durch rauchende Schloten werden nicht geschönt.

Mattheuers Credo: „Der Bildermacher kann sich nicht heraushalten aus dem Streit seiner Zeit. Er muß den Mut haben, sich einzumischen, auch wenn er dabei Narben und Wunden davonträgt.“ Gern erzählt er die Anekdote, wie er Kurt Hager durch eine Ausstellung seiner Bilder und Plastiken führte, gespannt auf kritische oder ärgerliche Reaktionen des Oberzensors. Als die ausblieben, habe er sich gefragt, ob er alles falsch mache. Nach 30jähriger Mitgliedschaft trat Mattheuer im Oktober 1988 aus der SED aus.

Der Kunsthistoriker Eckhart Gillen schreibt im Katalog der von ihm kuratierten Berliner Ausstellung „Deutschlandbilder – Bilder aus einem geteilten Land“ (1997), in der die DDR-Kunst bezeichnenderweise nur am Rande vorkam, Mattheuer habe „gesellschaftliche Konflikte im 'real existierenden

Sozialismus' auf die metaphorische Ebene biblischer und mythologischer Gleichnisse verschoben, um so das kritische Potential, das im Publikum seiner Ausstellungen vorhanden war – wenn auch in Parabeln verschlüsselt –, zu artikulieren und dadurch von realen Protestaktionen abzulenken. Heute mag man diese Bilder als seismographische Aufzeichnungen der Beben deuten, die die geräuschlose Implosion des Systems 1989 anzeigten.“ (Gillen 1997, S. 196)

Zum Vorwurf der Sklavensprache, der Mattheuer wie seinen Künstlerkolleginnen und -kollegen im Westen gemacht wurde und wird, sagt Eduard Beaucamp, der als beinahe einsamer Rufer seit Jahrzehnten im Feuilleton der „Frankfurter Allgemeinen“ jede Gelegenheit nutzte, die „Leipziger Schule“ und andere Ostkünstler gegen Zumutungen von allen Seiten zu verteidigen: „Mattheuer ist Erzähler, Moralist und Philosoph des Alltäglichen ... Aus keinem anderen Werk erschließen sich Landschaft, Leben und Mentalität der DDR besser... Mattheuer war eine bildnerische Instanz, ein öffentliches Gewissen in der DDR ... Mattheuer schuf realistische, mythologische und literarisch verkleidete Sinnbilder ... Von plattem Realismus keine Spur. Dennoch bleibt Mattheuer moderner Realist, weil er die Praktiken, die Montagen, Surrealismen, Phantasmen und Romantizismen auf die Wirklichkeit anwendet und die gesellschaftlichen Verhältnisse mit ihrer Hilfe befragt, auseinandernimmt und kritisch neu konstruiert.“ (Mattheuer 1999, S. 6f.)

Die Bandbreite der positiven Rezeption von Mattheuers Werk im Feuilleton der letzten Monate – vom „Neuen Deutschland“ bis zur „Jungen Freiheit“ – war überraschend. Bemerkenswert ist vor allem ein kurzer Artikel in der „Frankfurter Rundschau“ von Peter Iden, der die DDR-Kunst nicht mag, mit Ausnahme Mattheuers, sich aber bei einer von der Kunstgesellschaft Frankfurt a. M. im Herbst 2001 veranstalteten Diskussion mit Eduard Beaucamp dafür aussprach, sie dem westdeutschen Publikum endlich zu zeigen, damit es sich ein eigenes Urteil bilden könne. Iden wiederholte die Legende, Mattheuers berühmtes Bild „Hinter den sieben Bergen“ von 1973, eine schmerzlich-ironische Paraphrase des Delacroix-Gemäldes „Die Freiheit führt das Volk“ (1830), habe seinerzeit die Freiheit hinter der Westgrenze gemeint und sei in der DDR auch so verstanden worden. Anfang der 90er Jahre hat Mattheuer das Motiv noch einmal aufgegriffen. Das neue Bild heißt, der neuen Grenzlosigkeit entsprechend: „Hinter den 7 x 7 Bergen“. Auf die Frage nach dem Sinn dieser Reprise hat er, als das Bild 1997 in der Galerie Schwind in Frankfurt a. M. gezeigt wurde, kurz und trocken geantwortet: „Auch die westliche Freiheit ist eine Fata Morgana“.

Mattheuer beharrt auf der Aktualität seiner Bilderfindungen. Zum „Mann mit Maske“, einem von ihm vielfach variierten Motiv, das im Westen immer auf die Verhältnisse unter der Diktatur bezogen wurde, meinte er nach der „Wende“: „Das Maskentragen in der DDR war einformig, jetzt ist es pluralistisch“.

Im „Neuen Deutschland“ schreibt Peter H. Feist in seinem Geburtstagsgruß über Mattheuers Kunst: „Die hochgradige Verunsicherung, wie die Mitteilun-

gen des Autors zu verstehen seien, machten sie in der DDR auffällig und wirksam, weil in der Regel Sachverhalte eindeutig beurteilt wurden und weil das so eindringliche Erscheinungsbild der Werke erkennen ließ, dass es Mattheuer um eine 'Botschaft der Bilder', um einen Appell ans Umdenken ging. Beides ist heute, da wir mit gefährlichen Einteilungen der Welt in Gut und Böse konfrontiert werden ... nicht weniger wichtig". Mattheuer verhehle „weder seine Abscheu gegenüber dem Kapitalismus, die ihn einst zum Sozialisten werden ließ, noch seine Enttäuschung über westdeutsche Siegermentalität nach der von ihm ersehnten Vereinigung“ („Fliegender Nachbar“, 6. 4. 2002).

In der „Jungen Freiheit“ bringt Doris Neujahr den Künstler wegen seines Bildtitels „Verlust der Mitte“ assoziativ mit dem gleichnamigen Buch Hans Sedlmayrs in Verbindung, das in den 50er Jahren alle konservativen bis reaktionären Ressentiments gegen die „moderne Kunst“ versammelte. Sedlmayr habe „den künstlerischen Abstraktionismus als Fortsetzung einer mit der Französischen Revolution eingeleiteten Dehumanisierung attackiert“. Gleichsam in der geistigen oder besser praktischen Nachfolge von Sedlmayr habe Mattheuer „den konfektionellen Zuschnitt, die monumentale Leere und die illusionäre Freiheit in der westlichen Kunstproduktion und den deutschen Nationalmasochismus kritisiert“. „Sein Grundthema wurde der Abschied von der Utopie - sein eigener Abschied.“ („Mit Würde behauptet“, 12. 4. 2002)

Der Künstler empfand diesen Artikel wie auch den im „Neuen Deutschland“ als die besten Würdigungen seiner Person und seines Werkes. Wie geht das zusammen? Um es verstehen zu können, muss etwas ausgeholt werden.

Mattheuer und die Neue Rechte

Mattheuer lobt im Gespräch die „Junge Freiheit“ nicht nur für ihr Feuilleton, das beispielsweise zum 100. Geburtstag von Leni Riefenstahl eine mehrseitige Jubelbeilage brachte, sondern auch für ihre politischen Positionen. Auch er ist gegen eine multikulturelle Gesellschaft und zuviel Einwanderung. Die Erlaubnis, eines seiner Gemälde für den Umschlag von Alain de Benoists Buch „Totalitarismus. Kommunismus und Nationalsozialismus - die andere Moderne“, das 2002 im Verlag der „Jungen Freiheit“ erschien, zu benutzen, habe er mit Freude gegeben. Den Inhalt des Buches teile er vorbehaltlos.

Nun ist Alain de Benoist so etwas wie der Chefideologe der französischen Neuen Rechten (Nouvelle Droite), die, vermittelt durch die „Junge Freiheit“, auch auf die rechte intellektuelle Szene in Deutschland ausstrahlt. Ihr Markenzeichen ist eine Globalisierungskritik, die sich auf den ersten Blick kaum von dem unterscheidet, was im Umfeld linker globalisierungskritischer Strömungen und Organisationen gedacht und gesagt wird.

Die Neue Rechte knüpft bewusst an Begriffe an, die auch in der Linken verwendet werden, um sie im nationalistischen bzw. „ethnopluralistischen“ Sinn umzudeuten. In dem von Alain de Benoist verfassten Manifest der Nouvelle Droite, „Aufstand der Kulturen“, das ebenfalls im Verlag der „Jungen Frei-

heit“ erschien, ist beispielsweise vom „westlichen Imperialismus“ die Rede, gegen den „die Völker“ kämpfen sollen. Für die Einwanderung von Menschen aus anderen Kulturen wird die „Logik des Kapitals“ verantwortlich gemacht, die „den Menschen auf den Zustand einer Ware“ reduziere, „deren Standort man verlegen“ kann. Weltweit dominiere eine „Neue Klasse“, die überall den „gleichen Menschentypus“ erzeuge: „Kalte Sachkundigkeit, von der Wirklichkeit losgelöste Rationalität, abstrakter Individualismus, ausschließlich auf Nutzen ausgerichtete Überzeugungen ...“ Ein Kernsatz lautet: „Gegen die Allmacht des Geldes, der obersten Macht in der modernen Gesellschaft, gilt es, die Trennung von Reichtum und politischer Macht möglichst durchzusetzen.“

Die alte Unterscheidung zwischen „schaffendem“ und „raffendem Kapital“ klingt von Ferne in folgender Formulierung an: „Der Industriekapitalismus wurde allmählich von einem Finanzkapitalismus beherrscht, der kurzfristig eine Höchstrentabilität auf Kosten des tatsächlichen Zustands der Nationalökonomien und des langfristigen Interesses der Völker anstrebt“. Wenn der Widerspruch nicht zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen „Geld“ und „Volk“ bzw. den „Interessen der Völker“ gesucht und gefunden wird, kann es, muss es aber nicht weiter gehen bis zu einer Ethnisierung des „schlechten“ Kapitals - als „angelsächsisches“ oder, bei den Rechtsextremen, „jüdisches“ Finanzkapital. Alain de Benoist wie auch die „Junge Freiheit“ gehen nicht so weit. Sie begnügen sich mit der Ablenkungs- und Sündenbockfunktion, die der Begriff des internationalen „Finanzkapitalismus“ bereits bietet.

Auch die ökologische Frage wird in dem Manifest angesprochen und unter Anspielung auf Erich Fromm gefordert: „Gleichermaßen muß der Vorrang des Seins vor dem Haben bekräftigt werden. Eine umfassende Ökologie muss aber auch zur Überwindung des modernen Anthropozentrismus und zum Bewußtsein einer Mitzugehörigkeit von Mensch und Kosmos aufrufen ... Sie verwischt nicht die spezifische Besonderheit des Menschen, sondern spricht ihm die ausschließliche Stellung ab, die ihm das Christentum und der klassische Humanismus verliehen haben.“

Eine dezentrale Gebrauchswertproduktion für die Bedürfnisse der Menschen wird als Ziel angestrebt: „Für eine Wirtschaft im Dienst des Lebendigen“, „Für lokale Gemeinschaften“ heißen die entsprechenden Schlagworte. Wie konkrete Schritte dahin aussehen sollten, wie die Tauschwertproduktion und das Kapitalverwertungsprinzip gezähmt oder gar abgeschafft werden könnten, wird nicht gesagt.

So läuft trotz des Einsatzes von viel „kapitalismuskritischem“ Vokabular doch wieder alles auf die Botschaft von der Verteidigung der nationalen und kulturellen Identität gegen den christlichen, aufklärerischen oder sozialistischen „Universalismus“ hinaus. „Für starke Identitäten“, „Für das Recht auf Verschiedenheit“, „Gegen die Immigration“ sind die charakteristischen Forderungen dazu in den Kapitelüberschriften des Manifestes. Der Mensch wird im Stil von Konrad Lorenz und Irenäus Eibl-Eibesfeldt als „territoriales Tier“ bezeichnet; seine „Entwurzelung“ sei „eine soziale Pathologie unserer Zeit“ (zit.

nach de Benoist 1999).

Gegen eine einseitig rationalistische Aufklärung, ihr mechanistisches Menschenbild und ihre technokratischen Folgen wird nicht auf die „Dialektik der Aufklärung“, auf Selbstreflexion und Selbstaufklärung einer „zweiten Moderne“ gesetzt, sondern die Rückkehr zu vormodernen Mythen beschworen.

Man kann verstehen, wie einer, der vom „realen Sozialismus“ der DDR enttäuscht wurde, der von der Linken in der Bundesrepublik nichts mehr wissen, aber gleichwohl auf seiner Kritik an den herrschenden Verhältnissen beharren will, für solche Positionen gewisse Sympathien entwickelt. Bereits in seiner Erklärung zum Austritt aus der SED beklagte Mattheuer 1988 in der DDR neben „Mangel und Verfall, Korruption und Zynismus“ einen „bedenkenlosen, ausbeuterischen Industrialismus“. Damit war sicherlich der - auch unter den Zwängen der Systemkonkurrenz - betriebene Raubbau an den natürlichen Ressourcen gemeint. In der Begriffsbildung schwingt aber eine romantische Modernisierungskritik mit, wie sie von der Konservativen Revolution der 20er Jahre bis zur heutigen Neuen Rechten geübt wird.

Gegen den „ausbeuterischen Industrialismus“ steht bei Mattheuer die Liebe zur heimatlichen Landschaft und zum Alltag der kleinen Leute. Sie führt in seinen Bildern nicht zur kleinbürgerlichen Idylle, weil er den (begrenzten) Horizont und das, was hinter ihm sein könnte, immer mit ins Bild nimmt. Die Osnabrücker Kunsthistorikerin Jutta Held schreibt dazu: „Das kleinbürgerliche Leben und das kleine Glück stellt Mattheuer, anders als die sozialkritischen Realisten in Deutschland (Dix, Grosz oder Grützke unter den gegenwärtigen Malern) ohne jeden Zynismus dar, weder mit der mitleidigen noch ironischen Überlegenheit des Intellektuellen, obwohl er die Bornierungen dieses Lebens doch auch in den Blick nimmt. Er entziffert stattdessen im Falschen das Wahre, wie Adorno sagt, die berechtigten und großen Sehnsüchte und Utopien, die in den kleinen Erfüllungen und Derivaten des Glücks nicht aufgehen.“ (Städtische Kunstsammlungen Chemnitz 1997, S.16 f.)

Von keinem Künstler ist Mattheuer mehr angezogen gewesen als von Caspar David Friedrich. Schon in seiner Kindheit, denn ein Landschaftsbild des Malers hing im Wohnzimmer seiner Eltern. Dessen deutsch-protestantische Landschaften scheinen, modernisiert und abgewandelt, in manchen Bildern Mattheuers wiederzukehren. 1974 fand im Dresdener Albertinum eine Ausstellung von Bildern Caspar David Friedrichs statt, die seinem 200. Geburtstag gewidmet war. Parallel dazu gab es zum Vergleich eine Mattheuer-Ausstellung. Der westdeutsche Kunstjournalist Peter Sager schrieb dazu: „Man kam von einem Andachtsraum in ein Diskussionszentrum. Selten sah ich vor zeitgenössischer Kunst so viel Publikum so engagiert debattieren“ (Westermanns Monatshefte 1975, zit. nach Schönemann 1988, S. 309).

Wie auch immer sich die politischen Auffassungen Mattheuers entwickelt haben – daraus kurzerhand Rückschlüsse auf die Qualität, die Gültigkeit und Geltung seines Werkes zu ziehen, ist nicht möglich. Jene, die hier Schwierigkeiten haben, könnte man daran erinnern, dass beispielsweise Marx und En-

gels Honoré de Balzac dafür gelobt haben, in seinen Romanen die kunstvollste und präziseste Darstellung der bürgerlichen Gesellschaft in Frankreich geliefert zu haben, obwohl oder weil seine Sympathien, politisch gesehen, der Adelsklasse gehörten, die zum Untergang verurteilt war.

Der „Jahrhundertsschritt“

Seit den 70er Jahren gab es in Literatur und Kunst der DDR eine Tendenz, antike Mythen und biblische Legenden aufzugreifen, sie in einen aktuellem Kontext zu stellen und neu zu interpretieren oder abzuwandeln. Das wurde bei uns meist als Verschlüsselungstechnik gesehen, da die Schriftsteller und Künstler in der DDR die sozialen und politischen Verhältnisse nicht grundlegend kritisieren konnten, ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen. Dieses Verständnis greift aber zu kurz.

Der DDR-Schriftsteller Franz Fühmann hat in seinem Essay „Das mythische Element in der Literatur“ 1975 begründet, welchen Sinn es macht, sich mit mythischen Geschichten und Bildern zu beschäftigen. Daraus nur einige kurze Belegstellen: „Der Mythos gibt den Widerspruch wieder ...; in einem Zug also, den wir wohl als wesentlich anerkennen müssen, stimmt der Mythos mit dem Leben überein.“ (Fühmann 1993, S. 412) „Der Mythos kennt kein Happy-End und kein Wunschdenken“ (ebd., S. 441). Das Mythische ist Gleichnis für die Verschränkung dessen, was sowohl draußen wie drinnen ist, von historisch-sozialen wie von psychischen Realitäten.“ (Ebd., 443) „Vieltausendfache und in eben dieser Vieltausendfachheit ins Typische überführbare Einzelerfahrungen mit sich selber, der Gesellschaft und der Natur bilden einen nie ausschöpfbaren Fundus von Gleichnismöglichkeiten heraus.“ (Ebd., S. 442f.)

Als wesentliche Elemente des Mythischen bezeichnet Fühmann unter anderem der „erklärende(n), aber nicht Wissenschaft ersetzende(n) noch Wissenschaft beabsichtigende(n) Charakter; als historischer(n) Aspekt die Tatsache, dass ein hervorragender und als besonderes repräsentativ empfundener Teil dieser Entfaltungen aus den Vorbereitungs- und Entstehungszeiten der Klassengesellschaft herrührt“ (ebd., S. 446).

In Mattheuers Werk spielt die Auseinandersetzung mit mythischen Figuren eine große Rolle. Kain und Abel, Prometheus, Sisyphos und Ikarus werden symbolisch in die Gegenwart versetzt, surreal in zeitgenössische Landschaften montiert und in immer neuen motivischen Variationen in Grafiken, Gemälden und Plastiken gezeigt. Die so entstehenden Sinn- und Denkbilder bedürfen der Auslegung durch den Betrachter - die nie eindeutig und endgültig sein kann.

Peter Richter hat in seiner Besprechung der Chemnitzer Ausstellung in der „Frankfurter Allgemeinen“ (3.8.2002) das Verfahren Mattheuers so bezeichnet: Er denke „die Mythologien des Alltags zu visuellen Metaphern“ zusammen. Dabei benutzt er nicht nur bereits bekannte mythische Bilder, um sie zu aktualisieren, sondern erfindet neue.

Mit dem „Jahrhundertschritt“, seiner größten Plastik, die mittlerweile in Berlin, Leipzig und Halle, in Bonn und Oberhausen auf öffentlichen Plätzen steht, ist Mattheuer eine visuelle Metapher für eine ganze Epoche gelungen. Sie ist seit ihrem ersten Auftritt höchst umstritten. 1985 wurde sie - als Gipsfassung für einen Bronzeguss - erstmals auf der Leipziger Bezirksausstellung gezeigt.

Als ich die Bronzeplastik auf der zehnten und letzten allgemeinen Kunstausstellung der DDR 1987 in Dresden sah, empfand ich sie als eine Provokation für das offizielle Geschichtsbild der SED, das immer zwischen Rechts und Links säuberlich zu trennen versucht hatte. Hier vereinte eine Plastik in ein und derselben Figur die erhobene Faust des Proletariats und den Faschistengruß, den zackigen Tritt des Militärstiefels und den Schritt nach vorn mit bloßem Fuß, und das auch noch diagonal angeordnet, so dass nicht einmal von einer eindeutig „linken“ und „rechten“ Hälfte gesprochen werden konnte.

Sollte doch noch einmal die große Alternative dargestellt werden: Die Figur gleichsam als Gesellschafts- oder Menschheitskörper, der so oder so in die Zukunft voranschreiten kann? Handelte es sich, ganz im Gegenteil, um eine geschichtspessimistische Sicht, wie sie in der Endphase der DDR auch in den Theaterstücken Heiner Müllers zum Ausdruck kam: Geschichte als Resultat blutiger Irrtümer (Müller: „Die Geschichte reitet auf toten Gäulen ins Ziel“)? Oder war das eine mehr oder weniger deutliche Anspielung, eine subtile Symbolisierung der von der Linken immer bekämpften Totalitarismusthese: Stalinismus gleich „Nationalsozialismus“, oder ganz allgemein: Rot gleich Braun? Aber wieso konnte sie dann in der DDR öffentlich gezeigt werden? Waren die Kunstjuroren und -zensoren der SED schon so durch Gorbatschows Perestroika-Kurs und den wachsenden Widerwillen in der DDR-Bevölkerung geschwächt, dass sie die ideologische Gefahr nicht erkannten oder nichts mehr gegen sie unternehmen konnten?

Einer von ihnen, der Kunstwissenschaftler Karl Max Kober, schrieb über Mattheuers „Jahrhundertschritt“: „Die Plastik rafft extremste Widersprüche zusammen und setzt den Betrachter, der ihren Sinn ergründen will, der schweren Pflicht aus, diese nachzuvollziehen. Der ursprüngliche Schock verwandelt sich in Betroffenheit, erregt die Gefühle und provoziert den Verstand. Mehr kann man von einem Kunstwerk nicht verlangen. Wer an ihm Schönheit vermisst, fragt falsch, da in diesem Fall der Wahrheit Vorrang gebührt.“ (Mitteldeutsche Neueste Nachrichten, 15./16.6.1985, zit. nach Schönemann 1988, S. 324)

Welcher Wahrheit? Heinz Schönemann, der 1988 die große Monographie zu Mattheuers Werk verfasste, beschrieb und interpretierte ein Jahr vorher in einem Ausstellungskatalog die bemalte Gipsfassung des „Jahrhundertschritts“ so, dass es zur herrschenden Linie noch passen konnte: „Ein scheinbar kopfloses Wesen vereinigt den weitausgreifenden Schritt eines Beines von makellosem Weiß und die drohende Sprungkraft des dunklen Unholds; bringt den erhobenen rechten Arm mit der faschistischen Grußgeste, dessen Hand sich zum schwarzen Hilfeschrei lockert, und die zur Faust geballte Linke zusammen. Schwarz-weiß-rot gegen menschliche Farben und Hoffnungsgrün, vitales

Weiß gegen vergehendes Schwarz; Unschuld gegen Schuld, Widerstand gegen Unterdrückung; die raumgreifende ausgewogene Gestalt, der spannungsvolle Bezug von Farben und Proportionen bringen das Wunder zustande - eine Quadratur des Kreises: aber nicht den unversehrten Menschen, sondern die Menschheit selbst in ihrer Zerrissenheit, die dennoch unteilbar ist.“ (Staatliche Galerie Moritzburg 1987, S. 13)

Hermann Raum, in der DDR einer der einflussreichsten Kunstwissenschaftler, schreibt im Rückblick in seinem vor zwei Jahren erschienenen Buch „Bildende Kunst in der DDR - Die andere Moderne“ über Mattheuers Plastik, sie zeige „die disparate, in ihren Teilen auseinanderstrebende Welt, aggressiv und gefährdet, voranschreitend, aber wohin?“ (Raum 2000, S. 202) Der „Jahrhundertschritt“ sei „in seiner merkwürdigen Zwitterrolle zwischen der einem Ausrufezeichen gleichenden politisch-moralischen Diktion und variablen Bedeutungen ein typisches Werk der späten DDR“ (ebd., S. 253). Wie variabel die Bedeutung interpretiert werden kann, dafür gab Mattheuer selbst ein Beispiel. Hatte er zu DDR-Zeiten nichts dagegen einzuwenden gehabt, dass in dem weit vorgestreckten Bein der Plastik die am Jahrhundertende energisch in die Zukunft vorstoßende Dritte Welt zu sehen sei, so gab eine Agenturmeldung 1990 nun als seine Lesart an: „Das Bein ... versinnbildlicht für ihn den Schritt in ein Jahrhundert, das frei von Extremismus, Faschismus und Leninschem Kommunismus sein soll.“ (Zit. nach ebd., S. 252)

Da Mattheuers Werk auf den Dialog mit dem Betrachter angelegt ist, und er dem Betrachter zugesteht, sich seine eigene Meinung darüber zu bilden, hat er selbstverständlich auch das Recht, sich mit einer Interpretation seiner Plastik am Dialog zu beteiligen. Hermann Raum kommentiert sie so: „Diese hoffnungsvolle Neuinterpretation kollidiert allerdings mit dem hilflosen Ausdruck des kleinen Kopfes der Figur, der im Begriffe steht, sich in den aufgebrochenen, formlosen Rumpf zurückzuziehen wie in ein Panzerwrack.“ (Ebd., S. 253)

Kann man das auch so verstehen, dass der Mensch - oder die Gesellschaft insgesamt - als bis zum Zerreißen widersprüchliches Ganzes kaum den Kopf herausstrecken und oben behalten kann zwischen den widerstreitenden Kräften? Ist es ein Hinweis darauf, dass sich ein stärkeres Bewusstsein über den Gang der Dinge auf der Welt herausbilden müsste, damit er einmal demokratisch zu steuern wäre, frei nach Marx, der gesagt hat, dass die Menschen ihre Geschichte selbst machen, dass sie aber bisher kein Bewusstsein davon haben. Oder nach Kant: Aufklärung als „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit.“

Ebenso muss die ganze Figur nicht bedeuten, wie Mattheuer es 1990 festlegen wollte, dass die Extreme - buchstäblich die Extremitäten links und rechts - sich gleichen, und dass es um eine Welt „frei von Extremismus“ gehe. Schon gar nicht im Sinne eines neuen „juste milieu“, das seine Privilegien mit den Menschheitsinteressen gleichsetzt und alles als extremistisch oder terroristisch bekämpft, was seinen Lebensstandard und seine Saturiertheit gefährdet.

Was der Künstler selbst über sein Werk sagt, ist ja nichts weiter als eine Ausle-

gung unter anderen möglichen. Die beliebte Frage, was denn der Künstler mit seinem Bild oder seiner Plastik gemeint habe, beruht auf dem Missverständnis, bei Kunstwerken handele es sich um Bilderrätsel, die am kompetentesten diejenigen auflösen könnten, die sie gestellt haben. Käme es aber nur auf die Meinung des Künstlers an, hätte er es sich sparen können, ein Bild oder eine Plastik zu machen. Er hätte einfach ein Interview geben oder einen Essay schreiben können. Der hier mögliche Einwand, die bildliche Fassung seiner Meinung wirke aber stärker, und deshalb habe sich der Künstler soviel Mühe gemacht, sie herzustellen, würdigt Kunst zur Illustration von Thesen herab. Leider ist das auch immer eine Gefahr bei der kunstwissenschaftlichen oder kunstpädagogischen Interpretation. Das Sprechen und Schreiben über Kunst sollte ein bewusstes Nachvollziehen der Wahrnehmung von Kunst sein, um die es in Wirklichkeit geht.

Im Fall des „Jahrhundertschritts“ verhält es sich nach Hermann Raum so, dass er „als Übungsgegenstand für professionelle Kunsterklärer gegensätzlicher ideologischer Herkunft“ dient (Raum 2000, S. 252). Nach dem Ende der DDR konnte er in das in Westdeutschland vorherrschende Geschichtsbild integriert werden, wie etwa bei Eckhart Gillen, der die Plastik so deutet: Sie erinnere „auf doppelte Weise an die Last unserer Geschichte: den Alptraum des NS und die Illusion einer revolutionären Verheißung“ (Feist/Gillen 1996, S. 41)

Jutta Held schrieb 1997, zum 70sten Geburtstag Wolfgang Mattheuers, gegen die vorschnelle Vereinnahmung an: „Ein Werk, das die großen politischen Gegensätze unseres Jahrhunderts in ihrer Dialektik zusammenzufassen sucht, ist der Jahrhundertschritt, mit dem Mattheuer politisch Bilanz zieht. Wie der große Historiker Hobsbawm, der von dem kurzen 20. Jahrhundert spricht, das von 1917-1989 reicht, versteht Mattheuer die Moderne als 'Zeitalter der Extreme', das im wesentlichen durch den Kampf zwischen Faschismus und Sozialismus geprägt ist. Fragen dieser europäischen, aber vor allem deutschen Geschichte, die in jüngster Zeit von der historischen Forschung gestellt werden, scheinen mir in dieser Skulptur gebündelt zu sein: Wie definiert und behauptet sich Menschlichkeit in diesem Konfliktfeld, wie ist der beherrschende politische Gegensatz des Jahrhunderts in der Subjektivität der Menschen fundiert? Mattheuers Antwort scheint zu sein, daß die politische Konfrontation, deren Träger die Individuen doch auch sind, sie zugleich zerreißt, ihnen die Mitte nimmt und sie auslöscht. Kopflos, ohne Ausponderierung in einem körperlichen Zentrum, greifen die Glieder dieser Figur automatisch und maßlos aus, nach vorn und zurück, so daß jede sinnvolle Bewegung blockiert wird.“ (Städtische Kunstsammlungen Chemnitz 1997, S. 17 f.)

Diese Interpretation lässt sich auch auf die zeichnerischen und malerischen Fassungen des „Jahrhundertschritts“ beziehen, die vor und nach der Realisierung als Plastik entstanden: „Verlorene Mitte“ (1981), „Verlust der Mitte“ (1981/82) „Aggression“ (1981), „Alptraum“ (1982).

Das Gemälde „Aggression“ illustriert den Schutzumschlag des „Totalitarismus“-Buches von Alain de Benoist. Das Vorwort zu diesem Buch schrieb Ernst Nolte, der nicht nur als einer der wichtigsten Vertreter der Totalitaris-

mustheorie in der Bundesrepublik gilt, sondern in den achtziger Jahren den Anstoß zur sogenannten Historikerdebatte gab: mit seiner These, das „logische Prius“ zu Auschwitz sei der bolschewistische Terror gewesen, es gebe einen „kausalen Nexus“ zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, und letzterer sei als eine Reaktion auf die Oktoberrevolution im „Weltbürgerkrieg“ des 20. Jahrhunderts zu verstehen. Jürgen Habermas, Richard von Weizsäcker und andere haben seinerzeit den Sinn dieser These als projektive Schuldabwehr und indirekte Verharmlosung des deutschen Faschismus bezeichnet.

Mit der Verwendung zur Illustration der Totalitarismus-These ist Mattheuers „Jahrhundertschritt“-Motiv nicht zu seiner Wahrheit gekommen. Es bleibt mehrdeutig und auslegbar. Das ist ja das Kennzeichen großer Kunst: nicht eindimensional und fixiert zu sein.

Wie seine anderen Motive und Bilderfindungen auch hat Mattheuer den „Jahrhundertschritt“ mehrfach abgewandelt, um ihm im jeweiligen Kontext neue Bedeutungen zu geben. Eine Linolschnitt-Fassung aus dem Jahr 1987 verbindet ihn mit der Mauer, die Deutschland in zwei Staaten teilt. Hier bekommt die Figur ein Doppelgesicht: Auf ihrer rechten Seite das schemenhafte des Faschismus und Militarismus, auf der linken das ernste bis grimmige des mit geballter Faust Voranschreitenden.

Fazit aus den verwirrend unterschiedlichen Interpretationen: Es geht beim „Jahrhundertschritt“ offenbar nicht um die einfache Entgegensetzung von Schwarz und Weiß, von Gut und Böse. Gerade die diagonale Verschränkung der symbolischen Codes für Links und Rechts, Rückschritt und Fortschritt, Faschismus, Militarismus und Sozialismus, und deren Verkopplung über ein und dieselbe Gestalt zeigen das. Aber es handelt sich auch nicht um eine Gleichsetzung unter dem Stichwort Totalitarismus. Sie wäre schon deshalb – logisch und praktisch – nicht möglich, weil die Plastik sonst in der DDR nicht hätte entstehen und öffentlich ausgestellt werden können. Der „Jahrhundertschritt“ in seinen verschiedenen Fassungen lädt vielmehr zum Nachdenken über allzu simple Gleichungen ein. Er lässt offen, wie es weitergeht, weil das auch vom Betrachter selbst abhängt.

Das letzte große politische Bild Mattheuers hat den Titel: „Nichts Neues im neuen Jahrhundert“. Die Farben sind dunkel. Anstelle der Extreme des 20. Jahrhunderts sieht Mattheuer einen „Totalitarismus der Mitte“ heraufziehen. Die Dummheit sei unbesiegbar. Gegen den Pessimismus und die Resignation des Künstlers sollten wir mit Heiner Müller daran festhalten: „Vielleicht gibt es irgendwann eine humane Gesellschaft - eine Gesellschaft also, in der man keine Kunst braucht.“

Literatur:

Alain de Benoist: Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert, Berlin 1999

Ders.: Totalitarismus. Kommunismus und Nationalsozialismus - die andere Moderne. 1917-1989, Berlin 2001

Günter Feist/Eckhart Gillen/Beatrice Vierneisel (Hg.): Kunstdokumentation SBZ/DDR 1945-1990. Aufsätze, Berichte, Materialien, Berlin/Köln 1996

Franz Fühmann: Marsyas. Mythos und Traum, Leipzig 1993

Eckhart Gillen (Hg.): Deutschlandbilder. Kunst aus einem geteilten Land. Ausstellungskatalog Berlin 1997, Köln 1997

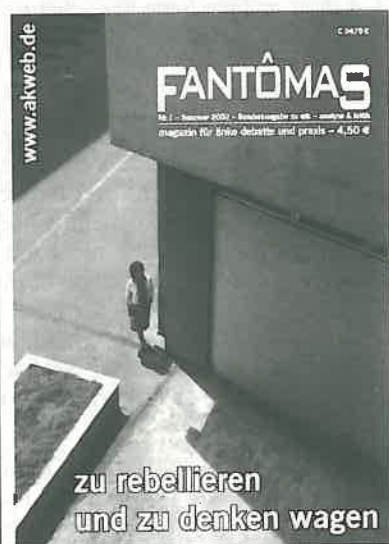
Wolfgang Mattheuer: Zwischen Idyll und Katastrophe. Bilder von 1958 bis 1999, Frankfurt a. M. 1999 (Edition Galerie Schwind, nicht im Buchhandel erhältlich)

Hermann Raum: Bildende Kunst in der DDR. Die andere Moderne. Werke – Tendenzen – Bleibendes. Edition Ost AG, Berlin 2000

Heinz Schönemann: Wolfgang Mattheuer, Leipzig/Frankfurt a. M. 1988

Städtische Kunstsammlungen Chemnitz: Wolfgang Mattheuer zum 70. Geburtstag. Graphikretrospektive 1948 – 1997, Ausstellungskatalog, Chemnitz 1997

Das neue Magazin von ak – analyse & kritik



Themen:

- Antiglobalisierungsbewegung und Organisation
- Politik und Subjekt
- Identität und Gewalt
- Krise der Antifa

erscheint 2 x pro Jahr, 68 Seiten
4,50 € + Porto (per Rechnung)
oder 5 € Schein beilegen

Bestellungen an:
fantomas@akweb.de
ak – analyse & kritik
Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174
Fax: 040-40170175

Andreas Wehr

Staat und Nation

Über Domenico Losurdos Beitrag zur Wiedergewinnung des Selbstbewusstseins der Linken - Teil II¹

Mit dem Ende des europäischen Realsozialismus ist offenbar geworden, dass die den kommunistischen Parteien eigene traditionelle Geringschätzung der Menschenrechte, bürgerlicher Freiheiten und demokratischer Spielregeln und damit allgemein der Mangel an Demokratie entscheidend für die Niederlage des Versuchs der Etablierung einer nichtkapitalistischen Gesellschaftsordnung in Europa war. Die Erfahrung mit einem überdimensionierten und nur in sehr bescheidenen Ansätzen rechtsstaatlich kontrollierbaren repressiven Staatsapparat führte bei vielen Beobachtern darüber hinaus zu dem Schluss, dass es sich bei diesen Gesellschaften um „staatssozialistische“² bzw. um ein Modell des „sowjetischen Staatssozialismus“³ gehandelt habe. Bestärkt wurde dieser Eindruck durch die Erkenntnis, dass die Produktionsmittel in jenen Gesellschaften oft nur formal gesellschaftliches Eigentum darstellten, tatsächlich aber von Staatsbediensteten bürokratisch verwaltet wurden.

Aus diesen Einschätzungen folgt die Kritik an einer „Staatsorientierung“. Indem man in diese Kritik zugleich auch die Sozialdemokratie mit einbezieht, wurde daraus eine generelle Abrechnung mit der gesamten Geschichte der europäischen sozialistischen Bewegung. Wenden wir uns zur Illustration eines solchen Denkens dem Entwurf für ein neues Programm der PDS zu, das diese Einschätzung beispielhaft zum Ausdruck bringt. Ein Ansatz übrigens, wie er sich in vielen Diskussionsbeiträgen jener kommunistischen Parteien findet, die dabei sind, die traumatische Erfahrung des Untergangs des Realsozialismus zu verarbeiten. Dort heißt es: „Doch die verabsolutierte Staatsorientierung der früheren kommunistischen, der sozialdemokratischen Bewegungen und die Verachtung liberärer und zivilgesellschaftlicher Sozialismuskonzepte hat sich als falsch erwiesen. Unsere Vorstellungen erneuerter sozialistischer Politik schließen die Erfahrung ein, dass ein demokratischer Sozialismus nicht möglich ist, wenn er nicht von seinem ersten Schritt an emanzipatorische Befreiung bedeutet.“³ Und: „Wenn wir Sozialismus heute als die Freiheit und die Gleichheit einer und eines jeden beim Zugang zu den entscheidenden Lebensbedingungen und Gütern der Gesellschaft verstehen, so ist klar, dass der Staatssozialismus nicht fähig war, diesen Anspruch zu verwirklichen“. Der hier und an verschiedenen anderen

¹ Der erste Teil ist unter der Überschrift „Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten und demokratische Spielregeln. Über Domenico Losurdos Beitrag zur Wiedergewinnung des Selbstbewusstseins der Linken“ in Z Nr. 49, März 2002, S. 115-127 erschienen.

² Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus - Entwurf, in: Pressedienst PDS, 27.04.01, S. 22.

³ Programm, a.a.O., S. 23.

Stellen des Programmentwurfs anklingenden Bezugnahme auf die berühmte Aussage des *Manifests der Kommunistischen Partei*, wonach die „freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, soll an dieser Stelle nicht weiter nachgegangen werden.⁴ Was uns vielmehr interessieren soll, ist der unterstellte Gegensatz zwischen einer „verabsolutierten Staatsorientierung“ und einem „zivilgesellschaftlichen Sozialismusmodell“. Davon ausgehend soll anschließend allgemein die Bewertung des Staates in der Geschichte der sozialistischen Bewegung untersucht werden. Dies alles geschieht in der Absicht, die Bedeutung dieser Fragen für jeden möglichen neuen Ansatz sozialistischer Entwicklung herauszuarbeiten.

Wie schon in meinem Beitrag über die Bedeutung der „Menschenrechte, bürgerlicher Freiheiten und demokratischer Spielregeln“⁵ sollen auch diese Gedanken anhand der Arbeiten Domenico Losurdos entwickelt werden. Losurdo, Professor für Philosophie an der italienischen Universität Urbino und Präsident der „Internationalen Gesellschaft Hegel-Marx für dialektisches Denken“, gehört ohne Zweifel nicht nur zu den gegenwärtig wichtigsten marxistischen Philosophen, sondern ist als Mitglied der nationalen Leitung der italienischen Partei Rifondazione Comunista selbst politisch eingreifend aktiv. Für die Darstellung seiner Gedanken werden im Folgenden verschiedene Veröffentlichungen in der von ihm zusammen mit Hans Heinz Holz seit 1993 herausgegebenen Zeitschrift „Topos - Internationale Beiträge zur dialektischen Philosophie“, einzelne Broschüren, vor allem aber sein 2000 erschienenes Buch „Der Marxismus Antonio Gramscis. Von der Utopie zum ‚kritischen Kommunismus‘“⁶ herangezogen.

„Verabsolutierte Staatsorientierung“ versus „zivilgesellschaftliches Sozialismusmodell“?

Ist dies wirklich der entscheidende Gegensatz? Im Ergebnis der epochalen Wende 1989-91 entstand in der verbliebenen Linken ein weitverbreitetes Miss-

⁴ Vollständig lautet der Satz im *Manifest der Kommunistischen Partei*: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (MEW Bd. 4, S. 482). Da dieser Satz im *Manifest* am Ende eines Absatzes steht, der die Klassen im Kapitalismus und ihre notwendige Aufhebung behandelt, fasst er denn auch das Gesagte in einem Ausblick zusammen: Erst die Aufhebung des Klassengegensatzes schafft die Voraussetzung, dass ein jeder die Möglichkeit zur freien Entwicklung hat, d.h. alle können nicht wirklich frei sein, wenn nicht ein jeder frei vom Druck der Klassengegensätze ist. Einer Interpretation Stefan Hermlins folgend, haben die Autoren des Programmentwurfs diese Aussage hingegen umgedreht, wenn er von ihnen, nun herausgelöst aus seinem Zusammenhang mit der Aufhebung der Klassenverhältnisse, so interpretiert wird, dass die freie Entwicklung des einzelnen zur Bedingung der Befreiung aller gemacht wird. Vgl. dazu auch A. Wehr, Eine zeitbedingte Fehlinterpretation in: *Neues Deutschland* vom 18.05.01.

⁵ Andreas Wehr, Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten und demokratische Spielregeln, a.a.O.

⁶ Domenico Losurdo, *Der Marxismus Antonio Gramscis. Von der Utopie zum ‚kritischen Kommunismus‘*, Hamburg 2000, im weiteren Text zitiert als *Losurdo 2000*.

verständnis über die Bedeutung des Begriffs der Zivilgesellschaft. Beeinflusst durch die vor allem in den USA geführte Diskussion über Kommunitarismus verbreitete sich die Überzeugung, dass Staat und Zivilgesellschaft in einem Gegensatz zueinander stünden, ja dass die Herausbildung der Zivilgesellschaft zu einem Verschwinden des Staates bzw. zu seiner Zurücknahme in die Gesellschaft führen werde. Doch bereits Antonio Gramsci, auf dessen Arbeiten die Definition der Zivilgesellschaft zurückgeht, warnte „vor ‚einem theoretischen Irrtum, dessen praktischer Ursprung unschwer zu erkennen ist‘; er beruhe ‚nämlich auf der Unterscheidung von politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft, die aus einer methodischen Unterscheidung zu einer organischen gemacht und als solche dargestellt wird‘, wobei vergessen werde, dass ‚in der Wirklichkeit der Tatsachen Zivilgesellschaft und Staat ein und dasselbe ist.““ (Losurdo 2000, S. 102) Allerdings dürfen auch die spezifischen Unterschiede zwischen Staat und Zivilgesellschaft im Denken Gramscis nicht verwischt werden: „Man könnte die ‚Organizität‘ der verschiedenen Intellektuellenschichten, ihre mehr oder weniger enge Verbindung mit einer grundlegenden Gesellschaftsgruppe messen, indem man eine Abstufung der Funktionen und der Superstrukturen von unten nach oben (von der strukturellen Basis nach oben) festlegt. Vorläufig lassen sich zwei große superstrukturelle Ebenen festlegen, diejenige, die man die Ebene der Zivilgesellschaft nennen kann, d.h. des Ensembles der gemeinhin privat genannten Organismen, und diejenige der politischen Gesellschaft oder des Staates-, die der Funktion der Hegemonie, welche die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, und der Funktion der direkten Herrschaft oder des Kommandos, welche sich im Staat und in der formellen Regierung ausdrückt, entsprechen. Diese Funktionen sind eben organisierend und verbindend.“ (Gf, 1991, Bd. 7, S. 1502)

Der „Irrtum“ einer Entgegensetzung von Zivilgesellschaft und Staat hat allerdings durchaus nachvollziehbare Gründe, wurde doch die Herausbildung der Zivilgesellschaft von Gramsci ausdrücklich als ein wichtiger historischer Fortschritt gewertet, der höher entwickelte Gesellschaften auszeichne: „Das Element Staat-Zwang kann man sich in dem Maße als erlöschend vorstellen, wie sich immer beträchtlichere Elemente von regulierter Gesellschaft (oder sittlichem Staat oder Zivilgesellschaft) durchsetzen.“ (Gf, 1991, Bd. 4, S. 783) Von dieser Allgemeingültigkeit der Zivilgesellschaft als Ausdruck einer höheren gesellschaftlichen Entwicklung leitet sich auch die positive Konnotation her, die der Begriff Zivilgesellschaft in der mit vielen Hoffnungen begleiteten Phase unmittelbar vor dem Ende des Realsozialismus erhielt, in einem geschichtlichen Moment, in dem die kurzfristige Etablierung zivilgesellschaftlicher Elemente, wie etwa die Vereinigungs- und die Koalitionsfreiheit, als unabdingbar betrachtet wurde, um die in eine Existenzkrise geratenen realsozialistischen Gesellschaften in „moderne Zivilgesellschaften“ (Kebir 1991, S. 11) umzuwandeln. Ausgangspunkt war seinerzeit die Überzeugung, dass „die noch nicht abgeschlossenen osteuropäischen Entwicklungen deutlich gemacht haben, dass die Existenz eines großen Sektors öffentlichen Eigentums an Produktionsmitteln ohne zivilgesellschaftliche Organisation keine neue historische Ära der Vergesellschaftung ein-

leiten konnte.“ (Kebir 1991, S. 13)

Dass dagegen die entwickeltere Form der Gesellschaft mit ihrem privaten Hegemonieapparat der Zivilgesellschaft keineswegs „ziviler“ im umgangssprachlichen Sinne sei, hat Losurdo mit Bezug auf Gramsci herausgearbeitet: „In den Gefängnisheften wird (...) hervorgehoben, dass auch die Zivilgesellschaft in gewisser Hinsicht Staat ist, nämlich in dem Sinne, dass in ihr furchtbare Formen der Vorherrschaft und Unterdrückung ausgeübt werden können (der Despotismus der kapitalistischen Fabrik und sogar der Sklaverei), gegen die die politischen - und dabei selbst die bürgerlichen - Institutionen ein Gegengewicht oder ein Kampfinstrument darstellen können.“ (Losurdo 2000, S. 108) So wurde etwa die Ausrottung der Indianer von privaten Hegemonieapparaten organisiert und auch das Unwesen des Ku-Klux-Klan im Süden der USA mit seiner praktizierten Lynchjustiz gehört ohne Zweifel zur Zivilgesellschaft.

Der unterstellte Gegensatz – hier Staat, dort Zivilgesellschaft – ist daher in dem behaupteten Sinne gar keiner. So führt auch der Versuch nicht weiter, die Diskussion über die Rolle des Staates in einer sozialistischen Strategie zu umgehen, indem man einer vermeintlich „absoluten Staatsfixierung“ alternative „zivilgesellschaftliche Sozialismuskonzepte“ entgegenstellt. Eine solche Entgegensetzung spielt vielmehr der aktuell herrschenden neoliberalen Rhetorik einer „Stärkung der Bürgergesellschaft“ und von „Nachbarschaftshilfe“ als Alternative zu einer staatlichen Sicherung in die Hände, die an alte liberale Vorstellungen von Eigenverantwortlichkeit der Betroffenen appelliert und dazu dient, dem real stattfindenden Abbau von Sozialstaatlichkeit einen fortschrittlichen, da „zivilgesellschaftlichen“ Anstrich zu verpassen.

Zwei Revolutionstheorien bei Marx und Engels?

Doch an welche Elemente einer marxistischen Staatstheorie kann die Linke heute noch anknüpfen? Ist es die im *Kommunistischen Manifest* enthaltene Forderung, nach der das „Proletariat seine politische Herrschaft dazu benutzen (wird), der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren“ (MEW Bd. 4, S. 481)? Ist es die in der *Kritik des Gothaer Programms* entwickelte Perspektive, nach der „zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft (...) die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre (liegt)? Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“ (MEW Bd. 19, S. 28) Oder bietet die berühmte Parole vom „Absterben der Staates“, die von den kommunistischen Parteien im realen Sozialismus trotz der von ihnen in extenso betriebenen Vergötzung des Staates zumindest in der Theorie in Ehren gehalten wurde, einen heute noch brauchbaren Ansatzpunkt?

Wenden wir uns auf der Suche nach einer Antwort den Überlegungen Losur-

dos zu. Er geht zunächst vom Vorhandensein von „zumindest zwei verschiedenen, ja entgegengesetzten Versionen der Revolutionstheorien“ (Losurdo, 2000, S. 39) bei Marx aus. Die eine finde sich im ersten Band des *Kapitals*, wo es heißt: „Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriert.“ (MEW Bd. 23, S. 791) Für Losurdo das Beispiel einer „stark mechanistischen Version“ (Losurdo 2000, S. 39), da Marx hier „die sozialistische Revolution als die unmittelbare und automatische Folge des kapitalistischen Akkumulationsprozesses ansieht“. Die sozialdemokratische Zweite Internationale hat sich bei ihrer Verurteilung der Oktoberrevolution als einer verfrühten, da den unterentwickelten Produktionsverhältnissen Russlands nicht entsprechenden Umwälzung, denn auch stets auf diese Passagen berufen. Dabei blieb allerdings unbeachtet, dass Marx hier nur sehr allgemein über sich tendenziell herausbildende Widersprüche zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften sprach. Nicht von ungefähr lautete die Überschrift des Kapitels, in dem er diese Sätze schrieb: „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation.“

Eine andere, politische Revolutionstheorie finde sich nach Losurdo im *Manifest der Kommunistischen Partei*, in den *Klassenkämpfen in Frankreich 1848 - 1850* und in über die Jahre verstreuten Briefen und kürzeren Artikeln von Marx und Engels. So heißt es etwa in *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 - 1850* über die Lage im damaligen Europa: „Wenn daher die Krisen zuerst auf dem Kontinent Revolutionen erzeugen, so ist doch der Grund derselben stets in England gelegt. In den Extremitäten des bürgerlichen Körpers muß es natürlich eher zu gewaltsamen Ausbrüchen kommen als in seinem Herzen, da hier die Möglichkeit der Ausgleichung größer ist als dort.“ (MEW Bd. 7, S. 97) Eine Formulierung, an die Lenin später unmittelbar mit seinem Bild von der Kette, die an ihrem „schwächsten Glied bricht“, anknüpfen sollte. Obwohl Marx und Engels in der Unterdrückung Irlands durch England sehr wohl ein koloniales Abhängigkeitsverhältnis sahen, blickten sie über Europa noch nicht hinaus. Die Entwicklung in den europäischen Kolonien wurde von ihnen ausschließlich in Abhängigkeit von einer erfolgreichen kapitalistischen Expansion der Metropolen gedacht. Erst Lenin und dann Gramsci werden später den Widerspruch zwischen Metropolen und Kolonien als revolutionäre Triebfeder thematisieren.

Auch die berühmte Aussage im *Manifest der Kommunistischen Partei* über die historische Rolle des deutschen Proletariats gehört zu der politischen Version einer Revolutionstheorie: „Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht und weil es diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare

Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann.“ (MEW Bd. 4, S. 493)

Losurdo lässt keinen Zweifel daran, welche der beiden Revolutionstheorien er für fruchtbarer in der bisherigen Geschichte der sozialistischen Bewegung als auch für kommende Auseinandersetzungen ansieht. Zustimmung zitiert er deshalb Gramscis Aussage zugunsten der russischen Revolution, die – nach Gramsci – ja „gegen *Das Kapital*“, d.h. entgegen der in dem Marxschen Hauptwerk dargestellten ökonomischen Voraussetzungen, ausgebrochen war, da es in Russland an „jener ökonomischen Reife (mangelte), die nach Marx die notwendige Bedingung des Kollektivismus ist“.

Marx, Engels, die „ideologische Dekadenz“ und das „Absterben des Staates

Anknüpfend an die politische Variante der Revolutionstheorie, sieht Losurdo gravierende theoretische Irrtümer und geschichtliche Fehleinschätzungen bei den Klassikern der Arbeiterbewegung hinsichtlich ihrer Staatseinschätzung, die einen fatalen Einfluss auf die ganze weitere theoretische Geschichte des Sozialismus gehabt hätte. Er bezieht sich insbesondere auf die theoretische Bewältigung der revolutionären Krisen des 19. Jahrhunderts, auf die 48er Revolution und den Aufstand der Commune 1870/71 in den Marxschen Schriften *Klassenkämpfe in Frankreich 1848 - 1850* und *Bürgerkrieg in Frankreich*. Sowohl Marx als auch Engels hätten in diesen Krisen der Bourgeoisie und damit dem Kapitalismus als Produktionsweise vorschnell das Totenglöcklein geläutet, obwohl sich doch diese Gesellschaftsformation zu dieser Zeit noch in ihrem Aufstieg befand und das französische Bürgertum erst nach 1871, und damit gut ein Jahrhundert nach der Revolution, in der Republik ihr Gleichgewicht fand. „Die These von der ideologischen Dekadenz (bei Marx und Engels - A.W.) war eindeutig von der Überzeugung dominiert, dass der historische Zyklus der Bourgeoisie abgeschlossen wäre, so dass nun die proletarische Revolution auf der Tagesordnung stünde.“ (Losurdo 2000, S. 50) Für Engels sei die Bourgeoisie nach Abschluss ihres revolutionären Zyklus „nunmehr nicht nur auf politischem Gebiet konservativ oder reaktionär geworden, sondern auch auf kultureller und ideologischer Ebene dekadent, ja im gewissen Sinne absterbend.“ (Losurdo 2000, S. 48)

Obwohl diese Einschätzungen von Marx und Engels tatsächlich mit den sozialen und politischen Krisen der kapitalistischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts zusammenfielen, leitet sich ihre Sichtweise nach Losurdo nicht aus „einer konkreten historischen Analyse, sondern unmittelbar von einer theoretischen Voraussetzung (ab), über deren Gültigkeit nachzudenken sich lohnt“ (Losurdo 2000, S. 61). Er bezieht sich hier auf die folgende Aussage in der *Deutschen Ideologie*: „Je mehr die normale Verkehrsform der Gesellschaft und damit die Bedingungen der herrschenden Klasse ihren Gegensatz gegen die fortgeschrittenen Produktivkräfte entwickeln ..., desto unwahrer wird natürlich das ... Bewußtsein“ (MEW Bd. 3, S. 274). Losurdo folgert daraus: „Wenn die ‚Empörung der modernen Produktivkräfte‘ gegen die bürgerlichen

Produktions- und Eigentumsverhältnisse schon begonnen hätte, wie auch im *Manifest der Kommunistischen Partei* betont wird, dann hätte das tatsächlich zur Folge gehabt, dass auch die politische und ideologische Dekadenz der Bourgeoisie begonnen hätte.“ (Losurdo 2000, S. 61) Und: „Ihrer (Marx' und Engels' - A.W.) Meinung nach war die unzählbare Rebellion der neuen Produktivkräfte bereits von der Existenz einer kritischen Theorie der bürgerlichen Gesellschaft bewiesen.“ Um dann zu dem harten Urteil zu kommen: „Auf diese Weise wurde im Endeffekt ein mechanistisches Verhältnis zwischen Ökonomie und Ideologie konstruiert.“ (Losurdo 2000, S. 62) Und noch zugespitzt: „Das mechanistische Denken verband sich mit der revolutionären Ungeduld.“ (Losurdo 2000, S. 64)

Marx und Engels demnach als geistige Ahnherren einer eschatologischen Sicht auf die Geschichte und eines mechanistischen Verständnisses von Ökonomie und Gesellschaft, in deren Folge der Staat als Überbaufunktion nach der Revolution nur als absterbend gesehen werden kann? Hier ist Vorsicht angesagt. Zunächst einmal sind kritische Fragen hinsichtlich des philologisch exakten Umgangs mit den Texten von Marx und Engels in Losurdos Buch *„Der Marxismus Antonio Gramscis“* zu stellen. Das betrifft etwa die den beiden zugeschobene Bezeichnung „ideologische“ bzw. „politische Dekadenz“ der Bourgeoisie. Ein Hinweis, wo diese Bezeichnungen von Marx und Engels und in welchem Zusammenhang gebraucht wurden, findet sich leider nicht. Und dieser Mangel ist keine Kleinigkeit, wird doch an nicht weniger als 25 Stellen mit diesen Worten die Position von Marx und Engels beschrieben. Womöglich ist diese Nachlässigkeit der Übertragung aus dem Italienischen in die gekürzte deutsche Fassung geschuldet.

Überdies korrigiert Losurdo später sein anfängliches Urteil über die beiden Klassiker: „Vorweg ist zu sagen, dass die Staatstheorie bei Marx und Engels weitaus problematischer und komplexer war als die Formel, auf die sie häufig reduziert wird: auf ein finales Absterben des Staates in der kommunistischen Gesellschaft. (Losurdo 2000, S. 89). Er zitiert dann aus deren *Rezensionen aus der Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue*, in der sie den bürgerlichen Staat als die „wechselseitige Assekuranz der Bourgeoisieklasse gegen ihre einzelnen Mitglieder wie gegen die exploitierte Klasse“ (MEW Bd. 7, S. 288) bezeichnen.⁷ Als Beispiele für die notwendige Schutzfunktion des Staates für die Ausgebeuteten geht er anschließend auf Engels' frühe Schrift *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* ein, in der bekanntlich von der Einschränkung der freien Konkurrenz durch Staatsaufsicht gesprochen wird. Auch entsprechende Aussagen aus dem *Kapital* werden von ihm zitiert.

Losurdo hätte vor allem auch die Stelle aus der *Kritik des Gothaer Programms* anführen können, in der sich Marx vorsichtig zur zukünftigen Rolle

⁷ Diese Aussage steht der Ansicht von Hegel nahe, nachdem sich der Staat als sittliche Gemeinschaft in dem Maße konstituiert, indem er jeden Bürger als Träger unveräußerlicher Rechte anerkennt. Vgl. dazu Losurdo 2000b, S. 95.

des Staates äußert, ohne ihn dabei etwa dem Absterben zu überantworten: „Es fragt sich dann: Welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft untergehn (erleiden - A.W.)? In andern Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk und Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.“ (MEW Bd. 19, S. 28)

Die kleine Schrift *Kritik des Gothaer Programms* ist aber auch aus einem anderen Grund hier von Interesse. Bekanntlich zirkuliert der Text 1875 nur unter wenigen ausgewählten Vertrauten. Erst 1891 macht sie Engels bekannt. Er begründet dies in seinem Vorwort mit den damals heftigen Fraktionskämpfen um die junge Partei, sowohl mit den Anhängern Lassalles, der selbst von einem Ausgleich mit dem preußisch dominierten deutschen Obrigkeitsstaat träumte, als auch mit den Anhängern Bakunins: „Zweitens aber lagen wir damals, kaum zwei Jahre nach dem Haager Kongress der Internationale, im heftigsten Kampf mit Bakunin und seinen Anarchisten, die uns für alles verantwortlich machten, was in Deutschland in der Arbeiterbewegung geschah; wir mußten also erwarten, daß man uns auch die geheime Vaterschaft dieses Programms zuschob.“ (MEW Bd. 19, S. 521)

Eine solche Rücksichtnahme auf damals in der europäischen Arbeiterbewegung - insbesondere in ihren unterentwickelteren süd- und osteuropäischen Teilen - weit verbreitete anarchistische Vorstellungen stellt wohl auch Engels Aussage über die Rolle des Staates in *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft* dar: „Indem er (der Staat - A.W.) endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. (...) Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt - die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft - ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht 'abgeschafft', er stirbt ab.“ (MEW Bd. 20, S.261f.) Eine fatale Einschätzung, die noch große Folgen für die sozialistische Bewegung haben sollte.⁸

Auch für Losurdo steht außer Zweifel, dass taktische Rücksichtnahmen für diese „Schwankungen und Widersprüche“ (Losurdo 1999, S. 187) in den Aussagen der beiden Klassiker zum Staat verantwortlich sind: „Während Neolibere-

⁸ Engels und Marx kannten natürlich die Propaganda Bakunins zur Abschaffung des Staates sehr genau. In ihrer Schrift *Ein Komplott gegen die Internationale Arbeiter-Assoziation. Im Auftrage des Haager Kongresses verfaßter Bericht über das Treiben Bakunins und der Allianz der sozialistischen Demokratie* höhnten sie: „Er (Bakunin - A.W.) dekretierte die Abschaffung des Staates. Aber der Staat, in der Form und Gestalt von zwei Kompanien Bourgeois-Nationalgarde drang ein durch einen Eingang, den zu besetzen man vergessen hatte, fegte den Saal aus und schickte Bakunin eiligst auf den Weg nach Genf.“ (MEW 18, S. 352)

rale und Bourgeois die sozialistische und Arbeiterbewegung als 'etatistisch' verurteilten, befand sich der marxistisch orientierte Teil dieser Bewegung in gewisser Hinsicht in Verlegenheit. Für eine mehr oder weniger ferne Zukunft lancierte sie die Parole vom 'Absterben des Staates', womit sie mit dem Anarchismus in Einklang stand; was hingegen die konkrete und tagtägliche Agitation betraf, musste die marxistisch ausgerichtete Arbeiterbewegung das Eingreifen der Staatsgewalt in die ökonomische Sphäre fordern, was den unvermeidlichen Zusammenstoß mit den halb-anarchistischen Parolen der konstituierten Interessen zur Folge hatte.“ (Losurdo 2000, S. 91) Und in einer anderen Schrift kommt er zu folgendem Resümee: „Obgleich von ihrer historischen und psychologischen Genese her zu verstehen, mündete die These vom Absterben des Staates in der eschatologischen Vision einer konfliktfreien Gesellschaft, die folglich auch keine juristischen Normen brauchte, um Konflikte zu begrenzen und zu regeln.“ (Losurdo 2000a, S. 49)

Lenin und das Erbe des Kommunismus

Mit der Revolution in Russland sollte das bisher rein theoretisch behandelte Problem des Umgangs der Sozialisten mit dem Staat in einer nachkapitalistischen Gesellschaft praktisch werden. Durch das verhängnisvolle Anknüpfen an die These vom absterbenden Staat macht es sich die junge Sowjetrepublik ungeheuer schwer, ihren Weg zu finden. „Auf jeden Fall macht das Warten auf das Verschwinden jeden Konflikts und das Absterben des Staates und der politischen Gewalt überhaupt es unmöglich, das Problem der Transformation des aus der sozialistischen Revolution hervorgegangenen Staates zu lösen; diese Erwartung begünstigt das Entstehen bzw. das Fortdauern eines banalen und unergiebigem 'Umstürzertums', einer Haltung, die unfähig ist, der Emanzipation der subalternen Klassen Konkretheit und Stabilität zu verleihen. Nach der Oktoberrevolution gab es exponierte revolutionäre Sozialisten, die verkündeten, dass 'die Idee der Verfassung eine bürgerliche Idee' sei; auf einer solchen Grundlage ist es nicht nur leicht, jedwede terroristische Maßnahme gegen eine Notlage zu rechtfertigen; es wird auch höchst schwierig oder unmöglich der Übergang zu einer konstitutionellen Normalität, die schon im Vorfeld als 'bürgerlich' abgestempelt ist. So lanciert schließlich der Ausnahmezustand.“ (Losurdo 2000a, S. 49) Natürlich konnten Marx und Engels die konkrete Situation, in der sich Russland 1917 befand, mitten in einem mörderischen Krieg, nicht voraussehen. „Und dennoch wäre es falsch, über die Grenzen ihrer Theorie hinwegzusehen, denn sie könnten den Degenerationsprozess in der damaligen Sowjetunion begünstigt haben. Die Erwartung der Auslöschung des Staates nach einer kurzen Zeitspanne des sozialistischen Übergangs hat die Ausarbeitung einer Theorie des Staates und des Rechtsstaats erschwert und verhindert.“ (Losurdo 1993, S. 67)

An dieser Stelle muss natürlich Lenins Werk *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* genannt werden, in dem er mit seiner endzeitlichen These von der „Fäulnis des Imperialismus“ die bürgerliche Entwicklung end-

gültig an ihrem politischen Ende wähnt. In *Staat und Revolution* greift er die These vom Absterben des Staates mit der Formulierung, wonach das siegreiche Proletariat „nur einen absterbenden Staat braucht“, wieder auf und prägt das Wort von der „räuberischen Staatsmacht“, die mit dem „Verschlingen aller Kräfte der Gesellschaft“ (droht) (LW Bd. 25, S. 403). Auch Marx ging bereits 1848 mit Blick auf die Niedermetzlung der Pariser Arbeiter von der in Zukunft unmöglichen Durchsetzung sozialistischer Forderungen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft aus. In *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850* schrieb er: „Erst seine Niederlage überzeugte es (das Pariser Proletariat – A.W.) von der Wahrheit, daß die geringste Verbesserung seiner Lage eine Utopie bleibt innerhalb der bürgerlichen Republik, eine Utopie, die zum Verbrechen wird, sobald sie sich verwirklichen will. An die Stelle seiner, der Form nach überschwenglichen, dem Inhalte nach kleinlichen und selbst noch bürgerlichen Forderungen, deren Konzession es der Februarrevolution abdringen wollte, trat die kühne revolutionäre Kampfparole: *Sturz der Bourgeoisie! Diktatur der Arbeiterklasse!*“ (MEW Bd. 7, S. 33)

Konfrontiert mit der ungeheuren Menschenschlächtereie des ersten Weltkriegs geht es nun Lenin 1917 wie Marx und Engels in den großen revolutionären Krisen des 19. Jahrhunderts 1848 und 1870/71: „Die anfechtbaren Überlegungen von Marx und Engels über den Staat lassen sich weniger mit ideologischen Beeinflussungen erklären als mit der realen historischen Erfahrung, das heißt mit der Erfahrung der raschen Umwandlung des repräsentativen Regimes in eine Militärdiktatur, einer Umwandlung, die vom bestehenden Staatsapparat und zuweilen mit der Unterstützung und der Billigung der liberalen Kreise betrieben wurde, die ihrerseits dennoch nicht müde wurden, die Unverletzlichkeit der Spielregeln zu proklamieren.“ (Losurdo 2000, S. 95)

Doch mit der erfolgreichen Oktoberrevolution änderte sich bekanntlich die Einstellung Lenins und der Bolschewiki zum Staat schlagartig. Die objektiv gegebenen Notwendigkeiten des Aufbaus des Sozialismus in einem Land zwangen dazu. Jegliche anarchistischen Vorstellungen von einem Absterben des Staates wurden quasi über Nacht abgeworfen. 1923 spricht Lenin in dem berühmten Aufsatz *Lieber weniger, aber besser*, von „unserem Staatsapparat“, und dass es um den „Aufbau eines wirklich neuen Apparats“ gehe, „der wirklich den Namen eines sozialistischen, eines sowjetischen usw. verdient“ (LW 33, S. 475). Auch hielt er es für unbedingt notwendig, von den „besten westeuropäischen Vorbildern“ zu lernen (LW 33, S. 474). Gemeint waren damit Deutschland, England, Amerika oder Kanada. Doch da sich diese abrupte Kehrtwendung auf dem Boden einer unveränderten Theorie eines quasi anarchistischen „Antiautoritarismus“ vollzog, brachte die nun von heute auf morgen notwendig auszuübende Staatsgewalt nach Losurdo nichts anderes als einen „Kasernenkommunismus“⁹ (MEW Bd. 18, S. 425) hervor. „Eben dies war die

Dialektik, die sich nach der Oktoberrevolution entwickelte.“ (Losurdo 2000, S. 113) Ein mit Sicherheit diskussionswürdiger Ansatz zur Erklärung des Stalinismus, der den herkömmlichen Deutungsmuster, jenen die in erster Linie die Unterentwickeltheit Russlands bzw. die Persönlichkeitsstruktur Stalins als Gründe heranziehen, zumindest an die Seite zu stellen ist.

In der von der Kommunistischen Internationale nach 1920 kanonisierten Bewertung des kapitalistischen Staates blieb es bei der These seines Absterbens nach der Revolution und dem Leninschen Verdikt von der Fäulnis des Imperialismus. Eine Sichtweise, die sich unverändert bis zum bitteren Ende 1989/91 hielt. Mehr noch: „Die ökonomische Instabilität der Nachkriegszeit und der Ausbruch der großen Krise von 1929, der Vormarsch des Faschismus und die fortschreitende Verschärfung der internationalen Widersprüche, die dann zu einem weiteren katastrophalen weltweiten Konflikt führen sollten, all dies schien die These von der politischen und kulturellen Agonie eines ganzen Gesellschaftssystems zu bestätigen.“ (Losurdo 2000, S. 73) In diesen Kontext bezieht Losurdo auch die fatale These des Sozialfaschismus mit ein.

Gramsci, der Staat und die nationale Frage

Im Gegensatz dazu stehen die Gedanken Antonio Gramscis, des Führers der italienischen Kommunisten, der nach dem Sieg des Faschismus 1922 die Gründe für das Scheitern der Revolution im Westen untersucht. „Mit der deutlichen Distanzierung von jeder Form von Eschatologie finden wir bei Gramsci von Anfang an die Ablehnung oder die mehr oder weniger radikale Einschränkung der These vom Absterben des Staates.“ (Losurdo 2000, S. 89) Und: „Im Marxismus des 20. Jahrhunderts und in der marxistischen Tradition ganz allgemein war Gramsci der Autor, der sich am kritischsten gegenüber den anarchistischen und eschatologischen Tendenzen äußerte.“ (Losurdo 2000, S. 100) Gramsci kritisierte vehement das in der Kommunistischen Internationale vorherrschende Denken, nach dem ökonomische Krisen direkt zu revolutionären Umbrüchen führen. „Ausgeschlossen kann werden, dass die unmittelbaren Wirtschaftskrisen von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen.“ (Gf, Bd. 7, S. 1563) Worauf es Gramsci ankommt, beschreibt Losurdo wie folgt: „Er versuchte die Marxsche Theorie zu beleben, wobei er jede Art von mechanistischem Denken zurückwies und betonte, dass das Proletariat in der Lage sein müsse, das Erbe der kulturellen und politischen Erkenntnisse der vorhergehenden Jahrhunderte anzutreten; es müsse dabei zwischen dem, was an der bürgerlichen Revolution 'hinfällig' sei, und dem, was dagegen eine permanente Errungenschaft für die ganze Menschheit darstelle, unterschieden werden.“ (Losurdo 2000, S. 114)

Zu jenen Errungenschaften zählte für Gramsci, wenigstens für eine noch nicht absehbare Zeit der menschlichen Geschichte, der Staat in seiner Form als moderner Nationalstaat. Als Aufgabe des Sozialismus bezeichnete er in der Zeitschrift *L'Ordine Nuovo* ausdrücklich die Schaffung des „Sozialstaates der Arbeit und der Solidarität“ (zitiert nach Losurdo 2000, S. 100). Dabei ging

⁹ So die Formulierung von Engels, mit der er in seiner Schrift *„Soziales aus Russland“* eine Form des russischen Bauernkommunismus beschreibt.

Gramsci offenbar von der Voraussetzung aus, dass „auch in der kommunistischen Entwicklungsphase der Gesellschaft nicht nur der Staat, sondern eine Vielzahl von Nationalstaaten bestehen bleiben werden.“ (Losurdo 2000, S. 116)

Mit dem Selbstbewusstsein eines italienischen Kommunisten, dessen Partei schon in den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf Distanz zu einem von der Sowjetunion dirigierten Internationalismus gegangen war, der in seinem Machtbereich die Probleme der nationalen Souveränität nicht lösen konnte,¹⁰ formuliert Losurdo ein vernichtendes Urteil über die „Missachtung der nationalen Frage, die eine so verheerende Rolle in der Geschichte der UdSSR und des 'sozialistischen Lagers' gespielt hat und entscheidend zu deren Auflösung beigetragen hat. Der Zusammenbruch des 'sozialistischen Lagers' ist die Tragödie und Farce eines Universalismus, der zunehmend aggressiver werdend, immer neue Widersprüche und immer neue Feinde gebiert, um schließlich im Debakel zu enden.“ (Losurdo 2000c, S. 137) Dem entspricht auch seine Einschätzung, dass letztendlich in der Außenpolitik der UdSSR die eigentlichen Gründe für deren Absturz zu suchen sind: „Den Gnadenstoß hat vielleicht das progressive Hervortreten der Großmacht-Arroganz und der hegemonischen Bestrebungen des Großen Bruders gegeben. Es ist kein Zufall, dass die von Reagan und Johannes Paul II. vereinbarte Operation in erster Linie Polen zum Ziel hat, das Land, das vielleicht schmerzlicher als alle anderen das Gewicht der von der UdSSR auferlegten Unterdrückung und nationalen Demütigung verspürte.“ (Losurdo 1994, S. 79)¹¹

Die Linke und ihr Verhältnis zum Staat

Kehren wir nun zu unseren Ausgangsfragen zurück. Es ging zunächst um den vermeintlichen Gegensatz zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Im Anschluss daran wurde aufgrund der sowohl der kommunistischen als auch der sozialdemokratischen Bewegung unterstellten „verabsolutierten Staatsorientierung“ die Einschätzung des Staates in der Geschichte der sozialistischen Bewegung untersucht. Die anhand der Aussagen Losurdos dargestellte schwankende, da von aktuellen Ereignissen geprägte Handhabung dieses heiklen Themas durch die Klassiker, hat eine konsolidierte marxistische Theorie des Staates nicht entstehen lassen. Die Staatstheorie wurde zum „schwächsten Punkt der Marxistischen Theorie und der marxistischen Tradition“ (Losurdo 1995, S. 115). „Losurdo unternimmt nicht mehr und nicht weniger, als die in den Alltagsverständnis gelangte Formel vom 'Absterben des Staates' zu entmystifizieren“ (Kebir,

¹⁰ Man denke nur an die von Breschnew ins Leben gerufenen Doktrin der begrenzten Souveränität, die lediglich eine Umschreibung des jederzeitigen Interventionsrechts der Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten der Staaten des Warschauer Vertragssystems war.

¹¹ Bei der Bilanzierung der sowjetischen Außenpolitik darf allerdings nicht die positive Wirkung übersehen werden, die die Existenz des realsozialistischen Lagers auf das Kräfteverhältnis in der Welt hatte, was etwa die Möglichkeit der Emanzipation der Völker der Dritten Welt entscheidend begünstigte.

2001). Tatsächlich gab es wohl keinen anderen Bereich in den realsozialistischen Ländern, in dem Theorie und Praxis - hier die Theorie des „Absterben des Staates“, dort die Praxis der Staatsverherrlichung - in einem solch offenkundigen Widerspruch zueinander standen. Und doch wirkte die theoretisch begründete Verachtung der Theorie der Staaten nachhaltig auf die Praxis ein. In all den Jahrzehnten seit der Oktoberrevolution gelang es weder in der Sowjetunion noch in den teilweise auf eine zivilgesellschaftlichen Tradition aufbauenden übrigen Staaten des europäischen realen Sozialismus, einen funktionierenden Rechtsstaat zu errichten. Die Gewaltenteilung blieb kümmerlich entwickelt und Partei- und Staatsfunktionen wurden nicht klar funktional voneinander getrennt, in einigen Aspekten bot sich gar das Bild von vormundschaftlich feudalen Verhältnissen.¹² So liegt der nur auf den ersten Blick absurde Schluss nahe, dass es in den Ländern des realen Sozialismus, trotz der überreichlich vorhandenen äußeren Attribute von demonstrativer Staatlichkeit und der Präsenz einer weitverzweigten repressiven staatlichen Gewalt, eher ein zuwenig an Staat, genauer gesagt an Rechtsstaat, gab!

Als Folge der theoretisch unsicheren Handhabung der Staatsfrage kam es in der Geschichte der sozialistischen Bewegung immer wieder zu den angesprochenen jähen Kehrtwendungen. Es spricht einiges dafür, dass wir es heute bei der Klage über eine „verabsolutierte Staatsorientierung“ mit einer neuerlichen, theoretisch nicht näher begründeten abrupten Umkehr zu tun haben. Diesmal allerdings in Richtung eines Linkliberalismus, da ja als Alternative ausdrücklich „libertäre und zivilgesellschaftliche“ Sozialismuskonzepte genannt werden. Dies hätte zur Folge, dass der Staat vornehmlich in seiner Funktion als Garant der Gewährleistung individueller Freiheits- und Schutzrechte, d.h. der „negativen Freiheiten“, gesehen wird und weniger als Instrument zur Durchsetzung von sozialen Partizipations- und Schutzrechten, d.h. „positiver Freiheiten“. Mit der längst überfälligen Anerkennung der Bedeutung des Rechtsstaats ginge damit zugleich die Abwertung seiner positiven Gestaltungsfunktion im Interesse der sozial Benachteiligten einher, die sich bekanntlich einen schwachen Staat nicht leisten können. Die Anerkennung des Staates als einer sittlichen Gemeinschaft, die sich in dem Maße konstituiert, indem er jeden Bürger als Träger unveräußerlicher Rechte anerkennt, würde dabei auf der Strecke bleiben. Die Wiedergewinnung des Selbstbewusstseins der Linken ist aber nur möglich, wenn sie sich der positiven Bedeutung beider Seiten des Staates bewusst wird.

¹² Was in entwickelten modernen Gesellschaften in der Regel Angelegenheit von Verwaltungsgerichten ist, war etwa in der DDR ein quasi gnadenrechtlich ausgebildetes Privileg der Parteiführungen. Allein Erich Honecker erhielt in seiner Amtszeit von 1971 bis 1989 an die zwei (!) Millionen Briefe, viele davon in seiner Eigenschaft als „letzte Instanz“. Vgl. Deutz-Schroeder/Staadt 1994.

Literatur

- Deutz-Schroeder, Monika/ Stadt, Jochen, (1994) Teurer Genosse! Briefe an Erich Honecker, Berlin
- Kebir, Sabine (1991), Antonio Gramsci's Zivilgesellschaft, Hamburg
- dies. (2001), Laufsteg zur Chancengleichheit, in: Freitag 37 vom 7.9.2001
- Losurdo, Domenico (1993), Marx und die Geschichte des Totalitarismus; in: Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie 1, S. 55-75
- dies. (1994), Demokratische Revolution oder Restauration? Über den Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ in Osteuropa; in: Topos 3, S. 59-92
- dies. (1995), Nach dem Zusammenbruch: Rückkehr zu Marx? in: Topos 5, S. 95-117
- dies. (1999), Abstrakt/Konkret. Hegel, Nietzsche, Marx (und die marxistische Theorie); in: Topos 13/14, S.165- 196
- dies. (2000), Der Marxismus Antonio Gramscis. Von der Utopie zum kritischen Kommunismus, Hamburg, 174 S.
- dies. (2000a), Flucht aus der Geschichte, Die kommunistische Bewegung zwischen Selbstkritik und Selbsthass, Marxistische Blätter Flugschriften 01, Essen, 54 S.
- dies. (2000b), Hegel und die Freiheit der Modernen, Frankfurt/M.
- dies. (2000c), Der schwierige Universalismus. Menschenrechte, sozialer Konflikt und geopolitische Kontroverse; in: Topos 15, S. 109-147
- Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – Entwurf, in: Pressedienst PDS, 27.04.01, S. 22
- Wehr, Andreas (2001), Eine zeitbedingte Fehlinterpretation in: Neues Deutschland vom 18.05.01
- dies. (2002), Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten und demokratische Spielregeln, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung Nr. 49, März 2002, S. 115 - 127
- Im Text werden folgende Abkürzungen benutzt:*
- Gf Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Kritische Gesamtausgabe, hrsg. von K. Bochmann und W.F. Haug, Hamburg 1991 ff.
- LW W.I.Lenin, Werke, Berlin 1955 ff.
- MEW: K. Marx – F. Engels, Werke, Berlin, Dietz, 1955 ff.

Harald Neubert

SED und SPD im Dialog

Ideologie-Gespräche zwischen 1984 und 1989¹

Die seit Anfang der 80er Jahre sich vollziehende Annäherung von SED und SPD war für die einen abwegig, weil sie gegen westliches, antikommunistisches Politik- und Werteverständnis verstieß, wie es auch in der SPD dominierte, und fortbestehende ideologische Gegnerschaft von SPD und SED angeblich negierte, und für andere logisch, weil sie die Wiederaufnahme von Kontakten zweier Parteien, die sich als zwei aus der gleichen Wurzel hervorgegangene Strömungen der Arbeiterbewegung verstanden, für längst überfällig hielten. Schon zuvor besaß die SED Parteibeziehungen mit sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien, die größtenteils der Sozialistischen Internationale angehörten, so z. B. aus Finnland, Italien, Japan, Griechenland, Belgien.

Gespräche zwischen Vertretern von SED und SPD fanden in den 80er Jahren auf verschiedenen Ebenen statt, von denen drei besonders erwähnenswert erscheinen: die Gespräche auf höchster Ebene von Willy Brandt, Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel und mehreren anderen prominenten Sozialdemokraten mit SED-Generalsekretär Erich Honecker als Partner, die Gespräche zu Fragen der militärischen Sicherheit, geführt unter der Leitung von Politbüromitglied Hermann Axen und Egon Bahr, seinerzeit führendes Mitglied der SPD, und die Gespräche zwischen der Grundwertekommission der SPD unter Erhard Eppler, Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD, und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter ihrem Rektor Otto (Mitglied des ZK der SED).

Allemaal war diese Annäherung beider Parteien sensationell und für viele überraschend. Immerhin: Die Aktualität ihrer Bedeutung offenbart sich darin, daß man sich auf verschiedene Weise bis zum heutigen Tage mit ihrer politischen Relevanz beschäftigt. Der 15. Jahrestag der Veröffentlichung des aus dem Dialog zwischen der SED-Akademie für Gesellschaftswissenschaften und der SPD-Grundwertekommission hervorgegangenen gemeinsamen Dokuments „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ galt hierfür als ein geeigneter Anlaß. Neben dem zu besprechenden Buch von Erich Hahn erschien zeitgleich ein Buch von Rolf Reißig.² Seine Erfahrungen als Beteiligter an diesem Dialog hat auch der Rezensent publiziert.³ Gleichzeitig gab es eini-

¹ Der folgende Beitrag bezieht sich hauptsächlich auf das Buch von Erich Hahn, SED und SPD. Ein Dialog. Ideologie-Gespräche zwischen 1984 und 1989, Berlin 2002, Edition ost, 280 S.

² Rolf Reißig, Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2002, 449 S.

³ Zur Geschichte des Gemeinsamen Papiers von SED und SPD 1987. In: Harald Neubert, Die Hypothek des kommunistischen Erbes. Erfahrungen, Zeugnisse, Konsequenzen, VSA-Verlag

ge Pressebeiträge, so in der Frankfurter Rundschau⁴, im Neuen Deutschland⁵ und anderen Presseorganen; und es fanden mehrere Veranstaltungen statt, so zum Beispiel im April 2002 in der Evangelischen Akademie in Bad Boll zum Thema „15 Jahre SPD-SED-Dialogpapier“, an der neben Erhard Eppler und Erich Hahn auch der damalige SPD-Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel u.a. teilnahmen (Hahn, Anm. 1, S. 124 f., 201 ff. Die im Folgenden angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf das Buch von Erich Hahn).

Erich Hahn, dessen Bericht hier zur Besprechung vorliegt, hat zusammen mit Otto Reinhold, der die SED-Delegation leitete, an allen sieben Zusammenkünften zwischen Vertretern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED und der Grundwertekommission der SPD teilgenommen. Es ist das bisher einzige Buch, das den gesamten Verlauf dieses Dialogs mit dessen Diskussionen mehr oder weniger konkret nachzeichnet. Er hat hierzu seine eigenen, offenkundig recht ausführlichen Aufzeichnungen wie auch die Erinnerungen anderer Teilnehmer der SED-Delegation genutzt. Zum Charakter seiner Aufzeichnungen schreibt er einschränkend, daß er kein Protokoll geführt habe, vielmehr nur das, was ihn besonders interessierte und das, worauf er zu antworten beabsichtigte, niedergeschrieben habe, so daß seine Aufzeichnungen selektiv und auch subjektiv seien. (S. 10) Da der Rezensent selbst an fünf der sieben Treffen teilgenommen hat, kann er bestätigen, daß die Wiedergabe der Gespräche recht umfassend, weitgehend korrekt und objektiv ist. Ohne Zweifel könnten andere Teilnehmer viel Ergänzendes beitragen, doch dürfte wohl keiner von ihnen an die Ausführlichkeit der Darstellung Hahns heranreichen. Hervorzuheben ist seine methodische Bewältigung des Themas: Hahn trennt zum Nutzen der Historizität die Wiedergabe seiner damaligen Aufzeichnungen und seiner Erinnerung von den Kommentaren und Einschätzungen, die er den Vorgängen von damals aus heutiger Sicht gibt. Damit vermeidet er, was bei Reißig leider nicht der Fall ist, heutige Erkenntnisse und inzwischen gewandelte politische Überzeugungen in das vergangene Geschehen hinein zu interpretieren.

„Sinn und Zweck der Gespräche war,“ so Hahn, „herauszufinden, ob zwischen gegensätzlichen politischen Gruppierungen, die durch gegebene Umstände gezwungen werden, auf bestimmten Gebieten der internationalen Politik miteinander zu kooperieren, Gespräche über die jeweiligen Überzeugungen, Weltanschauungen, Theorien und Grundentscheidungen möglich sind.“

Hamburg 2002, S. 243 – 275. (Vgl. die Rezension von J. Reusch in diesem Heft)

⁴ Alexander Cammann, Die Kraft aus der Niederlage. Warum das „SPD-SED-Papier“ von 1987 als Teil der Selbstverständigung einer desorientierten Sozialdemokratie gelesen werden muß. In: Frankfurter Rundschau, 27. August 2002.

⁵ Aus der Schublade des letzten SED-Generalsekretärs. Eine Politbürositzung und das Dialogpapier. Egon Krenz, „Ganz so dunkel war der Augenblick nicht“. In: Neues Deutschland, 17./18. August 2002.

Und wenn ja, ob sie das praktische Zusammengehen fördern oder stören.“ (S. 9)

Möglich war dies, weil sich beide Seiten trotz ideologischer und politischer Gegensätze in Anbetracht der schicksalhaften Probleme im Verhältnis der beiden deutschen Staaten und der beiden auf deutschem Boden unmittelbar konfrontierten Blöcke ihrer tangierenden Verantwortung bewußt wurden, weil es trotz Trennendem auch übereinstimmende Interessen gab, was eben, obwohl das von Seiten der SPD in Abrede gestellt wurde, auch aufgrund ihres gemeinsamen Ursprungs und mancherlei nachwirkender Affinitäten erleichtert wurde. Es war beiderseits eine wahrgenommene historische Verantwortung, die, was auch den Darlegungen Hahns zu entnehmen ist, darin Ausdruck findet, daß die eingangs erwähnte historische Bedeutung dieser Gespräche mitsamt dem gemeinsamen Dokument zumindest eine dreifache historische Dimension besitzt. Historisch waren sie *erstens*, weil damals endlich die Einsicht beider Parteien obwaltete, sich über alle Meinungsgegensätze hinweg den Herausforderungen und Gefahren der Zeit gemeinsam zu stellen, wodurch sie eine neue Seite in der Geschichte der Arbeiterbewegung, sofern diese für beide noch einen Bezugspunkt darstellte,⁶ öffnete; historisch waren die Gespräche *zweitens* natürlich auch in dem Sinne, daß das Aufeinanderzugehen zeit- und situationsbedingt war und sich deshalb in dieser konkreten Form mit den Umbrüchen der Jahre nach 1989 erledigte; sie waren aber auch in einem *dritten* Sinne historisch, weil die Probleme, die Gegenstand der Erörterungen waren, bis heute an Aktualität nicht verloren haben, weil „nicht ein einziges der Probleme, um die es ging, gelöst ist.“ (S. 9)

Am Schluß resümiert Erich Hahn: „Den wichtigsten und bleibenden Wert dieses Dialogs sehe ich in dem teil- und zeitweise erfolgreichen Versuch von Vertretern zweier politischer Bewegungen, deren Geschichte, Profil und Praxis Verbindendes und Trennendes aufweist und die gleichermaßen den Anspruch auf universelle Geltung ihrer Ziele, Werte und Ideologien erheben, miteinander auf kulturvolle Weise über Grundsatzfragen zu sprechen, um gemeinsame Positionen auszuloten, ohne die Identität der anderen Seite in Frage zu stellen. Der praktische Beweis wurde erbracht, daß es möglich ist, eigene und übergreifende Interessen miteinander zu verbinden. Der Bereich der Ideologie muß nicht ausgeklammert werden, wenn es um politische Gemeinsamkeiten geht.“ (266) Es sei auch hervorgehoben, daß es sich um theoretisch und politisch anspruchsvolle Gespräche handelte, deren Gehalt inzwischen in mancherlei Publikationen verwässert wird, weil er pragmatischen und Opportunitätserwägungen zuwiderläuft. In diesem Sinne ist auch das Berliner Parteiprogramm der SPD, mit dessen Ausarbeitung die Grundwertekommission seinerzeit befaßt war, de facto wirkungs- und bedeutungslos geworden.

⁶ Bezeichnend ist, daß auf Forderung der SPD die Berufung auf historisch „gemeinsame Wurzeln“ beider Parteien selbst noch aus dem vom Politbüro der SED bereits bestätigten Fassung des Gemeinsamen Dokuments gestrichen werden mußte. Siehe Hahn, S. 263.

Der Dialog begann mit anscheinend unverfänglichen Themen: im Februar 1984 mit „Problemen der Arbeit und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ und im November desselben Jahres mit „Fragen des Menschenbildes“. Es muß angemerkt werden, daß bei der Vereinbarung des ersten Treffens in der DDR es offen war, ob es eine Fortsetzung geben würde. Für die tatsächliche Fortsetzung gab es keinen Generalplan, sondern bei jedem Treffen wurde das Thema des nächsten ausgehandelt. Anfängliche gewichtige Vorbehalte kamen vom stellvertretenden Vorsitzenden der Grundwertekommission Richard Löwenthal, der in seiner Jugend selbst Kommunist war: Von engeren Parteibeziehungen könne keine Rede sein, nur von Kontakten wie zwischen Staaten. Nachdem sich das erste Gespräch gut angelassen hatte, meinte er, daß dies nur wegen des stillschweigenden Einverständnisses mögliche gewesen wäre, weil die „eigentlichen ideologischen Fragen wie Frieden oder Demokratie ausgeklammert“ worden wären (S. 17). Dies erwies sich als Irrtum, so daß sich auch Löwenthal damit abfand, daß nicht nur Demokratie und Frieden, sondern generell ideologische Probleme immer mehr die folgenden Themen beherrschten. Bei dem dritten Treffen ging es bereits um ein zutiefst geschichtsphilosophisches Thema, um „Gesetzmäßigkeiten in Geschichte und Gesellschaft – Bewußtseinswandlungen in der Welt von heute“, das durchweg einen Zugriff zum Marxismus, insbesondere zum historischen Materialismus, nach sich zog. Erstmals kam es bei diesem Treffen zu einem grundsätzlichen Meinungs austausch über die Konfrontation der Gesellschaftssysteme, über friedliche Koexistenz und internationale Sicherheit. Der Auffassung Eppers, friedliche Koexistenz sei für die SPD inakzeptabel, da sie die Überwindung des westlichen Systems zum Ziele hätte, wurde unsererseits – wohl erstmals in dieser Deutlichkeit und in Abweichung gängiger theoretischer Klischees in der SED, die längst nicht mehr der politischen Praxis entsprachen – entgegengehalten, „daß ein Sieg des Sozialismus in der Welt als Ganzes keinesfalls als territoriale Expansion des heutigen Systems sozialistischer Staaten verstanden werden dürfe“. „Damit,“ so Hahn, „war... in unserer Runde ein erstes Mal eines der Stichworte gefallen, welches im Kontext des ‚Dokuments‘ zu einem der ‚Essentials‘ werden sollte: die Frage nach der Existenzberechtigung der beiden gegensätzlichen Weltsysteme bzw. danach, ob und inwiefern sie sich gegenseitig eine Existenzberechtigung zuerkennen.“ (S. 68) Ganz offensichtlich im Zweifel daran, ob diese Position von der SED-Seite ernst gemeint sei und sie tatsächlich dazu stehe, stellte Eppler die Frage, ob man bereit sei, dies auch schriftlich zu fixieren.

Auf diese Weise wurden beim nächsten Treffen, das Ende Februar/Anfang März in Freudenberg nunmehr direkt zum Thema „Friedliche Koexistenz und Sicherheitspartnerschaft“ durchgeführt wurde, von jeder Seite je ein Papier vorgelegt – von Seiten der SED „Konzept und Politik der friedlichen Koexistenz (Thesen)“ und von Seiten der SPD „Für eine Kultur politischen Streits zwischen Ost und West, die den Frieden sichert (Thesen)“. Der Inhalt der bei-

den Papiere sowie die Erörterung während der Tagung werden von Hahn ausführlich dokumentiert (S. 87 – 98). Neben der Anerkennung der Existenzberechtigung beider Systeme wurde auch betont, daß „friedliche Koexistenz, Friedenssicherung, Sicherheitspartnerschaft (sowie) Wettbewerb und gleichberechtigte Zusammenarbeit miteinander zusammenhängen“ (R. Reißig). Und „Erhard Eppler äußerte die Gewißheit, daß im Verlaufe eines derartigen Wettbewerbs zwangsläufig Prozesse des Wandels im Inneren der Systeme in Gang gesetzt würden ...“ (S. 109 f.). Damit war die Feststellung im Gemeinsamen Dokument inhaltlich vorweggenommen, daß man beiden Gesellschaftssystemen – eben unter dem Druck des Wettbewerbs um die bessere Ordnung - Reformfähigkeit zugestehen müsse, ohne daß es jedoch als Ziel des Wettbewerbs um Systemwandel gehen solle.

Es war zugleich die erste Tagung, die bemerkenswerter Weise „öffentlich“ stattfand, also in Anwesenheit von Journalisten aus der BRD, die sehr breit darüber berichteten.⁷ Die bereits erwähnte Einsicht beider Parteien in die Notwendigkeit, gemeinsam etwas gegen die drohende Kriegsgefahr, für die Sicherung des Friedens - vor allem, sofern es die Deutschen angeht - tun zu müssen, sowie die weitgehende Verständigung über friedliche Koexistenz, Sicherheitspartnerschaft und Streitkultur schufen während dieses Tagungsrunde die Voraussetzung und die Grundlage für die Erarbeitung des Gemeinsamen Dokuments, das am 27. August 1987 in Berlin und Bonn der Öffentlichkeit unterbreitet wurde. „Beide Parteien hatten ein authentisches Interesse an einem wirkungsvollen gemeinsamen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa angesichts der damaligen Bedrohungen. Für die SED verband sich dies mit der realen Möglichkeit, im Kontext eines ganzen Ensembles friedenspolitischer Aktivitäten international an Ansehen und Einfluß zu gewinnen. Für die SPD ergab sich die Chance, nach dem Regierungsverlust von 1982 und der Distanzierung von der Nachrüstung außenpolitisch aktiv zu bleiben.“ (S. 263) Das Dokument ist im Anhang des Buches erneut abgedruckt. (S. 267 ff.)

Es handelte sich um ein Dokument, das keineswegs nur ein Zeugnis der Verständigung zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED war; es war beiderseits von den obersten Parteigremien gebilligt worden, was nicht der Fall gewesen wäre, wenn es nicht ein Konsenspapier zwischen beiden Parteiführungen gewesen wäre, das als solches natürlich einen Kompromißcharakter tragen mußte. Damit ist nicht gesagt, daß es in den Parteien selbst kritiklos aufgenommen worden wäre. Den teils kontroversen Diskussionen in beiden Parteien und in beiden Staaten sowie schließlich im vereinten Deutschland widmet Hahn zwei Kapitel („Rätselhafte Absichten“, S. 196 ff. „Umstrittene Wirkungen“, S. 225 ff.). Aufschlußreich ist die Wiedergabe eines Berichts von Egon Krenz über die Politbürositzung der SED, auf der das Dokument am 28. Juli 1987 disku-

⁷ Zur Berichterstattung über diese Tagung in der Presse s. Neubert, Die Hypothek des kommunistischen Erbes, a.a.O., S. 266.

tiert und gebilligt wurde, den Krenz, der diese Sitzung geleitet hatte, an den abwesenden Erich Honecker zwecks Information geschickt hatte. Dieser Bericht widerlegt die verbreitete Behauptung, im Politbüro hätte es damals einen Streit über dieses Dokument gegeben. Demgegenüber gab es, wie Hahn vermerkt, seitens der sowjetischen Führung, so noch unter Gorbatschow, kritische Vorbehalte gegenüber Honeckers Position zu Abrüstungsfragen und zum Dialog mit der BRD (S. 208 f.).

Nach der Veröffentlichung des Gemeinsamen Dokuments fanden noch drei weitere Treffen statt, die, da sie zu einer dauerhaften Einrichtung geworden waren, ein Fortsetzung gefunden hätten, wenn nicht die östliche Seite ihren Kollaps erlitten hätte. Viele, so vor allem die Dialogpartner, stimmen im Gegensatz zu späteren und noch heute gängigen Behauptungen, der Dialog sei auf die Liquidierung der DDR gerichtet gewesen und er hätte dies auch bewirkt, darin überein, daß es bei diesem Dialog tatsächlich um Partnerschaft gehandelt hat, die auf ein längeres Nebeneinander beider deutschen Staaten und auf fortbestehende Beziehungen beider Parteien ausgerichtet war.⁸ Im Oktober 1987 wurde über „Entwicklungsprobleme der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas“ diskutiert und zugleich ein erster Erfahrungsaustausch über die Wirkung des Gemeinsamen Dokuments durchgeführt. Zu den Darlegungen Hahns sei ergänzt, daß man sich als Ergebnis der Erörterung der Probleme der „dritten Welt“ und des Verhältnisses der entwickelten Länder zu ihr geeinigt hatte, auch zu dieser Problematik ein gemeinsames Dokument zu verfassen. Die Arbeit daran wurde sofort in Angriff genommen; zum Abschluß

⁸ Am 22. Mai 1991 hatte Erhard Eppler als Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD, wohl auch, um die Angriffe der Konservativen abzuwehren, ein Papier zum Thema „Deutschland als Aufgabe“ in Bonn der Presse vorgestellt, in dem eine Fortsetzung des Dialogs mit der PDS als der Nachfolgepartei der SED generell in Abrede gestellt wurde. Die PDS habe keine Legitimität, sich als das, was sie vorgibt, auszugeben. „In Konsequenz hätte sie sich wieder als kommunistische Partei bekennen oder auflösen müssen.“ Einerseits wolle sie „Rechtskontinuität wahren“, andererseits „stellte sie sich ... als erneuerte Partei ohne jede Verantwortung für die Vergangenheit dar. Dieser verlogene Versuch der Selbststrettung macht es der SPD unmöglich, die PDS als Partner anzuerkennen, auch da, wo sie gleiche oder ähnliche Positionen vertritt wie die SPD ... Im gemeinsamen Papier der Grundwertekommission der SPD und der Akademie der Gesellschaftswissenschaften der SED ‚Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit‘ (1987) haben beide Seiten ihr jeweiliges Selbstverständnis schroff gegenübergestellt (Kap. III). Die PDS hält an keiner dieser Positionen fest, die sie damals (als SED) formulierte, die SPD an allen. Wenn die PDS, wie ihre programmatischen Äußerungen vermuten lassen, die damals bekämpften sozialdemokratischen Positionen übernommen haben sollte, so bleibt die Frage, wozu eine Partei gebraucht wird, welche, von einer Revolution gezwungen, sich von heute auf morgen zu Positionen bekennt, die sie vier Jahrzehnte lang für verderblich erklärt hat.“ Als Antwort auf Eppler hat der Rezensent damals am 1./2. Juni 1991 im Neuen Deutschland einen Beitrag unter dem Titel „Heute wäre es viel leichter, Brücken zu schlagen“ veröffentlicht. Von der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde im September 1993 ein Forum „Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982 bis 1989“ veranstaltet, auf der Egon Bahr die damalige Politik der SPD gegenüber der DDR und SED verteidigte und als Beitrag zur Vereinigung ausgab, während ihm und anderen der Vorwurf gemacht wurde, vom Standpunkt der BRD die DDR als gleichwertig behandelt zu haben. (Vgl. Frankfurter Rundschau, 22. September 1993.)

gelangte sie wegen des Abbruchs des Dialogs nicht.

Im April 1988 folgte eine weitere Zusammenkunft, und zwar zum Thema „Fortschritt in der Welt von heute“. Ein zentrales Anliegen und Ziel bestand hierbei darin, eine Einheit von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und sozialem Fortschritt zu gewährleisten, wobei es auf östlicher Seite in bezug auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, auf westlicher Seite in bezug auf den sozialen Fortschritt große Defizite festzustellen waren.

Im April 1989 folgte eine Zusammenkunft zum Thema „Menschenrechte in unserer Zeit“. Dieses letzte Gespräch ging, wie der Verfasser konstatiert, „nicht zu unseren Gunsten“ aus, besonders deshalb, weil man „einander vorbeiredet“ hat. (S. 192) Das hing aber auch damit zusammen, daß es hinsichtlich der politischen Rechte in der DDR durchaus Defizite gab, über die offen zu sprechen auf parteibedingte Hemmungen stieß, und daß die SED-Delegation diesmal, im Unterschied zu den früheren Gesprächen, völlig ungenügend vorbereitet war und nicht einmal jene verwirklichten Menschenrechte auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet überzeugend und polemisch zur Geltung zu bringen vermochte. Überhaupt kam es nicht selten vor, daß sich die Vertreter der SED aufgrund ihrer weitgehend kritiklosen, parteikonformen Befürwortung der sozialistischen Verhältnisse und des Unvermögens, Schwachpunkte und Defizite im Sozialismus offen einzugestehen, in die Defensive drängen ließen.

Während man in mancherlei Hinsicht aneinander vorbeiredete, weil die Zielstellungen, aber auch Begriffsdeutungen entgegenstanden, kam es auch zu kuriosen Irritationen und Paradoxien. SPD-Vertreter zielten auf Änderungen in der Politik der SED im Verhältnis zur Opposition, womit das Anliegen des Dialogs umfunktioniert werden sollte, während sie ihrerseits zum Beispiel eine Änderung des Verhältnisses zu DKP, eine Absage an Berufsverbote usw. in der BRD überhaupt nicht in Erwägung zogen. Unverständnis rief bei den SED-Vertretern die für den ganzen Dialog sehr wesentliche Tatsache hervor, daß sich SPD-Vertreter, namentlich auch Eppler, als Repräsentanten des westlichen, kapitalistischen Systems verstanden und erklärten, was um so verwunderlicher war, als das seinerzeit in Ausarbeitung befindliche Berliner Parteiprogramm auf die systemkritische Alternative eines „demokratischen Sozialismus“ orientierte. Es waren Vertreter der SED-Delegation, die auf diese Ungereimtheit hinwiesen und zugleich betonten, daß die „SED stets zwischen der Sozialdemokratie und dem kapitalistischen System insgesamt und besonders zwischen der Sozialdemokratie und den aggressiven Kreisen des Imperialismus einen Trennungsstrich gemacht habe“. Lediglich Peter von Oertzen betonte, daß „die Differenzen der Sozialdemokratie zum westlichen System in der Tat beträchtlich seien.“ (S. 98 f.)

Es war auch auffällig, daß aus der SPD-Delegation vielerlei Anregungen und Vorschläge kamen, wie der Sozialismus zu verbessern, beispielsweise die Arbeit besser zu nutzen und effektiver zu gestalten, die Produktivität zu erhöhen sei usw., während sie sicher sein konnten, „auf unabsehbare Zeit nicht mit ih-

ren kritischen Forderungen für die Gestaltung einer sozialistischen Praxis gemessen zu werden“, so Hahn (S. 32). Im Rückblick zeigen sich „mit Verwunderung, Enttäuschung oder Verbitterung im Weg und in der Politik der SPD nach 1990 Tendenzen ..., die auf eine Abwendung von den seinerzeit vereinbarten Prinzipien hinauslaufen.“ (S. 248), was auch darin zum Ausdruck kommt, daß es nicht einmal wirksame sozialdemokratische Konzepte gibt, die bedrückenden sozialen Probleme, so auch das der Arbeitslosigkeit, der sozialen Marginalisierung, das der wachsenden sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit usw., in der BRD wenigstens zu mildern und daß die damaligen guten Ratschläge in Vergessenheit zu geraten scheinen.

Erwähnt sei noch, daß im Dezember 1988 in Freudenberg eine Tagung von kommunistischen, sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien über die Bedeutung des Gemeinsamen Dokuments stattfand, wo es eine breite Zustimmung, aber auch Kritik und zusätzliche Forderungen gab (S. 209).

In einem ausführlichen Exkurs beschäftigt sich Hahn mit den unterschiedlichen Wirkungen und den zum Teil widersprüchlichen, ja ablehnenden Reaktionen, die das Gemeinsame Dokument hervorriefen. Er stellt die Frage nach dem Reformpotential des Dokuments, das nach wie vor umstritten ist. Es stehe für ihn außer Frage, daß dem Dokument „objektiv Implikationen für Reformen in der SED und der DDR“ innewohnen. Es habe Positionen und Forderungen enthalten, „deren Realisierung Korrekturen und Reformen der Politik der SED und des politischen Systems der DDR vorausgesetzt oder mit sich gebracht hätten“. Zum anderen waren, was für die Verständigung mit der Gegenseite wie auch für die Einsichten in die weltpolitischen Realitäten, zumindest bei den östlichen Gesprächsteilnehmern wichtig war, „Vorstellungen, die auf eine Umgestaltung der nichtsozialistischen Welt nach dem Muster dieses realen Sozialismus hinausliefen, ... unreal geworden“ (S. 238). Diese wie auch viele andere Probleme wurden allerdings nicht ausdiskutiert, viele von ihnen nicht einmal aufgeworfen, wiewohl sich die Gesprächsteilnehmer der Problemstellungen mehr oder weniger klar bewußt waren.

Im Abschnitt über konservative Reaktionen geht der Verfasser auch ein auf jene Äußerungen Kurt Hagers, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, die er am 28. Oktober 1987, unmittelbar am Vorabend des anstehenden Treffens, gemacht hatte. Sie wurden als Provokation gegen den Dialog verstanden und hätten fast den Abbruch des Treffens nach sich gezogen. Hager hatte an die Aggressivität des Imperialismus erinnert und davon gesprochen, der Kapitalismus müsse erst „friedensfähig gemacht werden“. Hahn zitiert die entsprechende Passage Hagers ausführlich, wodurch zugleich ein nicht unwesentlicher Unterschied der betreffenden Stelle im Gemeinsamen Dokument gegenüber dem SED-Papier aus dem Jahre 1986 deutlich wird. Im SED-Papier war von der Fähigkeit beider Systeme zur friedlichen Koexistenz die Rede, was bedeutete, daß das strategische Gleichgewicht und die hohe

Abschreckung, mit anderen Worten, die Existenz einer sozialistischen Gegenmacht gegen den Imperialismus, die Voraussetzung hierfür war. Die Formulierung zur Friedensfähigkeit beider Seiten im Gemeinsamen Dokument hingegen gestand auch dem Imperialismus zu, dem Wesen nach friedfertig zu sein. Der Unterschied zwischen beiden Papieren konnte während der Phase der Ausarbeitung des Gemeinsamen Dokuments von den meisten Mitgliedern der SED-Delegation nicht wahrgenommen werden, da diese nicht einbezogen worden waren, was auch Reißig, sich auf Hahn berufend, erwähnt (Reißig, S. 82) und was auch der Rezensent bestätigen kann.

Nach dem Wegfall der sozialistischen Gegenmacht erscheint im nachhinein Hagers Äußerung in einem anderen Lichte als 1987, da nun tatsächlich offenkundig wurde, daß die USA und andere kapitalistische Staaten Krieg wieder als Mittel der Politik für aggressive Weltordnungspläne anerkennen und praktizieren und keine Kraft existiert, die dem Einhalt zu bieten vermag. Jetzt, zu Anfang des neuen Jahrhunderts, müßte die eigentliche Diskussion zur Friedensfähigkeit des Kapitalismus beginnen, so Hahn (S. 246).

Bei einem kurzen Vergleich des Buches von Rolf Reißig, das hier nicht zu besprechen ist, mit dem Erich Hahns sei festgestellt, daß Reißig nicht den ganzen Verlauf des Dialogs dokumentieren will und kann, zumal er nur an vier Gesprächsrunden teilgenommen hatte. Auf etwas mehr als hundert Seiten geht es ihm um die Voraussetzungen und den Prozeß der Ausarbeitung des Gemeinsamen Dokuments, an dem er als Beauftragter und im Sinne der SED-Seite maßgeblich beteiligt war, somit Erfahrungen offenbaren kann, die andere nicht besitzen. Allerdings überträgt er zum Teil seine Nachwend-Ansichten und Einschätzungen retrospektiv auf diesen Prozeß, so daß ihm Eppler bescheinigen kann, daß man am Schluß nicht sagen könne, „ob der Autor aus dem Westen oder aus dem Osten, aus der SPD oder SED kommt oder ob es sich um einen parteilosen Historiker handelt“ (Reißig, S. 388). Im größeren Teil (mehr als 350 Seiten) seines von der VW-Stiftung gesponserten Buches befaßt sich Reißig akribisch auf der Grundlage ausgewerteter Archivmaterialien, geführter Gespräche, sachbezogener Veröffentlichungen mit der unterschiedlichen Resonanz des Dokuments, mit dessen damaliger Aufnahme und Bewertung durch die Kirchen und alternativen und oppositionellen Gruppen in der DDR, mit den Diskussionen und Wirkungen des Dokuments in der BRD, mit der internationalen Resonanz und den Folgewirkungen.

Beide Bücher bieten, wenn man ihre jeweils spezifische Anlage, Diktion und Zielstellung berücksichtigt, zusammen ein abgerundetes Bild dieses Dialogs zwischen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD, und sie verdeutlichen die Tatsache, daß viele der damals behandelten Themen ebenso wie das Erfordernis der Wahrnehmung parteiübergreifender Verantwortung für internationale Probleme weiterhin brennend aktuell sind.

Globalisierung und Arbeit in Brasilien

In folgendem Text werden die Auswirkungen der Globalisierung auf die brasilianische Wirklichkeit diskutiert. Ein Schwerpunkt betrifft die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der prekären Arbeitsverhältnisse in den letzten Jahren. In diesem Zusammenhang werden die weltweiten Veränderungen in der Ökonomie mit der Zunahme des innerkapitalistischen Wettbewerbes, der Entwicklung der flexiblen Akkumulationsregimes und der Globalisierung diskutiert. Nach einer kurzen historischen Einordnung der brasilianischen Gesellschaft werden die neuesten Auswirkungen von Globalisierung und neoliberaler Politik auf ein peripheres Land ohne eine strukturierte Sozialpolitik erörtert.

Brasilien im historischen Kontext¹

Brasilien ist das größte Land Lateinamerikas mit einer der wichtigsten Ökonomien dieser Region. Für das Verständnis der internationalen Sozial- und Wirtschaftsszenarie ist Brasilien von besonderem Interesse, da seine historischen und politischen Eigenschaften zugleich die wichtigsten der rückständigen und die wichtigsten der fortschrittlichen Charakteristika der unterschiedlichen Länder dieser Region repräsentieren. Als ein typisches semiperipheres Land reproduziert Brasilien im Inneren die Asymmetrien, die die gegenwärtige internationale Arbeitsteilung aufweist.

Nach seiner Unabhängigkeit von Portugal (offiziell 1822) blieb Brasilien eine agrarische, abhängige und sehr konservative Gesellschaft. Die Sklaverei z.B. wurde erst nach dem Ende der kaiserlichen Regierung 1888 aufgehoben. Die Kolonialperiode mit ihren sklavischen Wurzeln erzeugte eine wesentliche Beziehung zwischen der Zerstörung der Natur und der menschlichen Arbeitsausbeutung, die die brasilianische Gesellschaft tief prägte (Pádua, 2002). Während des gesamten 20. Jahrhunderts durchlief die brasilianische Wirtschaft einen tiefen und schnellen Übergang von einer durch den Export von Agrargütern strukturierten zu einer industriellen Gesellschaft, die erweitert und chaotisch urbanisiert wurde. Dieser Prozess war das Ergebnis eines nationalen Entwicklungsprojekts, das hauptsächlich in den 30er Jahren eingeführt, ab den 50er Jahren intensiviert und in den 80er Jahren abgebrochen wurde.

Mit der Zunahme der inneren Widersprüche der Wirtschafts- und Sozialentwicklung in den ländlichen wie den städtischen Gebieten entwickelten sich die politischen Bewegungen der Nachkriegsperiode, die versuchten, das Entwicklungsmodell Brasiliens umzustrukturieren. Die konservative ländliche E-

¹ Die im Folgenden verwendeten Statistiken stammen von verschiedenen Autoren (Pochman 2001; Camargo 1996) sowie von brasilianischen und internationalen Institutionen (IBGE, IPEA, UNO und World Bank).

lite, die vorwiegend im Nordosten konzentriert ist, bekämpfte systematisch die Bewegungen für eine breitere Agrarreform. Andererseits ermöglichte das industrielle Wachstum die Stärkung einer organisierten und politisch aktiveren Arbeiterklasse in der städtischen Gesellschaft. Von 1950 bis 1980 verdoppelte sich in Brasilien das Gewicht der industriellen Arbeit in der Gesamtbeschäftigung. Das jährliche Wachstum der industriellen Produktion lag bei fast 7% – mehr als in den meisten anderen Ländern.

Gleich am Anfang des Industrialisierungsprozesses – noch in den 40er Jahren und als Versuch, die zunehmenden Konflikte zwischen Kapital und Arbeit abzuschwächen – stellte Brasilien ein umfangreiches Arbeitsgesetz vor, das bis heute gültig ist. Dieses Gesetz beschränkte und bürokratisierte die Arbeitskonflikte innerhalb des Arbeitsrechts. Es kontrollierte und band die Gewerkschaftsstruktur fest an den Staat. Die Gewerkschaften entwickelten sich als eine Sozialorganisation, deren Hauptfunktion es war, bei der Durchsetzung gesellschaftlicher und ökonomischer Politik mit dem Staat zusammenzuarbeiten (Camargo 1996). Diese Entwicklung verhinderte allerdings nicht das Wachstum und Erstarren der Arbeiterbewegung zwischen den 50er und 60er Jahren.

Nach der kubanischen Revolution wurde die nordamerikanische Interventionspolitik in Lateinamerika intensiviert. Sie versuchte, neue Bündnisse mit dem sozialistischen Block in diesem Gebiet zu verhindern. In verschiedenen südamerikanischen Ländern wie Brasilien, Argentinien und Chile kam es – mit Duldung bzw. Unterstützung durch die USA – zu Militärputschen und Diktaturen. Sie verhinderten allesamt demokratische Formen politischer Organisation. Während in der Nachkriegsperiode die zentralen kapitalistischen Länder ein breites Rekonstruktionsprogramm durchliefen, das ein fast drei Jahrzehnte lang zunehmendes Wirtschaftswachstum und eine entsprechende Sozialpolitik ermöglichte, präsentierten die semi-peripheren Länder Lateinamerikas zwar ebenfalls ein hohes Wirtschafts- und Industriewachstum. Jedoch wiesen sie autoritäre und populistische politische Systeme auf, die die Kontinuität und sogar die Verschärfung einer tiefen ökonomischen und regionalen sozialen Ungleichheit erlaubten.

Von 1940 bis 2000 nahm die brasilianische Bevölkerung um mehr als das Vierfache zu und wuchs von 41 auf 170 Mio. Einwohner. Dieses Wachstum verlief parallel zu einem Prozess weitreichender Verstädterung, so dass die Stadtbevölkerung von 1960 bis 1980, als die Städte 50 Mio. neue Bewohner aufnahmen, von ungefähr 25% auf fast 80% zunahm. Von 1940 bis 1980 wuchs die Anzahl von Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern von 18 auf 142. Die zehn großen Metropolen des Landes haben mehr als 47 Mio. Einwohner, mit besonderer Konzentration in São Paulo und in Rio de Janeiro. Zweifellos ein spektakuläres Wachstum, besonders wenn man bedenkt, dass die Bevölkerungszahl der zehn größten brasilianischen Städte 1872 nur bei ca. 800.000 Einwohnern lag. Dieses Wachstum erzeugte schwerwiegende Probleme für das öffentliche Gesundheitswesen und die Umwelt.

Trotz dieser widersprüchlichen Entwicklung innerhalb eines autoritären politi-

schen Systems ermöglichte das Wirtschaftswachstum das Anwachsen einer Mittelklasse und die Einführung bestimmter Sozialpolitiken. Die Verbesserung einiger sozialer und gesundheitlicher Indikatoren Brasiliens ist am Entwicklungsindex der UNO in der letzten Jahrzehnten abzulesen. In den letzten drei Jahrzehnten konnten die Zunahme des BIP in den 70ern, der Lebenserwartung in den 80ern und der Ausbildung in den 90ern festgestellt werden. Jedoch muss diese Entwicklung differenziert betrachtet werden, weil Ausbildung und Lebenserwartung sehr viel wichtigere Faktoren als das Pro-Kopf-Einkommen der ärmsten Bundesländer waren.

Obwohl die Verbesserung der Indizes relativ durchgehend ist, blieben die regionalen Ungleichheiten als grundlegendes Muster zwischen den Nord- und Nordostgebieten im Vergleich zu den Süd- und Südostgebieten bestehen. 1991 wurden ungefähr 80% der brasilianischen Städte - einschließlich 50% der Bevölkerung - als arm bezeichnet, wobei sich die ärmsten und am meisten durch soziale Ungleichheit geprägten Städte in den Nord- und Nordostgebieten konzentrieren. Jedoch bleibt die gravierende Ungleichheit beim Pro-Kopf-Einkommen ein Charakteristikum aller brasilianischen städtischen Gebiete wie auch der reichsten Städte des Landes.

Das Wachstum von Slums und ärmerer Gebiete um die Großmetropolen herum entsteht aus der chaotischen Logik des Entwicklungsmodells Brasiliens. Der abhängige und frühe Kapitalismus in Brasilien, verbunden mit politischen, ökonomischen und kulturellen Mechanismen der Einkommens- und Machtkonzentration, erzeugte ein Bevölkerungswachstum mit einer großen Menge an Arbeitern, die niedrige, instabile oder gar keine Einkommen hatten und deswegen nicht in der Lage waren, irgendeine Immobilie zu erwerben.

Die populären Wohnsitzprogramme für arme Familien reichten nicht aus, die enorme Menge unqualifizierter Arbeiter zu erfassen. Daher blieb es die einzige Alternative für einen großen Teil der Bevölkerung, sich öffentliche und private Grundstücke anzueignen. Hier liegt der Ursprung der Slums, die fast im gesamten brasilianischen Territorium existieren, häufig in Risikogebieten und ohne städtische Infrastrukturen. Dieser Aneignungsprozess, der als eine spontane und illegale Besetzung von städtischen Peripherien ohne Infrastruktur erscheint, repräsentiert in Wirklichkeit die negativen Eigenschaften des kapitalistischen Entwicklungsmodells Brasiliens. Nach jahrelangem Ausschluss aus der Gesellschaft verbreiteten sich Kriminalität und Gewalt in vielen Städten Brasiliens; sie sind die häufigste Todesursache junger Menschen und eines der gravierendsten offensichtlichen Probleme des Landes (Porto 2002).

Re-Demokratisierung versus Globalisierung: Die brasilianischen Widersprüche in den 90er Jahren

In den 70er und 80er Jahren führten innere und äußere Prozesse dazu, dass die Zyklen der militärischen Gewaltherrschaft in Brasilien und in anderen lateinamerikanischen Ländern zu Ende gingen. Von größerer Bedeutung in der bra-

silianischen Wirklichkeit waren die „Re-Demokratisierungsbewegungen“, die hauptsächlich in den 70er Jahren auftraten – mehrere von ihnen in ihrer Anfangsphase im Untergrund. Besondere Bedeutung hatte dabei das Auftreten des sogenannten „neuen Syndikalismus“, der aus den politischen Kämpfen und der Mobilisierung der Arbeiter geboren wurde - insbesondere in den industrialisierten Gebieten des Landes. Diese Bewegung konstituierte einen vom autoritären Staat unabhängigen Syndikalismus. Das Vergrößern dieser Gewerkschaftsbewegung im ganzen Land in Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen führte 1983 zur Gründung der *Arbeiterpartei* (PT) und 1981 der *Zentralen Union der Arbeiter* (CUT); sie schmiedete neue politische Führungen, die in den folgenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen sollten: so in den direkten Präsidentschaftswahlen, die 1989 mit der Kandidatur von Luis Inácio da Silva - genannt *Lula* - begannen.

Der Re-Demokratisierungsprozess erzeugte eine intensive und vielfältige gesellschaftliche Dynamik im Land, was man an der zunehmenden Mobilisierung der politischen Kräfte auf nationaler und lokaler Ebene beobachten konnte: Es gab z.B. neue politische Parteien, Gewerkschaftsorganisationen, Einwohnerorganisationen in prekären Gebieten, feministische Gruppen, Umweltorganisationen und ethnische Gruppen - z.B. von Indianern und Schwarzen. Mit den Wahlen begannen linke Parteien, die lokalen und regionalen Regierungsstellen zu besetzen.

Am Ende der Militärregierung wurden bestimmte fortschrittliche Sozial- und Arbeitspolitiken entwickelt, u.a. die Implementierung des Gesundheitssystems - das von der Erfahrung des italienischen Gesundheitsreform der 70er Jahre und dem Gesundheitswesen der sozialistischen Ländern inspiriert war. Auch führte man Arbeitslosengeld für entlassene Arbeiter ein, deren letzte Beschäftigung durch einen Arbeitsvertrag geregelt war.

Jedoch waren solche Fortschritte im Kontext einer Wirtschaftskrise erzielt worden, die von der Umkehr der Dynamik des Industrie- und Wirtschaftswachstums der vorherigen Jahrzehnte geprägt wurde. Diese Umkehr wird durch verschiedene Faktoren charakterisiert: Rückläufige ökonomische Wachstumsraten; die immer geringeren pro-Kopf-Einkommen im Vergleich mit denjenigen der zentralen kapitalistischen Länder; Abbau der industriellen Arbeitsplätze und auch derjenigen Arbeitsplätze, die durch einen Arbeitsvertrag geregelt sind; Zunahme von Arbeitslosigkeit, von unqualifizierten Arbeitsplätzen und prekären und informellen Beschäftigungsverhältnissen.

Die Umkehr des Wirtschaftswachstums in Brasilien kann quantitativ beobachtet werden: Von 1980 bis 1999 hatte das Wachstum des brasilianischen BIP eine durchschnittliche Rate von 2,1%. Es lag damit unter dem Bevölkerungswachstum und weit unter den weltweiten Wirtschaftswachstumsraten einschließlich der zentralen und anderer peripherer Länder. In jener Periode gab es einen ununterbrochenen Rückgang der brasilianischen Integration in die Weltwirtschaft, die von 3,5% auf 2,8% abnahm. Diese Umkehr im Wirtschaftswachstum fand in zwei Hauptphasen statt. Die *erste Phase* in den 80er

Jahren fiel in eine Zeit intensiver makroökonomischer Instabilität, in der niedrige Wachstumsraten des BIP mit hohen Inflationsraten zusammenfielen. Diese Krise reflektierte das Ausbleiben der externen Finanzquellen und -flüsse und Exportanstrengungen, um die hohe externe Verschuldung des Landes durch eine positive Außenhandelsbilanz auszugleichen. Die lange Periode der Reduzierung von Finanzströmen im den 80ern stand im Zusammenhang mit der Krise der Auslandsschulden der Entwicklungsländer und begann insbesondere mit dem mexikanischen Moratorium von 1982.

Die *zweite Phase* ist in die 90er Jahre zu datieren - vor dem Hintergrund der neuen politischen und ökonomischen internationalen Szenerie. Sie zeigte eine weit gehende Neuordnung des brasilianischen Entwicklungsmodells. Politisch hatten der Fall der Berliner Mauer und die Auflösung des von der Sowjetunion geführten sozialistischen Blocks tiefe Folgen innerhalb der politischen und gesellschaftlichen Bewegungen hinterlassen, die versucht hatten, neue Entwicklungsalternativen zur Logik der vollständigen Abhängigkeit der peripheren Länder von der kapitalistischen Weltwirtschaft zu erreichen. Parallel dazu konnten die brasilianischen Wahlen die Durchsetzung neoliberaler Politik nicht verhindern, obwohl die Linksparteien in der brasilianischen regional- und lokalpolitischen Szenerie immer mehr an Macht gewannen. Die konservativen Bundesregierungen folgten - in mehr oder weniger beschränkter Form - den feststehenden Regeln, die ihnen von den internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF und von den zentralen kapitalistischen Ländern, insbesondere den USA, auferlegt wurden.

Diese Regeln sind mit verschiedenen politischen und makroökonomischen Programmen verbunden: z.B. der kommerziellen Liberalisierung, der finanziellen Deregulierung, dem Abbau der Staatsverschuldung, der Deregulierung des Arbeitsmarktes, der ökonomischen Privatisierung und der produktiven Spezialisierung. Die Globalisierung gilt in diesen Programmen als die einzig mögliche Alternative für die Wirtschaft und die Sozialentwicklung Brasiliens. Diese Alternative realisiert sich durch die Stimulierung ausländischen Kapitals und die wachsende Integration des Landes in die Weltwirtschaft. Gemäß der neoliberalen Theorien wird die Konkurrenz zwischen den Nationen im internationalen Maßstab der Globalisierung mit der Zeit eine positive Balance zwischen der Schaffung und der Zerstörung von Arbeitsplätzen in den verschiedenen geographischen Gebieten des Planeten erzeugen. Jedoch zeigen die ökonomischen und sozialen Indikatoren, die von internationalen Organisationen veröffentlicht werden, genau das Gegenteil.

Vom inneren Gesichtspunkt her kennzeichnen drei Dynamiken die Entwicklungstendenzen Brasiliens im Rahmen der Globalisierung:

- die Rückkehr internationaler Finanzkreise nach Brasilien nach einer langen Periode der relativen Stauung der Finanzströme in der 80ern;
- die kommerzielle Öffnung, die 1990 nach einer langen Periode von protektionistischer Politik mit relativ niedrigen Importraten begonnen wurde, was - in Verbindung mit einer aktiven Devisenpolitik - vorteilhaft für die Außenhan-

delsüberschüsse wurde;

- die verhältnismäßige Stabilisierung der Landeswährung (Real) seit der zweiten Hälfte des Jahres 1994 nach einer langen Periode hoher Inflation, die nach mehreren gescheiterten Versuchen verschiedener Regierungen nicht kontrolliert werden konnte.

Verschiedene Faktoren erlauben die Kontinuität dieses makroökonomischen Trends in Brasilien: Das Ende der hohen Inflation, die Aufrechterhaltung der populistischen Politikpraxis, die Fragmentierung der Linksparteien und -gruppierungen und die Wirkung bestimmter Sozialpolitiken. Manche dieser Politiken existierten bereits in der Zeit des Wirtschaftswachstums und wurden mit der Re-Demokratisierung innerhalb des Landes verstärkt. Im Unterschied zu anderen semi-peripheren Ländern der Region - wie Argentinien vor kurzem -, schaffte es Brasilien bis jetzt, die drastischsten Folgen der Wirtschaftskrisen zu vermeiden, die von den Abflüssen des ausländischen Kapitals provoziert werden. Diese bisher relativ niedrige Anfälligkeit resultiert aus mehreren Faktoren wie zum Beispiel dem hohen Zinssatz, einer Devisenpolitik mit häufigen Interventionen der brasilianischen Zentralbank und eine teilweise relativ langfristige internationale Investitionstätigkeit in produktive Aktivitäten, erkaufte durch die Privatisierung staatlicher Unternehmen.

Neben der Gefahr zukünftiger ökonomischer Stagnation und der Verschärfung der steuerlichen und finanziellen Krise des brasilianischen Staates geht die scheinbare Stabilität des Landes mit einer zerfallenden Sozial- und Arbeitsordnung einher, was sich insbesondere auf dem Arbeitsmarkt zeigt.

Neue Tendenzen in der Entwicklung des Arbeitsmarktes in Brasilien

Wichtige Merkmale des Arbeitsmarktes in Brasilien sind (Camargo 1996):

- die starke Segmentierung, also ein hoher Anteil ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse, d.h. von Lohnarbeitern ohne Arbeitsverträge, die folglich kaum sozialen Schutzmaßnahmen unterliegen;
- das niedrige Qualifikations- und Lohnniveau einer großen Masse von Arbeitern, die gleichzeitig auch wenig Schulbildung und Ausbildung besitzen;
- der häufige Arbeitsplatzwechsel mit kurzfristigen und autoritären Arbeitsverhältnissen, in welchen die Unternehmer ohne Furcht vor politischen oder ökonomischen Konsequenzen die Möglichkeit haben, Arbeiter zu entlassen;
- die enorme Einkommenskonzentration und eine Vielzahl niedriger Löhne. Das bringt manche Lohnarbeiter mit niedrigen Löhnen dazu, ihre Entlassung zu provozieren, um durch die Schutzregelungen für entlassene Arbeiter kurzfristig ein höheres Einkommens zu erlangen;
- obwohl das Gewerbegesetz relativ umfassend ist, gilt es in der Realität kaum. Neben den Bereichen mit vielen Beschäftigungsverhältnissen ohne Arbeitsverträge wird es auch in kleineren Unternehmen und in den Branchen mit

schwachem gewerkschaftlichem Organisationsgrad kaum eingehalten.

Mit dem Re-Demokratisierungsprozess in den 80er Jahren wurde eine schnelle Umkehrung dieser Tendenzen erwartet: zum Beispiel eine Zunahme und Dekonzentrierung der Lohnmasse und des Reichtums, eine zunehmende Qualifizierung der Arbeiter, ein größerer Anteil der Lohnarbeit sowie eine gravierende Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Trotz des unablässigen Wachstums mehrerer gesellschaftlicher Indikatoren enttäuschte die Globalisierung bisher die Erwartung struktureller Veränderungen des brasilianischen Arbeitsmarktes.

Im 20. Jahrhundert sind tiefe Veränderungen in der brasilianischen Beschäftigungsstruktur eingetreten. Die starke Verstärkung und Industrialisierung brachten den Rückgang der ländlichen und die Zunahme der industriellen Arbeit und der Arbeit im tertiären Sektor mit sich. Brasilien war auf dem Weg zu einem industrialisierten Land. Unterdessen wurde die große städtische Arbeitsbevölkerung durch die massive Landflucht v.a. nach dem Zweiten Weltkrieg produziert. Ein großer Teil dieser Arbeitskraft wurde nicht vom Industriesektor, sondern vom Dienstleistungssektor ohne Arbeitsverträge absorbiert, hauptsächlich in Hausarbeit, Handel und Verkehr. Außerdem erreichte Brasilien nie ein hohes industrielles Arbeitsniveau; in den 90er Jahren wurde es noch wesentlich reduziert. Entsprechend sind die Arbeitsbedingungen und -verhältnisse im Vergleich mit Ländern wie Deutschland sehr schlecht. In den zentralen kapitalistischen Ländern nahm die produktionsbezogene Dienstleistungsarbeit zu, was mit den neuen Technologien im Produktionsbereich zusammen hängt. Im Vergleich zu den kapitalistischen Zentren haben diese neue Beschäftigungsformen in Brasilien eine sehr geringe Bedeutung.

Interessant ist, dass in Brasilien die Zunahme der Beschäftigung nicht mit einer höheren beruflichen Qualifikation einher geht. Häufig werden die qualifizierten neuen Arbeitsplätze mit den Anforderungen neuer produktiver Paradigmen assoziiert (Pochman, 2001). Inzwischen wird jedoch die Anzahl an industriellen und höher qualifizierten Arbeitsplätzen reduziert, was die kontinuierliche Auseinanderentwicklung zwischen Brasilien und dem Zentrum der kapitalistischen Weltwirtschaft aufzeigt.

Die ernstesten Auswirkungen dieser Entwicklung – besonders bezüglich der Arbeitslosigkeit und der prekären Beschäftigungsverhältnisse – zeigen sich auf dem Arbeitsmarkt in aller Deutlichkeit. Die Tatsache, dass Brasilien die „Schwarzarbeit“ als Beschäftigung zählt, macht die offiziellen Statistiken nicht mit den anderer Länder vergleichbar. Auch das Verfahren der Ermittlung der Statistiken ist nicht übertragbar. Die offiziellen Statistiken kommen zustande, indem in großen Metropolen Brasiliens die Bevölkerung per Umfrage nach ihrer Beschäftigung gefragt wird. Andererseits erhöht die Verbreitung der Arbeitsflexibilisierung die Anzahl der partiellen und untypischen Arbeitsverhältnisse in anderen Ländern: Damit wird die vergleichende Untersuchung des Arbeitsmarktes zu kompliziert, schon wegen der Schwierigkeiten, die verschiedenen Formen von Beschäftigung, Unterbeschäftigung und Ar-

beitslosigkeit zu identifizieren und zu differenzieren.

Gemäß der *Internationalen Arbeitsorganisation* (International Labour Office), existierten am Ende der 90er Jahre weltweit ungefähr eine Milliarde unterbeschäftigter Arbeiter. Nur 150 Mio. wurden von mehreren Ländern in den offiziellen Statistiken als Arbeitslose anerkannt. Diese Statistiken konzentrieren sich hauptsächlich auf die städtische Arbeitslosigkeit und die Beschäftigung mit Arbeitsverträgen. Sie verstecken häufig mehrere Unterbeschäftigungsarten und Subsistenzaktivitäten, die die Familien in peripheren Ländern praktisch lediglich mit Nahrung versorgen. Ein weiterer wichtiger Faktor bezieht sich auf die Existenz und die Qualität der sozialpolitischen Systeme, die zwischen den zentralen und peripheren Ländern radikal verschieden sind. Dies betrifft nicht nur die Schutzmaßnahmen für Arbeitslose, sondern auch diejenigen für Kinder und Jugendliche, die in den reicheren Ländern sehr viel später in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Seit 1975 konstatiert man in den offiziellen weltweiten Arbeitslosigkeitsraten eine steigende Tendenz: von 2,3% auf 5,5% im Jahr 1999, mit einer größeren verhältnismäßigen Zunahme in den peripheren kapitalistischen Ländern im Vergleich mit den zentralen. In Brasilien war die Arbeitslosigkeitsrate bis in die 80er Jahre hinein relativ niedrig. Allerdings bedeutet das – in Anbetracht der niedrigen Löhnen und der hohen Anzahl von Beschäftigungsverhältnissen ohne Arbeitsverträge und Sozialschutz – nicht, dass die Mehrzahl der Arbeiter qualitativ gute Arbeitsplätze hatte.

Von 1975 bis 1999 erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in Brasilien von 1,7% auf 9,9%. Damit nahm Brasilien die traurige Position des Spitzenreiters ein. Während Brasilien 1975 1,8% der Gesamtsumme der Arbeitslosigkeit und 3,1% der Gesamtsumme der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung der Welt aufbrachte, sprangen diese Zahlen 1999 auf 5,6% der Arbeitslosigkeit und den selben Prozentsatz der arbeitenden Weltbevölkerung.

In den 90er Jahren nahm die Prekarisierung der Arbeit in Brasilien rapide zu. Eine Reduzierung der regulären Beschäftigung (mit Arbeitsverträgen) ging einher mit der Erhöhung der arbeitsvertragslosen Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit. Von 1989 bis 1999 reduzierte sich die Anzahl von Arbeitern mit Arbeitsvertrag von 25,5 Mio. auf 22,3 Mio. Damit wurde die Tendenz der 40er bis 70er Jahre – zunehmender Anteil der gesicherten Lohnarbeit, die fast 70% der neuen Arbeitsplätze in dieser Zeit umfasste – umgekehrt. In den 90ern waren nur 20% der neuen Arbeitsplätze Lohnarbeit. Ein anderes Indiz für diesen Prekarisierungsprozess ist die Zunahme der Arbeitslosen und der Arbeiter ohne Bezahlung – Subsistenzarbeitsformen – und von Selbständigen, die zum größten Teil keine Sozialversicherung haben. Von 1989 bis 1999 erhöhte sich die Gesamtsumme dieser drei Gruppen von 31,8% auf 39,7%.

Schlussfolgerung: Zwischen Sackgasse und Hoffnung

Die Auswirkungen der neuen ökonomischen Weltordnung und der neuen flexiblen Akkumulationsregime auf Brasilien – einem spät industrialisierten und

semi-peripheren Land – sind im Vergleich mit den zentralen kapitalistischen Ländern sowohl intensiver wie brutaler. In letzteren tritt die Krise in einem anderen Kontext ein: Jahrelanges kontinuierliches Wirtschaftswachstum ermöglichte in Kombination mit den gesellschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterbewegung ziemlich homogene Arbeitsmärkte. Dieser „Welfare State“ brachte nationale Systeme der Regulierung und Kontrolle des Arbeitsmarktes, breite und konsolidierte Gewerbe-gesetze und Sozialversicherungen, weniger Einkommenskonzentration und relativ partizipative Mechanismen für die Gewerkschaftsorganisationen hervor. Trotz der Wirtschafts- und Sozialkrise in diesen Ländern, die sich in der zunehmenden Arbeitslosigkeit und Armut zeigt, verhindert die hohe Institutionalisierung der Sozial- und Arbeitsrechte noch dramatische Auswirkungen und die kurzfristige Umsetzung des flexiblen Akkumulationsregimes.

Aber in den peripheren und ungerechten Gesellschaften wie eben Brasilien ist die rapide und intensive Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen unübersehbar. In den lateinamerikanischen Ländern wurde das neue flexible Akkumulationsregime zeitgleich mit einem ökonomischen neoliberalen Abrechnungsprogramm implementiert, das seit den 80ern durch die verschiedenen internationalen Wirtschaftsorganisationen wie dem IWF und der Weltbank gefördert wurde. Diese ökonomische Abrechnung erschwert die Durchsetzung von Sozialprogrammen in diesen Ländern noch.

Brasilien hat im Vergleich mit anderen sogenannten Entwicklungsländern einen sehr umfangreichen Industriekomplex, aber sein rückständiges fordistisches System – relativ niedrige Lohn-, Produktions- und Konsummasse sowie ein relativ gering regulierter Arbeitsmarkt – koexistiert mit den neuen Formen der Arbeitsorganisation, die häufig perverse Ergebnisse produzieren. Solche problematischen Auswirkungen wurden in mehreren Studien und von verschiedenen Institutionen kritisiert, die die Zunahme der prekären Arbeitsverhältnisse in unterschiedlichen ökonomischen Sektoren aufzeigen.

Eine besondere Dimension zeigt das Charakteristikum des Untervertrages („*Terceirização*“) in Brasilien, der von manchen Autoren auch als das Konzept des *peripheren Untervertrags* bezeichnet wurde (Druck 1998). Mit diesem prekären Arbeitsverhältnis realisieren die Subunternehmen und die assoziierte Produktionskette eine Intensivierung der Ausbeutung der Arbeit. Mehrere Gewerkschaften in verschiedenen Sektoren – so in der Chemie- und Bauindustrie – kritisieren, dass sich die schlechten Arbeitsbedingungen und schweren Arbeitsunfälle genau bei jenen Arbeitern ohne Vertrag ereignen. Ein anderes aktuelles Problem sind die Krankheiten durch fortgesetzte mechanische Überlastung des Bewegungsapparates („*Lesão por Esforços Repetitivos – LER*“), die wegen der Intensivierung der Arbeit in typisch tayloristisch-fordistischen Arbeitsprozessen – z.B. an industriellen Fließbändern und in Dienstleistungssektoren wie Banken – zu einer wahren Epidemie der Berufskrankheiten geführt haben.

Die sozialen Bewegungen finden in den Widersprüchen und Beschränkungen

ihrer materiellen Welt die Basis, ihren politischen Kampf zu rechtfertigen. Aber die politische Elite in den autoritären Systemen findet in denselben Einschränkungen auch die Bedingungen für ihre populistische Politik, die die Kontinuität einer ungerechten Machtstruktur ermöglicht. In Brasilien koexistieren populistische Praxis und soziale Ungleichheit nach dem Ende der militärischen Diktatur weiter. Die letzte brasilianische Diktatur dauerte mehr als 20 Jahre und wurde erst 1984 mit der indirekten zivilen Präsidentenwahl offiziell beendet.

Die brasilianische politische Wahlszene des Jahres 2002 zielte auf ein relativ konservatives Spektrum, das unterschiedlichen und vielfältigen politischen Bündnisse zwischen linken, mittleren und rechten Gruppierungen entsprach. Zwar organisierten einige politische und gesellschaftliche Gruppen – besonders die Arbeiterpartei (PT) und manche Gewerkschaften – verschiedene Diskussionen und Treffen – zum Beispiel das Sozialforum von Porto Alegre –, um sich kritisch mit den Auswirkungen der Globalisierung auseinanderzusetzen und Druck auf die Politik auszuüben – die aktuellen Regierungskonzepte boten aber keine klaren Alternativen in Richtung auf radikale soziale und politische Veränderungen.

Das politische Spektrum variiert in den Konzepten, das Wirtschaftswachstum anzuheizen und gleichzeitig die makroökonomischen Beschränkungen der internationalen Organisationen mehr oder weniger zu bekämpfen. Dies bedeutet begrenzte oder umfangreiche Sozialreformen und Schutzmechanismen des Nationalproduktes. Dieses Spektrum erklärt zum großen Teil die verschiedenen – und auch umstrittenen – Bündnisstrategien der gegenwärtigen Kandidaten und politischen Gruppen.

Vor diesem nicht ermutigenden Hintergrund besteht, auch nach dem Wahlsieg des linken Kandidaten im Oktober 2002, die Haupthoffnung am ehesten noch in dem Potenzial, das die neuen demokratischen Bewegungen auf der lokalen, regionalen und internationalen Ebene einbringen, um neue Konzepte und politische Strategien zu entwerfen. Neben der an Bedeutung zunehmenden internationalen Bewegung gegen die negativen Folgen der Globalisierung gibt es dafür einige Anzeichen in der sehr dynamischen brasilianischen Gesellschaft: So z.B. die kommunalen partizipativen Mechanismen in lokalen linksorientierten Regierungen, im Gesundheitswesen und im sogenannten partizipativen Budget; die „Bewegung der Arbeiter ohne Land“, die für eine breite Landreform kämpft; die Formation verschiedener Sozialbewegungsnetze wie das vor kurzem konstituierte Umweltgerechtigkeitsnetz, das verschiedene gewerkschaftliche, ökologische und akademische Sozialgruppen integriert. Das erwähnte Weltsozialforum von Porto Alegre ist ein Diskussions- und Artikulationsraum zwischen diesen lokalen und nationalen Bewegungen und anderen progressiven internationalen Bewegungen, dem große Bedeutung zukommt.

Literatur

Araújo, A. S. (2001), Paradoxos da modernização: terceirização e segurança dos trabalhadores em uma refinaria de petróleo. Dissertation. Escola Nacional de Saúde Pública,

ENSP/FIOCRUZ, Rio de Janeiro.

Boyer, R. (1998), Os modos de regulação na época do capitalismo globalizado: depois do boom, a crise?, in: J. L. Fiori, M. S. Lourenço, J. C. Noronha (orgs.), Globalização: o fato e o mito, Editora UERJ, Rio de Janeiro, S. 195ff.

Camargo, J.M. (1996), Flexibilidade do mercado de trabalho no Brasil. FGV Editora, Rio de Janeiro.

Castel, R. (1995), Les Metamorphoses de la question sociale: Une chronique du salariat, Fayard, Paris.

Druck, M. G. (1999), Terceirização: (des)fordizando a fábrica: Um estudo do complexo petroquímico, EDUFBA-BOITEMPO, Salvador.

Hirst, P. (1997), The Global Economy: Myths and Realities, in: International Affairs 73, S. 409ff.

ILO – International Labor Office, World Employment Reports. Genf.

Pochmann, M. (2001), O emprego na globalização. Boitempo Editorial, São Paulo.

World Bank, World Development Indicators. Washington.

BUNTE SEITEN 2003+

Alternative Projekte, Initiativen & Betriebe

+ Mit Reader der AlternativMedien im Innenteil

Das Adressenverzeichnis liefert mit 13.500 Anschriften einen aktuellen Überblick über die momentan existierende alternative Projekte-, Initiativen- und Betriebslandschaft in der BRD, CH und A nebst internationaler Kontaktadressen.

Der Reader der AlternativMedien enthält ca. 1.200 linke & alternative Zeitschriften mit vielen Informationen zu deren Schwerpunktthemen, Ansprüche, Verbreitungsgrad, Erscheinungsweise, Seitenzahl und Preis. Desweiteren werden Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios aufgeführt.

Bezug: CONTRASTE e.V., Postfach 104520, 69035 Heidelberg oder im Internet: www.contraste.org



300 Seiten, A4-Format, Preis: 18 EUR
zzgl. 2 EUR Versandkosten,
ISBN: 3-924085-06-4

The Emergence of a New Euro Capitalism?

Konferenz 11./12.10.2002 in Marburg

Auch und gerade im Prozess der europäischen Integration zeigen sich die Transformationen des globalen Kapitalismus, die in den letzten Jahren stattgefunden haben. Dieser Entwicklung widmete sich eine Konferenz der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) vor drei Jahren, in der die Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie im Mittelpunkt standen (vgl. H. J. Bieling/J. Steinhilber (Hg.), Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster 2000). Die in der Zwischenzeit aufgetretenen neuen Herausforderungen für die Analyse und das Verständnis der europäischen Integration standen im Zentrum der Tagung „The Emergence of a New Euro Capitalism? Implications for Analysis and Politics“, die unter Beteiligung von ca. 50 Personen in der Universität Marburg stattfand.

Das Programm gliederte sich in drei Teile. Im Mittelpunkt des ersten Blockes standen polit-ökonomische Fragestellungen. Der Schwerpunkt lag hier auf der Analyse der europäischen Finanzmarktintegration. Im zweiten Teil wurde versucht, Europa in den weiteren Kontext der neuen Welt(un)ordnung zu stellen. In einem dritten und letzten Block wurden die politischen Implikationen des neuen Eurokapitalismus diskutiert.

Die politische Ökonomie des neuen Euro-Kapitalismus

John Grahl leitete den ersten Abschnitt mit seinem Referat: „European integration: towards a transnational finance-led regime of accumulation?“ ein. Er sieht ganz eindeutig die Tendenz zu einem finanzgetriebenen Akkumulationsregime. Dabei unterstrich er aber, dass dies nicht das Ergebnis eines hegemonialen Projektes, sondern vielmehr das Resultat tiefgreifender ökonomischer Umwälzungen ist: Die ablaufenden Prozesse werden von der europäischen Linken viel zu häufig als Ausdruck neoliberaler Hegemonie begriffen. Sie muss sich statt dessen wieder auf den Begriff der Produktivkraftentwicklung besinnen.

Grahl unterscheidet drei Phasen in der Entwicklung der internationalen Finanzmärkte. Die erste ist gekennzeichnet durch den Zerfall des Bretton-Woods-Systems und dem folgenden Übergang zu frei schwankenden Wechselkursen. Die nächste Phase, die er auf die 80er Jahre datierte, zeichnet sich primär durch das Aufkommen von internationalen Märkten bzw. hochintegrierten nationalen Märkten aus. Dahinter verbirgt sich keine „große Strategie“, sondern dies ist Ausdruck fundamentaler ökonomischer Umwälzungen. Es gibt zwar Tendenzen, die der bisherigen Entwicklung auf den ersten Blick entgegenstehen, aber die bisher stattgefundenen ökonomischen Prozesse sind so tiefgreifend, dass die Errichtung des finanzgetriebenen Akkumulationsregimes vorgezeichnet ist. Die europäische Finanzmarktintegration stellt aus seiner Sicht nichts anderes dar als die Internalisierung des amerikanischen Fi-

nanzsystems. Sie ist daher keine Gegenmacht zum Dollarzentrierten System, sondern findet komplett in dessen Logik statt. Um die europäischen Sozialsysteme zu bewahren, bräuchte es aber eben dies: Eine selbstbewusste europäische Politik der Gestaltung der Finanzmarktintegration.

Anders als Grahl stellte Jörg Huffs Schmid in seinem Referat: „European financial market integration: tendencies, actors and strategies“ heraus, dass er tiefgreifende ökonomische Veränderungen nicht auszumachen vermag. Huffs Schmid zufolge sind die Änderungen im Wesentlichen auf eine Verschiebung der sozialen Kräfteverhältnisse zurückzuführen, die sich z.B. im Abbau von Sozialsystemen und dem Wiederaufleben autoritärer Strukturen zeigt.

Die maßgeblichen Tendenzen des „neuen“ Euro-Kapitalismus sieht Huffs Schmid in dem entstandenen Rahmenwerk für die Finanzmarktintegration wie z.B. dem Aktionsplan für Finanzdienstleistungen. Im starken Bedeutungszuwachs der Sekundärmärkte sieht er einen verhaltenen Trend von einem bankbasierten hin zu einem marktbasieren Finanzsystem. Da aber die Hauptakteure auf diesen Märkten weiterhin Banken sind, kommt er zu dem Schluss, dass die Finanzmärkte noch immer primär bankbasiert sind. Ein weiteres Kennzeichen stellt die Krisenanfälligkeit dar. Zwar hat sich die momentane Krise an den Aktienmärkten noch nicht in eine umfassende Wirtschaftskrise übersetzt. Eine Gefahr besteht aber in den Verlusten der Banken in diesem Bereich und ihre dadurch eingeschränkte Fähigkeit und Bereitschaft, Kredite zu vergeben.

Das europäische Bankwesen ist immer noch stark fragmentiert. Dadurch gestaltet sich die Finanzmarktintegration sehr schwierig. Im Wesentlichen haben nationale Konzentrationsprozesse stattgefunden, wohingegen eine europäische Durchdringung nur sehr begrenzt festzustellen ist. Die europäischen institutionellen Investoren befinden sich in einem Aufholprozess gegenüber der US-amerikanischen Konkurrenz, der vor allem durch die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme angetrieben wird.

Zusammenfassend stellte Huffs Schmid fest, dass die noch längst nicht abgeschlossene Finanzmarktintegration durch die gegenwärtige Krise unterbrochen wird. Dies wird auch in der öffentlichen Diskussion zunehmend kritisch wahrgenommen, woraus sich die Möglichkeit eines Umorientierungsprozesses ergibt, den es voranzutreiben gilt.

Hans-Jürgen Bieling erläuterte zu Beginn seines Vortrages „The new European economy: transnational power structures and modes of regulation“ seinen theoretischen Ansatz der „erweiterten Regulationstheorie“. Die Schwäche der traditionellen Regulationstheorie, die in ihrer Beschränktheit auf den nationalen Rahmen besteht, wird durch die Verknüpfung mit der neogramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie ausgeglichen (vgl. Bieling/Steinhilber 2000).

Das Projekt der Finanzmarktintegration stellt für Bieling die logische Konsequenz aus den vorhergehenden Projekten, so v.a. des Europäischen Binnenmarktes und der Währungsunion dar. Als Ergebnis der verschiedenen Initiativen, die auf die Finanzmarktintegration abzielen, sieht er ein finanzgetriebe-

nes Akkumulationsregime im Entstehen begriffen. Dieser Prozess ist in einen breiten Diskurs über europäische Wettbewerbsfähigkeit eingebettet, wobei diese als „win-win-strategy“ dargestellt wird.

Die neue europäische Ökonomie wird sich in die Logik des Dollar-Wallstreet-Regimes einfügen, und somit nicht als dessen Gegenpol auftreten. Allerdings gibt es auch Konfliktpunkte gegenüber der U.S.-Ökonomie, die die Entwicklung hin zu einer Herausforderung des Dollar-Wallstreet-Regimes ermöglichen können. Innergesellschaftlich wird die neue Ökonomie durch eine nur sehr selektive Einbindung der Gewerkschaften in die politischen Entscheidungsprozesse abgestützt. Diese zeigen jedoch wenig Ambitionen, Einfluss auf die Finanzmarktintegration zu nehmen.

Zusammenfassend bemerkte Bieling, dass das finanzgetriebene Akkumulationsregime noch nicht vollständig ist. Die europäische Finanzmarktintegration stellt den Versuch dar, innerhalb der Logik des Dollar-Wallstreet-Regimes eine Veränderung der Kräfteverhältnisse zu bewirken und eine weitere Schwächung der sozialen Bewegungen und den weitergehenden Abbau der sozialen Sicherungssysteme zu erreichen.

Als notwendige politische Forderungen sieht er die Etablierung einer transatlantischen Regulation, die Neugestaltung des Dollar-Wallstreet-Regimes und die Hinwendung zu einem an sozialen Bedürfnissen orientierten makroökonomischen Management. All dies ist aber an eine wichtige Voraussetzung geknüpft: Die verstärkte Mobilisierung durch Gewerkschaften und soziale Bewegungen.

Der weitere Kontext der neuen europäischen Ökonomie

Christoph Scherrer stellte in seinem Vortrag: „Double hegemony? State and class in transatlantic relations“ Überlegungen zum Verhältnis von Klassenhegemonie und Hegemonie eines Staates in der internationalen Politik vor. Seine zentrale These – staatliche Hegemonie auf der internationalen Ebene setzt immer die Hegemonie einer Klasse innerhalb dieses Staates voraus – verfolgte er am historischen Beispiel der Übernahme neoliberaler Wirtschaftsvorstellungen durch den US-amerikanischen Staat. Die entsprechenden Konzeptionen waren von den corporate internationalists schon in der Zwischenkriegszeit formuliert worden, von der Politik wurden sie aber erst nach dem zweiten Weltkrieg aufgegriffen. Zunächst noch umstritten, setzten sie sich dann seit Ende der 60er Jahre durch. Dies führte Scherrer zurück auf Veränderungen im Klassenverhältnis innerhalb der USA: die Gewerkschaften opponierten gegen den freien Handel, während sich auf Seiten der business class eine breite Koalition für die Liberalisierung des Kapitalverkehrs formierte, die sich politisch durchsetzen und den Staat dazu bringen konnte, ihre Interessen zu vertreten.

Auf dieser Grundlage konnte der Neoliberalismus auch international durchgesetzt werden. Dabei ist auf Seiten des europäischen Kapitals eine grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme des US-amerikanischen Wirtschaftsmodells festzustellen, die auch durch einzelne Widerstände nicht beseitigt wurde.

Ideologisch konnte sich die Hegemonie der USA über die Bedrohung durch die UdSSR legitimieren. Die seit dem Ende der Blockkonfrontation von den USA übernommene Rolle des „Welpolizisten“ konnte sich dagegen auf keine vergleichbare Zustimmung stützen. Auch der nach dem 11.09.2001 geschaffene Konsens (innergesellschaftlich und auf der internationalen Ebene) scheint durch die gegenwärtige Irak-Politik gefährdet.

In ihrem Referat: „The ‚imperial state‘ and European Integration“ widmeten Leo Panitch und Sam Gindin sich dem Entwurf einer neuen Imperialismustheorie (vgl. auch das Interview mit Leo Panitch in diesem Heft, S. 77ff). In der kritischen Diskussion erfüllt derzeit kein theoretischer Ansatz die Aufgabe, die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte angemessen zu erklären. In Anbetracht der aktiven Rolle von Staaten im Prozess der Globalisierung muss ein neuer Imperialismusbegriff Staaten in den Mittelpunkt stellen. Dabei ist der theoretische Trugschluss von innerimperialistischer Rivalität zu vermeiden und der Begriff nicht aus den Bewegungsgesetzen des Kapitals, sondern aus den Handlungen von Staaten im Kapitalismus abzuleiten. Dies ergibt sich aus der Betrachtung des Verhältnisses der imperialistischen Zentren zueinander: Die Macht Europas ist innerhalb der transatlantischen Ordnung entstanden. Die Durchdringung Europas durch die U.S.-amerikanische Politik in der Nachkriegszeit ist nicht als einseitiger aggressiver Akt von Seiten der USA zu verstehen. So ist die aktive Beteiligung der je nationalen Bourgeoisien an diesem Prozess festzustellen. Demzufolge stellt Europa keine imperialistische Herausforderung für die USA dar. Imperialismus hat eine ökonomische und eine militärische Dimension, welche durchaus in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Heutzutage gibt es keine nationalen Bourgeoisien mehr, dies muss strategische Umorientierungen in der Arbeiterbewegung zur Folge haben. Die reformistische Politik, eine Allianz mit den je nationalen Bourgeoisien zu formieren, hat keine Aussicht auf Erfolg mehr.

Im zweiten Teil des Referates stellte Sam Gindin die weitverbreitete These in Frage, es habe Ende der 60er Jahre einen relativen Machtverlust der USA gegeben. Seit Ende des zweiten Weltkrieges hat es ein kontinuierliches Projekt zur Restrukturierung des Kapitalismus gegeben. Die Krise des Fordismus stellt lediglich eine Verlangsamung dieses Projektes dar. Dieses stützt sich auf die Erfahrung, dass das kapitalistische Weltssystem durch die von rivalisierenden imperialistischen Mächten geführten Weltkriege sowie die Weltwirtschaftskrise zusammengebrochen ist. Die Nachkriegsordnung stellt sich so als amerikanisches Projekt zur Wiederherstellung des globalen Kapitalismus dar. Um das Wesen der Verlangsamung zu begreifen, muss man den Zweck dieser Ordnung verstehen: Die Strukturen, die mit dem Ziel der Rekonstruktion des internationalen Kapitalismus geschaffen wurden, brachten z.B. die Unterordnung der Märkte unter diese Notwendigkeiten hervor. Die Nachkriegsordnung hatte eindeutig transitorischen Charakter: zum einen ist sie von vornherein an einer liberalen internationalen Ordnung orientiert gewesen, zum anderen hat gerade ihr Erfolg ihre institutionellen Fundamente (z.B. Bretton Woods) untergraben. In den 70er Jahren sahen sich die USA mit einer Vielzahl von

Problemen (ökonomische Krise, soziale Protestbewegungen, Vietnamkrieg) konfrontiert. Die Lösung für diese scheinbare Krise des Kapitalismus war der „Volcker shock“ (Volcker: ab 1979 Chef des Federal Reserve Board). Dieser institutionalisierte den disziplinierenden Neoliberalismus. Die damit einhergehende Wettbewerbsverschärfung ist trotz der teilweise harten Auswirkungen nicht nur auf die Zustimmung des Finanzkapitals, sondern auch auf die des produktiven Kapitals gestoßen.

Die Entwicklung der neuen digitalisierten Ökonomie mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf Managementstrategien etc. steht erst an ihrem Anfang. Die gegenwärtige Stärke des US-Kapitals beruht maßgeblich auf der Schwäche der ArbeiterInnenbewegung. Deren vordringliche Aufgabe sieht Gindin in der nationalen Entwicklung neuer politischer Kapazitäten im Kampf gegen das globale Kapital.

Den Abschluss des zweiten Blocks bildete das Referat: „The Eastward Enlargement of the European Union: new stimulus or backlash?“ von Dorothee Bohle. Zu Beginn erläuterte sie ihren theoretischen Rahmen. Innerhalb eines neogramscianischen Ansatzes können drei Ebenen der Analyse unterschieden werden. Die Erste bildet die Ebene des „historischen Blockes“, also der sozio-ökonomische Rahmen, in dem gesellschaftliche Entwicklung stattfindet. Darunter ist das Level des „hegemonialen Blockes“ angesiedelt, das auf die Allianzen verschiedener Klassen und Klassenfraktionen sowie deren Projekte rekurriert, und schließlich die konkretere Ebene der politischen bzw. hegemonialen Projekte. Um zu verstehen, wie neoliberale Restrukturierung funktioniert, muss den konkreten Projekten und ihren Auswirkungen auf den Wandel besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Innerhalb der Analyse von politischen Projekten sind verschiedene Ebenen von Bedeutung. Am Anfang steht das spezifische Problem, welches durch das Projekt gelöst werden soll. Daneben sind dann die rationalen interessenbasierten Strategien besonders zu beachten. Darüber hinaus stellte sie die Frage, inwiefern politische Projekte in der Lage sind, einen „motivierenden sozialen Mythos“ zu schaffen.

Mit Bezug auf die Osterweiterung der Europäischen Union zeigte Bohle auf, dass hier ein motivierender sozialer Mythos nicht auszumachen ist. Dieses politische Projekt basiert zu Beginn kaum auf ökonomischen Interessen. Ausschlaggebend ist vielmehr, dass die EU sich in ihrem eigenen Gründungsmythos, dem Bruch mit der europäischen Machtpolitik und dem Versprechen, eine Gemeinschaft von kooperierenden, liberalen und demokratischen Staaten zu bilden, verstrickt. So sind es vor allem die osteuropäischen Staaten gewesen, die in die Union integriert werden wollten. Auf diese Weise ist das Projekt der EU-Osterweiterung entstanden, ohne einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu schaffen. Nach 1997 dagegen hat in zunehmendem Maße das transnationale europäische Kapital und hier besonders der European Round Table of Industrialists (ERT) das Projekt übernommen. Während der 90er Jahre ist eine selektive Einbindung der osteuropäischen Ökonomien zu beobach-

ten, welche zur Entstehung einer Semi-Peripherie führt. Der Abstand zwischen Ost und West hat sich vergrößert, wodurch die Osterweiterung sich nun schwieriger gestaltet als noch vor zehn Jahren. Die Debatte über die Osterweiterung stellt sich als ein „negativer Diskurs“ dar. „Von oben nach unten“ besteht er aus einer rationalen Kosten-Nutzen-Analyse, die als „win-win-strategy“ formuliert wird. „Von unten nach oben“ sei sie eine von xenophobischen Stimmungen getragene Debatte. Das politische Projekt der EU-Osterweiterung wirkt als Stimulanz für die fortgesetzte neoliberale Restrukturierung, da der disziplinierende Effekt gestärkt wird. Die Erweiterung wird stattfinden, aber mit ihr wird Instabilität gefördert und ein „unfreundlicheres“ Europa entstehen.

Der neue Euro-Kapitalismus: Politische Implikationen

Ulrich Brand präsentierte unter dem Titel „The World Wide Web of Anti-Neoliberalism – Implications for Analysis and Politics“ einige Einschätzungen zu neueren „postfordistischen Protestbewegungen“. Analytisch bietet sich diese Bezeichnung an, da die verschiedenen, äußerst heterogenen Proteste alle im Kontext der postfordistischen Restrukturierungsprozesse stehen. Das Neue dieser Bewegungen ist nicht ihre Existenz – die „globalisierungskritische Bewegung“ ist schließlich nicht plötzlich vom Himmel gefallen, sondern Produkt eines langen „Gärungsprozesses“ – neu ist vielmehr ihre Wahrnehmung durch eine breite Öffentlichkeit und ihr Zugewinn an Glaubwürdigkeit. Den Bewegungen gelingt es, die Widersprüche der neoliberalen Politik zu politisieren, ein Prozess, in dem Intellektuelle („paradigm warriors“) eine große Rolle spielen.

Brand schlug eine vorläufige Unterteilung der Politik der Protestbewegungen in zwei Typen vor: die „Rio-Politik“ zeichnet sich aus durch Effizienzorientierung, Kooperationsbereitschaft, die grundsätzliche Akzeptanz der politischen Formen sowie durch Versuche, Probleme von oben zu lösen, was in die Forderung nach einem „globalen Keynesianismus“ mündet. Die „Seattle/Porto Alegre-Politik“ ist gekennzeichnet durch die Ablehnung von Realpolitik, eine konfliktive Ausrichtung, die mit einer „Rehabilitation von Protest“ einher geht, die Kritik von dominanten Politikformen und die sich daraus ergebenden Forderungen nach fundamentaler Veränderung.

Brand plädierte dafür, den ambivalenten Charakter der Protestbewegungen ernst zu nehmen. In weiten Teilen der Bewegungen (z.B. bei Attac) ist zwar ein verkürztes Verständnis vom Staat und ebenso von Ökonomie festzustellen. Gleichzeitig hat aber das bürgerliche Staatsverständnis – der Staat als Agent des Gemeinwohls – oft einen politisierenden Effekt. Ebenfalls ambivalent ist die gestiegene Medienpräsenz zu bewerten. Einerseits ist sie natürlich sehr wichtig, andererseits besteht immer die Gefahr, dass sie mit einer realen Veränderung von Machtverhältnissen verwechselt wird. Brand sieht die Bewegungen der gleichen Gefährdung ausgesetzt wie die Akteure des „Rio-Prozesses“: die selektive Einbindung und Aufnahme von Forderungen auf

Kosten der fundamentalen Veränderung von Machtstrukturen. So würden die Protestbewegungen zu einem Bestandteil der Modernisierung des Kapitalismus verkommen.

In einem Kurzbeitrag reflektierte Frank Deppe neue Tendenzen innerhalb der Gewerkschaften in Westeuropa. Innerhalb der Gewerkschaften bildet sich eine Opposition zu dem Kurs der Sozialpartnerschaft. Dies geschieht zum Einen durch neue Formen des radical unionism und zum Anderen durch die Einbindung der Gewerkschaften in weitreichendere Netzwerke des Widerstandes gegen den Neoliberalismus.

Nach vielen ernsthaften Niederlagen stand der Schwächung der Gewerkschaften auf nationaler Ebene eine Neuorientierung auf europäischer Ebene gegenüber. Dies war aber nicht das Ergebnis einer Stärkung der Gewerkschaften „von unten“. Nach dem Wahlsieg von Rot-Grün in Deutschland 1998 schien eine Möglichkeit des Bruches mit der Logik der neoliberalen Restrukturierung gegeben. Stattdessen verfolgten die sozialdemokratischen Regierungen einen Kurs, der maßgeblich durch die Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit und einen Neokorporatismus gekennzeichnet war. Dabei wurden die Gewerkschaften eingebunden, die aber für ihren erhöhten politischen Status einen hohen Preis zahlten (Dekonstruktion zentraler Elemente des Wohlfahrtsstaates, deregulierter Arbeitsmarkt im Niedriglohnssektor etc). Als Ergebnis bleibt das Scheitern des „dritten Weges“ und somit auch der Strategie der Gewerkschaften zu konstatieren. In den wesentlichen sozialpolitischen Fragen waren die sozialdemokratischen Regierungen nicht in der Lage, Unterstützung „von unten“ zu organisieren und wurden zugunsten der politischen Rechten abgewählt.

Die Gewerkschaftslandschaft stellt sich immer noch hoch fragmentiert dar. Sie arbeiten hauptsächlich im Rahmen des Nationalstaates und nach seinen Regeln. Die vorherrschende Ausrichtung der Gewerkschaften bildet der kompetitive Korporatismus, und die traditionelle Gewerkschaftslinker ist geschwächt. Auf globaler Ebene sind Teile der Gewerkschaften zu einem wichtigen Bestandteil der neuen sozialen Bewegung gegen den Neoliberalismus avanciert. Auf der europäischen Ebene findet kein Gipfel ohne große Protestbewegung unter Beteiligung der Gewerkschaften mehr statt. National waren wir Zeugen von vielen Generalstreiks und Streikwellen und unterhalb der nationalen Ebene ist eine große Anzahl von Arbeitskämpfen zu beobachten.

Zusammenfassend stellte Deppe fest, dass die Gewerkschaften eine zentrale Rolle bei der Artikulation der sozialen Probleme darstellen aber dies keine Entsprechung auf der politischen Ebene findet. Zwar gibt es Anzeichen einer Erneuerung, aber diese sind momentan noch Randerscheinungen.

Vor allem zwei ungelöste Fragenkomplexe zogen sich durch die Konferenz: Erstens die Frage nach dem Entstehen eines finanzgetriebenen Akkumulationsregimes. Mehrheitlich bestand die Auffassung, dass der Weg zu einem solchen zwar vorgezeichnet, die Entwicklung aber noch nicht abgeschlossen ist. Zweitens bestand Uneinigkeit darüber, ob der neogramscianische Hege-

moniebegriff geeignet ist, die der kapitalistischen Restrukturierung zu Grunde liegende Logik aufzudecken, oder ob er stattdessen den Blick auf diese verstellt.

Worin sich die TeilnehmerInnen einig waren: Die erfolgreiche Mobilisierung sozialer Kräfte gegen die neoliberale Politik ist dringend notwendig, scheint jedoch in weiter Ferne zu liegen.

Stephan Heidbrink / Stefan Schoppengerd

Solidarität statt Anpassung

5. Bundeskonferenz des „Netzwerks der Gewerkschaftslinken“ am 11. und 12. Oktober in Köln

„Solidarität statt Anpassung“ war das Motto des diesjährigen bundesweiten Treffens der Gewerkschaftslinken. Ca. 120 Teilnehmer aus den Mitglieds-gewerkschaften des DGB – überwiegend aus den Ländern der „alten“ Bundesrepublik, diskutierten über die Lage der Arbeitnehmer nach der Bundestagswahl zu den nachfolgend genannten Schwerpunkten:

- *Gesundheitspolitik*: Einmütig wurden die Aktivitäten von „ATTAC“ unterstützt. Der gewerkschaftliche Widerstand gegen Kommerzialisierung und Privatisierung werde durch korporatistische Politik von Branchengewerkschaften (IG BCE und teilweise auch ver.di) geschwächt. Die von der Bundesregierung betriebene Politik richte sich gegen die tatsächlichen und potentiellen Patienten und gegen das im Gesundheitswesen beschäftigte Personal. Die grundsätzliche Kritik an der Bundesregierung schließe jedoch eine Unterstützung in Einzelfragen z.B. Anhebung der Pflichtversicherung nicht aus.

- *Die Hartz-Vorschläge* zur Arbeitsmarktpolitik waren nicht nur Thema einer eigens dazu vorgesehenen Arbeitsgruppe. Sie nahmen auch in der Plenumsdiskussion einen breiten Raum ein. Ein halbes Dutzend empörter Eingaben wurden bereits vor der Konferenz eingereicht oder von Teilnehmern mitgebracht: „Wir statt Ich-AG“, „Kampfansage an Arbeitslose und Beschäftigte“, „Umfairteilung statt Hartz-Infarkt“, lauteten die Überschriften. Kritisiert wurde die auf Harmonie bedachte Haltung der Gewerkschaften, die sich offensichtlich nur noch darauf beschränkten, Schaden zu begrenzen und nicht mehr Schaden zu verhindern. Die Hartz-Vorschläge sind nicht nur ein Anschlag auf die Arbeitslosen, sondern sie richten sich auch gegen Arbeitnehmer, die noch einen Arbeitsplatz haben. Letztlich sei es das Ziel, deren Arbeits- und Lohnbedingungen durch Niedriglöhne, Leiharbeit und Scheinselbständigkeit zu verschlechtern.

- *Die Auseinandersetzungen um die Lohnforderungen 2002* wurden analysiert und bewertet. Es bestand Übereinstimmung, dass ohne den innergewerkschaftlichen Druck aus den Betrieben die Arbeitskämpfe nicht durchgeführt, die Tarifabschlüsse nicht entsprechend abgeschlossen werden konnten. Das Bestreben der Gewerkschaftsvorstände sei es gewesen, Streiks im Wahljahr, aber auch ihre Politisierung aus Rücksicht auf die amtierende Bundesregierung zu vermeiden. Wenn auch das lohnpolitisch richtige Ziel der Höhe nach nicht erreicht worden sei, so waren die Arbeitskämpfe für das gewerkschaftliche Selbstverständnis doch von Bedeutung. Schließlich haben Arbeitnehmergruppen erstmals an solchen Kampfaktionen teilgenommen und dabei wichtige Erfahrungen machen können. Während die IGM – bei aller Kritik – ihre Führungsrolle in der Tarifpolitik unter Beweis gestellt habe, stehe für ver.di im Öffentlichen Dienst die „Nagelprobe“ noch bevor.

- In der Arbeitsgruppe, die sich mit der Zukunftsdebatte in den Gewerkschaften beschäftigte, war der Eindruck vorhanden, es handele sich bei der IG Metall und ihrem Zukunftskongress mehr um eine „Marketing-Strategie“, die weniger nach innen gerichtet sei. Unabhängig davon, ob gewerkschaftliche Innen- und Außenwirkungen zu trennen sind, ist Form und Durchführung der Diskussion zu kritisieren, weil sie die ehren- und hauptamtlichen Träger der Gewerkschaftsarbeit und die dafür vorgesehenen Organe nicht oder nicht ausreichend einbezieht. Es besteht der Eindruck, dass eine kapitalismuskritische Analyse nicht gewollt ist, weil sich daraus ergebende Forderungen unerwünscht sind. Gleiches gilt für ver.di, wo der anstehende Diskussionsprozess – trotz entgegenstehender Beschlüsse des Gründungskongresses – verzögert wird. Von den Gewerkschaftslinken muss die Diskussion in jedem Fall im Sinne der Re-Politisierung der Gewerkschaftsarbeit genutzt werden.

Die 5. Bundeskonferenz war mehr noch als zuvor von der *Sorge um die Einflussmöglichkeiten, die Kraft der Gewerkschaften* bestimmt. Nicht nur die schwindende Mitgliederzahl, auch das, was Gewerkschaftsmitglieder ihrer Organisation noch zutrauen, stand offen oder auch unausgesprochen im Raum. Hierzu gab auch die opportunistische und zögernde Haltung des DGB zur Kriegspolitik Anlass. Krieg, Rüstung, Militarisierung der Außenpolitik und Umrüstung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee wurden in einem besonderen Tagesordnungspunkt behandelt.

Das „Kölner Forum GewerkschafterInnen mit BISS“ legte für die Bundeskonferenz den Entwurf einer Abschlusserklärung vor:

„Abschlusserklärung des 5. Bundeskongresses des Netzwerkes der Gewerkschaftslinken

Ein lautstarker, aber inhaltsleerer Wahlkampf ist zu Ende. Die alte Regierung ist die neue und auch die alte Politik wird die neue sein. Dabei teilen Regierung und Opposition die zentralen Zielsetzungen:

- Dem Geschrei der Unternehmerverbände, dass die ‚Arbeit‘ zu teuer wäre, soll eine Politik der systematischen Lohn- und Gehaltssenkung für Millionen abhängig Beschäftigter gerecht werden. Die Mittel dafür sind die Schaffung

eines so genannten Niedriglohnssektors aus schlecht bezahlten und prekär beschäftigten Jobs, der massiven Druck auf das gesamte Einkommensniveau ausüben soll. Dazu kommt die Aushöhlung der Tariffreiheit der Gewerkschaften durch Ausdehnung der Leiharbeit und untertarifliche Bezahlung im Rahmen der ‚Hartz-Pläne‘. Unter dem Schlachtruf ‚Senkung der Lohnnebenkosten‘ werden in Wirklichkeit die Löhne und Gehälter gekürzt und die Lasten von Renten- und Krankenversicherung den einzelnen Beschäftigten privat aufgebürdet.

- Die öffentlichen Haushalte sollen fast ausschließlich auf Kosten der Millionen Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zu den Sozialversicherungen und auf Kosten der KonsumentInnen von öffentlichen Dienstleistungen saniert werden. Alles was rentabel ist, wird verkauft und privatisiert und den Gewinninteressen einzelner Unternehmen unterworfen.

- Der so gepflegte ‚Standort Deutschland‘ soll schließlich durch eine neue Außenpolitik für den weltweiten Konkurrenzkampf des Kapitals gestärkt werden, die immer aggressiver von deutschen Großmachtinteressen geleitet ist und militärische Einsätze gegen unerwünschte Mitspieler der Weltpolitik zum regulären Instrumentarium der Politik macht. Die Schwelle, Konflikte militärisch zu lösen, wird kontinuierlich gesenkt und die deutsche Armee ist immer mitten drin.

Zu diesen zentralen Achsen der Berliner Politik gibt es keine lautstarke Opposition in Deutschland. Während in Rom, Paris, London, Madrid und Washington Hunderttausende auf die Straße gehen und Millionen an großen Streiks beteiligt sind und die Gewerkschaften an vorderster Linie der Proteste stehen, machen in Deutschland die Gewerkschaften gute Miene zu einem bedauerlichen Spiel, das sich ‚Bündnis für Arbeit‘ nennt.

Das muss sich ändern. Auch in Deutschland gehören die Gewerkschaften in die erste Reihe beim Widerstand gegen Kriegspläne, Privatisierungen öffentlichen Eigentums und Lohnraubpolitik. Zusammen mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen, den Kritikern der kapitalistischen Globalisierung, der Erwerbslosenbewegung und der Umweltbewegung muss der unsozialen Politik der Berliner Republik ein Ende bereitet werden.

In Berlin verhandeln Koalitionsparteien – erklären wir unsere eigenen Positionen und Ansprüche! Die zweiten vier Jahre Rot-Grün dürfen nicht auf Maulhalten und Zurückweichen der Gewerkschaften vertrauen. Nein zu den Kriegsplänen gegen den Irak! Nein zu deutscher Großmachtspolitik! Nein zu den ‚Hartz-Plänen‘! Gegen Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung und für eine Offensive der Gewerkschaften zur tariflichen und gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem Lohnausgleich.

Nein zum Ausverkauf des öffentlichen Eigentums und den Privatisierungen sozialer Einrichtungen. Solidarität und Gerechtigkeit weltweit – gegen Standortkonkurrenz und Freihandelsterror!“

Ewald Wehner

Für einen Politikwechsel – und der kommt nicht von oben „Initiative für einen Politikwechsel“, Frankfurt/M., 19.10.2002

Die Zielsetzung beim Treffen der etwa 60 Linken für einen Politikwechsel im Frankfurter Gewerkschaftshaus war klar: Politik machen, nah an der Realität, aber mit linker politischer Perspektive (so Ursula Schumm-Garling zur Eröffnung der Tagung). In der Einschätzung der rosagrünen Koalitionsvereinbarung als Fortschreibung neoliberaler Politik (Daniel Kreutz in seinem Einleitungsbeitrag) war man sich weitgehend einig, jedoch gab es in der Diskussion unterschiedliche Akzentuierungen (z.B. von Joachim Bischoff und Karl Georg Zinn). Einige TeilnehmerInnen sahen, etwa in der Steuerpolitik, positive Anknüpfungspunkte; mehrheitlich herrschte jedoch Skepsis vor und das uneingeschränkte Plädoyer für eine scharfe Kritik an der Koalitionsvereinbarung und der durch sie begründeten Politik der Bundesregierung. Herausgestellt wurde, dass die wettbewerbstaatliche Gesundheitsreform zwar bisher offene Privatisierung vermeidet, dass aber die Vermarktlichung vor allem der ambulanten Versorgung ansteht. Der Paradigmenwechsel werde am deutlichsten bei der neoliberalen Arbeitsverwaltung. Die systemverändernden Vorschläge der Hartz-Kommission beenden die Ära der Unterstützung von Arbeitslosen und wandeln die Arbeitsverwaltung zu einem Instrument der Wirtschaftsförderung. Diese antidemokratischen Tendenzen würden noch um weitere Kungelrunden von Spitzenfunktionären (Bündnis für Arbeit) ergänzt.

Horst Schmitthenner (IG Metall) brachte den allgemein akzeptierten Vorschlag ein, die Aktionsfelder der Initiative auszuweiten und neben der bisher bereits verfolgten Initiative „1 Million Arbeitsplätze“ (hier werden Unterschriften gesammelt, die dem neuen Minister für Wirtschaft und Arbeit überreicht werden sollen) und den gemeinsam mit „attac“ verfolgten Aktivitäten im Bereich Gesundheitswesen („Gesundheit ist keine Ware“) sich stärker bei Antikriegs-Aktivitäten im Zusammenhang mit der drohenden Irak-Aggression und auf dem Gebiet der Arbeitspolitik in Auseinandersetzung mit dem Konzept der Hartz-Konzeption zu engagieren. Damit sollten die Problemstellungen „Krieg und Frieden“ sowie die „Neubestimmung der Verfügbarkeit von Arbeit im Kapitalismus“ als Themen aufgegriffen werden. Die Bewegung müsse aus der Gesellschaft kommen, medial vermittelt und öffentlich wahrnehmbar sein, so Schmitthenner.

Schwieriger zu beantworten war die Frage, wie denn für einen Politikwechsel von unten zu mobilisieren sei. Stehen wir als schwache außerparlamentarische Opposition nicht einem übermächtigen rechten bzw. neoliberalen Einheitsblock gegenüber? Oder können wir die Regierung, welche die Wahl ja schließlich mit einem linken Argument der Kriegsablehnung gewonnen hat, vorführen? Ist das verletzte Gerechtigkeitsgefühl in breiten Teilen der Bevölkerung ein ausreichender Ansatzpunkt für Mobilisierung, wie es uns scheinbar „attac“ Glauben macht? Bietet dabei eine argumentatorische Verbindung der Innen- und Außenpolitik (Sozialabbau vs. Rüstungsmaschinerie und Kriegsführung) den Zugang zur Initiierung neuer Bewegungen von unten? Die

Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit dem Hartz-Konzept und der weiteren Einschränkung gewerkschaftlich erkämpfter Rechte (Aufkündigung des Kündigungsschutzes, Zerschlagung der Flächentarifverträge) wurde in der Diskussion verschiedentlich herausgestellt (u.a. Anne Rieger). Es steht auf jeden Fall an, der Entdemokratisierung und Entmündigung des Parlaments- und Parteiensystems entgegenzutreten (Arno Klönne). Dem offiziellen Demokratieverlust steht schließlich nur noch die außerparlamentarische Opposition als demokratisches Element gegenüber. Es bleibt dabei notwendig, vor allem die Gewerkschaften (Gewerkschaftsspitzen) aus der rosagrünen Umklammerung zu lösen. Erste Desillusionierungen des korporatistischen Neoliberalismus zeigen zumindest, dass die Akzeptanz betrieblicher Standortpakte bei den KollegInnen geschwächt wird (Hans-Jürgen Urban).

Die Initiative umfasst, wie die Tagung zeigte, ein relativ breites – weitgehend westdeutsches – Spektrum von TeilnehmerInnen aus Gewerkschaften, Friedensbewegung, Antiglobalisierungsbewegung und auch Arbeitsloseninitiativen. Von Interesse war nicht zuletzt die Teilnahme des neugewählten PDS-Bundesgeschäftsführers (Uwe Hixsch) an der Podiumsdiskussion. Sein Beitrag zeigte, dass die Krise der PDS vielleicht auch eine neue Chance der Aktivitätentfaltung bietet, wenn sie die Dominanz von Partei (in der Gesellschaft) gegenüber den parlamentarischen Fraktionen wieder herstellt (so Hixsch). Hierzu muss – viel stärker als bisher – die westdeutsche Linke ihren Politikansatz einbringen und linke Gewerkschafter sich endlich trauen, sich auch mal positiv auf die PDS zu beziehen.

Ulrich J. Wilken

Nichts Neues aus Afrika?

Wie soll man NEPAD bewerten? Zu Dirk Krügers Artikel „Neoliberaler Schulterchluss afrikanischer Eliten“, Z 51

Zugegeben, die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD)¹ ist kein antiimperialistisches Programm der afrikanischen Massen, die sich entschlossen gegen das kapitalistische Format der Globalisierung stellen – aber damit ist ja wohl gegenwärtig auch kaum zu rechnen. Es ist ein zunächst von den Präsidenten Südafrikas und Senegals initiiertes Politikdokument, dem sich inzwischen die meisten anderen Staaten Afrikas südlich der Sahara angeschlossen haben, insofern natürlich ein Dokument der „afrikanischen Eliten“ – wie sollte es auch anders sein! Trotzdem enthält NEPAD wichtige neue Momente und Anknüpfungspunkte, die bei einer auch nur teilweisen Umsetzung Afrika eine bessere Stellung innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft und damit bessere Entwicklungschancen eröffnen könnten. Und es geht NEPAD auch nicht bloß um „ein gewisses pekuniäres Entgegenkommen der Geberländer“, wie Dirk Krüger meint (S. 154). Überhaupt erfährt der Leser aus dem Beitrag leider nur wenig über den Inhalt des Dokuments, außer Krügers Bewertungen. „Nachts sind alle Katzen grau“, so überschrieb Heinz Jung einmal eine polemische Erwiderung auf einen vergleichbaren Rundumschlag. Vorhandene Schattierungen der Katzen gehen bei der nächtlichen Betrachtungsweise leider unter. Diese zu übersehen kann man sich aber m.E. nicht leisten, wenn man politisch wirksam werden will.

NEPAD ist keine antikapitalistische Initiative – gleichwohl hat sie mit Neoliberalismus ungefähr so viel zu tun wie Keynes mit Milton Friedman. Die Kernsubstanz von NEPAD ist die Ankündigung der wichtigsten afrikanischen Führer, die afrikanischen politischen Probleme aus eigener Kraft lösen zu wollen, aus Eigeninteresse und auch um mehr und vor allem sinnvoller organisierte Unterstützung der Industrieländer zu erhalten: „Good Governance“ gegen „Good Money“, könnte man das verkürzt formulieren, eine Debatte, die ebensowenig neu wäre wie die Forderung nach einem ‚Marshallplan‘ für Afrika. Doch in diesem ‚Tauschgeschäft‘ erschöpft sich NEPAD eben nicht: Sowohl hinsichtlich des Inhalts von ‚guter‘ Regierungsführung als auch hinsichtlich der Forderungen an die Industrieländer werden wichtige neue Akzente gesetzt bzw. alte wieder aufgegriffen. Schon am Anfang wird das Kredit- und Hilfesyndrom als afrikanisches Entwicklungsproblem und nicht als Chance beschrieben (Punkt 3) – es geht bei NEPAD also nicht bloß um mehr Geld, sondern um andere Beziehungen zwischen Nord und Süd.

Was die „gute Regierungsführung“ betrifft, so steht dabei das Streben nach afrikanischen Lösungen für Bürgerkriege, diktatorische und korrupte Regime, krasse Menschenrechtsverletzungen und ein Minimum an Rechtssicherheit im Vordergrund. Die Bewältigung der damit verbundenen Probleme im afrikani-

¹ The New Partnership for Africa's Development, October 2001.

schen Kontext – und zwar ohne Einmischung von Europa/Amerika – ist in der Tat eine Bedingung, ohne die jede Entwicklungsanstrengung immer wieder zum Scheitern verurteilt sein wird. Extreme Armut und Hunger sind vor allem eine Folge dieser politischen, gewaltsam ausgetragenen Konflikte und nicht von natürlichen Gegebenheiten. Dass sich kapitalistische Konzerne und Interessen daran die Hände wärmen versteht sich quasi von selbst – gleichwohl können sie nur von Afrikanern friedlich bewältigt werden. Die Ankündigung von NEPAD, Entwicklungen auf diesem Gebiet im Rahmen eines NEPAD-Forums regelmäßig zu überprüfen und kritisch zu begleiten (Punkt 76) wäre m.E. – wenn eingelöst und mit entsprechenden Maßnahmen verbunden – ein wichtiger Fortschritt. Gelegenheiten für den Realitätstest auf diesem Gebiet sind – von der Elfenbeinküste bis Zimbabwe – reichlich vorhanden. Auch wenn man die Realisierungschancen hier als gering einschätzt, mit neoliberalen Wohlverhalten hat das nichts zu tun.

Was die ökonomische Seite von NEPAD angeht, so sind die Vorschläge des Dokuments eben gerade nicht neoliberal: Unterstrichen wird die zentrale Rolle funktionsfähiger Staaten, als Ursachen der Unterentwicklung werden neben dem Kolonialismus und eigenen Fehlern auch das internationale ökonomische System und teilweise auch die Politik der Strukturanpassung identifiziert (Punkte 18 bis 27).

Die Forderungen, die NEPAD an die Industrieländer stellt, mögen derzeit keine großen Realisierungschancen haben, wie Krüger an einigen aktuellen Beispielen mit Recht belegt. Dies ist aber m.E. kein Argument gegen NEPAD: Alle jene Punkte, die Krüger gegen das aktuelle Verhalten des ‚Nordens‘ auführt, und noch einige mehr (Nahrung, Handel, Schulden, Entwicklungshilfe), werden von NEPAD aufgegriffen und m.E. durchaus kritisch behandelt: Die gegenwärtige Schuldeninitiative wird als völlig unzureichend und vor allem nicht entwicklungsorientiert kritisiert, die Entwicklungshilfe wird nicht nur als zu niedrig sondern vor allem als falsch organisiert dargestellt. Ähnlich kritisch wird der unzureichende Marktzugang der afrikanischen Länder behandelt, und bezüglich des WTO-Prozesses werden gerechtere und den afrikanischen Bedingungen angepasste Lösungen verlangt (Punkt 185). Die von Dirk Krüger erwähnten „Widersprüchlichkeiten und Unzulänglichkeiten der westlichen Politik“ (S.157) werden in dem Dokument sämtlich und sehr deutlich als solche angesprochen. Für eine eventuelle neue WTO-Runde wird die Berücksichtigung der spezifischen afrikanischen Bedürfnisse eingefordert und die afrikanischen Regierungen werden zu gemeinsamen und abgestimmten Initiativen in diese Richtung aufgefordert. Es wird ein Forum vorgeschlagen, auf welchem die Entwicklungsländer die Industrieländer zu Maßnahmen der Strukturanpassung in den Staaten des Nordens auffordern sollen (Punkt 167 und 168). An einigen Stellen werden alte Forderungen wieder aufgegriffen, die in der Debatte der 70er Jahre um eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“ schon eine Rolle gespielt hatten (wie z.B. die Entwicklungsfinanzierung durch Sonderziehungsrechte, Punkt 145) und die dann der konservativen und neoliberalen Gegenoffensive nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1975 zum

Opfer gefallen waren.

Ob die im NEPAD-Dokument skizzierte Strategie wirklich Realisierungschancen besitzt ist sicherlich mit einem großen Fragezeichen zu versehen: Dieses Fragezeichen betrifft leider ebenso die Politik der Industrieländer (die in der Tat – und hier hat Krüger Recht – wenig Bereitschaft zeigen, den afrikanischen Forderungen substanziell entgegenzukommen) wie die Fähigkeit und Bereitschaft der afrikanischen Staaten und Führer, ihr Haus ohne fremde Einmischung in Ordnung zu bringen und gemeinsame Initiativen zu Durchsetzung des NEPAD-Programms (z.B. im WTO-Kontext) umzusetzen. So kann man dem Dokument vielleicht eine gewisse Realitätsferne vorwerfen – es ist aber keineswegs, wie Krüger schreibt –, ein Dokument „vorausseilenden Gehorsams“ (S.154). Es enthält wichtige positive Elemente und Forderungen für veränderte Beziehungen sowohl zwischen den afrikanischen Staaten als auch zu den Industrieländern, die sowohl gegenüber den unterzeichnenden afrikanischen Staatsführern als auch gegenüber dem Norden eingefordert werden sollten.

Jörg Goldberg



Der Krieg der USA gegen den „Internationalen Terrorismus“

Werner Biermann/Arno Klönne: *Ein Kreuzzug für die Zivilisation? Internationaler Terrorismus, Afghanistan und die Kriege der Zukunft*. Verlag PapyRossa, Köln 2002, 268 S., 15,50 Eur.

Bei jedem Besuch meines Stamm-Buchladens erstaunt mich die relativ beträchtliche Anzahl von Neuerscheinungen zum Thema „Der 11. September 2001 und die Folgen“. Oft sind es Sammelbände von Texten zu den verschiedenen Aspekten dieses Gegenstandes, mehr oder weniger umfassend und zuverlässig fundierte Analysen mit kritischem Akzent im Hinblick auf z.B. die Interpretation des Terrorismus-Phänomens in der politischen Klasse und in den Medien der USA; die aus der Katastrophe seitens der U.S.-Regierung gezogenen Schlußfolgerungen, Entscheidungen und Handlungen und ihre Konsequenzen u.ä.m. Diese Publikationen verweisen auf eine sehr gespaltene Öffentlichkeit hierzulande. Der Minorität jener, die sich der globalen Folgen des brutalen Ereignisses und der Reaktionsweise der Bush-Administration für die künftige internationale und Militärpolitik der Weltmacht USA bewußt sind, steht eine Mehrheit gegenüber, deren Reaktion sich in emotionalen, konventionellen und symbolischen Bekundungen erschöpft und deren Befürchtungen allenfalls terroristische Akte in Deutschland sind. Die Gewichtung der Herausforderungen und Probleme, die weltweit aus der verschärften Interessen-, Ziel- und Handlungsfi-

xierung der U.S.-Regierung erwachsen, zeigt seitens der politischen Klasse Verdrängung und Konzeptionslosigkeit und mithin die Unfähigkeit an, dem U.S.-amerikanischen Projekt eines bedingungslosen, langandauernden „Krieges gegen den internationalen Terrorismus“ eine Alternative entgegenzusetzen. Deutschland und Europa überhaupt werden den künftigen Aktionen der Politik und des Militärs der USA nicht widersprechen, murrend zustimmen und die geforderten Dienste leisten. „Es ist seit dem 11. September 2001 sehr deutlich geworden“, konstatieren die Autoren, „daß die Regierungen der mit den USA verbündeten Staaten sich eine ernsthafte Einflußnahme auf die Politik der Supermacht nicht mehr zutrauen.“ (17) Daß die Konsequenzen der nunmehr seitens der USA forcierten Politik nicht auf internationale Beziehungen und militärische Bündnisverpflichtungen beschränkt bleiben, sondern in den verbündeten Staaten auch alle Bereiche der Innenpolitik hochgradig tangieren, ist bereits unverkennbar.

Wem diese Perspektive zu pessimistisch dünkt, der/die kann sich umfassend und zuverlässig von der angezeigten Publikation belehren lassen. Die hier gebotene Analyse zeichnet sich durch Klarheit, Stringenz, Kenntnisreichtum und umfassendes Problemverständnis aus. Die Sachkompetenz der beiden Paderborner Wissenschaftler belegen u.a. ihre jüngst vorgelegten, gleichermaßen gehaltvollen kritischen Untersuchungen „Globale Spiele. Imperialismus heute...“ (gleichfalls gemeinsam, im gleichen Verlag 2001; vgl. Besprechung in Z-50) sowie „Die

Herren der Welt. Die Weltmachtpolitik der USA nach 1945“ (W. Biermann, PapyRossa 2000).

Die neue Untersuchung ist zeitgeschichtlich durch den Rekurs auf Primärquellen fundiert, empirisch durch breite Nutzung englischsprachiger politischer und Tages-Publizistik, die im Hinblick auf den thematischen Schwerpunkt der Arbeit, die Politik der USA im Nahen Osten und in Zentralasien, traditionsgemäß nicht nur viel umfassender und detaillierter als z.B. die deutschsprachige ist, sondern auch kritischer. Jedes politische und gesellschaftliche Thema oder Problem umfaßt eine Vielzahl von Aspekten, die in keiner einzelnen Studie gleichgewichtig behandelt werden können. In der vorliegenden Arbeit werden z.B. Genese, Ursachen und Formen von Terrorismus oder die Voraussetzungen der Rezeptionsweise des 11. September 2001 in der U.S.-Gesellschaft eher nur gestreift. Im Zentrum stehen dagegen die geografischen Räume, auf die sich aktuell das Interesse der Regierung George Bush jun. unter geopolitischen, strategischen und ökonomischen Aspekten konzentriert (Kapitel 4-8). Die dazu gebotenen materialreichen Einzelanalysen liefern historische, politische, ethnische u.a. Informationen, die auch interessierten Lesern nicht unbedingt geläufig sind. Für sehr verdienstvoll halte ich die von den Autoren gewählte Form der Präsentation des Textes, nämlich den häufigen, grafisch abgehobenen Einschub von (Ausschnitten aus) primären und sekundären Quellentexten. Anstelle einer komprimierten Bezeichnung des Gegenstands der neun

Kapitel werde ich nachfolgend die Kernpunkte der Argumentationslinie der Autoren verkürzt referieren:

- Nicht lange nach dem Schock, den der 11.9.2001 in der Gesellschaft der USA auslöste, erkannte die Bush-Regierung die Chance, die zwischen Entsetzen, Lähmung, Erklärungssuche und Rachebedürfnis schwankende Stimmung der Bevölkerung zu instrumentalisieren für die Akzeptanz politischer Entscheidungen und militärischer Handlungen, gerichtet auf Ziele, die im Normalfall schwer legitimierbar waren. „In der neuen Konstellation ist es für die USA leichter als bisher, militärische Interventionen in anderen Teilen der Welt so durchzuführen, daß sie Akzeptanz und Unterstützung finden.“ (13).

- Nach dem Ende der staatssozialistischen Gesellschaften 1989/91 und Jelzins Putsch einer verfassungswidrigen Auflösung der Sowjetunion blieb eine weitere Schwächung Rußlands ein Hauptziel der USA, weil Rußland noch Atommacht war, ein Bündnis mit China abschloß und auch immer wieder Ambitionen zeigte, Einfluß in den früheren Sowjetrepubliken zu behalten bzw. zurückzugewinnen.

- Da perspektivisch ein politisch-militärisches Zusammengehen von Rußland und China die einzig denkbare Machtkonstellation ist, die die globale Hegemonie der USA gefährden könnte, gilt es, deren Realisierung zu verhindern. In geopolitischer Hinsicht sind dabei die früheren zentralasiatischen Sowjetrepubliken von erstrangiger Bedeutung. Hier aber waren die USA bislang nur ökonomisch in begrenztem Maße prä-

sent, militärisch unter Geheimhaltung vorerst nur in Usbekistan. „Die USA hatten ein Interesse am zentralasiatischen Erdöl, was sie mit dem geopolitischen Wunsch verbanden, in eine Region vorzustoßen, wo die frühere Vormacht Rußland auf dem Rückzug war.“ (151) Die Einbeziehung vor allem von Tadschikistan und Kirgisien in den „Krieg gegen den Terrorismus“, dem sich auch Rußland anschloß, bescherte den USA stellvertretend kämpfende Bodentruppen sowie Luft- und Militärstützpunkte, vorab in den drei Republiken. Sie ermöglichen eine Kontrolle militärischer Anlagen und Bewegungen weit in die Tiefen Rußlands und Chinas.

- Diese Zielsetzung war maßgeblich für die Entscheidung, Afghanistan als erstes Land zu bestimmen, in dem der Krieg gegen den Terrorismus geführt wurde. Daß die U.S.-Regierung bereits im Juli 2001 beschlossen hatte, die Taliban, die die auf sie gesetzten Hoffnungen einer autoritären Kontrolle über das ganze Land nicht zu erfüllen vermochten, von der Macht zu vertreiben, ist heute mehrfach belegt. Die Legitimierung der Luftangriffe in Afghanistan mit der Absicht, bin Laden zu treffen, steht in Anbetracht keinerlei Beleges für seine Mitwirkung an der Planung und Finanzierung der Terroranschläge auf schwachen Füßen. Das Bestreben der U.S.-Führung wird nunmehr sein, mit einem Minimum an finanziellen und personellen Aufwand die Oberhoheit über das kaum regierbare Land zu behalten. „Die Vereinigten Staaten, seit fast drei Jahrzehnten der geopolitische Drahtzieher im Hintergrund, sind seit dem Oktober 2001

massiv auf den Plan getreten. Das seit längerem beobachtete U.S.-amerikanische Vordringen nach Zentralasien hat jetzt eine neue Schlagkraft gewonnen.“ (165)

- Neben dem intensiven geopolitisch-militärischen Interesse der USA an fester Präsenz in Zentralasien ist zugleich das Interesse am Zugriff auf die Öl- und Gasressourcen der Region manifest, an deren Erschließung, Aneignung und Verbringung durch Fernleitungen, die sowohl russisches wie iranisches Territorium meiden. Zur Zeit wird ein bereits vor Jahren entwickeltes, in Anbetracht der Unsicherheiten während „Pakistans Krieg“ (140-48) in Afghanistan (1992-95) aber aufgegebenes Projekt aktualisiert, eine Gasleitung vom Kaspischen Meer durch Afghanistan und Pakistan an die Küste zu legen. Das dieses Vorhaben tragende Konsortium wird von der U.S.-Gesellschaft Unocal geleitet. Aserbaidschan und Georgien markieren zwei weitere Knotenpunkte der „Hauptkampflinie 40. Breitengrad“ (Kapitel 8), wo U.S.-Ölgesellschaften seit Jahren Beteiligungen halten und von wo Öl über die Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan in die Türkei verbracht wird. (Kapitel 7)

- Der politischen Klasse der USA, vor allem ihrer majoritären nationalistisch-konservativen Richtung, erwachsen aus der Politik eines „weltweiten Krieges gegen den Terrorismus“, wie ihn George Bush jun. deklarierte, erhebliche außen- und innenpolitische Vorteile. In erster Hinsicht eine auf keine Widerstände stoßende Komplettierung der globalen Dislozierung militärischer Stützpunkte, die nunmehr noch die letzten

„schwarzen Flecken“ im perfektionierten orbitalen Kontrollnetz erfassen (siehe Frankfurter Rundschau vom 15.7.02 „Eine neue militärische Aufteilung der Welt“). Zugleich erhöht die U.S.-Regierung die Souveränität des Staates und seine globale Hegemonie durch noch ungehemmtere Definitionsmacht von Freund und Feind (16/17), Bestimmung der eigenen Interessen, dessen, was Völkerrecht ist (93f., 267), was Verträge beinhalten und verlangen, welche Bedrohungen existieren und wie sie zu beseitigen sind und vieles mehr. Keine befreundete, geschweige denn eine unter den Verdacht der Illoyalität geratene Regierung wird riskieren, der Schwäche gegenüber dem Terrorismus bezichtigt zu werden. Der ohnehin exorbitante Rüstungs- etat wird noch weiter hochgetrieben; zugleich jedoch zu Sparanstrengungen und patriotischen Opfern aufgerufen, ein Appell, der vor allem zu Lasten der Armen und wenig Bemittelten befolgt wird. Die starke Lobby der Rüstungsindustrien, zu der nicht wenige Regierungsmitglieder zählen oder zählten, wird einmal mehr zu friedengestellt und mithin verpflichtet. Hinderliche Rechts- und Freiheitsgarantien der Bürger, Ecksteine der liberalen Wertordnung, die bislang gewöhnlich zäh verteidigt wurden, werden nunmehr so gut wie widerstandslos eingeschränkt oder aufgehoben und durch menschenrechtswidrige Institutionen und Bestimmungen ersetzt (22-32). Das knappe Schlußkapitel (9) resümiert in dezidiert Weise ein Buch, dem weiteste Verbreitung zu wünschen ist.

Hansgeorg Conert

Chancen antikapitalistischer Selbstorganisation

Christian Fuchs, Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Gesellschaftliche Verhältnisse heute und Möglichkeiten zukünftiger Transformationen, Wien & Norderstedt 2001 (Books on Demand), 246 Seiten, 18,92 Euro.

In diesem Buch verfolgt Christian Fuchs das Ziel, „eine kritische Bestandsaufnahme des postfordistischen Kapitalismus zu geben und Möglichkeiten von emanzipatorischer sozialer Selbstorganisation heute und in anderen Gesellschaftsformationen (als potentiellen Zukünften) zu verdeutlichen.“ (5) Eine Lösung der globalen Probleme erscheine „nur durch die Nutzung der Selbstorganisationspotenz der Menschheit möglich.“ (7)

Vielleicht mag es als etwas übertrieben erscheinen, das Selbstorganisationsparadigma als einen „neuen“ interdisziplinären Ansatz zu bezeichnen (9): Die betreffenden naturwissenschaftlichen Untersuchungen von Maturana und Varela zur Autopoiese und von Prigogine über dissipative Strukturen reichen ja in die 1960er Jahre zurück und führten dann in den 70er und 80er Jahren zu einem intensiven Dialog zwischen Natur- und Sozialwissenschaften und Philosophie. Doch dieser Dialog ist eben unvermindert aktuell und geht weiter. Daran konnten auch zwiespältige Ausweitungen (etwa Jantsch, *Die Selbstorganisation des Universums*, 1979) nichts ändern, oder die Tatsache, dass man sich auch innerpostfordistisch und neoliberalistisch zunehmend auf 'Selbsttätigkeit' und 'Selbstorganisation' beruft. Fuchs sieht

diese Vereinnahmungsversuche durchaus, um so sinnvoller erscheint der Versuch, mit *dialektischen* Mitteln und ausgewogen, d.h. ohne übertriebenen Optimismus, aber auch ohne unproduktive Resignation, die Aussagekraft und Leistungsfähigkeit jenes Paradigmas für kapitalismuskritische Bewegungen und Standpunkte auszuloten.

Im *ersten* Kapitel, wo er auf Grundlagen der Selbstorganisationstheorie eingeht, betont Fuchs, dass man Konzepte nicht einfach aus einer Wissenschaft in eine andere übertragen kann: Sonst entstehen Fehlschlüsse durch Analogie, etwa Biologismus. Wichtig ist vielmehr, allgemeine und besondere (systemtypuspezifische) Aspekte der Selbstorganisation sorgfältig zu unterscheiden und aufeinander zu beziehen, ohne Differenzen einzuebnen. Erkenntnistheoretisch wird gegen einen radikalen Konstruktivismus, der von den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen abstrahiert, auf Widerspiegelungstheorie zurückgegriffen, aber so, dass damit kein totaler Determinismus durch die gesellschaftlichen Verhältnisse verbunden ist (später wird noch einmal betont, „dass Erkenntnis weder einen reinen Widerspiegelungs- noch einen reinen Konstruktionscharakter hat“ 64). Konzepte wie Emergenz und deterministisches Chaos können dialektisch aufgegriffen werden: letzteres im Sinne einer Dialektik von Zufall und Notwendigkeit. Um die Grundlagen einer vereinheitlichten Theorie der Selbstorganisation zu schaffen, sei „eine Verbindung von Informations- und Selbstorganisationskonzept wesentlich.“ (30) Später ist denn auch von einer „Vereinheitlichten Theorie der Information und Selbstorganisation“

die Rede (56), womit Dialektik freilich eher auf einen Primat der Einheit als einen der Differenz festgelegt scheint.

Kapitel *zwei* versucht zunächst den Gesellschaftsbegriff zu klären, um dann das Spezifische der kapitalistischen Gesellschaftsformation herauszuarbeiten (Selbstzweckhaftigkeit des Werts, Mehrwertproduktion durch abstrakt-menschliche Arbeit, Klassenantagonismus, Ausbeutungsverhältnisse, Entwicklung der Produktivkräfte durch Konkurrenz der Kapitale). Das Ökonomische *dominiert* (oder beeinflusst dominierend) die beiden anderen gesellschaftlichen Subsysteme, Politik und Kultur, ohne sie völlig zu determinieren. „Die Annahme einer nichtdeterministischen Kausalität stützt sich auch auf die Erkenntnisse der Selbstorganisationstheorie, die (...) einfache reduktionistische Erklärungen ablehnt.“ (37) Zu berücksichtigen seien multidimensionale Formen der Abweichung und wechselseitige Beeinflussungen zwischen Ökonomie, Politik und Kultur.

Mit dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate habe Marx nur eine Zusammenbruchstendenz des Kapitalismus beschrieben, keinen Automatismus (dessen Unterstellung sei durch Engels Vorschub geleistet worden); Marx berücksichtige sehr wohl entgegenwirkende Faktoren (vgl. 43). Der Begriff der *relativen Verelendung*, den Fuchs hinzuzieht (wofür *relative Verarmung* offenbar eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung darstellt), ist bekanntlich umstritten. Zunehmende Mechanisierung der Arbeit lasse unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen den Ausbeutungsgrad der Arbeitenden

immer mehr ansteigen, statt befreiend zu wirken. Übersichtlich stellt Fuchs die Funktionen des Staates im Kapitalismus dar: z.B. Organisation von Gegentendenzen zum tendenziellen Fall der Profitraten und der krisenhaften Zusammenbruchstendenzen, Sicherung der Reproduktionsbedingungen des Kapitals als nationalstaatliches Konkurrieren um *Standortsicherung*, ideologische Konsensherstellung durch Massenintegration und Sozialpolitik, etc. Bei der Auflistung der wichtigsten Widersprüche des heutigen Kapitalismus erweist sich m.E. allerdings als Manko, dass der Widerspruchsbegriff nicht weiter geklärt wird (was dialektische Grundlagen angeht, gibt es Nachholbedarf, freilich nicht nur bei Christian Fuchs).

Der Autor bezieht nun das verbreitete Schlagwort von der *Informationsgesellschaft* kritisch ein (*Kommunikationsgesellschaft* wird weniger aufgegriffen): „In unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaft, in der Wissen als eine systematisierte, organisierte und integrierte Form der Information eine wesentliche Produktivkraft darstellt und die als Informationsgesellschaft bezeichnet werden kann, ist vor allem die verdinglichte Information im Gespräch. Information als Ware wurde zu einem neuen Fetisch der bürgerlichen Gesellschaft.“ (56) Mit W. Hofkirchner versucht er eine objektivistisch-schematisierende Zuordnung semiotischer Dimensionen: der *syntaktischen* Ebene werden *‘Daten’* und *‘Wahrnehmung’* zugeordnet, darauf hierarchisch aufbauend werden der *semantischen* Ebene *‘Wissen’* und *‘Interpretation’* zugeordnet sowie der

pragmatischen Ebene *‘Weisheit’* und *‘Evaluation’*. Und zwar so, dass es in autopoietisch-lebendigen Systemen „eine syntaktische und eine semantische Dimension der Information“ gibt: „Signale werden nicht nur wahrgenommen, sondern auch interpretiert.“ (62f.) In sozialen Systemen komme bei individueller Information eine pragmatische Dimension hinzu: „Signale werden wahrgenommen, woraus Daten emergieren, die in interpretierter Form die Basis des Wissens darstellen. Wird Wissen in Entscheidungssituationen evaluiert, so kann daraus Weisheit emergieren.“ (63)

Dieses Schema scheint mir in mehrfacher Hinsicht fragwürdige Analogien herzustellen und bereichsübergreifend zu generalisieren, also genau das zu tun, wovor Fuchs einleitend mit Recht warnte. Z.B. laufen in lebenden Systemen zahlreiche Informationsprozesse ab, die von dem System bzw. den betreffenden Organen nicht *‘wahrgenommen’* werden (sondern z.B. nur die biochemische Ebene betreffen, vgl. die rekursive Transformation eines Genotyps in einen Phänotyp). Und linguistisch ist die pragmatische Dimension grundlegend auch für die Konzeption und das Verständnis der syntaktischen und semantischen, kann also schwerlich so spezifisch eingeeignet werden. Und reicht es auf sozialer Ebene wirklich aus, dass Information fixiert, tradiert, systematisiert und integriert wird, um damit schon *‘Wissen’* darzustellen? Muss sie dafür nicht zumindest gegründet und diskursiv begründbar sein (was das Schlagwort von der *‘Wissensgesellschaft’*, wo kaum mehr zwischen oberflächlich kommunizierba-

rer 'Kenntnis' und 'Wissen' unterschieden wird, freilich gern unterschieden)?)

Dies nur als äußerst kurze Andeutung einiger möglicher Einwände. Auch Fuchs' Rede von „Erkenntnissen“ (vgl. ebd.) droht hier zu oberflächlich zu geraten; unsinnig z.B. später die Unterstellung, dass durch bloße Veröffentlichung schon „aus den Erkenntnissen soziales Wissen“ wird (128): weder ist sicher, dass es sich um 'Erkenntnisse' handelt, noch, dass bloße Zugänglichmachung 'Wissen' generiert. Nun klingt der deutsche Ausdruck 'Weisheit' ('weise') sicherlich pathetischer als das englische 'wisdom' (*wise*: verständig, klug, geschickt). Gemeint ist aber offenbar die Notwendigkeit und auch Möglichkeit, bei aller Selektivität und Partikularität kompetente Wertungen und Präferenzen vorzunehmen und insofern prinzipien- und regelgeleitet 'weise' (gut, richtig, angemessen, möglichst wirkungsvoll etc.) zu entscheiden und zu handeln (man könnte auch sagen: nicht nur verständig, sondern vernünftig, in dynamischer Verbindung von Selbstgesetzgebung und situationsbezogenem Von-Fall-zu-Fall-Abwägen).

Soziale Systeme, so Fuchs, agieren vorwiegend nach Modi der Inklusion und Exklusion, wobei Inklusionen kooperativ generiert und orientiert, Exklusionen hingegen hierarchiebetonnt, macht- und herrschaftsorientiert seien (vgl. 67). „Durch Konkurrenz geformte Beziehungen, die eine wesentliche Rolle in unserer kapitalistischen Gesellschaft spielen, sind ein Ausdruck asymmetrischer Machtverhältnisse.“ (69). Zulassung ist als eine Form der Inklusion die Kehrseite der

Exklusion anderer (und umgekehrt), oft sind auch inklusive und exklusive Mechanismen intern dialektisch miteinander vermittelt (die Zulassung zu einer Maßnahme, einem Markt etc. kann unmittelbar Ausdruck von Ausschlussprozeduren sein); insofern wird man wohl sagen müssen, dass durchaus nicht jede Form von Inklusion kooperativ generiert und orientiert ist (so verstehe ich jedenfalls den Autor). In postfordistischen Betrieben gibt es Formen der Enthierarchisierung und 'Selbstorganisation', die an der restriktiven und konkurrenzbetonten Gesamtstruktur nichts ändern, im Gegenteil (darauf wird in Kap.3 eingegangen). So wird 'selbstorganisiert' nun bei Fuchs unvermeidlich zu einem *normativen* Prädikat, das etwa in folgender generalisierender Formulierung zahlreiche Probleme aufwirft: „Eine selbstorganisierte Gesellschaft wäre eine, in der sämtliche Individuen, die von zu lösenden Problemen betroffen sind, durch Prozesse soziale Inklusionen hervorbringen, die mit sämtlichen individuellen Normen und Werten der Betroffenen vereinbar sind.“ (72). Es ging aber ja gerade darum, *kompetente, sinnvolle, 'vernünftige'* Normen und Werte pragmatisch herzustellen und anzuwenden. Grundlagentheoretisch wird in diesem Buch vieles eher in den Raum gestellt als, wie beansprucht, „entwickelt“ (74).

In Kapitel drei wird die derzeitige postfordistische Phase des Kapitalismus näher beschrieben: als Einheit von Akkumulationsregime, Regulationsweise und Disziplinarmodell, die auf nichtdeterministische und multidimensionale Weise miteinander vermittelt sind. Dieses Kapitel gehört mit

seinem klaren Realismus sicherlich zu den aktuellsten und interessantesten. Als Reaktion auf die Krise des Fordismus habe sich der Postfordismus von der standardisierten Massenproduktion auf diversifizierte Qualitätsproduktion verlagert: Charakteristika wie Lean Production, Dezentralisierung, Partizipatives Management, Job Rotation, Job Enlargement, Job Enrichment werden kurz erläutert. Fuchs stellt klar, „dass die neuen Unternehmens- und Arbeitsorganisationsweisen keine Humanisierung der Arbeit bedeuten, vielmehr die Zunahme von Stress, Selbstdisziplinierung und gegenseitigen Disziplinierungen der Arbeitenden, deren Spaltung sowie eine sich daraus ergebende Zunahme der Ohnmacht und Zustimmung zur eigenen Ausbeutung.“ (80)

Ebenso klar wird in Sachen Globalisierungsdiskussion hervorgehoben, dass der Kapitalismus „ein grundsätzlich globales System“ ist, „das nur über den Weltmarkt funktionieren kann“ (82), und dass es obsolet ist, unter kapitalistischen Bedingungen auf eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu hoffen. Der Neoliberalismus als Regulationsweise bedeutet „die Deregulierung von Schranken wie Schutzzöllen und Steuern sowie von sozialen Sicherungssystemen“ (85), freilich nicht notwendigerweise die von Subventionen, Bevorzugungen im Wettbewerb, Absprachen usw. (so ist sicherlich hinzuzufügen). Im internationalen Wettbewerb bedeutet Globalisierung nicht nur Delokalisierung, sondern auch Relokalisierung (Standortvorteile und -nachteile). Entsprechend müssen auch die Neuen Sozialen Bewegungen sowohl global als

auch lokal denken und handeln.

Besonders herausgearbeitet wird, dass die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien „unter den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen weder unkritisch fortschrittsoptimistisch noch technikpessimistisch betrachtet werden sollten“ (93); entsprechend wird auch die Rolle des Internets sehr ausgewogen analysiert. Ebenso realistisch wird nachgezeichnet, wie der Staat zum Statthalter der Kapitalakkumulation wird: Konzerne werden hofiert, Arme werden verwaltet, überwacht, bei Laune gehalten, während ihre Lebensbedingungen sich weiter verschlechtern. Wie Pierre Bourdieu betonte: „Die neoliberale Botschaft ist konservativ: Arbeitet viel, ohne Garantie und Sicherheit!“ In puncto 'Kontrollgesellschaft' greift Fuchs auf Foucault und Deleuze zurück: Kontrollen präsentieren sich im Gegensatz zu Disziplinen „ultra-schnell und freiheitlich aussehend“ (102), es wird gemenschelt, klimatisiert und geteamt, dabei totalverzweckt. Lohnarbeitende „werden zu Ausbeutern, um fähig zu sein, selbst ausgebeutet zu werden.“ (115) Erinnert wird an Rosa Luxemburgs These, der Kapitalismus produziere immer wieder nichtkapitalistische Milieus ursprünglicher Akkumulation, damit die Akkumulation des Kapitals überhaupt funktionieren könne. Teile der Dritten Welt werden heute zum Müllplatz des Westens: überhaupt ausgebeutet zu werden, wird gleichsam zum Privileg.

Angesichts solch neuerer Entwicklungen versucht Fuchs auch den Klassenbegriff neu zu interpretieren (wie berechtigt das ist, kann und will ich hier nicht diskutieren), sodass der

Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital grundlegend bleibt, aber auf der Seite der Arbeit „KernarbeiterInnen, periphere ArbeiterInnen, Reproduktionsarbeitende und Arbeitende in rassistischen Produktionsverhältnissen“ sowohl eigene Klassen als auch eine „Überklasse“ bilden, zu der auch noch „Arbeitslose, in Armut Lebende und die Menschen in der Peripherie“ gehören (122).

Kapitel vier untersucht unter dem Titel 'Selbstorganisation gegen den Kapitalismus' die Herausbildung emanzipatorischer sozialer Netzwerke. Fuchs versteht diese mit Deleuze und Guattari (*Tausend Plateaus*) als *Rhizome* und stellt dafür mehrere Bedingungen auf: Rhizome sind antihierarchisch und dezentral strukturiert. Jeder Punkt kann und/oder muss mit jedem anderen verbunden werden (Prinzip der Konnexion). Normenwahl und Entscheidungen müssen in sozialer Interaktion basisdemokratisch und kooperativ getroffen werden, die Machtverteilung ist symmetrisch. (Wie bei hoher Mitgliederzahl aktive Partizipation aller und hinreichende, nicht manipulativ sondern möglichst selbsttätig erworbene Sachkompetenz gesichert werden sollen, bleibt natürlich problematisch.) Einzelne soziale Bewegungen, die Teil des Gesamtnetzwerkes sind, werden als *Plateaus* angesehen (Elemente eines Rhizoms) und über kommunikative Linien verbunden (global mittels des Internets – indes hat ein Drittel der Menschheit keinen Zugang zu Elektrizität). Bei gemeinsamen Aktionen dominiert Vielfalt, die Herausbildung und Verlagerung gemeinsamer Fluchtlinien erfolgen flexibel, ebenso die Zusammensetzung der Mitglie-

der. Neue Rhizome können aus dem alten hervorgehen und spontan auftreten; Überwachung und Beherrschung von außen wird so erschwert. Wenn man eine intellektuelle Avantgarde braucht, die Aufklärungsarbeit leistet, muss man vermeiden, dass sie zu einem clanhaften Ausgangsbecken exklusiver sozialer Information wird, sich in inneren Machtkämpfen und endlosen Diskussionen erschöpft usw.

Auf Sprach- und Verständigungsproblematik und die ihr immanenten Formen von Überkomplexität, Unbestimmtheit, Unentscheidbarkeit, (z.T. daraus resultierender) Gewalt usw. wird insgesamt wenig (bzw. wenig speziell) eingegangen. Die spezifisch *dialektische* Form emanzipatorischer Politik, die es herzustellen gilt, sieht Fuchs offenbar wesentlich in der Sicherung einer „Einheit in der Vielfalt.“ (164) Unterschieden wird zwischen Temporären Autonomen Rhizomen (TAR) und Permanenten Autonomen Rhizomen (PAR); Rhizome von Rhizomen erfordern ein Meta-Rhizom, dessen Struktur aufgrund ihrer hohen Komplexität „nicht wirklich fassbar“ ist (166). Vieles in diesem Kapitel bleibt (trotz einiger Beispiele, die besonders den möglichen progressiven Gebrauch des Internets illustrieren sollen) sehr allgemein, könnte aber in Anschlussarbeiten weiter ausgeführt werden. Dieses Buch muss insofern als Teil eines Gesamtprogramms betrachtet werden, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Kapitel fünf setzt sich mit dem sozialen Selbstorganisationscharakter diverser Demokratiemodelle auseinander: Behandelt werden die Repräsentationsdemokratie, direktdemokrati-

sche Modelle und die anarchistische Basisdemokratie. Fuchs' Ausführungen dazu sind detailliert und interessant, besonders der anarchistischen Basisdemokratie wird breiter Raum gewidmet, wobei mit zahlreichen Vorurteilen aufgeräumt wird. In der Repräsentationsdemokratie geben WählerInnen ihre Stimme ab, „um auf tatsächliche politische Mitgestaltung zu verzichten“ (178). Der Unterschied (sogar Gegensatz) von Plebiszit (das auch in totalitären Herrschaftsformen eingesetzt wird) und Basisdemokratie wird erhellend herausgearbeitet. Direktdemokratische Modelle sind in einer Massengesellschaft schwer zu verwirklichen. TheoretikerInnen des Anarchismus nun behaupten, „eine Organisationsweise ohne Staat, Zwang, Disziplin, Unterwerfung, Gehorsam, Gewalt, Hierarchie, Autorität, Repräsentation und Herrschaft sei (...) sehr wohl möglich.“ (191) Dabei scheinen sie allerdings, was Fuchs hier weniger thematisiert, oft auf ein unrealistisch optimistisches Menschenbild zurückzugreifen, das, wie es manchmal immunisierend oder experimentell-appellierend heißt, nicht näher begründet werden kann, solange die durch die Verhältnisse bewirkten Verzerrungen noch bestehen. „Anarchismus ist mit Herrschaftslosigkeit und Antistaatlichkeit negativ bestimmt, es ist allerdings auch eine positive Bestimmung im Sinne der Selbstbestimmung auf Basis freier Vereinbarungen und gegenseitiger Hilfe möglich.“ (193)

Fuchs thematisiert nun drei Konzeptionen oder Typen des Anarchismus: „Der *Kommunistische Anarchismus* betont die Eliminierung des Tausch-

wertes und die bedürfnisorientierte Produktion, in der jedeR gratis das bekommt, was er/sie zum Leben braucht. Dies gilt unabhängig davon, ob er/sie einer gesellschaftlich notwendigen Arbeit nachgeht oder nicht. Der *Mutualismus* (vgl. engl. *mutual*: gegenseitig, wechselseitig, T.C.) will nicht den Tauschwert abschaffen, sondern das Geld in der Form eliminieren, dass eine Tauschbank geschaffen wird, aus der jedeR Produkte in dem Wert bekommt, den er/sie abliefern. Dem *Anarchosyndikalismus* geht es vorwiegend um die Arbeiterselbstverwaltung, d.h. er befürwortet die Übernahme von Betrieben durch Arbeitende in der bestehenden Gesellschaft als Basis für eine Gesellschaft, in der die Arbeitenden die Betriebe und die Produktion selbst kontrollieren und alle Entscheidungen, die in ihrer jeweiligen Produktionsstätte anfallen, kollektiv treffen.“ (195f.)

Näher eingegangen wird z.B. auf Murray Bookchins (*Die Neugestaltung der Gesellschaft*) Libertären Kommunalismus, der die Notwendigkeit, aber auch Schwierigkeit der Entwicklung von Fähigkeiten zur Selbstkritik und Selbstregierung betont und zeigt, dass das Konsensprinzip leicht in eine 'Tyrannei des Konsenses' umschlagen kann. Beginnt man auf kommunaler Ebene, kann die Macht des Staates nach oben hin geschwächt werden. Man muss experimentell mit antihierarchischen Strukturen beginnen, da hierarchische Strukturen und Strategien (ein innerer Widerspruch des Parteikommunismus) keine antihierarchischen Verhältnisse schaffen können.

„Unter sozialer Selbstorganisation“, so erläutert Fuchs noch einmal generell, „wird in dieser Arbeit verstanden, daß Individuen, die von Strukturen betroffen sind, Eintreten, Form, Verlauf und Ergebnis des Prozesses der Strukturetablierung selbst bestimmen und gestalten können, indem sie durch Wechselwirkungen auf der Mikroebene Strukturen auf der Makroebene hervorbringen.“ (208) Dass es nur bedingt sinnvoll ist, allgemeine Empfehlungen zu geben, wo es um konkrete Situationen geht, muss hingenommen werden (vgl., dass etwa Bloch und Adorno das 'Auspinseln' von Utopien ebenso ablehnten wie Marx). „Einerseits zeigt uns die Selbstorganisationstheorie, dass die Planbarkeit der geschichtlichen Entwicklung deutlichen Grenzen unterliegt. Andererseits bedeutet der Anspruch der Realisierung eines bestimmten Gesellschaftsentwurfs eine neue Elitenbildung, die nicht auf neuen Prinzipien basiert, sondern alte konserviert.“ (213) Eben das gilt es zu vermeiden.

In einer abschließenden Betrachtung (Kapitel *sechs*) knüpft Fuchs an Marcuses Technikbegriff an: Während Technik im Kapitalismus ein Herrschafts-, Ausbeutungs- und Kontrollinstrument sei, könne sie in einer freien Gesellschaft bedürfnisorientiert eingesetzt werden und eine Reduktion der Arbeitszeit aller bewirken. Eine alternative technologische Rationalität (so auch Bloch und Bookchin) müsse sowohl das Verhältnis zur Natur als auch das der Menschen untereinander verändern; dass die dafür notwendigen veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einerseits (zumindest

als Realpotential) schon vorausgesetzt, andererseits erst geschaffen werden müssen, kann sich je nach Enthusiasmus und Kooperationsfähigkeit der Menschen als hemmender oder als produktiver Zirkel (im Sinne dynamischer Rückkopplungseffekte) erweisen. Was als Realsozialismus figurierte, war „Arbeitsgesellschaft, nicht die Befreiung der Gesellschaft von der Lohnarbeit, sondern die Befreiung der Lohnarbeit aus ihren kapitalistischen Fesseln stand im Vordergrund.“ (222) Fuchs strebt eine Verabschiedung der Tausch- und Arbeitsgesellschaft gleichermaßen an; nicht zentrale Planwirtschaft, sondern freie individuelle Bedarfserhebung solle im Vordergrund stehen. Dazu müsste freilich jeder Mensch kompetent und selbstkritisch seine wahrhaften Bedürfnisse ermitteln und angeben können und dies auch wollen, und ebenso, was er für die Gesellschaft tun kann und will (und dies dann auch *tun*); ob das realistisch ist und für alle selbstbestimmt koordiniert werden kann, mag dahingestellt sein, es kann vorab ebensowenig bejaht wie abgetan werden.

Insgesamt ein lohnendes, anregendes Buch, mit dem man sich produktiv auseinandersetzen kann und zu dem der Autor sicherlich noch manches hinzufügen wird, bzw. er hat das inzwischen bereits getan: Eine Fortsetzung befasst sich mit den Zusammenhängen von evolutionärer Systemtheorie und marxistischer Krisentheorie.

Thomas Collmer

Imperial Jihad?

Amy Holmes/Stefan Schmalz/David Salomon/Guido Speckmann (Hrsg.), *Imperial Jihad? – Über Fundamentalismus, Schurkenstaaten und neue Kriege*, VSA-Verlag, Hamburg 2002; 198 S.; 15,50 Euro.

Im VSA-Verlag ist soeben ein Sammelband erschienen, der sich mit den Ursachen und Folgen des 11. September beschäftigt. Entstanden ist dieses Buch aus der Veranstaltungsreihe „Intelligenter Frieden“ an der Universität Marburg. Die Herausgeber versuchen nach eigener Aussage einen Beitrag zu einem „intelligenten Friedenskonzept“ zu leisten, das weder vorschnell Zusammenhänge konstruiert noch den Blick auf das Ganze verliert. In diesem Sinne schließt schon die Konzeption des Buches eine reduktionistische Behandlung des Themas aus und stellt sich der Komplexität der Ereignisse im Licht der neuen Weltordnung, die nur eine Supermacht zurückließ.

Empfehlenswert ist die Lektüre des Aufsatzes von F. Unger, der die „ideellen Faktoren“ der US-amerikanischen Politik untersucht. Die USA verfolgen nach Unger spätestens seit der Wende zum letzten Jahrhundert, konsistent seit 1941, das Projekt des sogenannten „liberalen Internationalismus“, das operational die Beseitigung aller Hindernisse für die eigene kommerzielle Expansion zum Ziel hat und als direkter Gegenbegriff zum Internationalismus der Arbeiterbewegung verstanden werden kann. Ideologisch ist dieses Projekt gekennzeichnet durch eine politische Rhetorik, die sich zugleich gegen Reaktion (Feudalismus, Fa-

schismus) und Revolution (Sozialismus, Kommunismus) wendet, so daß stets das Bild einer moderaten Position der Mitte und des wahren Fortschritts erzeugt werden kann. Der interne Diskurs suggeriert eine prädestinierte Rolle Amerikas als (christlicher) Heilsbringer der Menschheit oder (säkulare) Friedensmacht. Unger verfolgt zunächst die geistigen und politischen Wurzeln dieser „imperialen Expansionsideologie“, die er auch aus dem Abschluß der Besiedlung der Westgebiete (frontier) herleitet. Die Ideologie vom freien Markt als einzigem Faktor für Prosperität und Fortschritt entspringt offenbar der Erfahrung des freien Landes, das natürlich nie frei war. Die Freiheit, in der sich die vermeintlich heilsbringende Kraft des Marktes entfalten konnte, mußte sowohl im Land der Indianer als auch an zahlreichen anderen Orten (zuletzt eben Afghanistan) erst mit Waffengewalt durchgesetzt werden. In Anlehnung an die beiden historischen Figuren, die das Politikkonzept des liberalen Internationalismus vertraten – der eine theoretisch, der andere praktisch – entwickelt Unger den Begriff des „Brightismus-Wilsonismus“ (analog zum Marxismus-Leninismus). Daß sich die USA auf die Funktionsprinzipien der Vereinten Nationen einließen (ideologische Überparteilichkeit, Anerkennung des Souveränitätsprinzips), war pragmatisch allein der vorübergehenden Existenz der Sowjetunion geschuldet. Immer bedeutete liberaler Internationalismus jedoch die weltpolitische Durchsetzung amerikanischer Hegemonie. Vorrangiges Ziel der US-amerikanischen Politik nach dem

Zerfall der bipolaren Weltordnung ist es, potentielle Konkurrenten auf der Weltbühne davon abzuhalten, eine größere regionale oder globale Rolle zu spielen. Den Jugoslawienkrieg interpretiert Unger (in Anlehnung an D. N. Gibbs) als Konkurrenzkampf innerhalb des atlantischen Bündnisses, der die NATO unter amerikanischer Führung in Europa etablierte. Und das strategische Ziel des Krieges gegen die Taliban ist nicht die Terrorismusbekämpfung (Unger weist darauf hin, daß die ideologischen Motive der Attentäter in der amerikanischen Militärpräsenz in Saudi-Arabien zu suchen sind), sondern die Etablierung und Festigung des US-Einflusses in der Ölregion Kaspisches Meer.

M. Baraki zeigt in seinem Aufsatz, daß Afghanistan schon seit Beginn des 18. Jahrhunderts immer wieder Opfer seiner geostrategischen Lage geworden ist. Bei ihm findet sich u.a. der Hinweis auf das Buch „Die einzige Weltmacht“ des ehemaligen Sicherheitsberaters von US-Präsident Carter, Z. Brzezinski. Quintessenz dieses Titels: Das Schicksal der Welt wird in Asien entschieden. Wer Asien beherrscht, wird die Welt beherrschen. Das langjährige Engagement der USA in Afghanistan, die dieser Doktrin nach wie vor zu folgen scheinen, wird hier ebenso kritisch wie kenntnisreich beleuchtet.

A. Klönne und W. Biermann kritisieren in ihrem Aufsatz u.a. die im deutschen Diskurs vorherrschende „Abqualifizierung“ profaner Politikmotive wie etwa das ökonomische Interesse an einer Neuverteilung von Räumen und Ressourcen. Reichlich Belege für die These einer imperia-

listisch motivierten Politik der USA trägt M. Massarrat in seinem Artikel vor: Das Interesse an einer Diversifizierung der Öl-/Gasquellen und Transportrouten und die Schlüsselrolle des Afghanistan-Pipeline-Projekts werden hier beleuchtet. Für W. Wolf markieren die Jahre 1989/90 die Wiederkehr des „ordinären Kapitalismus“. Seitdem gewinnen Rüstungsindustrie und militärisch-industrieller Komplex (MIK) wieder zunehmend an Bedeutung. Die Verflechtungen des MIK mit der europäischen und deutschen Politik werden detailliert herausgearbeitet. G. Meyer untersucht die geostrategischen Konfliktlinien im mittelasiatischen Raum und klärt uns über die historischen Hintergründe dieser Region auf. F. Deppe vertritt die These, daß sich momentan ein globaler High-Tech-Kapitalismus unter der Dominanz der USA formiert, der zunehmend gewaltsame Eruptionen und neue Formen der Kriegsführung und Gewalt produziert: „Die neuen Kriege sind durch Terror und Gegenterror, durch Entstaatlichung und Entgrenzung, aber auch durch eine neue Logik der technologischen ‚Unantastbarkeit‘, die von den USA in Anspruch genommen wird, charakterisiert.“

Des weiteren enthält der Band noch einige Aufsätze, die sich mit den konkreten innenpolitischen Bedingungen verschiedener Länder beschäftigen, die in diesem Kontext von Interesse sind: A. Holmes entdeckt aus feministischer Perspektive erstaunliche Parallelen zwischen dem christlich-amerikanischen und dem islamistischen Fundamentalismus und ist der Ansicht, „daß fundamentalis-

tische Bewegungen am ehesten als patriarchalische Protestbewegungen bezeichnet werden können.“ M. Brumlik kritisiert die einseitigen Schuldzuweisungen an den Islamismus und ist der Meinung, daß mit dem internationalen Terrorismus „dem imperialen westlichen Universalismus ein ebenso universalistischer Schatten, ein unerträgliches Zerrbild seiner Selbst erstanden ist.“ J.M. Becker rekapituliert die Militarisierung der deutschen Gesellschaft nach 1989/90, und S. Kebir zeigt am Beispiel Algeriens, „daß es vor allem die kolonialen Strukturen waren, die in der Neuzeit eine Demokratisierung der islamischen Völker verhindert haben.“ Zuletzt wirft G. Nordbruch einen detaillierten Blick auf die antisemitische Wahrnehmung gesellschaftlicher Konflikte in Ägypten, die aus seiner Sicht einer kollektiven Hoffnung auf eine „romantische Gegenmoderne“ entspringt „und sich weitgehend unabhängig von Koran und Sunna als moderne Ideologie entwickelt.“

Der Sammelband bietet diverse Analyseansätze, überzeugt durch eine Fülle an Informationen und ist als Diskussionsgrundlage über die Ereignisse nach dem 11. September bestens geeignet. Er macht deutlich, daß die weltpolitische Gemengelage zwar komplex, aber durchaus verstehbar ist. Und so bleibt als einziger Wermutstropfen, daß sich das Wort „Schurkenstaaten“ ohne Anführungsstriche auf dem Buchdeckel befindet. Hoffen wir, daß dies nur eine Unachtsamkeit des Verlages gewesen ist

Dominik Labitzke

Das vitale Interesse an der Politik

Hans-Jürgen Bieling, Klaus Dörre, Jochen Steinhilber, Hans-Jürgen Urban (Hrsg.), *Flexibler Kapitalismus, Analyse, Kritik und politische Praxis*, VSA-Verlag, Hamburg 2001, 398 S., 29,70 Euro.

Dieses Buch ist Frank Deppe zu seinem sechzigsten Geburtstag überreicht und gewidmet worden. Es versammelt Beiträge von 44 Freunden und Schülern des politischen Intellektuellen, die sich in 28 Texten der Sache zuwenden, mit der sich Frank Deppe selbst seit langer Zeit intellektuell produktiv beschäftigt: kritische Gesellschaftstheorie neu zu denken, die Konturen und Bruchstellen des zeitgenössischen Kapitalismus auszuloten, um so das Terrain zu vermessen, auf dem eine nachfordistische, kapitalismuskritische Linke agieren könnte (10). Die Herausgeber haben ein anregendes und Streitbares Buchprojekt organisiert, für welches sie die Autorinnen und Autoren baten, auf ihrem jeweiligen wissenschaftlichen und politischen Arbeitsgebiet der Frage nachzugehen: „Was ist wirklich neu an der jüngsten Epoche der Weltgeschichte und an der Gesellschaft, die sie hervorbringt?“ (10)

In ihrem Einleitungsbeitrag umreißen die Herausgeber die Konturen und Bruchstellen des zeitgenössischen Kapitalismus: An der Schwelle zum 21. Jahrhundert scheint die fordistische Arbeiterbewegung einer „passiven Revolution“ ausgesetzt – wieder revolutioniert der Kapitalismus seine ökonomische und soziale Struktur, und wiederum geschieht das unter

den Bedingungen einer verheerenden Defensiv- der Arbeiterbewegung und der politischen Linken (11). Prägend in diesem Prozess ist die veränderte Stellung des Marktes in der Gesellschaft, unter dessen Dominanz die staatlich-bürokratischen Planungsmechanismen und die Regulationsweisen des fordistischen Typs zerbrechen. Statt diese Entwicklung allein der neoliberalen Politik zuzuschreiben, wird in den Beiträgen des Buches, in den Kreisen und Netzwerken der Autoren, der Herausgeber und des Geehrten diskutiert, dass der Neoliberalismus lediglich die Folie sein könne, hinter der sich ein Kapitalismus neuen Typs verbirgt. Der Neoliberalismus wäre so keine ausschließlich destruktiv wirkende Übergangsideologie, sondern ein politisches Projekt mit institutionellem Fundament, das zu einer Revitalisierung des Kapitalismus beiträgt, in dem es neue ökonomische und soziale Strukturen schafft.

Die Herausgeber und Autoren begeben sich bei der Suche nach den Indizien für einen „flexiblen Kapitalismus“ bewusst auf unsicheres Terrain – durchgehend jedoch mit einem sicheren analytischen und politischen Blick für Kontinuität und Bruch. Nachdem im Einleitungsbeitrag der Herausgeber die Haltung und die Kontinuitäten im wissenschaftlichen und politischen Denken Frank Depes seit Mitte der 60er Jahre über die verschiedenen Zyklen der jüngeren bundesdeutschen Geschichte hinweg umrissen werden, betonen sie noch einmal den Charakter des Buches als einem, welches keine fertigen Antworten auf die Frage präsentiert, wie sich die Rekonstruktion der politi-

schen Linken analytisch und konzeptionell heute konkret denken lässt (30). Es geht demnach eher um eine punktuelle Sondierung des Terrains einer progressiven zukünftigen Linken und vor allem um den wichtigen Beginn der Debatte über die „neuen Zeiten“: „Welche Kategorien werden benötigt, um die veränderte Realität zu erfassen? Welche Handlungsspielräume bleiben der Politik? Wie lässt sich die Funktion des kritischen Intellektuellen erneuern? Wo liegen mögliche Bruchstellen des neuen Systems, an denen linke Politik anzusetzen hätte?“ (31)

In vier Teilen des Buches bemühen sich die Autorinnen und Autoren um Antworten. Im ersten Teil geht es um die politische Ökonomie des „flexiblen Kapitalismus“: Wolfgang Fritz Haug plädiert dafür, dass die Linke die Wandlungen des Kapitalismus wieder stärker unter dem Gesichtspunkt der Produktivkraftentwicklung und ihrer dialektischen Beziehungen zu den Produktionsverhältnissen angehen solle; also die Produktionsweise neu zu überdenken (36-53). Die Scheu, sie zu denken, komme einer Selbstblockade von Marxisten gleich. Haug benennt flexible Elemente des gegenwärtigen Kapitalismus, spürt Gründen für die Unterbeleuchtung der Analyse der Produktionsweise nach und deduziert einen transnationalen Hightech-Kapitalismus. Die Linke müsse ihre Organisations- und Denkformen defordisieren.

Joachim Bischoff und Richard Detje stellen sich Fragen nach der Aktualität der Kritik der politischen Ökonomie in einer vermeintlichen Shareholder-Gesellschaft (54-71). Auch

sie widmen den niemals linearen Veränderungen der Produktionsweise eine Folge von Überlegungen, die in Vorschlägen zu Etappenbestimmungen des Kapitalismus münden.

Jörg Huffschmid untersucht in seinem Beitrag die internationalen Finanzmärkte und fragt, ob sie das Zentrum eines revitalisierten Kapitalismus sind (72-83). Die Finanzmärkte wurden schliesslich von einer Begleiterscheinung der Auflösung des alten Systems von Bretton Woods zu einem Hebel des neuen Systems der Gegenreform (76). Letztere ist jedoch nicht abgeschlossen und instabil, so Huffschmid, daher müssten Protest und Widerstand zu einer politischen Bewegung ausgebaut werden, die die Demokratisierung der Wirtschaft auf die Tagesordnung setze.

Rainer Rilling stellt die Frage, ob das Internet für den Kapitalismus eine neue eigene netzwerktechnologische Basistechnologie herausgebildet hat, die sich als eigene technische Basis einer nachfordistischen Entwicklungsphase etabliert (84-92). Nach der Erläuterung des Mediums zeichnet er dessen offene politische Struktur, die verschiedene Optionen des Eigentums und der Vermittlung bietet.

Dieter Boris bilanziert die Entwicklung Lateinamerikas im Neoliberalismus (93-106) als widersprüchlichen Wandlungsprozess zwischen „peripherem Kapitalismus“ und „aufstrebenden Märkten“. Im Vordergrund seiner Analyse stehen die strukturellen Defizite des neoliberalen peripheren Kapitalismus mit seinen brutalen sozialen Folgen.

Der neoliberalen Flexibilisierung gehen auch Choon-Kweon Koo und Ho-Geun Lee nach – bezogen auf das südkoreanische Modell und seinen Charakteristika (107-118). Nach der spektakulären Industrialisierung geriet das Modell in der Globalisierung in die (IWF)-Krise – die für Korea eine ökonomische und eine politische ist und in erster Linie zu Lasten der abhängig Beschäftigten ging.

Der zweite Teil des Buches setzt sich mit dem Verhältnis von Staat und Politik im flexiblen Kapitalismus auseinander. Kees van der Pijl stellt die nationalen Grenzen der transnationalen Bourgeoisie heraus, wiewohl ihre widersprüchliche Transnationalisierung einen manifesten historischen Trend darstelle (120-131). Die herrschende Klasse kann trotz der Globalisierung auf die nationalen Grundlagen ihrer Macht nicht verzichten, so dass selbst die am stärksten transnational orientierte globale Klasse in konfliktorischen Beziehungen mit den lokalen Kräften stehe. Sowohl neue Formen der Klassen als auch des Klassenbewusstseins werden von van der Pijl erörtert.

Bernd Röttger setzt sich in seinem Beitrag mit der Aktualität materialistischer Staats- und Kapitalismustheorie auseinander und macht Vorschläge zu ihrer Aktualisierung (132-144). Das aufgreifend, was Frank Deppe als Theoretiker der Politik und des Staates herausgearbeitet hat, plädiert Röttger für eine aktuelle Analyse, die ausgehend von den Veränderungen in der Betriebsweise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und in der hegemonialen Bearbeitung des Klassengegensatzes ein vitales Inte-

resse an der Politik des nachfordistischen Kapitalismus als Herrschaftsprojekt entfaltet. Gegen ein voraussetzungsloses „Regulations-Geschwafel“ setzt er die Gramsci-Unterscheidung von politischer Kritik und historisch-gesellschaftlicher Kritik.

Nikos Kotzias arbeitet das Verhältnis der USA zu Europa heraus (145-160); die Frage nach dem Charakter der euroatlantischen Beziehungen ist eine der aktuellen Schlüsselfragen. Nach einer historischen Analyse kommt er zu dem Schluss, dass auch weiterhin die Reproduktion der eigenen Hegemonie für die USA im Vordergrund stehen.

Michael Felder, Albert Statz und Stefan Tidow setzen sich mit dem alten und dem neuen Intergouvernementalismus in der Entwicklung der europäischen Integration auseinander (161-176). Jenseits von Eurooptimismus und -pessimismus plädieren sie für eine Kritik der jeweiligen politikfeldspezifischen Praktiken, die politischen Handlungsmöglichkeiten durch Europäisierung zu erweitern. Reformen können dabei nur das Ergebnis sozialer und politischer Kämpfe sein.

Dem Themenfeld Arbeit und Gesundheit zwischen der supranationalen und der betrieblichen Regulierung widmet sich der Beitrag von Thomas Gerlinger, Uwe Lenhardt und Klaus Stegmüller (177-192). Sie zeigen anhand des Arbeitsschutzes, welche Chancen und Risiken für eine moderne gemeinsame Sozialpolitik bestehen.

Thorsten Schulten lotet die Barrieren und Perspektiven eines „neuen Inter-

nationalismus“ der Gewerkschaften aus (193-206). Die neue Perspektive bestünde für die Gewerkschaften dabei gerade im Mitwirken an einer transnationalen sozialen Bewegung, die dann Handlungsobjekt für die progressive Veränderung der hegemonialen Struktur der Europa-Politik sein könne.

Der dritte Teil des Buches beschäftigt sich mit den Intellektuellen im flexiblen Kapitalismus. Alex Demirovic arbeitet die Funktion der Intellektuellen für Herrschaft und Hegemonie heraus (208-224) und setzt sich dabei insbesondere mit Luhmann und der Frage der Kontingenz auseinander.

Dieter Plehwe und Bernhard Walpen tragen Gedanken zu einer Soziologie des Intellektuellen des Neoliberalismus bei (225-239); sie skizzieren insbesondere die Rolle neoliberaler intellektueller think tanks.

Lothar Peter hingegen stellt die Frage, warum die französischen Intellektuellen politisch, die deutschen es nicht sind (240-251). Er klärt den Intellektuellenbegriff beider Länder historisch, um schliesslich für eine Vernetzung der bundesdeutschen Intellektuellen zu plädieren.

Was die Intellektuellen am Neoliberalismus fasziniert, skizziert Wolfgang Burkhardt (252-261). Er umreissst die deutsche Intellektuellengeschichte der jüngeren Vergangenheit und deutet intellektuelle Brüche der letzten Jahre.

Für Georg Fülberth stehen die Kontinuitäten des Kapitalismus wie der Intellektuellen im Vordergrund – er schreibt gegen eine Überbetonung des Neuen im Verhältnis der Grund-

struktur (262-268).

Der vierte und letzte Teil des Buches ist der Gegenmacht, der Politik gewidmet. Joachim Hirsch knüpft an seinen Begriff des „radikalen Reformismus“ an und stellt die Frage nach dem Subjekt (270-280), da die sozialen Bewegungen schliesslich nicht verschwunden sind, sondern ihren Charakter verändert haben. Die ambivalente Rolle der NGO's und die Globalisierung des Protests lotet er aus, um zu dem Schluss zu kommen, dass das theoretische Konzept des radikalen Reformismus sich ins politische Handgemenge begeben muss.

Reinhard Kühnl und Gerd Wiegel analysieren die Attraktivität der extremen Rechten für Arbeiter (281-292) und untersuchen historisch fundiert, ob die soziale Frage nach rechts rutscht.

André Leisewitz, Klaus Pickshaus und Jürgen Reusch tragen einen Aufsatz zur Entgrenzung der Arbeit im flexiblen Kapitalismus bei, der in Anforderungen an eine moderne linke Arbeitspolitik mündet (293-306). Dieses Feld der Arbeitspolitik solle von den Gewerkschaften und der Linken im Sinne demokratischer Regulierung wieder stärker bearbeitet werden.

Den Paradoxien der neuen Arbeitswelt am Beispiel der Interessenvertretung im IT-Sektor widmet sich Gudrun Trautwein-Kalms (307-319): Sie lotet das Verhältnis von Abhängigkeit und Selbstverantwortlichkeit aus und benennt Chancen der Interessenvertretungen.

Sybille Stamm unterzieht ver.di einem Praxistest (320-328) und weist auf die politischen Möglichkeiten der

Dienstleistungsgewerkschaft im Sinne autonomer Gewerkschaftspolitik hin.

Detlef Hensche und Franziska Wiethold entmystifizieren auf kritische Weise das Bündnis für Arbeit im Rahmen einer Untersuchung des Korporatismus in der Bundesrepublik (329-340). Sie zeigen Bedingungen und Perspektiven einer Gewerkschaftspolitik jenseits der Alternative des korporatistischen Bündnisses auf.

Wolfgang Hecker setzt sich mit dem Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“ auseinander, welches in linken Debatten häufig als Alternative zur Anpassung an die neoliberale Modernisierung auftaucht (341-353). Neu gedacht und begrifflich gefüllt sei es politisch ausstrahlungsfähig.

Anhand der Reform der Betriebsverfassung untersucht Michael Wendl die Politik der rot-grünen Regierung (354-363) und ihr widersprüchliches Verhältnis zu den Gewerkschaften, in welchem letztere häufig freiwillig die Leitgedanken ersterer übernehmen.

Heinz Bierbaum und Horst Schmitthenner benennen grundsätzliche Perspektiven für ein soziales Europa (364-374) und sprechen sich für eine strategische Allianz der emanzipatorischen Kräfte aus. Dazu gehöre eine offensive und europäisierte Gewerkschaftspolitik.

Abschliessend lotet Witich Roßmann die Perspektiven der industriellen Beziehungen aus und fragt, ob die Gewerkschaften sich in einem marktwirtschaftlichen Auflösungsprozess befinden (375-395). Er entwickelt drei Szenarien der zukünftigen

gen industriellen Beziehungen; die Hegemonie individueller Vertragsverhältnisse, den Betriebssyndikalismus ohne Gewerkschaften sowie die – wünschenswerte – Rückgewinnung autonomer Gegenmacht der Gewerkschaften.

Insgesamt ist diesem Band ein weiter Leserkreis in der Linken zu wünschen, denn alle Autorinnen und Autoren analysieren und argumentieren auf hohem wissenschaftlichem und politischen Niveau, ohne simple Antworten auf schwierige Fragen zu geben.

Ernst Körner

TOPTHEMA
IM NEUEN
HEFT

GENTECHNIK
Patenterte Profite.

**STICHWORT
BAYER**

Widerstand gegen
Konzernmacht. Konkret,
spannend, international.

Fon 02 11 - 33 39 11
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org

**KOSTENLOSES PROBEHEFT
BESTELLEN, JETZT...**

Marx/Engels und der Krimkrieg

Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe. Erste Abteilung. Band 14. Werke. Artikel. Entwürfe. Januar bis Dezember 1855. Bearbeitet von Hans-Jürgen Bochinski und Martin Hundt. Unter Mitwirkung von Ute Emmrich und Manfred Neuhaus. 2 Bde., Akademie Verlag, Berlin 2001, 1695 S.

Der 14. Band in der ersten Abteilung der MEGA enthält die publizistischen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Jahr 1855. Darunter ist kein Text in Buch- oder Broschürenstärke, es handelt sich – neben einigen Entwürfen – vor allem um Korrespondenzen für die „Neue Oder-Zeitung“ und die „New-York Daily Tribune“. Insgesamt sind es 189 Stücke, dazu kommen Dubiosa: sechs Arbeiten, bei denen die Verfasserschaft von Karl Marx oder Friedrich Engels unsicher ist, außerdem vier Artikel, die von der Redaktion der „New-York Tribune“ so stark umgearbeitet wurden, daß sie nicht mehr den ursprünglichen Verfassern zugeschrieben werden können. Von zwei nicht überlieferten Arbeiten sind die Titel bekannt.

Bedenkt man, daß beide Autoren 1855 schwerpunktmäßig mit anderem befaßt waren – Marx mit dem „Kapital“, Engels im Kontor in Manchester –, haben wir hier Produkte einer erstaunlichen publizistischen Fruchtbarkeit vor uns. Marx hat sich vor allem aus Gründen des Gelderwerbs auf sie eingelassen, genauer: um in diesem Punkt seiner Frau entgegenzukommen, während ihm andererseits eine private Kosten-

Nutzen-Rechnung sagte, daß der Erlös hinter den Einbußen zurückbleiben würde, wenn er des Journalismus wegen auf den Gang zum British Museum verzichten und die Bücher, die er dort dann nicht einsehen könnte, selbst kaufen würde. Engels übernahm die weitaus meisten englischen Artikel in der „New York Daily Tribune“, während in der „Neuen Oder-Zeitung“ die Beiträge von Marx überwiegen.

Zentrales Thema sind der Krimkrieg und seine innenpolitischen Auswirkungen insbesondere auf Großbritannien. Dabei übernahm Engels den militärischen Part, Marx den innenpolitischen. Engels' Fachartikel über das Kriegsgeschehen erweckten Aufsehen, obwohl sie – ebenso wie die von Marx – anonym erschienen. Dabei gelang es ihm durchaus, militärtechnisch erscheinende Kommentare in Übereinstimmung mit seiner grundsätzlichen außenpolitischen Option zu bringen. Dies betraf vor allem die Beurteilung Rußlands. Eine entscheidende Niederlage des Zaren hätte nach Auffassung von Marx und Engels den wichtigsten Paten auch der deutschen Reaktion geschwächt. Allerdings hätte eine energische Kriegsführung in den Ländern der antirussischen Allianz eine Mobilisierung des öffentlichen Lebens vorausgesetzt, die zu einer Linksverschiebung im Westen führen konnte. Dies schien die Ursache dafür zu sein, daß die militärischen Maßnahmen Großbritanniens und Frankreichs nach Auffassung der beiden Beobachter oft halbherzig waren. Der Hauptvorwurf richtete sich gegen Lord Palmerston, der von Marx in vier Artikeln (einer zusammen mit

Engels) porträtiert wird. Wie der Herr, so's Gescherr: der von Engels konstatierte schlechte Zustand der britischen und der französischen Truppen wird auf innenpolitische Ursachen zurückgeführt. „Now, since 1849, the French army has passed through many stages, all tending to the weakening of military discipline. The army was flattered first by the middle class, then by Louis Bonaparte, as the savior of order, as the élite of the country. It was openly proclaimed as the arbiter of the destinies of France. Its mass was bribed by the sausages and brandy, the fowls and champagne of Louis Bonaparte.“(257)

Latent wirken die von Marx und Engels 1848/49 entwickelten Vorstellungen von der Funktion eines antirussischen Krieges noch nach, wenn gleich selbstverständlich vorderhand der revolutionäre Kontext fehlen muß.

Engels stützte sich bei seinen Analysen auf Berichte von Kriegsberichterstattern, auf Kartenauswertungen und eigene landeskundliche Studien und gibt dabei einen auch aktuell nützlichen Eindruck von der Ergiebigkeit guter Fern-Analysen in Konkurrenz zu Wahrnehmungen vor Ort.

Die beiden Bearbeiter des Bandes, Hans-Jürgen Bochinski und Martin Hundt, die sich auf die Mitwirkung von Ute Emmrich und Manfred Neuhaus stützen konnten, waren nicht in erster Linie mit Handschriften befaßt, sondern mit bereits gedruckten Texten. Dies hat ihre Aufgabe allerdings nicht erleichtert, sondern erschwert: es ging nämlich darum, aus den Zeitungen heraus erst einmal die

Urheberschaft von Marx und Engels zu ermitteln und dabei auch deren Beiträge voneinander zu scheiden. Insgesamt 21 Artikel sind insofern „neu“: erst 1979 bzw. Mitte der achtziger Jahre konnten sie zugeschrieben werden. Die bereits in MEW 11 veröffentlichten englischen Arbeiten erscheinen hier erstmals in der originalen Fassung.

Eine weitere Schwierigkeit ergab sich dadurch, daß die Redaktion der „New-York Daily Tribune“ mit den ihnen übersandten Texten ziemlich souverän umging. Hier mußten Zufügungen, Kürzungen und Umstellungen identifiziert werden.

Das Bearbeitungsteam hat zur Bewältigung dieser Aufgaben sehr verschiedene Techniken angewandt: Hinweise fanden sich natürlich oft im Briefwechsel von Marx und Engels (es sei denn, sie trafen sich für längere Zeit in Manchester). Hinzu kamen die Möglichkeiten der Stilanalyse und die Kenntnis der Ankunfts- und Ablegezeiten der Postschiffe, die Zeitungen brachten und – vor allem – die Manuskripte transportierten. Über die Ergebnisse der einzelnen Untersuchungen und Vermutungen wird jeweils nachvollziehbar Rechenschaft abgelegt. Die Erläuterungen sind im genau notwendigen Maß ausführlich und sind nützlich u.a. durch die Erläuterung von Begriffen aus fachlichen Spezialsprachen, insbesondere aus dem Militärwesen. Letzteres ist nicht nur eine Frage der Gelehrsamkeit: Engels studierte die Auswirkungen der neuen Waffentechnik. Die realistischen und alarmierten Aussagen seiner Altersbriefe über das Gesicht eines künftigen Welt-

kriegs beziehen zumindest einen Teil ihrer Informationen aus den Lehren von 1854-56 und 1870/71. (Bekanntlich fand auch Tolstoi, Offizier im Krimkrieg, hier Material für seine Darstellung des Jahres 1812 in „Krieg und Frieden“.)

Hilfreich ist auch die Einführung, die u.a. Auskunft über die innere Entwicklung der beiden belieferten Zeitungen gibt, mit teilweise überraschenden Ergebnissen, z.B. über die Kombination von Abolitionismus und einer rußlandfreundlichen Haltung in der „New-York Daily Tribune“.

Georg Fülberth

Gramsci und die Einheit von Theorie und Praxis

Harald Neubert, *Antonio Gramsci: Hegemonie - Zivilgesellschaft - Partei. Eine Einführung*, VSA-Verlag, Hamburg 2001, 98 Seiten, 9,60 Euro

Begriffe wie „Hegemonie“ und „Zivilgesellschaft“ (in ihrer spezifisch Gramscianischen Bedeutung) sind heute aus dem Vokabular der marxistischen Sozialwissenschaft nicht mehr hinwegzudenken. Da Gramscis Hauptwerk, die *Gefängnishefte*, in tagebuchähnlicher Form im faschistischen Zuchthaus entstanden sind, scheint die Verführung groß, sich selektiv einzelne Brocken aus dem großen Ganzen herauszupicken. Oftmals kam und kommt es auf diese Weise zu verkürzten und einseitigen Interpretationen. Gerade auch wegen dieser „Gefahren“ ist systematisierende Sekundärliteratur im Fall von

Antonio Gramsci besonders wichtig. Der VSA-Verlag, der bereits in früheren Gramsci-Diskussionen herausragende Bücher edierte (Luciano Gruppi, *Gramsci – Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats*, Hamburg 1977), hat nun mit Harald Neuberts „Antonio Gramsci: Hegemonie – Zivilgesellschaft – Partei“ einen ebenso ergiebigen wie handlichen Einführungsband vorgelegt, der für „Anfänger“ und „Fortgeschrittene“ eine lohnende Lektüre ist.

Die drei Begriffe, die in Neuberts Titel genannt werden, haben eine leitmotivische Bedeutung: um sie und ihre Konstellation zueinander gruppiert sich Neuberts Darstellung. Der für neuere Gramsci-Literatur untypische Akzent auf Gramscis Partietheorie erklärt sich aus einer grundsätzlichen These: „Da es bei manchen Leuten, die sich mit Gramsci beschäftigen, vorkommt, dass man ihn als Philosophen und Theoretiker von seiner politischen Rolle als Parteiführer abstrahiert, diese Rolle also für irrelevant hält, muß man Togliatti zustimmen, wenn er betont, dass beide Formen der historischen Rolle Gramscis eine Einheit bilden, ohne die sein Werk nicht zu verstehen ist.“ (21) Die für Gramscis Werk konstitutive Einheit von Theorie und Praxis scheint nirgendwo so greifbar wie in seiner Partei- und Revolutionstheorie, zumal die kommunistische Partei für Gramsci der „zentrale Organismus“ ist, der die einzelnen Aspekte seines Denkens vermittelt und der – wie für Lenin – als „Avantgarde der Arbeiterklasse“ die Klasse führen (und das heißt zur Macht führen) kann. Als einen basalen Unterschied

zu den Auffassungen Lenins, vor allem aber zur Leninismus-Interpretation Stalins, führt Neubert einen „gewissen Dualismus“ (23) an, der für Gramscis Denken charakteristisch sei: „So postuliert und begründet er beispielsweise – im Unterschied zu Lenin – in Bezug auf die Verfasstheit moderner Gesellschaften die Unterscheidung von ‚ziviler‘ und ‚politischer‘ Gesellschaft; in Bezug auf die Machtausübung deren Aufgliederung in ‚Herrschaft‘ und ‚Hegemonie‘; in Bezug auf gesellschaftliche Umbrüche und Transformationen den Unterschied von ‚passiver Revolution‘ und (aktiver) Revolution; in Bezug auf den Kampf der Arbeiterklasse für Sozialismus die Unterschiedlichkeit der gesellschaftlichen Situation und Machtstrukturen in Russland und im ‚Westen‘; demnach unterschiedliche Revolutionsmodelle für den Osten und den Westen; in Bezug auf die Rolle der (kommunistischen) Partei die Unterscheidung zwischen bürokratischem und organischem, demokratischem Zentralismus.“ (23) Neuberts These ist, „dass Gramsci in wesentlicher Hinsicht über Lenin hinausging und den Leninismus revidierte.“ (23) Damit grenzt er sich zum einen gegenüber Togliattis Interpretation ab, „Gramsci uneingeschränkt als Leninisten zu verstehen“ (22), ohne sich zum anderen den Interpretationen anzuschließen, die Gramsci simplifizierend gegen Lenin ausspielen wollen. An die Stelle pauschaler Urteile tritt bei Neubert vielmehr eine konkrete historische Analyse der Bedingungen, mit denen sich Gramsci konfrontiert sah und die sein Denken bestimmten. So beschäftigt er sich im

dritten Kapitel ausführlich mit „Gramscis Revolutionsverständnis in der sich verändernden Realität der 20er Jahre“ (24ff).

Die 20er Jahre stehen sowohl für die Hoffnungen auf eine sozialistische Weltrevolution in der Folge der russischen Oktoberrevolution, wie für die Enttäuschung dieser Hoffnungen und das Aufkommen zuerst des italienischen Faschismus und schließlich des Faschismus in anderen europäischen Ländern. Für die politische und intellektuelle Sozialisation des 1891 geborenen Antonio Gramsci war dieses Jahrzehnt sicherlich das wichtigste. Hatte er 1917 voller Erwartung die russische Revolution „als eine tiefe Zäsur in der Geschichte der Arbeiterbewegung“ begrüßt (25) und – in Abgrenzung von „deterministischen“ und „ökonomistischen“ Revolutionsmodellen, wie sie in der II. Internationale üblich waren – von ihr als einer „Revolution gegen das ‚Kapital‘ von Karl Marx“ (27) geschrieben, so kam bereits 1921 eine erste Ernüchterung, als sich die Sozialistische Partei Italiens auf dem Parteitag in Livorno spaltete und es der kommunistischen Fraktion nicht gelang, die Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft hinter sich zu versammeln. Gramscis Bewertung des Parteitags ist eindeutig: „Die Spaltung von Livorno (die Lostrennung der Mehrheit des italienischen Proletariats von der Kommunistischen Internationale) war ohne Zweifel der größte Triumph der Reaktion.“ (9)

Als neue Aufgabe der politischen Strategie erkannte Gramsci – nach der Spaltung von Livorno – die Wiedergewinnung der proletarischen

Mehrheit im Bündnis mit den Bauern des ländlichen Südens. Wie groß die Bedeutung einer genauen Analyse der italienischen Verhältnisse für Gramscis gesamtes Denken ist, wird besonders an dieser Stelle deutlich: Zum einen geht er davon aus, dass nur die soziale Revolution vollenden kann, woran das bürgerliche Risorgimento im 19. Jahrhundert gescheitert ist, nämlich die wirkliche nationale Einigung Italiens. Zum anderen knüpfen seine Analyse der Zivilgesellschaft und sein Hegemonie-Konzept genau an die Grundfrage der Wiederherstellung einer breiten städtisch-proletarischen und ländlich-bäuerlichen Mehrheit an. Gerade bei einer näheren Betrachtung von Gramscis Hegemonie-Konzept wird aber deutlich, was Harald Neubert mit seiner Formulierung meint, Gramsci gehe in wesentlichen Punkten über Lenin hinaus: Wurde in der sowjetischen Hegemoniediskussion die Führungsfrage dahingehend beantwortet, dass die revolutionäre Avantgarde demokratisch legitimiert handele, weil sie im „Namen der Mehrheit“ agiere (63), so wird der Hegemoniebegriff – in den Worten Neuberts – bei Gramsci folgendermaßen transformiert: „Hegemonie beruht auf Zustimmung, Gleichberechtigung, Anerkennung, auf Konsens seitens derer, auf die sie sich erstreckt.“ (66f.) An dieser Stelle greift Neuberts These, in Gramscis Denken lasse sich ein „gewisser Dualismus“ ausmachen: repräsentiert der Begriff „Hegemonie“ nämlich das Moment des Konsenses, so der Begriff der „Herrschaft“ das des Zwangs, „wobei beide im Verhältnis zueinander stehen und im besten Falle miteinander

der kombiniert werden, aufeinander abgestimmt sind.“ (67) Konkret heißt das: „Hegemonie ist eine Voraussetzung sowie eine ständige Bedingung für Machtausübung im Allgemeinen, für Herrschaft im Besonderen.“ (67)

Trotz dieser augenscheinlichen Umkehrung des Leninschen Revolutionsverständnisses, richtet sich Gramscis Konzept nicht explizit gegen Lenin. Gramscis Denken ist nicht allein Resultat der spezifischen italienischen Bedingungen, sondern versteht sich auch so. Der entscheidende Kampfplatz, das „Terrain [...], auf dem sich das Ringen um Hegemonie vollzieht“ (69), ist die Zivilgesellschaft. Eine den westlichen Staaten vergleichbare zivilgesellschaftliche Kultur kann Gramsci im zaristischen Russland nicht ausmachen. Die berühmte Unterscheidung von Stellungen- und Bewegungskrieg versteht sich daher nicht als allgemeingültiges Paradigma, sondern postuliert – und damit sind wir bei einem neuen Dualismus – verschiedene Revolutionsmodelle für verschiedene gesellschaftliche Verhältnisse. Dass die dualistischen Pole im Denken Gramscis (in den meisten Fällen) keine simplen Gegensätze sind, sondern vielmehr auf Wechselverhältnisse verweisen, erscheint evident.

Sowenig Gramsci seine Ansätze aber als Kritik an Lenin selbst versteht, so deutlich – und das hervorgehoben zu haben ist eine der großen Stärken von Neuberts Einführung – ist der Gegensatz zwischen dem Leninismus Antonio Gramscis und dem offiziellen Leninismusverständnis in der sowjetischen Parteiführung. Damit verbunden sind auch die Spannungen zwischen Gramsci und der Komin-

tern. Was für Gramsci im nationalen Rahmen gilt, das Ringen um Hegemonie als Vorbedingung für die Etablierung einer Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Partei, gilt ebenso im internationalen Rahmen bei der Bestimmung des Verhältnisses von nationalen Sektionen der Kommunistischen Internationale und dem Dachverband, den Gramsci durchaus als „Weltpartei“ anerkennt. Eine Politik, die – wie Neubert schreibt – zunehmend in der „Unterordnung der einzelnen Parteien unter die Staatsinteressen der UdSSR“ (95) besteht, konnte von Gramsci nicht goutiert werden und widersprach seinem Verständnis von demokratischem Zentralismus.

Neuberts Band gelingt es, Gramscis Denken systematisch und historisch zu rekonstruieren. Der besondere Akzent auf Gramscis politischer Biographie und vor allem auf den wechselvollen Ereignissen zwischen dem Parteitag von Livorno 1921, der Machtübernahme der italienischen Faschisten 1922, der Ablösung Bordigas durch Gramsci 1924 und der Verhaftung trotz seiner parlamentarischen Immunität 1926 ermöglicht es, von den Bedingungen der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse ausgehend, die Originalität von Gramscis Denken zu erkennen, und auch die Bedingtheiten, die als Grenze des politischen Denkens in jeder Periode auftreten. So thematisiert Neubert durchaus die Probleme, die verbunden sind mit Gramscis Bild einer homogenen Partei.

Eine Grundbedingung für jede Beschäftigung mit Theoretikern vergangener Perioden – besonders dann, wenn man ihre Aktualität beweisen

will – ist die konsequente Historisierung und die Transformierung ihres Denkens in der Gegenwart angemessene Politikkonzepte. Gerade hierbei kann man von Gramsci lernen. Neuberts Buch ist insofern ein aktueller Beitrag zu Demokratie- und Sozialismuskussionen in unserer Zeit.

David Salomon

Die Hypothek des kommunistischen Erbes

Harald Neubert, *Die Hypothek des kommunistischen Erbes. Erfahrungen, Zeugnisse, Konsequenzen*, Hamburg 2002, VSA-Verlag, 323 S., 24,80 Euro.

Die Literatur über Ursachen, Umstände und Bedingungen des Zusammenbruchs der kommunistischen Bewegung und des Sozialismus in Osteuropa ist zahlreich, wenn auch nicht immer von überzeugender Qualität. Harald Neuberts Buch über die „Hypothek des kommunistischen Erbes“ zeichnet sich insofern gleich durch mehrere Besonderheiten aus: Neubert vereint vorzügliche historische Sachkenntnis und ein fundiertes marxistisches Wissen mit der über rund 30 Jahre gewachsenen Erfahrung eines Insiders, der die Entwicklungen in der DDR, der Sowjetunion und den kommunistischen Parteien Europas als wissenschaftlicher und politischer Akteur miterlebte und -gestaltete.

Wer, wie der Rezensent, selbst auch jahrzehntelang auf den Realsozialismus und die kommunistische Bewegung als positiven Bezugspunkt für das eigene Fortschritts- und Revolutionsverständnis orientiert war, mag

Neuberts schonungslosen Rückblick streckenweise auch unbequem finden, weil er dabei auf eigene Fehler, Versäumnisse und Wahrnehmungsblockaden gestoßen wird. Entscheidend ist aber, dass es Neubert gelingt, seine Aufarbeitung zu nutzen für eine kritische Überprüfung marxistischen Denkens und sozialistisch-kommunistischer Programmatik und Politik. Denn selbstredend geht es ihm nicht um eine einfache Abrechnung, um sich irgendwo „salonfähig“ zu machen – wer ihn kennt, weiß, dass derlei von ihm nicht zu erwarten wäre – sondern darum, aus der Kritik Ansatzpunkte für eine tragfähige sozialistische Neuorientierung zu gewinnen. Da das ganze Buch immer auch unter diesem Aspekt geschrieben ist, ist seine Lektüre doppelt spannend. Es handelt sich in der Tat darum, eine „Hypothek“, die das „kommunistische Erbe“ der Linken übrig gelassen hat, abzutragen, um daraus neue Freiräume für linkes, marxistisches Denken und Handeln zu gewinnen.

Neubert darf zu jenen reformorientierten marxistischen Intellektuellen gezählt werden, die auch schon vor 1990 in Politik und Wissenschaft der DDR ungeachtet ihrer prinzipiellen Loyalität hier und da originelle Akzente setzen konnten. Aber selbstverständlich ist die umfassende Bilanzierung, die der Autor jetzt geliefert hat, erst im Rückblick nach über zehn Jahren intensiver Diskussionen möglich gewesen. Für die kommunistische Bewegung der Bundesrepublik, die in Neuberts Buch ausgeklammert bleibt, steht eine vergleichbare kritische Aufarbeitung noch aus.

Neubert, Jahrgang 1932, studierte von 1952 bis 1957 in Leningrad Geschichte und begann seine politische Karriere 1963 in der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED. 1970 wurde er Lehrstuhlleiter für Internationale Arbeiterbewegung am damaligen Institut für Gesellschaftswissenschaften. Der Lehrstuhl wurde später in ein Institut umgewandelt, dessen Direktor Neubert dann war. Das Institut war Teil der neu gebildeten Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Neubert, der über sehr gute Italienischkenntnisse verfügt, habilitierte sich mit einer Studie über die Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung und wurde 1972 zum ordentlichen Professor berufen. 1990 fiel ihm, wie er selbst schreibt, die Aufgabe zu, das Institut und sich selbst abzuwickeln.

Neubert nennt sein Buch einen bescheidenen Beitrag, um die Besonderheiten und die Probleme der Entwicklung des realen Sozialismus und der internationalen kommunistischen Bewegung zu verdeutlichen und an Hand persönlicher Erfahrungen und eigener Forschungen ein mosaikartiges Bild zu vermitteln, das einige Hintergründe und Konflikte des Niedergangsprozesses erhellt (9). Er bearbeitet die gesamte Zeit zwischen 1917 und 1990, jene Epoche also, die Eric Hobsbawm das kurze 20. Jahrhundert genannt hat. Am spannendsten zu lesen sind aber sicherlich die Kapitel über die siebziger und achtziger Jahre, zu denen der Autor intensive persönliche Erfahrungen beisteuern kann. Das schlägt sich nieder in der teilweise ausführlichen Dokumentation interner Positionspapier-

re und einer enormen Kenntnis der handelnden Personen und der internen Vorgänge. Diese Art der Darstellung gibt dem Buch hier und da eine gewisse epische Breite, macht die Lektüre aber auch interessant und stellenweise geradezu unterhaltsam.

Im kritischen Rückblick kann Neubert nicht nur zeigen, wie es zur jahrzehntelangen Krise und Stagnation des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung bis hin zum Untergang kam, sondern er führt auch zahlreiche Belege dafür an, dass diese Entwicklung nicht alternativlos und von Anfang an gewissermaßen gesetzmäßig verlief, sondern dass es in verschiedenen Etappen und Situationen alternative Entwicklungsmöglichkeiten gegeben hat, die aber nicht genutzt wurden. Dabei bezieht Neubert sich insbesondere auf das theoretische Werk Antonio Gramscis, dessen Beiträge zu einer sozialistischen Theorie der entwickelten kapitalistischen Länder, wie Neubert beklagt, im „Realsozialismus“ und in weiten Teilen der kommunistischen Bewegung zu ihrem eigenen Schaden kaum Beachtung fanden.

Das Buch folgt dem chronologischen Gang der Dinge, greift aber gezielt nur bestimmte Ereignisse und Wendepunkte heraus. Einzelne Steinchen des so gebildeten Mosaiks sind die Oktoberrevolution, die Herausbildung des Stalinismus, der 20. Parteitag der KPdSU, das Zerwürfnis zwischen der Sowjetunion und China, die Kritik Palmiro Togliattis am Zustand der internationalen kommunistischen Bewegung, die CSSR-Intervention von 1968, der Eurokommunismus, die Debatten zwi-

schen SED und SPD in den achtziger Jahren (vgl. dazu auch den Beitrag von Harald Neubert selbst in diesem Heft) und die immer rascher vor sich gehende Erosion der kommunistischen Bewegung vor allem in den achtziger Jahren und die Rolle Gorbatschows, um nur die wichtigsten zu nennen.

Neuberts Bilanz beginnt mit der Oktoberrevolution. Mit Gramsci vertritt er die Auffassung, diese sei trotz der ökonomischen Rückständigkeit Russlands historisch richtig und notwendig gewesen (10f). Sie wies jedoch Besonderheiten auf, die dann allzu schnell zu „allgemeinen Grundzügen“ dogmatisiert wurden. Zwar wurde sie aus verständlichen Gründen als Zentrum antiimperialistischer Gegenmacht zum positiven Bezugspunkt für viele andere Revolutionsbewegungen jener Zeit. Lenin, der gegen den Determinismus der II. Internationale historisch im Recht war, legte aber auch, wie Neubert argumentiert, den konzeptionellen Grundstein für eine monistische Auffassung und Praxis der verstaatlichten Gesellschaft, die die von Marx und noch mehr von Gramsci vorgenommene Unterscheidung von Staat und ziviler Gesellschaft und eine Differenzierung zwischen Herrschaft, Hegemonie und demokratischer Kontrolle ausschloss. In Lenins Parteikonzept war Neubert zufolge (18) der Keim der stalinistischen Pervertierung schon angelegt. Gramsci ist es auch, den Neubert als Zeugen für seine These heranzieht, dass es zu dieser Entwicklung durchaus Alternativen gegeben habe: Gramsci hatte zu Beginn der dreißiger Jahre ausgeführt, dass es in den

entwickelten kapitalistischen Ländern nicht, wie in Russland anfänglich ausreichend, genügte, die zentrale Staatsmacht zu erobern, sondern dass es um die politische Mehrheit in der Gesellschaft ging, Gedanken, die der Komintern fremd blieben (23). Statt dessen entstand der Marxismus-Leninismus als geschlossenes, dogmatisiertes und vulgarisiertes Theoriesystem (30ff), und mit ihm der autoritäre Führungsanspruch der KPdSU.

Neuberts auf eigenem Erleben fußende kritische Bilanz beginnt etwa mit dem 20. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956. Er zeigt, wie die halbherzigen Geständnisse des 20. Parteitags und die Angst vor den unabsehbaren Folgen neue Probleme schufen, statt bestehende zu lösen (50ff). Es gelang nicht, die systembedingten Defekte des Realsozialismus zu überwinden und eine generelle Erneuerung durchzusetzen, obwohl es auch dazu außerhalb der KPdSU Impulse gegeben hatte. „Wer ernsthaft nach den inneren Ursachen des schließlichen Scheiterns des ‚realen‘ Sozialismus, des Zusammenbruchs der UdSSR und der faktischen Auflösung der internationalen kommunistischen Bewegung sucht, kommt nicht umhin, das Vorhandensein wichtiger Gründe hierfür bereits im turbulenten Jahr 1956 auszumachen“, schreibt Neubert (63).

1963 nahm Neubert seine Tätigkeit in der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED auf und war dort für die Beziehungen zur italienischen KP verantwortlich. Er kann deswegen auch auf eigene Erfahrungen zurückgreifen, wenn er ausführlich die Rolle Togliattis und

seines 1964 verfassten „Memorandums“ beleuchtet, seines politischen Testaments. Neubert beschreibt den 1964 verstorbenen Togliatti als den einzigen prominenten Führer einer kommunistischen Partei, der die Notwendigkeit einer grundlegenden Reformierung des praktizierten sowjetischen Sozialismusmodells verstanden hatte, wofür, wie Neubert hinzufügt, es auf der sowjetischen Seite aber kein Verständnis gab. Vielmehr habe sich die KPdSU als unfähig erwiesen, das Wesen oder gar die Wurzeln der Krisenerscheinungen und Deformationen zu erkennen (109).

Erhellend ist Neuberts Bericht über die Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien des Jahres 1969 in Moskau und der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas 1976. Neubert, der auf Seiten des SED an der Vorbereitung beider Konferenzen aktiv beteiligt war, zeichnet ein ernüchterndes Bild vom Zustand der kommunistischen Bewegung jener Jahre, die sich mehrheitlich in der unumkehrbaren weltpolitischen Offensive wähnte und tatsächlich geprägt war von unüberwindlichen, aber nie wirklich ausdiskutierten Divergenzen, vom Führungsanspruch der KPdSU, von Erstarrung und Erosionserscheinungen, Realitätsverlust, Selbsttäuschungen und Selbstüberschätzung. Aufschlussreich sind z.B. die eingestreuten längeren Passagen aus Interviews Neuberts mit dem früheren, inzwischen verstorbenen SED-Politbüromitglied Hermann Axen. Hochspannend ist die Dokumentation aus einem internen Bericht an das SED-Politbüro zur Einschät-

zung der Konferenz von 1976, die aus Sicht der SED, der KPdSU und anderer Parteien stark unter dem Aspekt des „Kampfes“ gegen den Eurokommunismus gesehen wurde. Die ideologische Erstarrung, Arroganz, Besserwisserei und die Unfähigkeit, sich mit den Realitäten angemessen auseinanderzusetzen, wird in diesen Passagen besonders deutlich (178-184).

Dabei vertritt Neubert, auch wenn er immer wieder auf die Bedeutung der Positionen Togliattis verweist, die bis weit in die achtziger Jahre hinein die erstarrten Positionen der KPdSU und anderer mit ihr verbundener Parteien herausforderten, keineswegs eine kritiklose Position gegenüber dem Eurokommunismus. Überhaupt ist das Kapitel über den Eurokommunismus (200-232) eines der spannendsten und aufschlussreichsten des ganzen Buches.

Neubert wertet den „Eurokommunismus“, ein auch aus seiner Sicht missverständlicher, ungenauer Terminus, der mit Vorsicht zu gebrauchen ist, als Ausdruck einer tiefen, seit langem herangereiften Krise der kommunistischen Bewegung, als Ausdruck eines Erneuerungsstrebens, das einen Ausweg aus dieser Krise suchte (200). Am Beispiel der Berliner Konferenz von 1976 belegt Neubert, wie schwer sich die kommunistische Bewegung damit tat, die herangereiften Probleme offen und sachlich zu diskutieren. Denkanstöße lagen auf dem Tisch, z.B. die kritischen Überlegungen des damaligen Generalsekretärs der KP Spaniens, Santiago Carrillo, die Neubert ausführlich dokumentiert und mit Recht als konstruktiven, in der Kritik zu-

rückhaltend formulierten, originär marxistischen und keineswegs sozialdemokratischen Denkansatz charakterisiert. Die Moskauer Reaktionen waren allerdings in gewohnter Weise scharf ablehnend und zeigten keine Bereitschaft, die Kritik Carrillos ernsthaft zu diskutieren (214). Die sowjetische Partei- und Staatsführung war zu nichts anderem fähig, als diese Positionen durch das Raster ihres Unfehlbarkeitsanspruches und der Revisionismusbrille zu sehen.

Das Verhältnis der SED wiederum zum Eurokommunismus charakterisiert Neubert als widersprüchlich (226): Nach außen hin gab sich die SED „moskautreu“ (und ermunterte z.B. die DKP, gegen den „Eurokommunismus“ heftig vom Leder zu ziehen), hinter der Fassade verbarg sich aber auch Unbehagen über die sowjetische Einmischungs- und Hegemonialpolitik. Daraus ergaben sich gelegentlich Spielräume, die Fachleute wie Neubert in den Diskussionen mit den „eurokommunistischen“ Parteien zu nutzen versuchten.

Überhaupt schimmert in Neuberts Bilanz ein persönliches Dilemma durch, das er mit vielen marxistischen Intellektuellen der DDR jener Zeit teilte: Sie waren einerseits dem realen Sozialismus und dem Denkgebäude des Marxismus-Leninismus loyal verbunden, wurden aber im Lauf der Jahre zunehmend offen für kritische und nachdenkliche Reformüberlegungen, versuchten Spielräume zu nutzen und zu erweitern und waren immer wieder auch gezwungen, dabei zurückzustecken. Neubert erwähnt selbst mehrere solcher Situationen (159ff, 233ff).

Neubert wertet den „Eurokommunismus“ zwar als Element legitimen und notwendigen marxistischen Erneuerungsstrebens (212), untersucht aber auch seine Schwächen und die Ursachen seines schließlichen Scheiterns: Ihm fehlte in mancher Hinsicht der notwendige Realitätsbezug, die Berücksichtigung der konkreten Kräfteverhältnisse usw. Das führte vor allem hinsichtlich der Funktionsweise des politischen Systems und des prognostizierten Sozialismus zu einer unrealistischen Euphorie. „Es mangelte den ‚Eurokommunisten‘ in der Tat an einem (Gegen-)Konzept demokratischer und sozialistischer Machtausübung.“ (212)

Im Rückblick, so stellt Neubert fest, hatten die siebziger Jahre den Kommunisten die letzte Chance geboten, aus ihrer tiefen und selbst verschuldeten Krise herauszukommen und sich neue Entwicklungsperspektiven zu eröffnen. Der „Eurokommunismus“ besaß einerseits nicht die Kraft und die theoretische und konzeptionelle Tiefe, die dazu erforderlich gewesen wäre. Auf der anderen Seite zeigten sich große Teile der Bewegung, vor allem die KPdSU selbst, vollkommen unfähig, die Herausforderungen zu begreifen und die notwendige Diskussion ernsthaft aufzunehmen. So verflog die anfängliche Euphorie rasch, und schon zu Beginn der achtziger Jahre sind nach Neubert Scheitern und Zerfall des „Eurokommunismus“ (227) zu konstatieren.

Ähnlich nüchtern urteilt Neubert auch über das Ende der DDR. Er sieht sie 1989/90 in einer „Sackgasse ihrer Entwicklung“, die „einen re-

formsocialistischen Ausweg nicht mehr zuließ“, für den es in früheren Jahren durchaus Ansätze gegeben hatte. „Die Führung von SED und DDR hatte in dieser Situation völlig versagt. Ihr fehlten in den 80er Jahren Entwicklungskonzepte für den Sozialismus und Handlungsoptionen, die den Menschen eine einleuchtende Perspektive geboten hätten.“ (306) Nach alledem sieht Neubert eine „kritische Überprüfung marxistischen Denkens, sozialistisch-kommunistischer Programmatik und Politik“ als unerlässlich an. Sein Buch ist selbst ein höchst lesenswerter und origineller Beitrag dazu.

Jürgen Reusch

KPD in Bremen

Hendrik Bunke, *Die KPD in Bremen. 1945-1968*, PapyRossa Verlag, Köln 2001, 384 S., 22,50 Euro.

Bunke beschreibt in seiner Bremer Dissertation eindrücklich den Niedergang der KPD in der Hansestadt. War jene einstmals sowohl was Mitglieder, Wähler als auch öffentliche Präsenz anbelangte, eine Massenpartei, wurde sie durch innerparteiliche Auseinandersetzungen, sektiererische Politik und nicht zuletzt antikommunistische Repression marginalisiert.

Da der Zeitabschnitt 1945 bis 1948 relativ gut erforscht ist, widmet sich Bunke diesem Zeitraum nur kurzrissig: Im Oktober 1945 wird die KPD wieder zugelassen und ist bis Januar 1948 im Senat, der Bremer Landesregierung, vertreten. 1946 treten zwei prominente KPD-Senatoren zur

SPD über. Die KPD hat in diesem Zeitraum knapp 3.000 Mitglieder und erreicht bei Wahlen ungefähr 20.000 Stimmen, was einem Anteil von 6 bis 9 Prozent der Stimmen entspricht.

Im zweiten Kapitel widmet sich Bunke der Organisation und Struktur der Partei. Er stellt die verschiedenen Ebenen und Strukturen und die Nebenorganisationen, wie die FDJ oder die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft vor. Hochinteressant sind die Angaben zur Alters- und Geschlechterverteilung: Hier zeigt sich die männliche Schlagseite und auch die tendenzielle Überalterung der Partei. Die Jahre 1949 bis 1952 waren auch von mehreren, aus heutiger Sicht unverständlich erscheinenden „Säuberungen“ geprägt. Mehrere prominente und für die Öffentlichkeitswirksamkeit wichtige GenossInnen, darunter ehemalige SenatorInnen und die spätere Gruppe „Arbeiterpolitik“, werden ausgeschlossen, womit die Parteiführung gegenüber der mehr im Interesse der Öffentlichkeit stehenden Parlamentsfraktion gestärkt wird. Viele verlassen die Partei und wechseln zur SPD. Bunke stellt hier die These auf, die vom Vorstand der Bundes-KPD erlassenen Direktiven seien in Bremen nur verspätet und abgeschwächt umgesetzt worden.

Kapitel vier berichtet über Politik und Programmatik der Bremer KPD. Bis ca. 1951 konnte die KPD als heimliche Regierungspartei angesehen werden, da sie über erhebliche kommunal- und landespolitische Kompetenz verfügte. Ab 1951 nahm das Primat der „Nationalen Politik“, der Kampf gegen Wiederbewaffnung

und für die Wiedervereinigung dadurch überhand, dass von der KPD zu jedem kommunalpolitischen Thema krampfhaft der bundespolitische und internationale Bezug hergestellt wurde und die Partei sich damit im Klima des Kalten Krieges in eine zunehmende Isolation manövrierte. Trotzdem konnte sie noch ein Jahr vor dem Verbot bei der Bürgerschaftswahl 1955 um die 18.000 Stimmen erreichen und damit in Bremen als einzigem Bundesland die 5 Prozenthürde überspringen.

Das fünfte Kapitel behandelt die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der KPD, die Themen, zu denen es die längsten und erbittertsten innerparteilichen Auseinandersetzungen gab. Es zeigt sich, dass die KPD schon ab Mitte der 50er Jahre keine große Rolle mehr in den Betrieben spielte, da sie die Betriebsgruppen für ihre „nationale Politik“ instrumentalisierte. Das Gewicht und den positiven Ruf, den sie (noch) hatte, rührte mehr von der persönlichen Wertschätzung einzelner Mitglieder als von den programmatischen Positionen der Partei her. Im politischen Feld der Gewerkschaftspolitik ist eine politische Linie der KPD zu konstatieren, die viele Mitglieder vor die Wahl stellte, sich entweder in der KPD oder in den Gewerkschaften zu engagieren, da beides zugleich, aus Sicht der Gewerkschaften und der KPD, nicht vereinbar war.

In den letzten beiden Kapiteln berichtet Bunke über das Vorgehen der Justiz gegen die KPD. Je mehr die Partei aus der öffentlichen Wahrnehmung und aus der staatspolitischen Einbindung verschwand, um so stärker wurde auch die Repression. Das

Verbot 1956 wurde vergleichsweise human umgesetzt. Ihre Sitze im Bremer Stadtparlament (im Gegensatz zu denen in der Bürgerschaft, dem Bremer Landtag, die sie verlor) konnte die KPD unter dem Namen „Unabhängige Sozialisten“ behalten. Bundesweit hatte die KPD 1956 80.000 Mitglieder, davon waren ungefähr 10 Prozent aktiv. Der Aufbau in der Anfangszeit der Illegalität war hierarchisch: Gab es keine Anleitung von oben, erfolgten „unten“ auch keine Aktivitäten. Ab ca. 1960 kommt es zu zaghaften Reformen, so kommen z.B. nun die Funktionäre aus Bremen, statt wie vorher aus ganz Deutschland abgeordnet zu werden; die lokalen Gliederungen erhalten auch tendenziell mehr Autonomie. Die illegalen KPD-Mitglieder engagieren sich in der Friedensbewegung und erreichen bei der Bürgerschaftswahl im Oktober 1959 in einer Wählerinitiative 10.000 Stimmen (2,6 Prozent). Ab und zu erschienen illegale Publikationen, 1960 wurde die Deutsche Friedensunion (DFU) gegründet, die dann bei Landes- und Bundestagswahlen antrat, aber nicht mehr die Höhe der Ergebnisse der KPD erreicht.

Zusammengefasst liegt eine gute lokale Parteigeschichte vor, die reich an verarbeiteten Quellen ist. Die zentrale These der Arbeit, dass die Bremer KPD sich gegen „überzogene“ Anforderungen der Bundesebene wehrte und damit ein vergleichsweise diskussionsfreudiges und liberales Binnenklima herrschte, mag im Vergleich zu anderen Landesverbänden der KPD stimmen. Die von Bunke dafür angeführten Argumente sind nach Meinung des Rezensenten doch

eher dem Mythos des „liberalen Bremen“ geschuldet. Unter Zugrundelegung demokratisch-sozialistischer oder gar libertärer Maßstäbe und erst recht aus heutiger Sicht können das Binnenleben der KPD nur als autoritär und entmündigend und die bundespolitische Programmatik als nationalistisch bezeichnet werden.

Bernd Hüttner

Die KPD in der Weimarer Republik

Gruppe MAGMA: „... Denn Angriff ist die beste Verteidigung“. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2001, 285 Seiten, 18,50 Euro.

Wer sich mit der Geschichte des deutschen Faschismus, insbesondere mit seinen einzigartigen Massenverbrechen beschäftigt, stellt sich früher oder später die Frage, wie der Weg in die Nazi-Diktatur zu verhindern gewesen wäre. Als realistischste Möglichkeit wird hier zumeist ein gemeinsamer Generalstreik von SPD, KPD und Gewerkschaften genannt. Warum diese Einheitsfront der Arbeiterbewegung nicht zustande kam, hat eine Vielzahl von Gründen, die in der Geschichte der Weimarer Republik und in der gesamten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung angelegt sind. Diese insbesondere in Hinblick auf die KPD zu erforschen, ist das Ziel eines Autorenkollektivs mit dem Namen Gruppe MAGMA. Die aus der Antifaschenszene stammenden Autoren verstehen ihre Arbeit dabei nicht primär als fachwissenschaftlichen Beitrag, son-

dern begründen ihre Auseinandersetzung mit diesem historischen Thema wie folgt: „Die KPD war in der Weimarer Republik die bedeutendste antifaschistische Kraft, die den herrschenden Verhältnissen entgegentrat. Das ist für die heutige Linke Grund genug, sich mit dieser Partei auseinanderzusetzen.“ (180f.)

Ihr Buch „... denn Angriff ist die beste Verteidigung“ ist in zwei Teile gegliedert. Der erste skizziert die Geschichte der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der politischen Arbeiterbewegung. Von Interesse ist hier das Verhältnis von KPD und SPD (Sozialfaschismusthese, Antikommunismus etc.). Eingebettet wird dieser Fokus durch sozialgeschichtliche Erläuterungen. Da dieser Teil in erster Linie den in der Fachliteratur bekannten Stand zusammenfasst, soll hier auf den zweiten intensiver eingegangen werden. Dieser ist mit „Zwischen Masse und Klasse - Die KPD und das Volk“ betitelt und handelt systematisch die Stellung der KPD zu folgenden Themen ab: Volk, Nationalismus, Antisemitismus und Frauenbewegung. Dabei wird der Einfluss der Dritten (Kommunistischen) Internationale auf die deutsche Partei angemessen diskutiert.

Was die Haltung der KPD zu ersterem betrifft, so wird hier das Problem der Massenbasis angesprochen. Dahinter verbirgt sich die Unfähigkeit der damaligen kommunistischen Faschismusanalyse, die Integrationskraft der erstarkenden faschistischen Bewegungen auf die Massen zur Kenntnis zu nehmen, da der Faschismus an der Macht im Sinne Dimitroffs auf die Diktatur des Fi-

nanzkapitals reduziert wurde. (183ff.) Dem Anspruch folgend, zeitgenössische Kritik an der KPD anzuführen, referiert das Autorenkollektiv in diesem Zusammenhang die Studien der Frankfurter Schule über den autoritären Charakter und die von Wilhelm Reich über die Massenpsychologie des Faschismus (185ff.).

Das Verhältnis der KPD zum Nationalismus wird von den Autoren anhand zweier markanter Beispiele erläutert. Zum einen anhand der Schlageter-Rede von Karl Radek aus dem Jahre 1923 (196f.) und zum anderen anhand der „Programm-erklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ der KPD aus dem Jahre 1930. In beiden Fällen habe sich die KPD nationaler Stimmungen angeeignet und im letzteren, so die Gruppe MAGMA, sei das Hauptanliegen der KPD nicht mehr der Kampf um eine sozialistische Gesellschaftsordnung, sondern die nationale Befreiung gewesen (198). Ziel der Partei war es, die durch die Weltwirtschaftskrise desillusionierten Massen an sich zu binden. Dies sei aber nicht erreicht worden, denn viele Anhänger wandten sich, verwirrt durch die nationale Agitation der KPD, ab, obgleich tatsächlich auch einige Ex-NSDAPler zur KPD stießen (199). Die Autoren betonen aber, dass „von einer grundsätzlichen Zusammenarbeit mit der NSDAP nicht die Rede sein kann“ (201) und halten das von bürgerlichen Totalitarismustheoretikern an dieser Stelle immer wieder angeführte Beispiel des BVG-Streiks in Berlin von 1932 für nicht stichhaltig. Dieser Punkt schließt mit dem Fazit:

„Der Fehler der KPD, die Rechten gewissermaßen mit ihren eigenen Waffen schlagen zu wollen, war folgenreicher. Denn dieses Unterfangen war von Anfang an politisch fatal, weil anti-emanzipatorisch.“ (202)

Wenn die Quellenlage zum Nationalismus noch recht umfangreich genannt werden kann, so verhält sich dies zum Thema Antisemitismus anders; die Partei hat sich mit diesem Thema aus verschiedenen Gründen – die erläutert werden (203f.) – schlicht kaum auseinandergesetzt. Die Autoren konstatieren, dass für die KPD der Antisemitismus ausschließlich eine Klassenfrage war. „Die Analyse führte zeitweise dazu, entweder selbst antisemitische Töne anzuschlagen – um so die kleinbürgerliche Massenbasis des Faschismus spalten zu können – oder die Beschäftigung mit der Thematik weitgehend zu unterlassen, um potentielle neue Mitglieder und AnhängerInnen nicht zu verschrecken“ (205). Als Beispiele für antisemitische Töne werden Äußerungen von Hermann Remmele, Mitglied der Zentrale der KPD, und Ruth Fischer, ZK-Mitglied, angeführt, wobei letzteres nicht als endgültig gesichert gelte (205f.). Ausführlich werden die beiden einzigen bekannten Abhandlungen aus dem KPD-Umfeld – es handelt sich um Otto Hellers „Der Untergang des Judentums“ (207f.) und die von der Partei herausgegebene Schrift „Der Jud ist schuld?“ – analysiert und mit dem Ansatz des Historikers Moïse Postones kontrastiert. Während erstere, wie bereits erwähnt, den Antisemitismus nur als Klassenfrage und somit als funktional im Sinne einer Herrschaftsstrate-

gie zur Spaltung der unterdrückten Klassen sehen, leitet Postone den Antisemitismus aus dem Fetisch-Begriff Marxens und dem daraus resultierendem Gegensatz von stofflichem Konkretem und Abstraktem ab. (216-225) Wie andere Historiker ist die Gruppe MAGMA aber nicht der Ansicht, dass Antisemitismus ein originäres Kennzeichen der Politik der KPD gewesen sei. (234)

Auch die Beurteilung der KPD zur Frauenpolitik fällt zwiespältig aus. Auf der einen Seite verfolgte die Partei zweifellos die fortschrittlichste Politik der damaligen Zeit, wofür z. B. die Forderungen nach Abschaffung des Paragraphen 218 und nach gleicher Entlohnung von Frauen und Männerarbeit stehen. Auf der anderen Seite ordnete die KPD die Geschlechterfrage der Klassenfrage unter und war folglich nicht in der Lage, auch die reproduktive, mehrheitlich von Frauen geleistete Arbeit in den Blick zu nehmen; schon gar nicht wurden Ehe, Kindererziehung und Familie generell in Frage gestellt, sondern nur deren kapitalistische Rahmenbedingungen. (263)

Das Buch wird mit fünf sehr kritischen Thesen über die KPD abgeschlossen. Hier ist zu kritisieren, dass die Autoren ihren Anspruch, durch historische Kritik an der KPD zu einer angemessenen Beurteilung zu kommen, nicht immer gerecht werden. Denn zu deutlich werden zentrale Fragen der heutigen Linken auf die historische KPD projiziert. Somit fällt die Bewertung in mancher Sicht ahistorisch aus. Trotzdem könnte „...denn Angriff ist die beste Verteidigung“ einen Beitrag zu einer nüchternen Diskussion ohne Verklärung oder Verdammung über die an-

tifaschistische Strategie der historischen KPD und vor allem für die jetzige antifaschistische Linke leisten. Denn obwohl die Autoren oft schonungslos mit der Partei ins Gericht gehen, stellen sie fest, dass den Mitgliedern dieser antifaschistischen Kraft Respekt gebühre.

Guido Speckmann

Marxismus und „nationale Frage“

Michael Löwy, *Internationalismus und Nationalismus. Kritische Essays zu Marxismus und „nationale Frage“*. Mit einem Beitrag von Enzo Traverso, Neuer ISP Verlag; Köln 1999, 202 S.

Ronald Löttsch, *Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat. Nationalismus und nationale Minderheiten*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 16, Berlin 2001, 140 S.

Beide hier anzuzeigende Publikationen dürfen für sich beanspruchen, zu den gewichtigeren und Beachtung verdienenden Arbeiten innerhalb der Flut von Neuerscheinungen zum Thema Nation zu gehören. Das Buch von Michael Löwy vereinigt Aufsätze, die in den letzten dreißig Jahren des vergangenen Jahrhunderts aus unterschiedlichen Anlässen geschrieben und zuerst in verschiedenen, zumeist französisch- oder englischsprachigen Zeitschriften und Sammelbänden gedruckt wurden. „Es kann nicht geleugnet werden“, so der Autor in einem Vorwort, „daß Marxisten und Marxistinnen die Bedeu-

tung nationaler Probleme oft unterschätzt haben; es trifft meiner Ansicht nach aber auch zu, daß sich in der marxistischen Literatur einige sehr bemerkenswerte und reichhaltige Beiträge auf diesem Gebiet finden lassen.“ (7)

Der reichhaltigste Beitrag des Autors selbst ist ein Abriß zum Thema unter dem Titel „Die Marxisten und die nationale Frage. Bemerkungen zu Theorie und Methode“. Darin werden Äußerungen von Karl Marx und Friedrich Engels, Rosa Luxemburg, Leo Trotzki, Anton Pannekoek, Josef Strasser, Karl Renner und Otto Bauer sowie von Josef W. Stalin und Wladimir I. Lenin zur nationalen Frage referiert, analysiert und bewertet. Einige der in dieser, teils auch in anderen Abhandlungen enthaltenen Aussagen seien im Folgenden genannt. Marx und Engels, so der Autor, hätten ihr Konzept der Nation bzw. der nationalen Frage nirgends systematisch entwickelt. Gleichwohl sei aus ihren Schriften erkennbar, dass sie die Nation als ein historisch mit dem Aufstieg der kapitalistischen Produktionsweise entstehendes Phänomen verstanden, „als eine Etappe in der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit, die jetzt zu einer höheren Stufe der Universalität aufsteigen kann“. (19)

Gestützt auf die bekannte Arbeit von Roman Rosdolsky über Friedrich Engels und das Problem der „geschichtslosen Völker“ erörtert der Verfasser dessen entsprechende Äußerungen aus der Zeit der Revolution 1848/49. Er verweist auf die diesbezüglichen Textstellen bei Hegel (75), dem Engels in diesem Punkte kritiklos folgte, bewertet diese Doktrin als „ein seltsa-

mes theoretisches Konstrukt“, das „dem Marxismus völlig fremd“ sei (48), und betont schließlich auch, daß die Motivation seiner Position keinesfalls chauvinistisch-deutsch, sondern demokratisch und revolutionär war, insofern es ihm um die Zerschlagung des Habsburgerreiches und des Zarismus ging.

Das Urteil über Otto Bauers Plädoyer für nationale kulturelle Autonomie für alle Nationalitäten in Vielvölkerstaaten fällt in einem Essay aus den neunziger Jahren positiver aus als in den früheren Arbeiten. Besondere Wertschätzung wegen seiner Verdienste um die nationale Frage erfährt Lenin. „Die nationale Frage ist eines der Gebiete, auf denen Lenin das marxistische Denken erheblich weiterentwickelt hat, indem er (auf der Basis der Marxschen Schriften, aber weit über diese hinausgehend) eine zusammenhängende revolutionäre Strategie für die Arbeiterbewegung formulierte, die auf der Grundforderung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen basiert.“ (66)

Stalins bekannte Definition der Nation aus dem Jahre 1913 kritisiert der Autor als ideologisches Prokrustesbett. Als falsch und inakzeptabel bezeichnet er unter anderem Stalins Diktum, daß nur das Vorhandensein aller von ihm genannten Merkmale eine Nation konstituiere, sowie das Kriterium eines gemeinsamen Siedlungsgebietes. Als falsch und verhängnisvoll bewertet Löwy auch, daß Stalin keinen Unterschied machte zwischen dem großrussisch-zaristischen Nationalismus einerseits und dem Nationalismus der unterdrückten Völker andererseits, eine Unterscheidung, die dagegen in Lenins

Auffassungen zur nationalen Frage einen zentralen Platz einnahm.

Beachtung verdient Löwys These, „daß die Nation nicht einfach eine Ansammlung abstrakter und äußerlicher Merkmale darstellt. Die subjektive Dimension, d. h. das Bewußtsein der nationalen Identität, und eine nationale politische Bewegung sind nicht weniger wichtig.“ (72) Verdienstvoll erscheint dieser Hinweis, weil die konstitutive Bedeutung, die ein entsprechendes Selbstverständnis der betreffenden Menschen für das Entstehen und die Existenz einer Nation oder Nationalität hat, in der marxistischen Literatur nicht selten gänzlich oder weitgehend unberücksichtigt bleibt.

Im Vorwort stellt der Autor fest, beim Wiederlesen eines Beitrages aus dem Jahre 1989 müsse er „zumindest eine offenkundige Unzulänglichkeit einräumen: Ich habe die explosive Welle interner nationaler Konflikte unter den verschiedenen Gemeinschaften des ehemaligen ‚sozialistischen Lagers‘ nicht vorausgesehen; ich habe nur die emanzipatorische Dimension der Bewegungen gegen nationale Unterdrückung in den postkapitalistischen Gesellschaften erwähnt und die Möglichkeit vernachlässigt, daß sie auch regressiv, diskriminierend (gegenüber ihren eigenen Minderheiten) und expansionistisch werden könnten.“ (10)

Namhaft zu machen ist eine weitere Unzulänglichkeit, die insbesondere den in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstandenen Beiträgen eigen ist. Sie besteht in einer auffallenden Unsensibilität, um nicht zu sagen Blindheit gegenüber dem

Phänomen der Instrumentalisierung nationaler Bewegungen in Ost- und Südosteuropa und in Mittelasien im Interesse kapitalistischer Restauration im Allgemeinen und us-amerikanischem Weltherrschaftstrebens im Besonderen. Dieses Wahrnehmungsdefizit hängt zweifellos mit der vom Autor geteilten pejorativen Sicht der IV. Internationale auf die sogenannten realsozialistischen Länder zusammen, steht aber in einem gewissen Widerspruch zu dem ausdrücklich bejahten Ziel, die Herrschaft des Kapitals zu überwinden und eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. (136)

Die Warnung vor einer Unterschätzung der nationalen Frage ist in dem Buch von Löwy ein Aspekt unter anderen. In der Arbeit von Lötzschnimmt sie den Anliegen und Charakter des Ganzen bestimmenden Platz ein. Im ersten Teil seiner Studie äußert sich der Autor zur Definition und gegenseitigen Abgrenzung der Begriffe Ethnos oder Volk einerseits und Nation andererseits. Er versteht die Beziehung zwischen beiden als ein Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem, wobei Ethnos der Oberbegriff ist. In einem fast ein Drittel des Gesamtumfangs des Textes einnehmenden Teil werden Ethnogenese und Geschichte der großen Mehrheit der europäischen Völkerschaften vorgestellt. Der Bogen reicht von Basken und Albanern über keltisch-, romanisch-, slawisch- und germanischsprachige Ethnien bis zu den Ungarn. In diesem Abriß der Ethnogenese der meisten europäischen Völker vermittelt der Autor zahlreiche bemerkenswerte, die historische Entwicklung erhellende und für das Ver-

ständnis gegenwärtiger Zustände aufschlußreiche geschichtliche Details.

In einem besonderen Abschnitt wird das Verhältnis von Nation und Staat untersucht. Gegenstand eines weite- ren Teils ist die Minderheiten- und die Migrationspolitik von Staaten. Ausführlich behandelt der Autor be- sonders die Verstöße, Fehler und Verbrechen, die die Geschichte der Sowjetunion auf dem Gebiet der Minderheitenpolitik aufweist. Was die Bundesrepublik Deutschland be- trifft, seien in der Politik gegenüber den maximal 200 000 Seelen ausma- chenden autochthonen Minderheiten (Sorben, Dänen, Friesen) „zweifello- gewisse Fortschritte aufzuweisen“ (135), was dagegen für die mehrere Millionen zählenden zugewanderten Minderheiten nicht zutref- fe. Die Formulierung des Grundgesetzes in Artikel 116, die jeden, der die deut- sche Staatsangehörigkeit besitzt, zum Deutschen erklärt, wertet der Verfas- ser als „Ausdruck des vereinnahmen- den deutschen Nationalismus“. (133) Beachtung verdient schließlich auch die Polemik des Autors gegen den sogenannten radikalen Antinationa- lismus – Hauptakteure seien Heraus- geber und Mitarbeiter der Monats- zeitschrift konkret –, dem er zu Recht vorwirft, daß „er mit seinem Haß gegen nationale Minderheiten die Geschäfte des jeweiligen Großmacht- chauvinismus besorgt“. (135)

Die Aufzählung von Verdiensten und Vorzügen der Publikation von Ro- nald Löttsch ließe sich fortsetzen. Die Arbeit hat auch ihre Grenzen. In dem berechtigten Bestreben, gegen die in der Geschichte marxistischen Denkens und der entsprechenden Praxis festzustellende Unterschätzung

des Gewichts und der Dynamik natio- naler Aspekte und Bewegungen zu po- lemisieren, ist der Autor der Gefahr nicht entgangen, die nationale Kompo- nente im gesellschaftlichen Gesamtge- flecht zu überhöhen, um nicht zu sagen zu verabsolutieren. Zum traditionellen Grundverständnis marxistischer Welt- sicht gehört die These, daß die nationa- le Frage der sozialen Frage nachgeord- net ist. Löttsch akzeptiert diesen Zu- sammenhang, insofern er die Nation als ein Ergebnis historisch- gesell- schaftlicher Entwicklung versteht. Er akzeptiert ihn nicht als Maßstab zur Beurteilung der Funktion und Rolle nationaler Bewegungen in gegebenen- falls ganz unterschiedlichen politischen Konstellationen. Unbestreitbar hat die These von der Unterordnung der natio- nalen unter die soziale Frage Fehler in der Minderheitenpolitik realsozialis- tischer Staaten begünstigt. Dieses Phä- nomen schafft indessen den Tatbestand nicht aus der Welt, daß nationale Be- strebungen und Bewegungen sich nie- mals in einem leeren und aseptischen Umfeld, sondern immer in einem kon- kret- historischen Zusammenhang be- finden. Um nur eine von mehreren ent- sprechenden Äußerungen Lenins zu diesem Thema anzuführen: „Das Selbstbestimmungsrecht ist eine der Forderungen der Demokratie, die nat- ürllich dem Kriterium der Gesamtinter- essen der Demokratie unterliegt.“ (Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 152). Ähnlich wie bei Löwy wird auch in der Arbeit von Löttsch die Indienst- nahme nationaler Bewegungen für ka- pitalistische Restauration und us- amerikanisches Weltherrschaftsstreben nicht gebührend reflektiert.

Helmut Bleiber

Marxistische Theorieansätze zu Nation und Nationalismus

Özgür Öner, Nation, Nationalismus und Globalisierung. Eine Bilanz theoretischer Erklärungsansätze, PapyRossa Verlag, Köln 2002, 18 Euro

Trifft die These vom Empire als per- spektivische, wenn auch noch nicht voll ausgebildete Realität die Ten- denz der Gegenwart, dann wären Begriffe wie Nation und Nationalis- mus überkommene Relikte einer im Vergehen begriffenen Zeit, allenfalls noch virulent als ideologische Ver- satzstücke eines verzweifelten Kampfes gegen die Tatsache der Globalisierung. Nun werden einer- seits Zweifel an der mit dem Empire- Begriff verbundenen Sichtweise ge- äußert, andererseits lässt sich nicht wirklich von einem Verschwinden der Nation und des mit ihr verbunde- nen Nationalismus sprechen.

Özgür Öners bei Reinhard Kühnl in Marburg entstandene Dissertation bietet die Möglichkeit, sich mit der theoretischen Debatte zu Nation und Nationalismus und mit der Perspek- tive von beiden im Zeitalter der Glo- balisierung zu befassen. In drei Schritten erkundet Öner sein Thema, die gleichsam die Teile A bis C der Arbeit umfassen: Ausgangspunkt der Darstellung sind drei theoretische Ansätze, die für Öner die potentiell größte Erklärungskraft besitzen und die er mit „Marxismus“, „Moderni- sierungstheorien“ und „Strukturaler Marxismus“ bezeichnet. Im zweiten Teil der Arbeit werden diese Ansätze mit der sozialhistorischen Entwick- lung abgeglichen, um so den Realitäts- gehalt der jeweiligen Theorien

überprüfen zu können. Schließlich behandelt der letzte Teil der Arbeit die Perspektiven des Nationalstaates im Zeitalter der Globalisierung.

Die begriffliche Klärung von Nation und Nationalismus findet sich in der Einleitung, wobei auch Öner auf die bekannte Unterscheidung eines vor allem völkisch begründeten Ver- ständnisses der Nation, wie es sich u.a. in Deutschland entwickelt hat, und eines politischen, am Demos o- rientierten Nationsbegriff, für den insbesondere Frankreich herangezo- gen wird, rekurriert. Sinnvollerweise verzichtet er bei dieser Gegenüber- stellung aber auf die Unterscheidung in einen guten emanzipatorischen und einen „bösen“ reaktionären Na- tionalismus, da sich die in der Be- gründung und Selbstsicht vorhande- nen Unterschiede in der politischen Realität und im Handeln der so un- terschiedenen Nationalstaaten nur allzu oft ähnelten. Öner erscheint es sinnvoll, „für eine wissenschaftliche Typisierung (...) nicht primär das Selbstverständnis des betreffenden Nationalismus heranzuziehen, son- dern die soziale Funktion bzw. den sozialen Träger als Kriterium zu wählen.“ (24)

Grundlegend für traditionell marxis- tische Ansätze ist die Sicht der Nati- on als objektive und historisch not- wendige Form. Nationalismus gilt dementsprechend als Ableitung aus dieser Entwicklung. Dargestellt wer- den von Öner die Klassiker des Mar- xismus in ihrem Verständnis der Na- tion, wobei er sich besonders auf Marx, Engels, Luxemburg, Trotzki, Bauer und Lenin bezieht. Hinter der Auseinandersetzung um das Recht auf nationale Selbstbestimmung, wie

sie vor allem zwischen Lenin und Luxemburg geführt wurde, verbirgt sich eine grundsätzliche Problematik: Während Luxemburg (und auch Trotzki) die Nation als durch die Internationalisierung der Weltwirtschaft zu überwindende Einheit verstehen und Luxemburg den reaktionären Charakter der separatistischen Bewegungen betont, nimmt Lenin eine wesentlich taktischere, aber auch realpolitischere Stellung zu dieser Frage ein. Dass die Unterscheidung in unterdrückte und unterdrückende Nation kein verlässlicher Wegweiser ist, musste auch der Marxismus erfahren, wenn nämlich die Befreiung eine „nur“ nationale und keine soziale war.

Können die traditionell marxistischen Ansätze die Bedeutung der Nation im Rahmen der Entwicklung des Kapitalismus auch erklären, so bleibt die subjektive Seite von Nation und Nationalismus, Öner spricht hier von ihrer „Eigendynamik“, weitgehend unbeachtet.

Modernisierungstheoretische Argumentationen unterstützen teilweise diese deterministische Sicht der Nation als notwendiger Etappe des Kapitalismus, so etwa bei Karl W. Deutsch. In den neueren Arbeiten dieser Richtung wird der kulturelle und subjektive Aspekt stärker betont. So sind für Ernest Gellner die Begriffe „Kultur“ und „soziale Organisation“ grundlegend, und der Nationalismus ist dadurch gekennzeichnet, dass er beides zur Deckung bringen will. Die „Moderne“ schafft eine einheitliche kulturelle Basis, ausgedrückt in der Vereinheitlichung etwa von Schrift und Sprache, und damit die Grundlage moderner National-

staaten. Die Ungleichzeitigkeiten des Modernisierungsprozesses und die kulturellen Differenzen sind die Grundlage des Nationalismus, und für Gellner ist es dieser, der erst die Nation hervorbringt, womit eine Umkehrung des Verhältnisses im Vergleich zur Interpretation des traditionellen Marxismus vorgenommen wird.

Für den strukturalen Marxismus und seine Erklärung von Nation und Nationalismus werden vor allem die Arbeiten von Nicos Poulantzas und Etienne Balibar herangezogen. Unter Beibehaltung marxistischer Grundkategorien wird hier die evolutionistische These vom Entwicklungspfad verlassen und Nation, Nationalismus und Rassismus aus permanent virulenten Strukturen erklärt. Poulantzas kritisiert die traditionsmarxistische Ableitung der Nation aus der ökonomischen Logik des Warentausches: Dieser dränge sicherlich zur Vereinheitlichung, womit aber noch nicht die Form der Nation als Form dieser Vereinheitlichung erklärt sei. Territorium, Sprache und historisch-kulturelle Traditionen würden als transhistorische Wesenheiten betrachtet und nicht selbst hinterfragt. Poulantzas selbst erklärt die Nation aus der Funktion des Staates und der mit ihm verbundenen „Raummatrix“. Diese Raummatrix ändert sich mit dem Übergang zum Kapitalismus. Homogenisierung und nationale Grenzen sind hier immer mit dem Überschreiten dieser Grenzen verbunden, so dass „die moderne Nation nur als Inter- und Transnationalisierung der Arbeitsprozesse existieren kann.“ (83)

Balibar fragt in seinem Ansatz sehr

viel stärker nach der Konstruktion von „Volk“ und „Ethnizität“ als zentralen Elementen der Nation. Erst der Nationalismus „erschafft“ diese kollektiven Identitäten und ist damit das Movens der Nation. Im Unterschied zu Poulantzas und zum traditionellen Marxismus sieht Balibar in der Nation keine notwendige Entwicklung aus den Produktionsverhältnissen; vielmehr deutet er sie als zufällige Entwicklung, die sich mit dem Kapitalismus assoziiert habe. Für die Bourgeoisie habe sich die Nationform als geeignetste Hegemonieform erwiesen: „Letztlich sind es also die konkreten Konfigurationen des Klassenkampfes und nicht die ‘reine’ ökonomische Logik, die die Bildung der Nationalstaaten erklären (...)“ (92)

Im zweiten Teil des Buches werden die theoretischen Ansätze mit der realhistorischen Entwicklung von Nation und Nationalismus konfrontiert, wobei verschiedene Formen nationalistischer Ideologie vorgestellt werden und ein historischer Abriss des Nationalismus erfolgt. Leider findet sich gerade hier kaum ein expliziter Rückbezug auf die theoretischen Ansätze, so dass es dem Leser schwer fällt, Grenzen und Möglichkeiten der jeweiligen Ansätze an der Realgeschichte zu überprüfen. Zwar wird ein „Primat der Ökonomie“ bei der Entstehung der Nation als Ergebnis präsentiert, wie sich dies aber beispielsweise zu den verschiedenen Ansätzen innerhalb des traditionellen Marxismus oder auch zu strukturalen Ansätzen verhält, bleibt unklar.

Der letzte Teil der Arbeit widmet sich den „Perspektiven des National-

staates“ und rückt damit in die unmittelbare Gegenwart. Öner spricht hier von einem Bedeutungsverlust des Territoriums zugunsten der Faktoren Zeit und Geschwindigkeit. Damit relativiert sich die Rolle des Nationalstaates in der internationalen Ökonomie, jedoch verschwindet er keineswegs im Prozess der Globalisierung. Gerade in diesem aktuellen Teil der Arbeit zeigen sich die Probleme sozialwissenschaftlicher Prognosen: Die seit der Niederschrift vergangene Zeit lässt viele der hier referierten Prognosen als veraltet erscheinen. So etwa die Erwartung eines Abstiegs der USA zu einer relativen Führungsmacht bei gleichzeitigem Aufschluss Japans zu den USA. Ökonomisch mag die Prognose des relativen Abstiegs der USA nach wie vor gerechtfertigt sein, spätestens seit dem 11. September wird jedoch die Bedeutung klassischer, militärisch abgestützter Machtpolitik wieder deutlicher. Japan dagegen hat nach heutiger Einschätzung Mühe, seine Führungsrolle in Asien mittelfristig gegenüber China zu behaupten. Auch die Prognose einer zunehmenden Anarchie im internationalen System durch den Hegemonieverlust der USA muss gegenwärtig mit einem Fragezeichen versehen werden. Öner erwartet eine Rückkehr zu nationalstaatlichen Lösungen, sollte es weder zu einer neuen Hegemonialposition noch zu einer kooperativen Lösung kommen. Ideologisch ist das sicherlich zu erwarten und lässt sich auch beobachten; einzubeziehen wäre hier auch die von Hardt/Negri aufgebrachte Theorie des Empires, die eine neue Form des internationalen Systems beschreibt.

Die hier aufgezeigten Probleme der Darstellung sind jedoch nur bedingt dem Autor anzulasten, verdeutlichen sie doch einfach die unglaubliche Beschleunigung politischer Prozesse, die sozialwissenschaftliche Prognosen zu einem Vabanquespiel machen.

Wer sich vor allem mit marxistischen Theorieansätzen zu Nation und Nationalismus auseinandersetzen will, dem sei die Studie von Öner empfohlen.

Gerd Wiegel

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT
Archiv- und Bibliotheksverein
Drechslergasse 42, A-1140 Wien
Tel.: (+43/1) 9821086
FAX: (+43/1) 9821086 DW 18
e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at
Web: www.klahrgesellschaft.at

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT Information

Neuerscheinungen

Sonderbände der Reihe „Quellen & Studien“

hg. von der Alfred Klahr Gesellschaft

Hans Hautmann

Karl Marx - Friedrich Engels
Ein Vademekum über ihr Leben und Werk

In der Publikation wird der Marxismus - die bedeutendste sozialistische Lehre - historisch-genealogisch behandelt. Im Mittelpunkt stehen die Stationen der Lebenswege von Karl Marx und Friedrich Engels, das gesellschaftliche Umfeld, in dem sie wirkten, sowie die inhaltliche Analyse ihrer wichtigsten Schriften in kurzer und allgemeinverständlicher Form.



Quellen & Studien,
Sonderband 1
468 Seiten, 15 Euro
ISBN 3-9501204-1-6

Der Autor: Hans Hautmann, geb. 1943 in Wien, Dr. phil. Außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte der Johannes Kepler Universität Linz. Präsident der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT (Archiv- und Bibliotheksverein), Präsident des Vereins zur Förderung sozialgeschichtlicher Forschungen.

Forschungsschwerpunkte: Österreichische und internationale Arbeiterbewegung; Rätebewegung und Rätelehre; Revolutionsgeschichte und Revolutionstheorie; Geschichte Österreich im 19. und 20. Jahrhundert; Geschichte des Strafrechts, der Strafjustiz und des Strafvollzugs; Militärgeschichte in Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg.

Hans Hautmann

Soziale Utopien und utopischer Sozialismus

Ein Vademekum zur Ideengeschichte des Sozialismus und Kommunismus von der Antike bis Marx

Das Buch wirft einen Blick in die Jahrtausendealte Geschichte der sozialistisch-kommunistischen Ideen und stellt Leben und Werk der großen utopischen Denker von Plato über Müntzer, Gaismair, Morus, Campanella, Meslier, Morelly, Babouf, Saint-Simon, Fourier und Owen bis Weitling vor.



Quellen & Studien,
Sonderband 3
434 Seiten, 15 Euro
ISBN 3-9501204-3-2

Autorinnen und Autoren, Übersetzer

- Prof. Dr. Gretchen Binus – Berlin, Wirtschaftswissenschaftlerin
Prof. Dr. Helmut Bleiber – Berlin, Historiker
Dr. Thomas Collmer – Hamburg, Philosoph, Lehrbeauftragter
Prof. Dr. Hansgeorg Conert – Syke, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler
Prof. Reiner Diederich – Frankfurt/M., Soziologe, Hochschullehrer
Dagmar Engelken – Essex, Soziologin, Studentin der Geschichte
Prof. Dr. Georg Fülberth – Marburg/L., Politikwissenschaftler, Hochschullehrer
Dr. Jörg Goldberg – z.Zt. Lusaka/Sambia, Wirtschaftswissenschaftler und Sozialpolitischer Berater
Thomas Gondermann, M.A. – Hamburg, Soziologe, Doktorand
Stephan Heidbrink – Marburg, Student der Politikwissenschaft
Prof. Dr. Wulf D. Hund – Hamburg, Soziologe, Hochschullehrer
Bernd Hüttner – Bremen, Dipl.-Politikwissenschaftler
Dr. Ernst Körner, Hamburg, Lüneburg, Archäologe, Journalist
Prof. Dr. Michael Krätke – Amsterdam, Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer
Prof. Georges Labica – Paris, Philosoph, Hochschullehrer an der Universität Paris 10
Dominik Labitzke – Marburg, Student der Politikwissenschaften und Germanistik
Dr. André Leisewitz – Frankfurt/M., Dipl. Biol., Angestellter, Z-Redakteur
Prof. Dr. Harald Neubert – Berlin, Historiker
Prof. Dr. Leo Panitch – Toronto, Sozial- und Politikwissenschaftler, Hochschullehrer, Herausgeber des „Socialist Register“
Rainer Perschewski – Berlin, Dipl.-Sozialökonom, Angestellter
Dr. Marcelo Firpo de Souza Porto – Rio de Janeiro/Brasilien, Arzt und Soziologe
Dr. Jürgen Reusch – Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Journalist, Z-Redakteur
David Salomon – Marburg, Student der Philosophie, Politikwissenschaften und Germanistik
Stefan Schoppengerd – Marburg, Student der Politikwissenschaft
Dr. Reinhard Schweicher – Frankfurt/M., Philosoph, Z-Redakteur
Ingar Solty – Marburg, Student der Anglistik/Amerikanistik, Sozialkunde/Politikwissenschaften
Guido Speckmann – Marburg, Student der Politikwissenschaften
Prof. Dr. Bernhard H. F. Taureck – Braunschweig, Philosoph, Hochschullehrer
Jürgen Wagner – Tübingen, Politikwissenschaftler, Informationsstelle Militarisation (IMI)
Ewald Wehner – Frankfurt/M., ehem. Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Deutschen Postgewerkschaft
Dr. Andreas Wehr – Brüssel, Jurist, Mitarbeiter der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grüne Linke im Europa-Parlament
Dr. Gerd Wiegel – Marburg, Politikwissenschaftler, Z-Redakteur
Ulrich J. Wilken – Frankfurt/M., freiberuflich tätig; Vorsitzender der PDS Frankfurt/M.



Rückenschmerzen?

**Aufrecht gehen
und nicht
verbiegen lassen!**

Linke Standpunkte zu Politik, Wirtschaft
und Kultur, Berichte aus den neuen
Bundesländern, Ratgeber, Leserreisen,
Bücher- und Videoservice

Neues Deutschland

Neues Deutschland, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin
Im Probeabo 3 Wochen kostenlos!
Abo-Service (030) 293 90-800, www.nd-online.de

www.sozialismus.de

Sozialismus

2002
C 12232 E

Rot-Grüne Märchenstunde
Altvaeter/Mahnkopf: Politische Ökonomie der Unsicherheit

Fürum
Gewerkschaften ver.di: Vermögenssteuer
Machtprobe in Italien

Frankreich: Linke Selbstentfremdung
Südafrika: Risse in der Allianz

November 2002
Einzelheft A 6,20



Redaktion Sozialis-
mus: Rot-Grüne Mär-
chenstunde; PDS –
fortschreitende
Selbstaflösung?
Klaus Bullan: Jugend
2002 – Ungleichheit
der Zukunftschancen;
Politische Ökonomie
der Unsicherheit –
Gespräch mit Birgit
Mahnkopf und Elmar
Altvaeter; Bernard
Cassen: Welches sind
die Perspektiven von
Porto Alegre? Joa-
chim Bischoff: Mini-
malistischer Refor-
mismus – zur Strate-
gie der sozialistischen
Linken

Jürgen Wagner: Vom
Containment zur Pax
Americana; Peter
Lock: Vom Staaten-
krieg zum Gewaltun-
ternehmer

Heinz Bierbaum: Zur gewerkschaftlichen und politischen Situation in Italien;
ver.di/IG Metall: Deutschland – Steuerparadies für Vermögensbesitzer?

Bernhard Sander: Frankreich – linke Selbstentfremdung; Theodor Bergmann:
Reformen in Nordkorea; Hanna Ndlovu: Risse in der Allianz. Driftet der ANC
in Südafrika auseinander?

Pertti Honkanen: Informationstechnologie und Marx' Werttheorie; Mathias
Brodkorb/Jörg Deml: Wieviel »Sozialismus« braucht die Linke?

Supplement: Michel Aglietta,
Ist der Weltkapitalismus regulierbar?

Einzelheft: € 6,20; Abo: € 62,-, Probeheft: Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, Fax 040/280 505 68
e-mail: redaktion@sozialismus.de